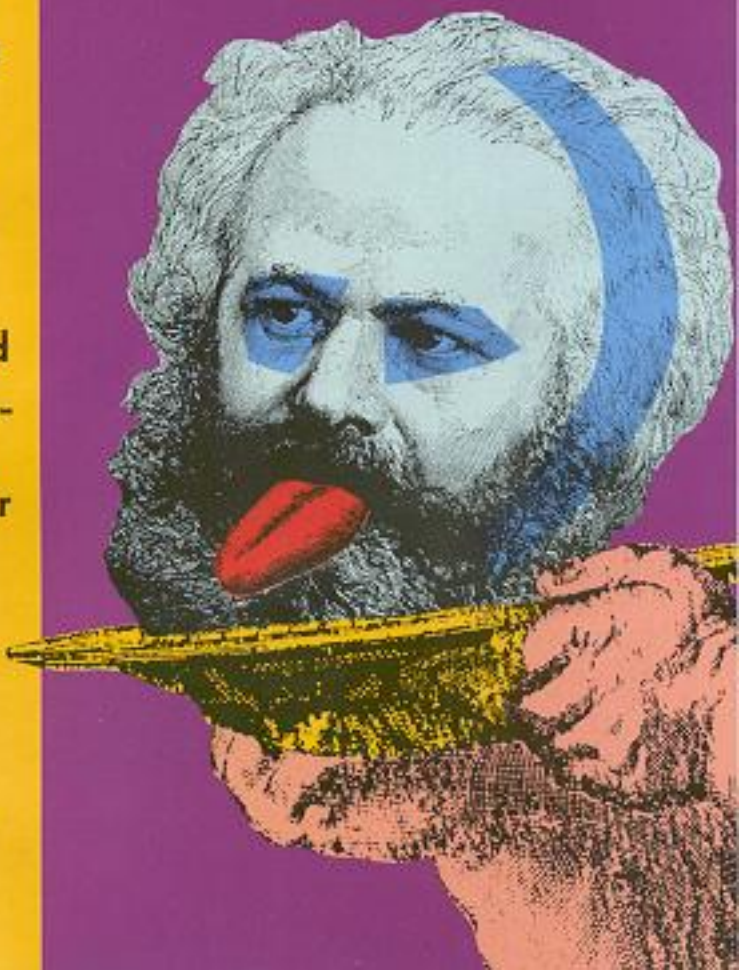
Heft 1 Januar 1993 6,80 DM

E 12027 E

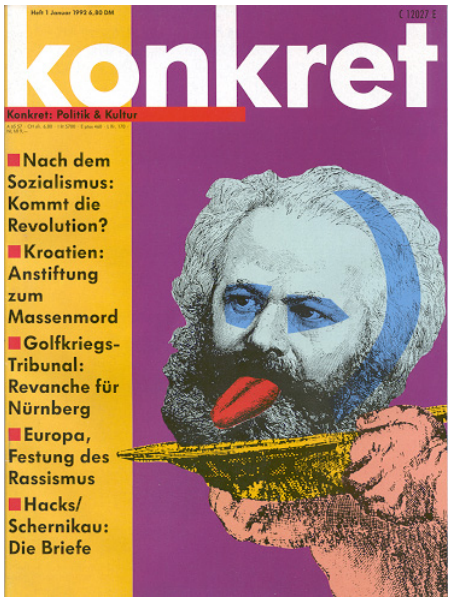
# konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Nach dem Sozialismus: Kommt die Revolution?
- Kroatien: Anstiftung zum Massenmord
- Golfkriegs-Tribunal: Revanche für Nürnberg
- Europa, Festung des Rassismus
- Hacks/ Schernikau: Die Briefe



# in konkret Januar 1992




**von konkret**

**an konkret**

**One Way Ticket** von Hermann L. Gremliza

**Back to the Future** von Eckhard Voss

In Deutschland ist es zwar am schlimmsten, aber die anderen europäischen Nationen ziehen kräftig mit: Von Sevilla bis Oslo und von Plymouth bis Rostock gehören rassistische Parolen bereits zur alltäglichen Normalität, häufen sich Gewalttaten gegen Flüchtlinge, erzielen rassistische Parteien zweistellige Wahlergebnisse, werden Ausländer entrechtet, Asylsuchende abgewiesen. Das »europäische Haus«, vom deutschen Blockwart verwaltet, wird zum Alptraum für den Rest der Welt

**Drittes Reich, 3. Welt** von Ilse Bindseil

»Reicher Jude« und »Wirtschaftsflüchtling« - was ist den scheinbar so gegensätzlichen Feindbildern gemein? Daß sie ressentimentgeladene Ersatzvorstellungen für »Kapitalismus« sind

**»Jeder ist uns der Nächste« III** von Archiv für Sozialpolitik

Fortsetzung einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

**Staatstragende Samariter** von Claudia Fregiehn; Oliver Tolmein

Nördlich von Hamburg, in Norderstedt, haben 63 Flüchtlinge, die vor deutschen Faschisten aus Greifswald noch einmal hatten fliehen müssen, in einer evangelischen Kirche Schutz gefunden. Weil aber die deutschen Christen dort das Fest der Liebe feiern wollen, hat der fortschrittliche Pastor den Flüchtlingen gekündigt

**»Auschwitz mal andersrum«** von Otto Köhler

»Welche Vermögenswerte haben wir denn noch in Polen?« - Auf der Hauptversammlung der IG Farben in Abwicklung, die Ende November in Frankfurt/M. stattfand, bekräftigten die Aktionäre ihren Willen, mit den Überresten des NS-Konzerns auch weiterhin gute Geschäfte zu machen

**Kontra PDS** von André Brie

Die Bemühungen von Treuhandanstalt und »unabhängiger« Parteikommission, die PDS auf administrativem Weg zu liquidieren, haben eine neue Qualität gewonnen

**Zweikampf der LiebeDer alte Mann und das Mittelmeer** von Eike Geisel

Der Golfkrieg hat den Deutschen wieder einmal ihre geliebte »Judenfrage« gestellt. Zu den vielen Versuchen, sie ihnen mit pädagogischem Eros zu beantworten, sind in diesen Wochen zwei hinzugekommen: Ralph Giordanos Buch »Israel um Himmels Willen Israel« und »Israel und die Welt nach dem Krieg«, die Übersetzung eines in Tel Aviv erschienenen Bändchens mit sechzehn Diskussionsbeiträgen israelischer Autoren und Autorinnen

**Zweikampf der LiebeDie Musen schweigen nicht mehr** von Detlef zum Winkel

Der Golfkrieg hat den Deutschen wieder einmal ihre geliebte »Judenfrage« gestellt. Zu den vielen Versuchen, sie ihnen mit pädagogischem Eros zu beantworten, sind in diesen Wochen zwei hinzugekommen: Ralph Giordanos Buch »Israel um Himmels Willen Israel« und »Israel und die Welt nach dem Krieg«, die Übersetzung eines in Tel Aviv erschienenen Bändchens mit sechzehn Diskussionsbeiträgen israelischer Autoren und Autorinnen

**Rache für Nürnberg** von Jürgen Elsässer

Auf dem Golfkriegs-Tribunal, das Ende November in Stuttgart stattfand, entpuppte sich ein deutscher Friedensheld als postmoderne Mischung aus Goebbels und Ghadafi

**Durchbruch in die gleiche Richtung** von Wolfgang Pohrt

»Im Osten bekommen die Massen des Westens vorgeführt, was ihnen selber blüht. Die Möglichkeit besteht, daß sie dies im richtigen Augenblick noch erkennen. Tatsache ist, daß die Klassenherrschaft noch nie so schwach war, wie im Augenblick ihres jüngsten Triumphes«

**Tödliche Liebschaft** von Wolfgang Pohrt

Johann Georg Reißmüllers unglückliche Liebe zu den Serben. Ein Nachtrag zu »Entscheidung in Jugoslawien« (KONKRET 9/91)

**Buch des Monats: »Manchmal regnet es auch in der Wüste«** von Ingrid Strobl

Karl Rössel: Wind, Sand und (Merce-des-)Sterne. Westsahara: Der vergessene Kampf um die Freiheit, Horlemann-Verlag, Bad Honnef 1991, 416 Seiten, 29,80 Mark

**»Wie wenig Zeit wir haben!«** von Ronald M. Schernikau; Peter Hacks

»Ihre Frage, ob die DDR zum Vaterland zu wählen, ist bis zu einem gewissen Grad beantwortbar. Falls Sie vorhaben, ein großer Dichter zu werden, müssen Sie in die DDR; sie allein stellt Ihnen - auf ihre entsetzliche Weise - die Fragen des Jahrhunderts.« (Peter Hacks an Ronald M. Schernikau)

**Schöpferische Leistungen** von Matthias Reichelt

Die Annahme, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR würden lediglich antifaschistische Gedenkstätten geschlossen und die Denkmäler stalinistischer Größen demontiert, also nur Abrißarbeit geleistet, gehört in den Bereich linksliberaler Wunschvorstellungen. Denn längst sind neue Einrichtungen entstanden, die an besonders glorreiche Momente der jüngeren deutschen Geschichte erinnern sollen

**Deutschland-Tournee** von David Leigh

Ostdeutsche Neonazis mußten lange auf Veranstaltungen faschistischer Historiker wie David Irving oder Fred Leuchter verzichten. Seit dem Fall der Mauer aber touren diese nun umso erfolgreicher durch die ostdeutschen Gaue. Aufgefallen ist das bisher nur dem Londoner »Guardian«

**»Eine klare Neigung«** von Armin Trus

In Ausstellungen und Buchveröffentlichungen zur Geschichte der »Landes-Heil- und Pflegeanstalt« Hadamar zeichnet der Landeswohlfahrtsverband Hessen ein Bild der NS-»Euthanasie«, das nationalsozialistische Normalitätsvorstellungen transportiert

**Piwitt's Siebensachen** von Hermann Peter Piwitt

**»Just us«** von Gunter Blank

Das Scheitern privater wie kollektiver Revolten in den schwarzen Ghettos der nordamerikanischen Großstädte bildet den Rohstoff eines Großteils der schwarzen Kriminalliteratur. Dritter und letzter Teil der KONKRET-Serie über schwarze Kriminalromane

**Eberhard Schorsch 1935-1991** von Gerhard Mauz

Die forensische, gerichtliche Begutachtung von Beschuldigten beziehungsweise Angeklagten ist für den Psychiater ein Kreuzweg; ein Kreuzweg, auf dem er sich jedesmal von neuem entscheiden muß, wenn er mit einem Gutachten beauftragt wird.

**Tomayers ehrliches Tagebuch** von Horst Tomayer

**Milizen und Mirakel** von Diedrich Diederichsen
»Ein heute lebender schwarzer amerikanischer Mann hat eine Chance von 1:20, ermordet zu werden. In den meisten Fällen wird die Kugel von einem ‘Brother’ abgefeuert.« Mit diesen Sätzen beginnt - weiß auf schwarz - John Singletons Film »Boyz’n The Hood«, der der Frage nachgeht, ob nur Gewalt hilft, wo Gewalt herrscht

**»Depressionen hat nur die Mittelklasse«** von Thomas Ebermann
Gute Laune ist Trumpf in der Komödie »Riff-Raff« des britischen Trotzkisten Ken Loach

**Gremlizas express** von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/92, S. 4

# von konkret

Sie möchten dem Hinweis »DKP – doch, doch, gibt's noch« aus dem Vorspann zu Thomas Ebermanns und Rainer Tramperts Beitrag »Zum Beispiel Grenzkontrollen« (KONKRET 12/91) die Spitze nehmen: Mehrere DKP-Mitglieder und -Funktionäre haben sich an die Redaktion gewandt und versichert, daß die von Trampert und Ebermann kritisierten rassistischen Ausfälle der DKP-Sprecherin Helga Rosenberg nicht der Meinung der Gesamtpartei entsprächen, es im Gegenteil eine Welle von Protesten gegen Rosenbergs Kommentar gegeben und der Parteivorstand inzwischen eine gänzlich andere Position zu der seinen gemacht habe.

Wahr daran ist, daß der Parteivorstand der DKP einen Beschluß »Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus« gefaßt hat, an dem es anderes zu kritisieren gibt, der aber in der Tat nicht, wie der Artikel von Frau Rosenberg, rassistisch ist; wahr ist, daß einige Mitglieder und Gliederungen der DKP gegen den Kommentar protestiert haben. Wahr ist aber auch, daß über Rosenbergs Stellungnahme vor seiner Veröffentlichung im Sprecherrat diskutiert worden ist. Wahr ist, daß weder der Parteivorstand noch seine Sprecherinnen und Sprecher in Kenntnis des Artikels seine Veröffentlichung verhinderten oder sich von ihm distanziert haben. Wahr ist, daß Frau Rosenberg in der Diskussion um den genannten Beschluß »Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus« auf einer Parteivorstandstagung sagen durfte: »Der Antrag ist getragen von dem hohlen Pathos des moralisierenden, weltfremden Kleinbürgers, geeignet vielleicht als Antrag für die Synode der EKD: folgenlos, verständnislos, scheinbar klassenneutral. In Wirklichkeit vertritt der Antrag das politisch-ökonomische Interesse des Kapitals, welches an einem möglichst unbegrenzten Arbeitskräfte-Reservoir interessiert ist und die BRD nach wie vor als Einwanderungsland haben will« (laut »UZ« vom 15. I l .), und daß weder diese Äußerung noch Rosenbergs »UZ«-Kommentar ein DKP-Mitglied dazu bewogen hat, ihren Parteiausschluß oder auch nur ihren Rücktritt zu fordern. Wahr ist, daß alle Proteste aus der DKP gegen Frau Rosenbergs Auslassungen argumentieren und ihre Position damit wenigstens für diskutierbar erklären. Wahr ist, mit einem Wort: daß die DKP von den vielen Gelegenheiten, aus der Vergangenheit das Falsche zu lernen, wieder einmal eine besonders unpassende ergriffen hat und Zensurmaßnahmen und Parteiausschlüsse gerade dann nicht mehr hinkriegt, wenn sie endlich einmal notwendig wären.

Über das Schicksal der 63 Flüchtlinge, die vor deutschen Faschisten aus Greifswald noch einmal hatten fliehen-müssen und nur vorübergehend in einer evangelischen Kirche bei Hamburg Schutz gefunden haben, berichten Claudia Fregiehn und Oliver Tolmein in diesem Heft (»Staatstragende Samariter«, S. 18). Sogenannte »Doppelflüchtlinge« gibt es jedoch mittlerweile nicht nur in Norderstedt. Seit dem 24. Oktober halten inzwischen 90 Flüchtlinge aus verschiedenen osteuropäischen Ländern, aus Kurdistan, Marokko, Zaire und Äthiopien mehrere Räume der Technischen Universität (TU) Berlin besetzt. Sie sind nach Angriffen rechtsradikaler Banden aus verschiedenen Lagern und Heimen in der Ex-DDR geflohen und wehren sich gegen eine erneute Zwangsverteilung. Mit der Besetzung und dem Aufbau eines Antirassistischen Zentrums an der TU kämpfen sie um eine Aufenthaltsgarantie für alle Doppelflüchtlinge in Berlin. Trotz ihrer wachsenden Unterstützung durch die Öffentlichkeit verweigert der Berliner Senat jegliche Verhandlung mit den Flüchtlingen, die dringend weitere materielle und politische Unterstützung benötigen.

Kontaktadresse: Antirassistisches Zentrum c/o AStA der TU Berlin, Marchstr. 6, 1000 Berlin 10; Tel. 030-31421041, Fax 030-3121398; Spendenkonto: Sonderkonto T. Lehmann, Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 10, Kto.-Nr.198- 100, Stichwort: Bleiberecht.

Daß der Konkret Literatur Verlag selbst bei einem seiner Autoren als der Buchverlag des KONKRET-Herausgebers gilt, ist dem Briefwechsel von Ronald M. Schernikau und Peter Hacks zu entnehmen, den wir in diesem Heft (S.46ff.) veröffentlichen. Der Konkret Literatur Verlag, geleitet von Frau Dr. Dorothee Gremliza, ist jedoch ein eigenständiges Unternehmen und hat nun auch eine andere Adresse als der Gremliza Verlag, in dem KONKRET erscheint: Hoheluftchaussee 74, 2000 Hamburg 20.

Konkret 01/92, S. 6

# an konkret

Simulierte Theorie

**KONKRET 12/91 »Stand Zweiter Weltkrieg« von Robert Kurz**

»Die westliche 'Gesamtstrategie'«, schreibt Robert Kurz, »ist selber von Anno Tobak und war auf die reale Entwicklung überhaupt nicht vorbereitet. Das gilt übrigens gerade auch für den Bürgerkrieg in Jugoslawien, der den irrationalen Zerfallsformen einer Zusammenbruchsökonomie (der ersten im OECD-Bereich) folgt und keinerlei 'imperialistischer Strategie'. Daß die radikale Linke in diesem Gemetzel überhaupt Partei ergreift und teilweise die 'großserbische' Mordbrenner-Propaganda eines Milosevic unterstützt, die derjenigen eines Tudjman in nichts nachsteht, disqualifiziert sie vollständig.«

Mir kommt es so vor, als wäre die Stammtisch-Burschikosität, das humorige von Anno Tobak, selber die Rückständigkeit, welcher der schneidige Marxist sich überlegen glaubt, wenn er mittels Komposita (»Zusammenbruchsökonomie«) Theorie simuliert. Kurz setzt die schlechte Tradition derer fort, die schon immer meinten, heute könne sowas gar nicht mehr geschehen. Schon in seinem – lesenswerten – Buch *Honeckers Rache* meinte er, der »Durchmischung« von Ausländern und Deutschen wegen habe eine neofaschistische Bewegung in der BRD keine Chance – als wären nicht jüdische und andere Deutsche damals das gewesen, was Kurz »durchmischt« nennt.

Als wäre die imperialistische Strategie je etwas anderes gewesen als der blinde Selbsterhaltungsreflex der falschen Gesellschaft, behauptet Kurz, heute existiere keine, während er sich doch gleichzeitig zu deren Sprachrohr macht, wenn er ohne auch nur den Hinweis auf ein Argument von der großserbischen Mordbrenner-Propaganda eines Milosevic spricht, die von Teilen der Linken unterstützt werde.

*Wolfgang Pohrt*

*Stuttgart*

*REP-naher Pöbel*

**KONKRET 12/91 »Zum Beispiel Grenzkontrollen« von Thomas Ebermann und Rainer Trampert**

Der Artikel von Trampert/Ebermann über den DKP-spezifischen Beitrag zum Rassismus (aus »proletarischem« Interesse gegen Einwanderung und Asyl) bedarf m.E. der Ergänzung.

Die zitierte Erklärung der DKP-Sprecherin Rosenberg ist (noch) nicht mehrheitsfähig in der DKP. Sie wird aber außer von den beiden weiblichen der vier Sprecher auch von einer lautstarken Richtung aus NRW und Nordbayern getragen. Noch wurde diese unglaubliche Position von einer Mehrheit im Parteivorstand abgelehnt und eine Erklärung »Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus« angenommen, die u.a. von Peter Gingold aus Hessen entworfen worden war. Auf der Vorstandssitzung im November wurde von einigen Teilnehmern ausdrücklich festgestellt, daß Helga Rosenberg »mit ihren Positionen in die Nähe rechtsradikaler Aussagen« rücke (»UZ«, 15. Nov.).

Mir ist unbegreiflich, wie es ein alter Antifaschist wie Peter Gingold, der vor den Nazis nach Frankreich fliehen mußte, mit dem REP-nahen Pöbel in einer Partei aushalten kann und sich als »moralisierender, weltfremder Kleinbürger« anpickeln lassen muß, nur weil er den »antikapitalistischen« Rassismus nicht mitmacht. Auf den Antifaschismus der DKP konnte man sich früher verlassen. Der nationalistische Mob, der sich in ihr jetzt immer lauter mit seinen Stammtischparolen meldet, wird es wohl dahin bringen, die rechtsradikale Szene um eine lumpenproletarisch orientierte DKP zu bereichern.

*Dietrich Franchardt*

*Frankfurt/M.*

Die Herren Ebermann und Trampert sind genial. Sie wissen alles, alle anderen nichts. Sie sind gut, alle anderen Faschisten und dumm. Um diese Selbstbestätigung zu begründen, wird die ganze Welt in ein Schwarz-Weiß-Schema gedrückt, Tatsachen verschwiegen und bewußt gelogen. Zum Beispiel wissen die beiden Heroen der Menschheit, daß der Artikel (DKP zur Asylpolitik) nicht von der DKP ist, sondern von einer ihrer Sprecherinnen (Helga Rosenberg). Unsere Helden wissen, daß der Parteivorstand der DKP sich von diesem Artikel distanziert hat und eine Erklärung herausgegeben hat, in der festgestellt wird, daß Bleiberecht ein Menschenrecht ist.

*Kai Schmidt-Soltau*

*Kreisvorsitzender der DKP Münster*

Eine Distanzierung des PVs von Rosenbergs Artikel gibt es bis heute, 5. Dez., nicht. – Red.

*Kant bleibt Kant*

**KONKRET 12/91 »Kant bleibt Kant« – Aboanzeige von KONKRET**

Zeitschriften drucken zuweilen Autorenlisten ab, im Impressum etwa oder in Anzeigen. Den eigenen Namen in einer Autorenliste gedruckt zu finden, ist immer ein ambivalentes Erlebnis. Die Nähe zum einen der so zum Kollegen Erklärten ist ehren- oder schmeichelhaft, die zum andern unangenehm oder peinlich. Es macht aber nichts; es ist eine bloß räumliche Nähe auf dem Papier. Die Autoren eines Blattes als eine Art erweiterter Familie anzusehen, ist Unsinn (und zwar unabhängig davon, wie man zu seiner Familie steht). Anders wird das, wenn ein Autor kanonisiert wird, zum Redaktionsklassiker avanciert. Dann bekommt die Autorenliste einen anderen Charakter, und die Frage, ob es einem etwas ausmacht, auf ihr geführt zu werden, stellt sich anders. Wohlgemerkt: Ich meine nicht den Vorgang, daß Herausgeber und/oder Chefredakteur sich vor oder hinter einen bestimmten (umstrittenen) Beitrag eines Autors stellen, den sie ins Blatt genommen haben. Ich meine den, daß ein Autor als für das Blatt repräsentativ deklariert wird. Denn das ist eine Positionsbestimmung für das Blatt insgesamt. Nicht, daß ein solcher Vorgang seltsam oder illegitim wäre. Er beruhte auf einer Entscheidung des Herausgebers, und der muß wissen, was er will. Alle anderen müssen sich dann überlegen, was sie wollen. Allerdings gehört eine solche Entscheidung in die Herausgeberkolumne. In KONKRET findet man sie in der Abonnentenwerbung, und sie tritt in folgenden Wörtern vor die Leser:

*Kant bleibt Kant ... und KONKRET-Autor. Der Verfasser von »Aula«, »Bronzezeit«, »Aufenthalt«, zahlreichen Essays und Erzählungen hat seine Erinnerungen an die jüngste Zeit in einem »Abspann« zusammengefaßt. / Einen Auszug kennen die Leserinnen und Leser von KONKRET schon. Gerade weil Hermann Kant ein eindeutiger Schriftsteller des ersten zweiten deutschen Staates, der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), und seines Versuchs war, antifaschistische und sozialistische Ansätze in der Ordnung einer nachfaschistischen Gesellschaft zu verankern, gehören er und sein Werk zum gedanklichen Hintergrand dieses nichtangepaßten Denkens in diesem Land, auch heute. / Die Arbeiten von Kant gehören zur Geschichte kritischer Menschen in Ost- und Westdeutschland und damit zu dieser Zeitschrift KONKRET. / Wer also ein Abonnement von KONKRET wirbt oder verschenkt, erhält als Prämie den »Abspann«. / Hermann Kant, Abspann, 542 Seiten, gebunden, Aufbau- Verlag Berlin und Weimar, Prämien-Nr. 70045 / Auslieferung der Prämie erfolgt nach der ersten Zahlung des/der neuen Abonnentin.*

Ich werde mich also hüten, Abonnements zu verschenken, und hoffe, daß die Zahlung der Prämie wirklich erst nach Auslieferung des Abonnentin erfolgt. Daß für Kant gelten soll, was für Persil gilt, bedürfte allerdings doch noch der Untersuchung, aber ich fürchte, sie wird KONKRET auch im Falle des H. Kant recht geben, obwohl mir der »Abspann« zusätzlich zur Langeweile, die mir die Lektüre der »Aula« im Deutschunterricht bereitet hat, nichtalltäglichen Ekel mitservierte. Aber die Leserinnen und Leser von KONKRET kennen ja schon einen Auszug der in einem Abspann zusammengefaßten Erinnerungen an die jüngste Zeit, und also brauche ich nicht viel zu erklären. Vielleicht nur so viel: Gerade weil Hermann Kant, und vor allem der Hermann Kant des »Abspann«, ein eindeutiger Schriftsteller des ersten zweiten deutschen Staates, der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), und seines Versuches war, »antifaschistische und sozialistische Ansätze in der Ordnung einer nachfaschistischen Gesellschaft zu verankern«, gerade weil Hermann Kant so eindeutig *der* Schriftsteller dieses deutschen Versuches gewesen ist, einen Staat zu machen, der mit den genannten Wörtern von dem Verankern der Ansätze in der Ordnung aufs beste beschrieben ist, eines Staates, der nichts weiter geworden ist als eine nachfaschistische Ordnungsgesellschaft, schreibt Kant wie er schreibt, etwa so: »Doch dann machten sich in mir Bilder von der Ankunft meiner Sendung im Hause der Bezirksleitung breit, und nie gedachte Fragen stellten sich«, und KONKRET schreibt über H. Kant endlich gesamtdeutsche Prosa: potsdämlich elegant von der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und von ihrem Versuch, antifaschistische und sozialistische Ansätze zu verankern, und mit oggersheimlichem Scharm von der Geschichte kritischer Menschen in Ost- und Westdeutschland und damit und auch und gerade weil, wer also in diesem Land, auch heute. So beiderseitig progressiv schließlich vom nichtangepaßten Denken im Land, und so insgesamtdeutsch vom Verankern der Ansätze in der Ordnung und vom gedanklichen Hintergrund des Denkens. Es ist erreicht: Die Mauer ist nun auch in den Köpfen eingerissen. Für diese Wiedervereinigung zahlt mit Hirnriß gern das neue Abonnentin.

*Jan Philipp Reemtsma*

*Hamburg*

Konkret 01/92, S. 9

**Hermann L. Gremliza**

# One Way Ticket

**N**eunter Dezember 1991: Die drei Spitzbuben Jelzin, Krawtschuk und Schuschkewitsch haben heute erklärt, »daß die UdSSR als Subjekt des Völkerrechts und als geopolitische Realität zu existieren aufhört«. Dieser Putsch beendet eine Geschichte und läßt eine neue so beginnen, wie es an dieser Stelle vorgezeichnet worden ist. Für einen neuen Gedanken gibt die Geschichte nichts her; Zitate aus den längst gemachten genügen:

Dezember 1989: Was wird folgen auf den realen Sozialismus? Zunächst und ziemlich bald die Erkenntnis, daß der reale Sozialismus eine Einwegflasche war, bei deren Rückgabe kein Pfand für den Erwerb eines neuen zu erlösen ist; daß ein anderer, schönerer, besserer in diesen Jahren so wenig zu haben ist, wie er in diesem Jahrhundert je zu haben war.

Sodann wird bemerkt werden, daß die Erneuerer und Verbesserer des Sozialismus nur bis zur Zerschlagung des realen gebraucht wurden. Noch schneller werden die ewigen Lieblinge der Bürgermedien, die Damen und Herren vom »dritten Weg« und vom »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«, um ihr soziales Prestige kommen.

Und schließlich wird sich herausstellen, daß das Ende des realen Sozialismus nicht nur keinen Anfang eines anderen, besseren, sondern auch nicht den Beginn bürgerlicher Demokratie bedeutet. Die gedeiht nämlich (bitte umsehen!) nur im Reichtum, und schon jetzt ist der Lebensstandard der in privatkapitalistische Experimente gestürzten Sowjets, Ungarn und Polen weit unter den letzten realsozialistischen Stand gesunken. Auf westliche Großinvestitionen hoffen sie vergeblich.

Lange werden die Sowjetbürger, die Polen und Ungarn sich weiteren sozialen Abstieg nicht gefallen lassen wollen. Sie werden nach neuen Führern rufen und, weil zurück zu den alten kein Weg führt, rechten Populisten nachlaufen - die Polen irgendeinem klerikalen (und, aus alter katholischer Tradition und aus neuer Enttäuschung übers US-Kapital, natürlich auch: antisemitischen) Faschisten, die Ungarn einem Nikolaus Horthy II. aus der Pfeilkreuzler-Dynastie; was die Letten, Litauer, Esten, Ukrainer, Armenier, Moldawier, Kirgisen, Aserbeidschaner etc. noch alles für sich und gegeneinander treiben werden, Kriege mit modernsten Waffen eingeschlossen, wagt wohl selbst Gorbatschow sich nicht vorzustellen.

April 1990: Nicht um zu ändern, was nicht zu ändern ist, bloß daß es gesagt sei, damit die Entschuldigung, das habe doch keiner wissen können, das nächste Mal noch ein wenig hohler klingt als das letzte Mal, sei hier aufgeschrieben: daß es mit der europäischen Gemeinsamkeit, mit dem Wohlstand in Osteuropa, mit dem Frieden oder gar dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft nichts werden wird, sondern:

Die realsozialistischen Staaten Osteuropas, früher auch Zweite Welt genannt, werden nicht, wie sie hoffen, Teil der Ersten, sondern der Dritten Welt werden, deren Grenze zur Ersten (bis auf weiteres) an Oder und Neiße verlaufen wird. Polen, Tschechen, Ungarn, Russen werden lernen, daß der Reichtum der Welt, mit dem man sie gelockt hat, längst und fest aufgeteilt ist; was ihre Planwirtschaft ihnen bot: ein zwar ärmliches, aber gesichertes Auskommen, hält die Marktwirtschaft für sie nicht bereit. Zwei Drittel der Welt sind marktwirtschaftlich organisiert, in neun Zehnteln dieser Länder wird massenhaft gehungert und verhungert, und es sind gerade mal ein gutes Dutzend Staaten, die davon profitieren - allen voran die BRD, ein Wandlitz hoch fünf der kapitalistischen Welt... Die Wut auf sich selbst und die Verführer, die ausbrechen wird, wenn die Einladung, an der Ausplünderung des Rests der Welt teilzunehmen, sich als Verfügung erweist, Teil dieses Rests zu werden, möchte man nur ungern und nicht in Ungarn miterleben müssen.

Ein Stück weit östlich der Neiße aber wird entstehen, was die Welt noch nicht gesehen hat: ein konventionell und atomar auf Weltniveau gerüstetes Entwicklungsland. Nicht mehr eine außerhalb ihres Machtbereichs friedliche, berechenbare, viele chauvinistische Völkerschaften unter Kontrolle haltende und den Erwerb der dringendsten Lebensmittel sichernde Sowjetunion, sondern ein selber chauvinistisches, rassistisches, hungerndes und frierendes Rußland, das in Kämpfe mit Dutzenden ebenso chauvinistischer, rassistischer, hungernder und frierender, aber »befreiter« Nachbarn verwickelt ist, vom Baltikum bis zum Kaukasus.

Auf die Hilfe, die den Sowjets, den Polen, den Tschechen, den Slowaken, den Ungarn in Aussicht gestellt wurde, als sie noch rot waren, können sie warten, bis sie schwarz sind. Die Zulassung zu einem Weltmarkt, der nach nichts so wenig verlangt wie nach neuen Produktionskapazitäten für Waren, die nicht abzusetzen sind, ist keine Hilfe. Vielleicht erreicht Rußland durch billige Rohstoffexporte das Niveau Brasiliens. Vielleicht. Wenn, im Austausch für Jeans, Gorbatschows Nachfolger Jelzin soviel Erdöl liefert, daß der Weltmarktpreis auf die Hälfte fällt. Vielleicht aber auch werden die Massen, die dann noch weniger zu beißen haben werden als zuvor, unter Verzicht auf den ökologischen Umbau ihrer Industriegesellschaft ein Regime erzwingen, das von jenen Mitteln, deren Anhäufung sie mit so viel Verzicht bezahlen mußten, Gebrauch macht.

**M**ai 1991: Die DDR war das ökonomisch erfolgreichste Land Osteuropas, ihre Bewohner genossen den höchsten Lebensstandard unter den sozialistischen Staaten. Wenn schon die Überführung dieser vergleichsweise reichen 16

Millionen auf den Weltmarkt die Mittel des reichsten kapitalistischen Staates und Exportweltmeisters zu überfordern droht...-was erwartet dann die andern, die ärmeren ehemals realsozialistischen Staaten? So unpathetisch wie möglich geantwortet: der Untergang.

Jede Woche einmal ist ein Gorbatschow, ein Walesa, ein Havel tief, bitter oder schwer enttäuscht, daß Jesus nicht so lebt wie Blüm es versprochen hat. Noch reden sie sich und ihren Völkern ein, daß seine glor- bzw. devisenreiche Auferstehung irgendwann doch stattfinden werde. Rohwedder hätte es ihnen sagen können: daraus wird nichts. Den Tschechen, Slowaken, Polen, Russen etc. wird es in den nächsten Jahren doppelt und dreifach so dreckig gehen, wie es den Deutschen in der Zone ohne Zuweisungen aus Bonn ginge. Und keines der den Weltmarkt beherrschenden Kapitale hat ein Interesse daran (d.h. verspricht sich einen Profit davon), diese Zukunftsaussichten zu ändern...

Erst wenn es mit Gewißheit niemandem mehr nützen kann, wird man zu erkennen beginnen, welchen seltenen Glücksfall die Existenz der sozialistischen Staaten bedeutet hatte: nicht für den Sozialismus oder Kommunismus, sondern bloß für Verhältnisse auf der Welt, die trotz aller Kriege und Nöte, die sie mit sich brachten, leidlich friedlich und für den größeren Teil der Menschheit gerade noch erträglich waren, weil sie, solange die Imperialisten nicht allein herrschten, fast jedem, auch dem schärfsten Gegner des »bürokratischen Stalinismus«, noch eine Hoffnung ließen. Verglichen aber mit denen, die nun unabwendbar scheinen, werden die Verhältnisse, die endlich beseitigt sind, bald paradiesisch erscheinen.

10. Dezember 1991: Es wird gemeldet, der Moskauer US-Botschafter Robert Strauß befürchte den Zerfall der Sowjetunion in »faschistische« Einzelstaaten. US-Außenminister Baker hält auf dem Gebiet der als Subjekt des Völkerrechts und als geopolitische Realität abgeschafften UdSSR Bürgerkriege nach Art eines »Jugoslawien mit Atomwaffen« für möglich. Daß die Weltpolitik die gestellten Prognosen einfach nachgeäfft hat, läßt dennoch keine Freude aufkommen. Wer der Welt wohl will, muß das Unerfüllbare wünschen: daß die Geschichte sich einmal-und sei`s nur für einen Augenblick-in jene ganz andere Richtung bewegen möge, die Deutschlands sozialdemokratische und grüne Meisterdenker ihr täglich vorgeben.

Konkret 01/92, S. 10

**Eckhard Voss**

# Back to the Future

**In Deutschland ist es zwar am schlimmsten, aber die anderen europäischen Nationen ziehen kräftig mit: Von Sevilla bis Oslo und von Plymouth bis Rostock gehören rassistische Parolen bereits zur alltäglichen Normalität, häufen sich Gewalttaten gegen Flüchtlinge, erzielen rassistische Parteien zweistellige Wahlergebnisse, werden Ausländer entrechtet, Asylsuchende abgewiesen. Das »europäische Haus«, vom deutschen Blockwart verwaltet, wird zum Alptraum für den Rest der Welt**

Die Fotos könnten aus jedem Familienalbum stammen: Erinnerungen an die Hochzeit, das erste Kind, Postkarten an den Vater. Aber da sind noch andere mit blau-weiß gestreiften Hosen und Jacken, mit einem gelben Davidstern und mit einer Tätowierung drauf: der Nummer 982288. Leon Greenman ist einer von zwei niederländischen Juden, die Birkenau überlebten, auch Auschwitz-Monowitz, Gleiwitz und Buchenwald. Leon ist 81, seine Fotos und die darin dokumentierte Lebensgeschichte, die er in Schulen und auf Veranstaltungen erzählt, sollen die Erinnerung an die Vernichtung der europäischen Juden wachhalten. Seine Bilder waren kürzlich in der Ausstellung »Anne Frank in the World« in der Synagoge am Belsize Square im Norden Londons zu sehen. Der letzte Teil der Ausstellung muß für den alten Mann wie ein Schlag ins Gesicht sein: Pressephotos und Zeitungsartikel aus den letzten Monaten, die eine Explosion rassistischer und rechtsextremer Gewalt dokumentieren, aufgenommen im wiedervereinigten Deutschland.

Einige Tage später sticht mir das Wort »Hoyerswerda« ins Auge, versehen mit den Initialen der faschistischen »British National Party« und gesprüht an ein Haus in der kleinen Einkaufstraße Deptfords, einem armen Inner City-Bezirk im Londoner Südosten, in dem ich lebe, wenn ich in London bin. Freunde erzählten mir, daß die BNP kürzlich in einem Nachbarstadtteil ein Büro eröffnet habe. Sowohl die Tatsache, daß die britischen Nazis wieder in Stadtteilen mit relativ starken antirassistischen Traditionen mobilisieren, in denen sie sich jahrzehntelang nicht blicken lassen durften, als auch die Botschaft an die schwarze Bevölkerung, die in dem Wort »Hoyerswerda« steckt, signalisieren eine Veränderung des politischen Klimas.

Rassisten und Nazis marschieren wieder in den Straßen Westeuropas. Das »ausländerfreie« Hoyerswerda und die über 1000 schweren rassistischen Gewalttaten gegen Ausländer und ihre Unterkünfte in Ost- wie Westdeutschland, denen dieses Jahr bereits mindestens dreißig Menschen zum Opfer gefallen sind, sind zum Fanal einer Renaissance des Rassismus und Nationalismus von Sevilla bis Oslo und von Plymouth bis Rostock geworden, die so blutige Bahnen ziehen wie nie seit der Epoche 1914-1945:

· In Ländern wie Portugal, Spanien oder Griechenland - klassischen Auswanderungsländern, deren Emigranten allzu oft selbst mit Rassendiskriminierung in den industriellen Metropolen des Kapitalismus konfrontiert sind, ist in den letzten Jahren vor allem unter Jugendlichen ein drastischer Anstieg rassistischer und rechtsextremer Einstellungen und Gewalt vor allem gegen afrikanische und andere Migranten, aber auch gegen Linke festzustellen. Im Oktober jährte sich zum zweiten Mal der Tag, an dem der Vorsitzende der portugiesischen »Revolutionären Sozialistischen Partei«, Jose da Carvalho, von einer Horde von Skinheads erschlagen und eine Reihe seiner Genossen schwer verwundet wurden. Die rechtsextreme Jugendbewegung ist mittlerweile so stark geworden, daß die Regierung 1990 eine Untersuchungskommission eingesetzt hat. In Spanien marschierten zum Todestag Francos in diesem Jahr Zehntausende von alten und neuen Faschisten aus allen europäischen Ländern auf.

· Die Überfälle auf afrikanische Saisonarbeiter der Tomaten- und Obstplantagen der EG oder auf Straßenhändler in den Tourismuszentren, die sich 1989 in Süditalien und 1990 in Norditalien ereigneten, haben auch für das Ausland schlagartig den wachsenden Rechtsextremismus und Rassismus in Italien sichtbar gemacht. Rassistische Statements wie das des Erzbischofs von Ravenna, der 1990 vor einer »Islamisierung« Europas warnte und behauptete, Menschen »verschiedener Kulturen, Religionen und Rassen« könnten nicht zusammenleben, sind wie in den anderen südeuropäischen Ländern Ausdruck einer zunehmenden Europäisierung der einwanderungspolitischen Diskussion. Auf der anderen Seite gibt es spezifisch italienische Formen des Rechtsextremismus wie der bruchlos an den Mussolini-Faschismus anknüpfende MSI (»Movimento Sociale Italiano«), der nach wie vor bei Wahlen ca. 2,5 Millionen Wählerstimmen erhält und mit vier Sitzen im Europaparlament vertreten ist. Hinzugekommen sind die erdrutschartigen Erfolge der regional-chauvinistischen oberitalienischen »Liga Lombarda«, die, obwohl erst seit 5 Jahren aktiv, bei den Regionalwahlen 1990 über 20 Prozent der Stimmen erhielt und heute zweitstärkste Partei in der Lombardei ist. Für die Wahlen im Frühjahr ‘92 wird ihr ein Ergebnis zwischen 25 und 30 Prozent vorausgesagt. In einer Umfrage der Zeitung »Il Giornale« bezeichnete im September zwar die Hälfte aller Befragten die Liga als rassistisch, gleichzeitig aber findet jeder zweite Lombarde Parteiführer Umberto Bossi »gut informiert, ehrlich, kultiviert und freundlich«.

· Einen ähnlich rasanten Aufstieg verzeichnet die »Freiheitliche Partei Österreichs«, seit sie von Le Pen- und Schönhuber-Freund Jörg Haider auf stramm ausländerfeindlichem Kurs geführt wird. Sein offenes Eingeständnis, daß er die Beschäftigungspolitik Hitlers der der gegenwärtigen österreichischen Koalitionsregierung vorziehen würde, hat Haider zwar den Posten als Landeschef in Kärnten gekostet, ihm aber unter den alten und neuen Nazis Österreichs viele neue

Anhänger gewonnen. Der Slogan »Wien den Wienern« brachte der FPÖ - im übrigen Mitglied der Liberalen Internationale - bei den Kommunalwahlen am 10. November eine Verdreifachung ihrer Stimmen und Sitze (23 gegenüber 8 im Jahr 1987) in der Hauptstadt ein. Wie fruchtbar der österreichische Acker für »Yuppi-Faschisten« vom Typ Haider heute ist, verdeutlichen neueste Meinungsumfragen, denenzufolge 50 Prozent der Befragten ganz oder teilweise der Behauptung zustimmen, daß »Juden selbst die Schuld an ihrer jahrhundertelangen Verfolgung tragen«, und einer von fünf findet, daß es Österreich ohne Juden heute besser ginge.

· Wachsender Rechtsextremismus und Nationalismus ist auch in den Benelux-Ländern sowie in Skandinavien festzustellen. Der offen faschistisch-nationalistische »Vlaams Blok« in Belgien hat mit fremdenfeindlichen Parolen in den späten 80er Jahren seine Stimmenanteile bei Wahlen mehr als verdoppeln können und ist seit den Wahlen Ende November mit 12 Abgeordneten im belgischen Parlament vertreten. In Dänemark und Norwegen sind heute die »Fortschrittsparteien« die wichtigsten Träger rechtsextremer Ideologien. Als Anti-Steuer-Parteien in den 70ern angetreten, haben sie vor einigen Jahren die Themen »Masseneinwanderung« und »Mohammedanisierung« als Stimmenfänger entdeckt. Die dänischen Rechtsextremen erzielten mit der Forderung nach Deportation aller Moslems und Flüchtlinge bei den Wahlen im September 25 Prozent der Stimmen. Relativ neu ist der Erfolg einer starken rechtsextremistischen Partei in Schweden: Die »Neue Demokratie«, erst zu Anfang des Jahres ‘91 gegründet, erhielt bei den Wahlen im September 6,7 Prozent der Stimmen mit einer Mischung aus Anti-Steuer- und »Ausländer Raus«-Parolen und ist heute Zünglein an der Waage im schwedischen Parlament.

· Während in den meisten anderen europäischen Ländern rechtsextremistische und rassistische Parteien noch dabei sind, sich zu etablieren und die Forderung, die eigene Brut unterscheide sich fundamental von Menschen anderer Kulturen (genannt »Rassen«), sei von dieser bedroht und habe gefälligst an erster Stelle zu stehen, zum Bestandteil des Common Sense zu machen, ist die französische »Front National« bereits einen Schritt weiter. Weil mittlerweile fast 40 Prozent der Franzosen die rassistischen Forderungen Le Pens gutheißen und die »Front National« mit 10 Abgeordneten im Europaparlament sitzt und sich gute Chancen ausrechnen kann, bei den Regionalwahlen im März führende Kraft in der Region Provence-Alpes/Cote d’Azur zu werden, hat die FN kürzlich ihr bislang radikalstes Programm veröffentlichen können. Auf einem Symposion in Marseille legte der stellvertretende Parteiführer Bruno Mégret das 50-Punkte Programm einer nationalen Rassenpolitik vor, das unter anderem ein Bevölkerungsministerium, Lager und Massendeportationen für unerwünschte Einwanderer, das Verbot des Familiennachzugs, Aids-Tests für Nicht-EG-Ausländer, die Verweigerung von Sozialunterstützungen, ein Verbot islamischer Moscheen, die Überprüfung aller Einbürgerungen seit 1974, Ausländerquoten in den Schulen und eine Zensur »unfranzösischer« Ideen in Schulbüchern vorsieht.

Weder die Zahl der Einwanderer, noch ökonomische Gründe erklären dieses nationalistische und rassistische Revival, das im übrigen nicht nur in Westeuropa zu beobachten ist: Wie eine kürzlich veröffentliche Dokumentation des »Institute of Jewish Affairs« (»Anti-Semitism in Central and Eastern Europe: A current survey«) belegt, erfüllt in Osteuropa heute mehr und mehr ein staatlich sanktionierter Antisemitismus die Aufgabe nationaler Sinnstiftung: In Rumänien machen weit verbreitete Tageszeitungen wie die »Romania Mare« Juden für das Regime Ceausescus verantwortlich und bezeichnen im gleichen Atemzug den IWF als Instrument einer internationalen jüdischen Verschwörung, die das Ziel habe, »das rumänische Volk zu Latrinenputzern zu machen«. Diejenigen, die vor dem wachsenden Antisemitismus im Lande warnten, wurden von Präsident Ion Iliescu wegen »übertriebener und extremer Behauptungen« kritisiert. In Polen, wo Meinungsumfragen ergeben haben, daß 63 Prozent der Bevölkerung Juden verbieten möchten, Anteile an polnischen Unternehmen zu erwerben, phantasiert die »Zentrumsallianz«, die Walesa im Präsidentschaftswahlkampf unterstützte, von einer jüdischen Verschwörung, die eine Pressekampagne gegen den Präsidenten initiiert habe. Und selbst in Ungarn spricht Premierminister Jozsef Antall davon, daß weder Juden noch Nicht-Juden mit »dem Feuer des Antisemitismus« spielen sollten und daß die ungarische Regierung nicht nur gegen Antisemitismus sei, sondern auch »jeden Versuch, den Antisemitismus zu einer politischen Frage zu machen«, verurteile.

»Deutschland muß deutsch bleiben«, »Wien den Wienern«, »Dänemark für die Dänen«, »Frankreich den Franzosen«, »Zigeuner raus aus Rumänien«, »Mit Walesa gegen das internationale Judentum« - die Parolen des Rassenhasses gleichen sich europaweit. Aber besteht auch die Gefahr, daß demnächst rechtsextremistische Parteien die Regierungsgewalt übernehmen? Le Pen als französischer Präsident, Schönhuber als Innenminister, Haider verantwortlich für Einwanderungsfragen?

Die Pogrome in Deutschland und die rasante Entwicklung nationaler Chauvinismen in den anderen europäischen Ländern lassen heute alles möglich erscheinen, aber das eigentlich Alarmierende liegt in einer anderen Entwicklung: Rassistische Themen und Argumentationsmuster, etwa die von einer »Invasion« von »Wirtschafts- und Scheinasylanten«, von der kulturellen »Überfremdung« und »Durchrassung« des nationalen Volkskörpers oder der »Islamisierung«, sind heute keine Extrempositionen mehr, sondern repräsentieren den nationalen Konsens und bilden die Grundlage der diversen Vorschläge möglichst effektiver »Lösungen« der »Einwanderungsfrage«, in Deutschland etwa in Form einer Grundgesetzänderung oder der Ausländer-Quote. Ein Blick auf die durch SPD-Vorstöße (Aufnahmestopp für Flüchtlinge in Bremen) und die CDU-Parteiführung im Sommer losgetretene Asyldebatte verdeutlicht diesen Mechanismus: Nach monatelangem

publizistischem und politischem Einschlagen auf Flüchtlinge, der Veredelung rassistischer Einstellungen zu »Bedrohungsängsten« und ihrer völkischen Stilisierung zur »nationalen Existenzfrage« (Engholm), blieb ihre praktische Umsetzung auf der Straße nicht aus. Bis weit in das sogenannte »linke« Lager hinein ist heute akzeptiert, daß die Opfer der rassistischen Propaganda und Ausschreitungen deren eigentliche Ursache sind, wenn über Zahlen und Aufnahmekapazitäten der multikulturellen Gesellschaft diskutiert wird.

Die Adaption rassistischer Argumentationen, die Verkehrung der Realitäten und die weitere Stigmatisierung der Opfer ist nicht allein ein deutsches Phänomen. Keines der oben aufgelisteten Länder hat mit öffentlichen Kampagnen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Stellung bezogen, mit Aufklärung oder dem Verbot rassistischer Propaganda und Organisationen reagiert. Wie in der BRD sind europaweit die Argumente der Hetzer und Totschläger gerechtfertigt und die Rechte der Opfer weiter beschnitten worden. In Frankreich versuchen sich seit Monaten Edith Cresson, Jacques Chirac und neuerdings auch Giscard d'Estaing mit immer neuen rassistischen Klischees und Gesetzesverschärfungen gegenseitig zu übertreffen, ohne daß dies Le Pen davon abhalten könnte, weiter auf den Präsidentenstuhl des Regionalparlaments in Nizza zuzumarschieren. In mindestens einem halben Dutzend westeuropäischer Länder sind in den letzten Monaten die Einwanderungs- und Asylgesetze verschärft worden, Kriterien für politische Verfolgung, die einen Anspruch auf Asyl begründen, wurden minimalisiert, Verfahren verkürzt, Einspruchsrechte reduziert und insgesamt die Lebensumstände der Flüchtlinge systematisch verschlechtert.

Überall gleichen sich die Kampagnen, Inhalte und Begründungen der Gesetzesverschärfungen, die längst den auf gesamteuropäischer Ebene entwickelten Direktiven folgen. Mit Verweis auf die Ereignisse in Deutschland sagte etwa der britische Innenminister Baker in einer Parlamentsdebatte im November: »Dies sind beunruhigende Trends, die an die dunkelste Periode der europäischen Geschichte erinnern. Wir müssen dafür sorgen, daß solche Bewegungen keine Gelegenheit haben, sich in unserem Land zu entwickeln.« Dann forderte er nicht etwa ein hartes Vorgehen gegen Neonazis, rassistische Propaganda oder wenigstens öffentliche Aufklärung, sondern die zügige Verschärfung des britischen Asylgesetzes.Diese seit 1945 beispiellose Übernahme rassistischer Positionen und Forderungen in die europäische Politik ist weder bloß ein Effekt populistischer Wahlkampfmanöver, noch dient sie allein der Ablenkung von tatsächlichen Problemen wie etwa der katastrophalen ökonomischen Entwicklung im Osten und den sich zuspitzenden Widersprüchen im wiedervereinigten Deutschland. Sicherlich taugen die Gesetzesverschärfungen zu weiterer Entrechtung und noch effektiverer Ausbeutung von Flüchtlingen, deren Aufnahme keineswegs ein humanistischer Luxus der reichen Länder ist, sondern den ökonomischen Bedürfnissen der Fast-Food-Industrien, der Sweat-Shops der Modeindustrien oder der Dienstleistungssektoren des heutigen High-Tech-Kapitalismus folgt. Vor allem aber sind der europaweit institutionalisierte Rassismus und sein Massencharakter Ergebnis der Konstruktion eines neuen pan-europäischen Kollektivs und Selbstverständnisses, das die nationalen Chauvinismen keineswegs überwindet, sondern sie als elementar voraussetzt. Dies wird z.B. daran deutlich, daß Länder wie England und Frankreich ihre relativ fortschrittlichen Staatsbürgerschaftsrechte, die auf dem ius soli-Prinzip basieren (Franzose bzw. Brite ist, wer im Lande geboren wurde) entweder schon abgeschafft haben (Großbritannien 1981) oder abschaffen wollen (die Opposition in Frankreich) und sich an den rassisch-völkischen Definitionen der deutschen Staatsbürgerschaftsbestimmungen (ius sanguinis) orientieren.

Der oft beschriebene Ausbau der »Festung Europa« im Sinne einer Abschottung des reichen Westeuropas gegen die verarmten Massen der »Dritten Welt« gehört zur praktischen Umsetzung dieses Selbstverständnisses und ist heute weitgehend abgeschlossen; die während der Konferenzen der Innenminister und Polizeichefs der TREVI-Gruppe oder des Schengener-Abkommens formulierten Voraussetzungen sind weitgehend erfüllt. Die BRD spielt hierbei die zentrale Rolle, nicht nur in den diversen Gremien, sondern auch bei der Initiierung einer einheitlichen Asyl- und Ausländerpolitik im Bereich der EG und neuerdings auch in noch größerem Rahmen - wie sich Ende Oktober bei der von Schäuble zusammengerufenen Konferenz der Innen- und Polizeiminister aus 28 Ländern, unter anderm Albaniens und Rumäniens, im Berliner Reichstag gezeigt hat. Das ist kein Zufall: In keinem anderen europäischen Land ist das Gebot der Reinhaltung des nationalen Volkskörpers staatsrechtlich so fest verankert und wird in der Ausländer- und Einwanderungspolitik so konsequent umgesetzt wie in Deutschland.

Der Zerfall des Ostblocks, das Verblassen des kommunistischen Feindbilds und eine nach Emanzipation und Teilhabe am westlichen Wohlstand strebende »Dritte Welt« lassen den Kapitalismus heute als konkurrenzlos erscheinen. 500 Jahre nach der Entdeckung, Versklavung und Kolonialisierung Südamerikas leben wir am Beginn einer postimperialistischen Ära des Kapitalismus, der nicht mehr expandieren kann, weil er sich bereits überall eingenistet und das Sagen hat. Es stellen sich daher neue Anforderungen an die ideologische Legitimation politischer Herrschaft. In diesem Zusammenhang steht der Begriff »Festung Europa« nicht nur für eine einheitliche restriktiv-selektierende Ausländer- und Asylpolitik der westeuropäischen Staaten, sondern er hat auch 'kulturelle' Implikationen, die bislang wenig beachtet wurden.

Da ist zum einen das Konstrukt einer scheinbar homogenen »europäischen Kultur«: Griechenland - Rom - Christentum - Aufklärung, das auf den Nenner »von Plato zur Nato« gebracht werden könnte und in dem sich das elitäre Selbstverständnis der westlichen gegenüber der restlichen Welt abbildet. Da ist zum anderen - gleichsam als sein Pendant - die Entwicklung neuer bzw. die Reaktivierung alter gemeinsamer europäischer Feindbilder wie beispielsweise »islamischer

Fundamentalismus«, »Bevölkerungsexplosion« und »Hunger«, die heute als Beschreibungen der wichtigsten äußeren Bedrohungen Europas allgemein akzeptiert sind.

Auf einen weiteren Aspekt gemeinsamer europäischer Erfahrung hat ausgerechnet Margaret Thatcher 1988 auf einem Vortrag vor dem Europakolleg in Brügge hingewiesen: »Zu oft wird die Geschichte Europas als eine Aneinanderreihung von endlosen Kriegen und Streitigkeiten dargestellt. Doch aus unserer heutigen Sicht ist sicherlich das, was uns am meisten betrifft, unsere gemeinsame Erfahrung. Beispielsweise die Art, wie Europäer einen Großteil der Welt erobert, kolonialisiert und - ja, ohne Pardon - zivilisiert haben, das ist eine außerordentliche Geschichte von Talent und Tapferkeit.«

Das Europa der kapitalistischen Metropolen denkt heute wieder in den Mustern des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, definiert sein Verhältnis zu den nicht-weißen Kontinenten wieder nach rassen- und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten und verkleidet es als »zivilisatorische Mission« als »White Man's Burden«. Der Golfkrieg und die Implementierung marktwirtschaftlicher Strukturen als wichtigste Grundlage 'zivilisatorischer Fortschritte' im Ostblock sind aktuelle Beispiele dafür. Es ist dieses Europa, zu dem sich heute die Rechten von Margaret Thatcher und Otto von Habsburg über Le Pen bis zu dem faschistischen »Circulo Espanol de Amigos Europa« begeistert bekennen.

**Eckhard Voss schrieb in KONKRET 9/91 über die deutsche Asyldebatte**

Konkret 01/92, S. 13

**Ilse Bindseil**

# Drittes Reich, 3. Welt

**»Reicher Jude« und »Wirtschaftsflüchtling« - was ist den scheinbar so gegensätzlichen Feindbildern gemein? Daß sie ressentimentgeladene Ersatzvorstellungen für »Kapitalismus« sind**

In einer Ausstellung von Spuren und Zeugnissen der Kreuzberger Juden findet sich eine Tafel mit sämtlichen Namen der aus Kreuzberg deportierten Juden. In einer Größe, die es gestattet, daß man sich in die Angaben in Ruhe vertieft, füllen sie fast eine Wand. Name und Geburtsdatum, die bürgerliche Anschrift und das höchst unbürgerliche Deportationsziel bilden die auf ihre Weise vollständigen Angaben zur Person. Reichenberger Straße, liest man, Adalbertstraße und immer wieder Kottbusser Damm. Komisch, denkt man, Reichenberger Straße, ja, laut, aber zweifellos eine Wohngegend. Aber daß am Kottbusser Damm so viele Leute gewohnt haben!

Wieder in der Sonne, auf dem Spaziergang durch die Adalbertstraße, links in die Oranienstraße hinein bis zum Oranienplatz, das fußgängerische Fernziel Alex vor Augen, mit seinen ‘knallharten’ Hütchenspielern aus Polen und Jugoslawien, an denen linker und rechter Rassismus sich ungestraft austoben darf, zwischen türkischen Familien und den Junkies vom Kottbusser Tor, scheint es zum ersten Mal möglich, die Konvergenzprobe zu machen. So viele Juden sind damals verschwunden, daß der Hinweis auf die Zahl der Türken, derer man sich heute entledigen müßte, ebensowenig ein Einwand sein kann wie der, daß ihr Verschwinden einen allzu groben Eingriff ins ‘Stadtbild’ bedeuten, ja einem Stück Selbstamputation nicht zuletzt Kreuzbergs gleichkommen würde. Daß die Menschen ‘drumherum’ einen solchen Eingriff nicht dulden, daß sie zumindest nicht zusehen würden, ist durch das jüngste subjektiv begeisterte Zusehen einiger beispielsweise in Krefeld und Hoyerswerda sowie durch das objektive ‘Zusehen’ aller anderen empirisch schon widerlegt. Und theoretisch sieht der Fall noch übler aus. Nur dann nämlich, wenn schon damals nicht alle zugesehen, den Angriff auf ihre Nachbarinnen und Nachbarn geduldet oder gar begrüßt hätten, ließe sich für die Ausländer in der heutigen Bundesrepublik eine wie immer erst theoretische Chance ausrechnen. Nur dann nämlich könnte man für möglich halten, daß die Deutschen eine neuerliche Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen nicht noch einmal widerspruchs- und widerstandslos hinnehmen würden.

Die Kreuzberger Ausstellung, nach deren Besuch man sich zwangsläufig am Deportationsschauplatz wiederfindet, vermittelt aber einen nachhaltigen Eindruck davon, daß sie genau das taten, und zwar in einem schier unvorstellbaren Ausmaß und konkret in jedem einzelnen Fall. Es könnten also nur gänzlich neue Gründe plausibel machen, daß und warum sie heute sich anders verhalten werden, als sie sich gestern verhielten, und daß sie bereits die Anfänge pogromartiger Feindseligkeiten bekämpfen würden - und zwar nicht bloß ‘abgestuft’ oder der jeweiligen Eskalationsstufe ‘angemessen’, und vor allem nicht mit ‘begleitendem’, sondern mit verhinderndem Protest. Solche definitiv neuen Gründe aber gibt es nicht; die Menschen im Dritten Reich, die der Deportation der Juden mehr oder weniger ungerührt beigewohnt haben, waren dieselben, die in den ‘goldenen Zwanzigern’ die Statisten gemacht und eine in Deutschland bis dahin ungekannte Blüte humanistischer Kultur und demokratischer Auseinandersetzungen miterlebt hatten.

So absurd es also wäre, wollte man den Übergang von den goldenen Zwanzigern in die finsteren Dreißiger mit der Annahme begründen, die Menschen hätten sich eben geändert, so absurd wäre es, wollte man die Unmöglichkeit eines völkischen Aufbruchs im wiedervereinigten Deutschland mit einem ebensolchen Wandel nach 1945 begründen.

Erinnern wir uns doch: Nie waren die kritischen, die liberalen Stimmen so laut wie damals, ehe es leise wurde in Deutschland. Gibt es heute eine kritische, eine liberale Stimme, die im Bewußtsein der Wirkungslosigkeit und des Schicksals der kritischen, der liberalen Stimmen von damals wenigstens ihren Tonfall änderte und zu verstehen gäbe, daß sie mit ihrer Rolle des unermüdlichen Warners unzufrieden ist? Deutet nicht im Gegenteil gerade das Verhalten der kritischen Kommentatoren, der Nicht-Totschläger überhaupt, auf die Möglichkeit einer Wiederholung der Untaten von einst?

Die definitiv neuen Gründe müßten also woanders liegen als ausgerechnet inden Menschen. Manche richten ihre Hoffnung auf den Staat, und das hat etwas für sich; denn wir sind es gewohnt, zwischen unterschiedlichen Staatsformen eine fundamentalere Unterscheidung zu machen als zwischen Menschen, zwischen dem faschistischen und dem christdemokratischen Chile beipielsweise, zwischen dem Griechenland der Obristen und dem Griechenland Papandreous, zwischen Franco-Spanien und EG-Spanien, Mussolini-Italien und Mafia-Italien, zwischen dem Deutschland Hitlers und dem Deutschland Kohls. Hinzu kommt, daß die Deportation der Juden vom Staat organisiert worden ist, und wenn der Täter sich geändert hat, braucht man sich über das Widerstandspotential der Zuschauer schließlich keine Gedanken zu machen.

In seiner neuesten Untersuchung zum Antisemitismus (»Antisemitismus und Volksstaat«, Freiburg 1991) hat Ulrich Enderwitz auf die finsteren Perspektiven des aktuellen Fremdenhasses hingewiesen. In noch anderer Weise denn bloß als Deporteur und Vernichter wird hier der Staat als Täter dingfest gemacht - so schlagend aktuell übrigens, daß es sich fast

lohnen würde, den Autor zu fragen, ob er bei der Entzifferung der Ursprünge des Dritten Reichs im 19. Jahrhundert nicht ein wenig die Bundesrepublik, ja das wiedervereinigte Deutschland im Auge gehabt hat.

Dieser Hinweis ist deshalb so aktuell, weil Enderwitz für das rätselhafte Taktieren des Staats in der 'Ausländerfrage', dieses so überaus charakteristische, angsterregende und zugleich Anlehnungsinstinkte wachrufende, Schutzappelle und Unterwerfungsgesten provozierende zweideutige Taktieren, eine Auflösung bietet. Im 19. Jahrhundert, führt der Autor aus, übernimmt der Staat in punkto Antisemitismus selbst die Rolle eines Agent provocateurs. Er beendet die kurze Phase, in der die Juden geduldet wurden und in der sie sich gemeinsam mit dem Bürgertum emanzipieren durften. Um die Bourgeoisie daran zu erinnern, daß sie nicht bloß Akkumulationspflichten, sondern ebenso gemeinwohlorientierte Staatsbürgerpflichten hat, deutet der Staat mit empörtem Zeigefinger auf die Juden: Wollt ihr so werden wie die, die, heimatlos, wie sie sind, nur an Geld und Kapital denken und daran, wie sie immer reicher werden können? - Wehe, wenn der Volkszorn über Euch kommt!

Im Hinweis auf diese historische antijüdische Geste steckt ein Vorschlag zum Verständnis der ebenfalls staatlicherseits aktiv geschürten Ausländerfeindschaft unserer Tage. Nur gut fürs Begreifen ist es dabei, daß der vom antisemitischen deutschen Gründerstaat inkriminierte 'jüdische' Wirtschaftsliberalismus mit den Lebensbedingungen 'unserer' Ausländer so wenig zusammenstimmen will. Um dasselbe geht es allemal, und nicht die vermeintlich oder tatsächlich genuin fremdenfeindlichen, weil völkischen und xenophoben deutschen Bürger, sondern ihr verfassungsgebundener, in zivilisierte Allianzen eingebundener Staat hat das entscheidende Stichwort »Wirtschaftsflüchtlinge« gegeben und mußte es geben; denn erst wenn mit neurotischer Zwangsläufigkeit das Entscheidende zur Sprache kommt - und sei es noch so abträglich für den, der es ausspricht , erfüllt die staatsbürgerliche Erziehungs- und Entlastungsaktion ihren Zweck.

Worin aber stimmen die beiden ressentimentgeladenen Ersatzvorstellungen für Kapitalismus, »reicher Jude« und »Wirtschaftsflüchtling«, überein? Darin, daß sie beide gleichermaßen Ausgeburten eines Wirtschaftssystems sind, dem auch wir, nach 1945 vermeintlich zivilisiert, entstammen. Kommt in Gestalt der »Wirtschaftsflüchtlinge« nun die andere, häßliche, von uns scheinbar erfolgreich marginalisierte und an die Peripherie gedrängte Seite unserer Reichtumsproduktion zu uns zurück, so ist der Skandal für die Nutznießer des Elends gar nicht mal der, daß sie ihren Opfern ins geschundene Antlitz sehen müssen: Weder sind jene bereits Täter - sie werden es vielmehr erst im exekutorischen Übergriff auf die Fremden , noch, und dies ist ja der Ausgangspunkt der hier angestellten Überlegungen gewesen, ist die Konfrontation mit den Opfern für die Täter jemals ein entscheidendes Erlebnis oder Hemmnis gewesen. Der Skandal liegt für sie vielmehr in genau dem, was das Schimpfwort »Wirtschaftsflüchtlinge« besagt: daß es Menschen gibt, und zwar massenweise, Entwurzelte, die so wie die depossedierten, enteigneten Kleinproduzenten der Epoche der ursprünglichen Akkumulation um jegliches materielle, kulturelle und emotionale Interesse gebracht, sich dem Kapital in der Reinform der neutralen Ware Arbeitskraft zur Verfügung stellen, die ihm, Hypnotisierten gleich, nachlaufen, ohne Rücksicht darauf, ob sie an ihrem Ankunftsort, der sein Heimatort ist, beschäftigt und ernährt oder interniert und totgeschlagen werden.

Seht, sagt der deutsche Staat speziell in der Maske seiner schollenverhafteten, kulturverpflichteten, traditionsbewußten, lebenssinnerfüllten bayerischen CSU-Repräsentanten, so wird man, wenn man nur das Geld im Kopf hat, so wie die rumänischen Zigeuner da, die unsere Bürgersteige im wahrsten Sinne des Wortes besetzen, oder wie die Tamilen, die herkommen, obwohl sie doch ganz genau wissen, daß sie hier nur geächtet, gejagt und aufgemischt werden: Ist es nicht unerträglich, mitansehen zu müssen, wie Menschen sich an den Kapitalzweck klammern? Ist es nicht ein Schlag ins Gesicht unserer Zivilisation? Unser sämtliches Bemühen, der kapitalistischen Reproduktion ein menschliches, zivilisiertes Antlitz zu geben, stellen sie rüde in Frage. Sie werden schon sehen, daß wir nicht nur, je prekärer es uns ökonomisch geht, desto staatsbürgerlicher uns zu verhalten und dabei auch nationalbürgerlich zusammenzurücken verstehen. Sie sollen zu spüren bekommen, wenn es hart auf hart geht, daß der Angehörige einer selbstbewußten Nation, mag es ihm auch noch so dreckig gehen, Herr über den Kapitalistenknecht ist.

Gerade weil der Wettstreit absurd ist, kann er nur in der direkten Konfrontation entschieden werden, und so schlägt der Verwahrloste, Asoziale, der Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger, es schlägt der unauffällige, aber perspektivlose Berufsschüler, der wohlgenährte, aber frustrierte Kleinstadtgymnasiast, kurz potentiell jeder, der nicht in einer liberal-fortschrittlichen Beziehung zum Kapitalgeschehen steht, den auf der Kapitalperspektive als auf der ihm allein noch verbliebenen Perspektive beharrenden »Wirtschaftsflüchtling« gnadenlos nieder.

Man wird einsehen müssen, daß es schlechterdings unsinnig ist, vom Staat zu erwarten, daß er sein bösartig-zweideutiges Taktieren in der 'Ausländerfrage' aufgibt, bedeutete diese Aufgabe doch, daß er seine, wie Enderwitz es beschreibt, Doppelrolle als zugleich Agent des Kapitals und Verwalter des Gemeinwohls und damit sich selbst aufgeben würde. Dunkel schwant einem schon, daß das Schicksal der Ausländer am seidenen Faden der ökonomischen Prosperität ihres 'Gastgeberlandes' hängt. Aber selbst wenn die Wirtschaft prosperiert, ist der Staat keineswegs genötigt, seinen Bürgern die Sinnlosigkeit der xenophoben Projektionen ein für allemal klarzumachen; im Gegenteil. Wer dem Ruf des Kapitals folgt - auch wenn das allen seinen kulturellen Interessen widerspricht , ist ein »Wirtschaftsflüchtling«, ein »Itaker«, selbst in Zeiten der Prosperität. Nur dann, wenn er selbst Kapitalist wird und da, wo er Profit macht, Steuern zahlt, kann er in die

ihm abverlangte Rolle des verantwortungsbewußten, sich selbst beschränkenden Kapitalisten schlüpfen und - zum Beispiel als Pizzeriabesitzer - zum gleichberechtigten Mitbürger werden. Die Rolle des Arbeitslosen, gegenüber dem Staat »Anspruchsberechtigten« ist, da bei mangelnder ökonomischer Eingebundenheit in die kapitalistische Reproduktion die sekundäre Beziehung zum Staat zur alleinigen und entscheidenden Beziehung avanciert, seinen Bürgern vorbehalten, es sei denn, die ökonomische Einsicht würde sich durchsetzen, daß die »Stütze« für Ausländer als Bestandteil des von ihnen erwirtschafteten Reichtums und als Voraussetzung des auch künftig von ihnen zu Leistenden akzeptiert werden sollte.

So gewiß aber die krisenförmige Entwicklung des Kapitalismus, so gewiß ist, daß die Ausländer, die das Kapital ruft, im Gastgeberland ihres Lebens nie endgültig froh oder wenigstens sicher sein können. Dieser latenten Lebensbedrohung sind keine immanenten, durch Kultur, Erziehung zur Demokratie oder ähnliches gezogenen Grenzen gesetzt, und zwar ganz gleich, ob in Deutschland oder in einem der anderen westlichen Länder Europas. Enderwitz beharrt zwar auf einer deutschen Sonderentwicklung im 19. Jahrhundert, die er in einem - durch das Fehlen einer relevanten liberalbürgerlichen Klasse bedingten - »Kurzschluß«, einer nicht bloß extremen Allianz zwischen Staat und Kapital, sondern einer unheiligen Personalunion der beiden bürgerlichen Instanzen ausmacht. Aber er sieht darin keineswegs eine ‘typisch deutsche’, sondern im Gegenteil eine ‘zukunftsträchtige’, für alle Fälle einer ungleichzeitigen, mit Gewalt ‘nachholenden’ Entwicklung probate Lösung, wie sie geradezu der Regelfall der in den Universalismus des Kapitals gestürzten Weltnationen des 20. Jahrhunderts geworden ist.

Aus dem miefigen 19. Jahrhundert-Deutschland führt ein derart direkter Weg beispielsweise zu den Oligarchien und Diktaturen der Dritten Welt, daß man wiederum meinen könnte, der Verfasser habe bei der Betrachtung des Entwicklungslands Deutschland die Entwicklungsländer des 20. Jahrhunderts jedenfalls nicht aus dem Auge verloren. So bekannt es ist, daß Dritte-Reich-Lösungen in der Dritten Welt Anhänger haben, so logisch ist es, daß die hiesigen Lösungsversuche sich von jenen jedenfalls nicht prinzipiell unterscheiden werden. Wenn der brasilianische, durch IWF etc. unter Zivilisationsdruck geratene Staat die vom Manchesterkapitalismus produzierten und das Straßenbild verschandelnden Bettelkinder kurzerhand umbringen läßt, so ist in seinem Verhalten jedenfalls nichts, was ihn zu einem europäischen Staat in einen unüberbrückbaren Gegensatz setzte, und ebensowenig läßt sich in der ‘Antriebsstruktur’ und in den Maßnahmen des europäischen Staates etwas erkennen, was ein analoges Schicksal seiner Bettelkinder von vornherein und prinzipiell ausschließen würde.

*Ilse Bindseil veröffentlichte zuletzt »Das Elend der Weiblichkeit, die Zukunft der Frauen« (*Ca ira Verlag)

Konkret 01/92, S. 16

**Archiv für Sozialpolitik**

# »Jeder ist uns der Nächste« III

**Fortsetzung einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland**

**Montag, 11.11.1991**

In Worms werden drei Männer festgenommen, die das Auto eines Ausländers beschädigen. Wie die Polizei mitteilt, waren sie auch an einem Anschlag gegen eine Ausländerunterkunft in Bensheim/Kreis Bergstraße am 1.11. beteiligt.

**Dienstag, 12.11.**

In Berlin stirbt der 19jährige Schüler Mete Eksi an den Folgen eines Angriffs von Jugendlichen am 26.10., bei dem er mit einer Baseballkeule niedergeschlagen worden war. Er war bis zu seinem Tod nicht mehr zu Bewußtsein gekommen.

**Mittwoch, 13.11.**

In Leipzig überfallen Skinheads ein vietnamesisches Ehepaar in seiner Wohnung, bedrohen sie mit Gaspistolen und Baseballschlägern und demolieren die Wohnung.

Ebenfalls in Leipzig dringen sechs vermummte Männer in die Wohnung einer vietnamesischen Familie ein. Der Vater wird geschlagen, getreten und mit Messern schwer verletzt. Außerdem erleidet er mehrere Knochenbrüche.

Laut Angaben des BKA haben Straftaten gegen Ausländer und Asylbewerber im Laufe des Jahres 1991 erheblich zugenommen. Im Januar 1991 wurden drei Angriffe gegen Personen, vier Brandanschläge und 19 »sonstige Straftaten« registriert. Im Oktober waren es 54 Angriffe gegen Personen, 167 Brandstiftungen und 683 »sonstige Straftaten«. Falsch sei die Annahme, die Gewalt gegen Ausländer zeige sich besonders in den neuen Bundesländern. Zum Vergleich wurden die Brandanschläge genannt, von denen es in den ersten zehn Monaten des Jahres 68 in den neuen und 211 in den alten Bundesländern gab.

In Berlin beginnen ca. 40 der 60 Asylbewerber, die seit drei Wochen mehrere Seminarräume der Technischen Universität besetzt halten, einen Hungerstreik. Die Asylbewerber, die aus Angst vor rechtsradikaler Gewalt aus Heimen in den neuen Bundesländern geflüchtet waren, fordern, in Berlin bleiben zu dürfen.

In Stuttgart besetzen 20 bulgarische Flüchtlinge eine Kirche, um aus Angst vor Angriffen ihre Verlegung nach Ostdeutschland zu verhindern.

**Freitag, 15.11.**

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Schierling bei Regensburg. Es entstand ein Sachschaden von 10.000 DM.

**Samstag, 16.11.**

In Salzgitter beschimpfen 50 Skinheads eine Hochzeitsgesellschaft und werfen einen Molotowcocktail in die Menge, der jedoch niemanden verletzt, weil er nicht explodiert. Nach Angaben der Polizei wird bei der anschließenden Massenschlägerei einer der Hochzeitsgäste durch einen Messerstich schwer verletzt.

In Wismar randalieren rund 50 Jugendliche in der Innenstadt und vor der Mensa der Technischen Hochschule, rufen ausländerfeindliche Parolen und verschießen Signalmunition.

In Stadthagen versuchen Neonazis ein Flüchtlingsheim in Brand zu setzen. Eine Gruppe von Punks stellt sich dazwischen, um die Flüchtlinge zu schützen. Es kommt zu einer Schlägerei zwischen Punks und Neonazis.

**Sonntag, 17.11.**

Ein Asylbewerberheim in Saßnitz auf Rügen wird von rund 30 Jugendlichen mit Steinen angegriffen. 80 Prozent der Fenster werden zerstört.

**Montag, 18.11.**

Eine Gruppe von Aslybewerbern (die Zahlenangaben schwanken zwischen 30 und 80) in der Hessischen Gemeinschaftsunterkunft (HGU) für ausländische Flüchtlinge beginnt einen Hungerstreik aus Protest gegen eine mögliche Verlegung in die neuen Bundesländer. Die meisten der Hungerstreikenden sind sogenannte Rückkehrer, die bereits ostdeutschen Ländern zugewiesen waren.

**Mittwoch, 20.11.**

In Hofheim/Hessen schleudern Unbekannte mit Farbe gefüllte Gläser und Stei-ne gegen eine Unterkunft von Asylbewerbern.

In Bad Schwalbach/Hessen werden ein Bauwagen auf dem Parkplatz des Jugendamtes und das Landratsamt mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert.

**ca. Donnerstag, 21.11.**

Unbekannte beschmieren ein Flüchtlingswohnheim in Heidenrod-Kemel/Hessen.

**Freitag, 22.11.**

Etwa 20 Asylbewerber in der Hessischen Gemeinschaftsunterkunft in Schwalbach wollen ihren Hungerstreik fortsetzen. In einer Pressekonferenz lehnen sie die Rückkehr nach Sachsen-Anhalt strikt ab.

**Samstag, 23.11.**

Bei Auseinandersetzungen zwischen mehreren Türken und einer Gruppe Skinheads in Ost-Berlin wird einer der Skinheads lebensgefährlich verletzt. Nach Angaben der Polizei wurde die türkische Gruppe von den Skinheads überfallen.

**Samstag/Sonntag, 23./24.11.**

Brandanschlag auf ein Heim für Asylbewerber in Wedel bei Hamburg.

Unbekannte dringen in 21 für Aussiedler bestimmte Wohnungen im Rostocker Stadtteil Lütten-Klein ein und zerstören das Mobiliar.

In Heidenrod-Kemel/Hessen wird die Fensterscheibe eines Hauses, in dem eine Flüchtlingsfamilie wohnt, eingeworfen.

**Sonntag, 24.11.**

Fünf unbekannte Personen greifen ein Ausländerheim in Bahlen/Kreis Hagenow an und werfen Fensterscheiben des Gebäudes ein.

Anschläge auf zwei Flüchtlingsheime in der Nähe von Halle.

Mit Knüppeln bewaffnete Rechtsradikale überfallen ein Wohnheim von Vietnamesen in Wittgensdorf bei Chemnitz. Dabei werden Fensterscheiben eingeschlagen und Autos beschädigt.

**Dienstag, 26.11.**

Auf der Landstraße zwischen Bad Schwalbach und Langenseifen in Hessen wird ein Türke, der zu Fuß unterwegs ist, von mehreren Personen, die mit dem Auto vorbeikommen, überfallen. Ihm wird Tränengas in die Augen gesprüht, und ihm werden Schnittwunden im Gesicht, an Händen und Beinen zugefügt.

**Mittwoch, 27.11.**

Einer der rund 20 Asylbewerber, die sich in Schwalbach/Hessen seit zehn Tagen im Hungerstreik befinden, wird aufgrund seines stark verschlechterten Gesundheitszustandes ins Kreiskrankenhaus Bad Soden eingewiesen.

**Donnerstag, 28.11.**

In einem Supermarkt in Brandenburg greifen zwei Skinheads zwei israelischeTouristen mit »Ausländer raus«-Rufenan.

Brandanschlag auf eine türkische Moschee in Merzig/Saarland. Es entstanden mehrere tausend Mark Sachschaden.

**Ende November**

Anschlag auf ein Wohnheim für Übersiedler in Egling an der Paar/Bayern.

**Sonntag 1.12.**

Unbekannte werfen mit Pflastersteinen zwei Fensterscheiben in einer Flüchtlingsunterkunft in Heidenrod/Hessen ein.

**Montag, 2.12.**

Das Bundesverteidigungsministerium ist besorgt über rechtsradikale Tendenzen in der Bundeswehr. An den Generalinspekteur Naumann gingen Meldungen aus vier Standorten, daß »Soldaten nach Dienst und in zumeist angetrunkenem Zustand mit radikalen und ausländerfeindlichen Parolen in Erscheinung getreten sind«. In einem Fall seien ausländische Seeleute, die in einem deutschen Hafen zu Gast waren, körperlich angegriffen worden. Die Vorfälle wurden an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

**Dienstag, 3.12.**

In Waldkirchen im Kreis Freyung-Grafenau werden faustgroße Steine auf ein Flüchtlingswohnheim geworfen. Dabei werden Fensterscheiben zerschlagen. Ein Afrikaner wird am Kopf verletzt.

**Mittwoch, 4.12.**

Die Flüchtlinge in der Hessischen Gemeinschaftsunterkunft beenden ihren Hungerstreik, nachdem sich der Hessische Ministerpräsident Hans Eichel und der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Werner Münch, darauf verständigt hatten, daß die Gruppe in Hessen bleiben darf.

**Freitag, 6.12.**

In Greifswald werfen drei Jugendliche Brandsätze gegen ein Flüchtlingsheim. Der Brand kann von den Bewohnern gelöscht werden.

*Das Archiv für Sozialpolitik erstellte die Chronik ausländerfeindlicher Gewalttaten auch für KONKRET 12/91*

Konkret 01/92, S. 18

**Claudia Fregiehn; Oliver Tolmein**

# Staatstragende Samariter

**Nördlich von Hamburg, in Norderstedt, haben 63 Flüchtlinge, die vor deutschen Faschisten aus Greifswald noch einmal hatten fliehen müssen, in einer evangelischen Kirche Schutz gefunden. Weil aber die deutschen Christen dort das Fest der Liebe feiern wollen, hat der fortschrittliche Pastor den Flüchtlingen gekündigt**

»Es war ein Mensch, der ging von Jerusalem hinab gen Jericho und fiel unter die Mörder. Die zogen ihn aus und schlugen ihn und ließen ihn halbtot liegen. Es begab sich aber ohngefähr, daß ein Priester dieselbe Straße hinabzog, und da er ihn sah, ging er vorüber. Ein Samariter aber reiste und kam dahin, und da er ihn sah, jammerte ihn sein, ging zu ihm hin, verband ihm seine Wunden und goß darein Öl und Wein und hob ihn auf sein Tier und führte ihn in die Herberge und pflegte ihn.«
Lukas 10,30

Helmut Frenz ist ein bedächtiger Mann mit schütterem Haar und flusigem Bart. Vorsichtig wiegt er den Kopf, nachdenklich wägt er seine Worte, dann blickt er plötzlich offen in die Kamera. Der Pastor will nicht mehr Priester sein, sondern Samariter: »Auch der barmherzige Samariter brauchte einen Esel, auf den er die Kranken laden konnte. Und ich weiß nicht mehr, wie weit der Esel heute noch trägt. Der Esel, das ist meine Gemeinde - und wir sind erschöpft und überlastet.«

In der Kirche der Norderstedter Schalom-Gemeinde, einer Vielzweckhalle, sind um diese Zeit, am frühen Abend, schon die ersten Schlafsäcke auf dem Boden ausgerollt. »Wir schlafen viel«, antwortet ein Flüchtling knapp, als wir fragen, wie die Gruppe von über sechzig Menschen, von denen die meisten kein Geld haben und kein Deutsch sprechen, ihren Tag verbringt. »Schlafen« - das klingt friedlicher und ruhiger, als es in der Schalom-Gemeinde in diesen Wochen möglich ist. In der Kirche, die, wie Pastor Frenz stolz sagt, »kein reiner Sakralraum ist«, befinden sich neben dem Versammlungsraum die Gemeindebüros und sein Arbeitszimmer, hier gehen Journalisten auf der Suche nach Stories ein und aus, hier geben sich Fotografen und Christen aller Art die Klinke in die Hand, neugierige Szene-Leute schauen mal rein, aktive Autonome archivieren, unterstützende Immigranten und Immigrantinnen organisieren Essen, von der Kirche bestellte Dolmetscher durchkreuzen den Raum, hier wird getippt, kopiert, geredet, gekocht und gespielt, bleibt nichts unbeobachtet und niemand ungesehen. Vor der Tür steht die Polizei. Plena tagen, und der Fernseher läuft. Spätabends klacken die Billardkugeln. Nachts kündigen sich gelegentlich Neonazis an, und am ersten Adventssonntag muß alles vorübergehend zusammengeräumt werden. Die deutsche Kirchen-gemeinde will feiern. Sie ist schließlich, Esel hin oder her, die Hausherrin.

Der große Hauptraum ist kahl und kalt. Die Zeitungsausschnitte über die Irrfahrt der Flüchtlinge durch das neue Deutschland kleben wie eine Tapete an den Backsteinwänden. Das bunte große Gemälde gegen den Hunger in der Welt wirkt inmitten der Tristesse hier eigentümlich idyllisch. In der Ecke, kurz vor den einzigen Toiletten, haben sich Flüchtlinge mit Garderobenständern, Plastikplanen und Decken notdürftig eine Art Schlafzimmer abgetrennt. Einige andere haben in Nebenzimmern ihre Sachen unterbringen und sich »Betten« bauen können. Vielen aber bleiben, wollen sie sich mal ausruhen, nur die Sitzpolster im großen Hauptraum. Insbesondere für die Großfamilien mit kleinen Kindern sind die unzureichenden sanitären Verhältnisse, die fehlenden Kochmöglichkeiten, ist das ständige Kommen und Gehen und der Mangel von Rückzugsräumen eine erhebliche Belastung. Dazu kommt die Ungewißheit über die eigene Zukunft - und die ständige Erinnerung daran, daß sie unerwünscht sind.

Seit dem 29. November haben alle Flüchtlinge einen formvollendeten Rausschmiß, formuliert und unterzeichnet von Helmut Frenz, in der Tasche. Einen »Zählappell« nennt der ehemalige Geschäftsführer von Amnesty International, der lange in Lateinamerika tätig war, das Schriftstück auch, dem eine vorgedruckte Erklärung angehängt ist: »I hereby declare my willingness to go to... If the church terminates its humanitarian asylum, I will go to... Norderstedt, dated. Name: ... Signature: ...«.

**D**ear Mr... /Mrs... /... family«,ist das englische Original des in mehrere Sprachen übersetzten Briefes überschrieben: »Der Kirchenvorstand ist zuallererst verantwortlich für das Leben unserer Gemeinde. Nur eine lebendige Gemeinschaft war in der Lage, die Situation, der wir seit nahezu vier Wochen ausgesetzt sind, zu ertragen. Deswegen müssen wir unsere Schalom-Gemeinde vor dem Zusammenbruch schützen. Wir fordern Sie, weil wir uns auch um Ihr zukünftiges Schicksal große Sorgen machen, deswegen noch einmal und besonders dringlich auf, sich zu entscheiden, wohin in Mecklenburg/West-Pommern sie jetzt gehen möchten.«

Daß die Flüchtlinge, die dem Zusammenbruch augenscheinlich näher sind als die deutschen Gemeindemitglieder, die sich in ihren eigenen Wohnungen und ohne von Neonazis angegriffen zu werden, auf Weihnachten vorbereiten können, heute wie vor vier Wochen überhaupt nicht nach Mecklenburg gehen wollen, wissen Pastor Frenz und sein Kirchenvorstand zwar - es kümmert sie aber nicht mehr. Nicht vergessen, aber verdrängt sind die ersten Tage, in denen die Flüchtlinge in

Norderstedt freundlich aufgenommen wurden. Sie und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer, die die Rückkehr aus Greifswald organisiert hatten, konnten die Telefone und die Kopierer der Gemeinde nutzen. Ihnen wurde mit Unterstützung des Kirchenvorstands die aufdringliche Presse vom Leib gehalten. Einmütig plädierten die Verantwortlichen der Schalom-Gemeinde für eine Unterbringung der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein. Mit erheblichem Aufwand versuchten Hamburger Linke damals Helmut Frenz im Urlaub aufzutreiben und ihn zur frühzeitigen Rückkehr nach Hamburg zu bewegen, damit er das Engagement für ein Bleiberecht in Schleswig-Holstein unterstützte.

Als der 10. November verstrichen war, der Tag, bis zu dem die Gemeinde die Gruppe von über sechzig Menschen aufnehmen wollte, erklärte sich der Kirchenvorstand ohne große Umstände bereit, weiterhin einen Zufluchtsort im Fluchtland anzubieten: »Der Kirchenvorstand hat mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß die verantwortlichen politischen Gremien bis zum Ende der gesetzten Frist kein neues offizielles Angebot für eine dauerhafte Unterbringung der Asylsuchenden gemacht haben, um die unwürdigen Zustände zu beenden.«

Der Umschwung erfolgte wenige Tage später schlagartig: Am 13. November veröffentlichte die Pressestelle der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche eine Erklärung der Kirchenleitung - basierend auf Gesprächen der Bischöfe von Greifswald und Lübeck sowie der Landespastoren für Diakonie aus Greifswald und Rendsburg mit den Ministern Diederich (Schwerin, siehe KONKRET 12/91) und Jansen (Kiel). Ergebnis dieser staatlich-klerikalen Krisenstabstagung: »Die nordelbische Kirchenleitung warnt davor, die Stadt Greifswald oder die östlichen Bundesländer überhaupt als angeblich besonders ausländerfeindlich zu disqualifizieren. Sie bedauert die negative Rolle, die bestimmte Gruppen von Unterstützern übernommen haben, indem sie die Ängste der betroffenen Asylsuchenden schüren und eigene politische Ziele auf Kosten der Menschen verfolgen. Der offensichtlich geplante Rücktransport aus Greifswald war eine unvertretbare Überreaktion. Die Bemühungen der staatlichen Stellen um eine Unterbringung in Mecklenburg-Vorpommern verdienen Unterstützung.«

Damit waren die Stichworte gegeben, die künftig die Diskussion über die Flüchtlinge prägen sollten. Und auch die Norderstedter Christen hörten die Stimme ihrer weltlichen und kirchlichen Herren: Den Flüchtlingen und ihren Unterstützern wurde die Nutzung der Telefone und Kopierer untersagt, der Kirchenvorstand verlangte, daß sich künftig nicht mehr als zehn ihrer Sympathisanten in den Räumen aufhalten sollten, die Heizung in der Kirche wurde um einige Grad heruntergedreht - und Pastor Frenz, offensichtlich mit weniger Rückgrat ausgestattet als erhofft, verkündet seitdem in den Medien dem Volk die ihm aufgetragene neue Botschaft: Die Gemeinde ist erschöpft, die Flüchtlinge sind entweder hilflose Objekte der Autonomen oder bilden selber einen »harten Kern«, der unzumutbare Forderungen stellt - auf jeden Fall seien in Mecklenburg hervorragende Voraussetzungen gegeben, um die Asylsuchenden aufzunehmen.

»Ich finde es niederdrückend, wie die Bemühungen von Gemeinden dort, die sich bemühen zu zeigen, daß sie nicht ausländerfeindlich sind, hier ignoriert und übergangen werden«, erklärt Frenz dem WDR; dem NDR erzählt er, wie er nachts den Kontakt zu Flüchtlingen sucht, weil diese tagsüber bisweilen »mit physischer Gewalt daran gehindert werden, die Schwelle zu meinem Büro zu überschreiten«. Und um zu illustrieren, daß sich die Unterstützer tatsächlich als »Besetzer« aufführen, berichtet Frenz jedem, der es hören will, von dem Suchscheinwerfer, den »die Autonomen, ohne Rücksicht auf Nachbarn zu nehmen, auf dem Kirchendach postiert haben. Wegen«, Frenz blickt, um die wahnhafte Rücksichtslosigkeit der Unterstützer vor Augen zu führen, ungläubig lächelnd in die Kamera, »einer angeblichen faschistischen Bedrohung«. Kein Wort davon, daß es Bombendrohungen gegeben hat und nächtens Neonazis im Jeep vor dem Gemeindehaus aufgekreuzt sind. Daß die »Nachbarn«, die sich vom Scheinwerferlicht belästigt fühlten, aus einer mehrere hundert Meter hinter dem an die Kirche grenzenden unübersichtlichen Brachland gelegenen Polizeiwache bestanden - was tut das noch zur Sache.

Besonderen Eindruck macht in den Medien auch Frenzens Bericht von den 20 Flüchtlingen, die die Schalom-Gemeinde mittlerweile Richtung Osten verlassen haben - und er klingt dabei so stolz, als sei das ein Sieg der Humanität und nicht ein Resultat wochenlanger Zermürbung, die manche dazu gebracht hat und weitere voraussichtlich noch dazu bringen wird, sich resigniert in das Schicksal zu fügen, das die Behörden ihnen zugedacht haben.

Von den Journalisten fragt keiner nach, äußert keiner Zweifel. Frenz, als Ankläger der Autonomen und als Kritiker des »harten Kerns« der Flüchtlinge, wird von ihnen als Autorität interviewt - daß es ein linker Theologe ist, auf den die Unterstützerinnen und Unterstützer anfangs selber gesetzt hatten, der nun bereitwillig die vorgefaßte Meinung der Presseleute bestätigt, macht es überflüssig, auch noch den Anschein von kritischer Distanz zu wahren. Da die meisten Flüchtlinge sich nicht interviewen lassen, brauchen die Journalisten auch nicht um Ausgewogenheit zu sorgen. Statt sich Gedanken darüber zu machen, warum politisch Verfolgte nicht vor Kameras posieren wollen, nutzen die Bildberichterstatter die Gelegenheit, Unterstützer abzulichten oder zu filmen, die versuchen, den Forderungen der Flüchtlinge Nachdruck zu verleihen. Das läßt sich gut ins Klischee »gewalttätige Autonome und instrumentalisierte Asylbewerber« einpassen - auch wenn dabei die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf gestellt werden. Und aus dem in mühseliger basisdemokratischer, durch die Sprachprobleme zusätzlich komplizierter Kleinarbeit gewählten Sprecherrat der

Flüchtlinge, wird in der Berichterstattung schnell noch das zum hierarchischen Weltbild der Journalisten passende »Führungskomitee« - das die Vorstellung von den Führern und den Verführten plastisch werden läßt. Die Kirche, die Politiker, die Autonomen - die Guten, die Realisten, die Bösen: die Rollen sind verteilt. Die Flüchtlinge nur als anonyme Masse zu behandeln, ihre Sprecher nicht zu Wort kommen zu lassen und ihre Erfahrungen zu ignorierern, ist die Voraussetzung dafür, ein »Asylantenproblem« zu suggerieren, das dringend »gelöst« werden muß.

Einer, der sich nicht einmal mit dem Rücken zur Kamera filmen lassen kann, ist der Nordafrikaner Bensalam. Die Einzelheiten seiner Geschichte, die er uns anderthalb Stunden lang erzählt, dürfen wir auch verfremdet nicht nacherzählen: Nach ihm wird in seinem Heimatland wegen politischer Delikte gefahndet, die Polizei besitzt eine umfangreiche Fotosammlung von ihm, und die wenigen Nachrichten, die ihn von seiner Familie erreicht haben, bestätigen ihm seine Befürchtung, daß die Behörden seines Heimatlandes auch in Europa aktiv sind, Kontaktleute haben, versuchen, ihm auf die Spur zu kommen. Bensalam will seine Angehörigen, die schon heute Repressalien ausgesetzt sind, nicht noch mehr gefährden.

Nach Frankreich wollte er nicht fliehen, obwohl er die Sprache spricht und dort Landsleute kennt, weil er weiß, daß es bilaterale Verträge gibt und das Risiko, direkt nach der Ankunft wieder abgeschoben zu werden, zu groß ist. Was ihn in Deutschland erwarten würde, hat er nicht geahnt. Sein Asylverfahren, das ist ihm mittlerweile klar geworden, hat wenig Aussicht auf Erfolg. In Norderstedt lebt er faktisch in der Illegalität. Er spricht kein Wort Deutsch. Er würde gerne einen Sprachkurs machen: »Aber wofür, wenn ich hier doch nicht bleiben kann?« Daß er für die Zukunft nichts planen und jetzt nichts machen kann, verhindert auch, daß er zur Ruhe kommt - und das ist nicht nur symbolisch gemeint: Bensalam ist den ganzen Tag auf den Beinen, auch im Gespräch mit uns bleibt er nicht ruhig sitzen, springt er immer wieder auf, dreht eine Runde in der Kirche, gestikuliert heftig. Er sucht einen Ausweg - und hat, anders als die zahlreichen kurdischen Flüchtlinge, weder Landsleute hier noch befreundete politische Organisationen, die ihm dabei helfen könnten. In der Gruppe in Norderstedt gibt es auch kaum jemanden, der Französisch spricht, also bleiben ihm nur die wenigen Stunden, in denen Übersetzer und Übersetzerinnen da sind, um sich mit anderen zu besprechen, um etwas erzählen oder diskutieren zu können.

Mzwakhe, ein anderer Flüchtling, hat es da etwas besser: Er kann ab und zu entfernte Verwandte in Hamburg besuchen und sich von der angespannten Situation in Norderstedt ein wenig erholen. Mzwakhe kommt aus Zaire - ob er als politisch Verfolgter anerkannt wird und Asyl erhält, entscheidet eine deutsche Behörde, deren oberster Dienstherr, die Bundesregierung, jahrelang mit Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe für Polizei und Armee das staatsterroristische Regime Mobutus gestützt hat (siehe KONKRET 12/91), gegen das Mzwakhe angegangen ist.

Wieviele Menschen aus Zaire in der Bundesrepublik Asyl erhalten haben, möchte uns der Vizepräsident des Bundesamtes in Zirndorf, Weickhardt, nicht sagen: Seine Behörde habe die Anweisung aus dem Bundesinnenministerium, nur die Anerkennungszahlen aus den zehn Hauptfluchtländern zu veröffentlichen. Aus ganz Afrika, das mitzuteilen erklärt Weickhardt sich schließlich bereit, sind 1990 von 12.000 Verfahren 344 positiv entschieden worden, 1991 wurden bis zum 30. November bereits 24.000 Verfahren abgeschlossen - lediglich 825 Menschen wurden in erster Instanz als asylberechtigt anerkannt.

Mzwakhe, 30 Jahre alt und Vermessungsingenieur, ist wie seine Freunde und Verwandten schon seit längerem ein Gegner der Regierung des »Mouvement Populaire de la Révolution« (MPR): »Fast alle in meinem Land sind gegen das Regime.« Daß sich Mobutu, den die Zeitschrift »West Africa« als »walking bank account with a leopard hat« (»wandelndes Bankkonto mit Leopardenmütze«) bezeichnet, noch halten kann, verdankt er seiner mit westlicher Hilfe hervorragend ausgerüsteten »Division Speciale Présidentelle«, den staatstreuen Einheiten der »Garde Civile« und dem Geheimdienst »Agence Nationale de Documentation« (AND).

Aktiv geworden ist Mzwakhe aber erst im April 1990, nachdem die Oppositionspartei UDPS angesichts einer Inflationsrate von 300 Prozent und des Verbots eines demokratischen Mehrparteien-Systems zum Generalstreik aufgerufen hatte. Begeistert erzählt er, wie viele Menschen, quer durch alle Bevölkerungsschichten, sich daran beteiligt haben. Für ihn selbst aber wurde schon eine seiner ersten Demonstrationen zum Fiasko. Auf dem Weg zum »Palais du Peuple« schlugen ihn Angehörige der Präsidentengarde bewußtlos. In einer Einzelzelle in einem Gefängnis des Geheimdienstes kam er wieder zu sich. Er wurde monatelang ohne Anklage und Verhandlung festgehalten, verhört und gefoltert. Schließlich verlegte man ihn in ein reguläres Gefängnis. Dort mußte er Zwangsarbeit leisten - und fand schließlich eine Gelegenheit zur Flucht zu Freunden in anderen Provinzen Zaires. Sie hielten ihn solange versteckt, bis er eine Möglichkeit fand, aus dem Land zu fliehen. Deutschland wurde so durch einen Zufall sein Zufluchtsland. Alles, was er darüber wußte, war, daß Deutschland zwei Weltkriege begonnen und verloren hatte - und daß es heute Flüchtlingen offen stehen solle.

Mittlerweile weiß er es besser - Deutschland ist für ihn kein Ruheort geworden. Er fühlt sich von den deutschen Behörden und der Kirche unter Druck gesetzt - und wehrt sich dagegen. Verärgert kommentiert er die immer neuen Interviews, in denen Helmut Frenz von den friedlichen Gemeinden in Mecklenburg schwärmt: »Die Kirche hat uns überredet,

Neumünster zu verlassen und nach Greifswald zu gehen. Als wir dort angegriffen worden sind, hat uns nicht die Kirche geholfen, obwohl wir sie darum gebeten haben. Unsere Unterstützer haben uns zurückgeholt. Jetzt machen sie wieder Versprechungen - aber wir haben kein Vertrauen mehr in sie. Die Kirchengemeinde hier schreibt uns Briefe, aber sie redet nicht mit uns, sie stellen Forderungen, verlangen etwas, sie interessiert gar nicht, was wir wollen.«

Mzwakhe will jetzt vor allem einen Ort, an dem er sich sicher fühlt, wo er Kontakt zu Landsleuten aufnehmen kann, der ihm die Möglichkeit bietet, sich zu überlegen, wie es für ihn weitergehen kann. Und er braucht ärztliche Behandlung. Seit seiner Flucht leidet er unter chronischen Kopfschmerzen. Aber es ist schwer für ihn, einen Arzt zu finden, der ihn umsonst behandelt. »Hätte ich gewußt, was hier auf mich zukommt, ich hätte versucht, ein anderes Land zu finden, das mich aufnimmt.« Noch drastischer drückt es Bensalam aus: »Mein Leben ist mir zu viel wert, als daß ich bereit wäre, mich ausgerechnet von deutschen Faschisten umbringen zu lassen.«

Ein paar Tage später kommen zwei der einundzwanzig Flüchtlinge, die sich haben überreden lassen, ein zweites Mal nach Mecklenburg zu gehen, zurück. Wieder, berichten sie, seien die Zusagen über die Art ihrer Unterbringung nicht eingehalten worden. Niemand habe auf ihren Protest reagiert. Die Kirche vor Ort habe sich nicht um sie gekümmert. Das ist für die Medien keine erwähnenswerte Geschichte. So wie das Dutzend Übergriffe gegen Ausländer in Greifswald vor und nach der Ankunft der Flüchtlinge dort lediglich der Stoff für Kurzmeldungen in der Greifswalder Regionalpresse war. Die Zeitungstapete wird heute lediglich um einen kleinen Artikel aus der Lokalausgabe der »taz« ergänzt.

Unterdessen wird die Demonstration vorbereitet, die am 7. Dezember die Forderung der Flüchtlinge nach Bleiberecht in Deutschland bei freier Wahl des Zufluchtsortes unterstützen soll. Es wird voraussichtlich keine allzu große Demonstration werden. Auch die Unterstützungsarbeit steckt in der Krise. Nach der allgemeinen Empörung, die sich infolge der Greifswalder Übergriffe breitgemacht hatte, nach den dadurch möglich gewordenen Anfangserfolgen in der Unterstützungsarbeit traf der plötzliche Klimaumschwung die Gruppe in Norderstedt unvorbereitet. So einig sich alle sind, daß die Forderungen der Flüchtlinge unbedingt vertreten werden müssen, so unklar ist seitdem, wie das am besten geschehen kann. Soll versucht werden, prominente Unterstützer zu finden? Oder ist das gerade jetzt der falsche Weg? Wer ist überhaupt noch ansprechbar? Wie weit reichen die eigenen Kräfte? Macht es Sinn, Ausweichquartiere zu suchen, oder gibt man die Flüchtlinge dort dann den Polizeieinsätzen preis, die in Norderstedt vorerst noch nicht befürchtet werden müssen?

Es gibt zwar lose Kontakte zu anderen Gruppen von Flüchtlingen und Unterstützern, die in Hessen oder Berlin in ähnlichen Auseinandersetzungen stecken - von einer bundesweiten intensiven Zusammenarbeit kann aber kaum die Rede sein. Einig sind sich alle Beteiligten darüber, daß hierzulande die Strukturen und Mittel fehlen, nachzumachen, was Schweizer Gruppen seit einiger Zeit mit wechselndem Erfolg gelingt: Flüchtlingen, denen die Abschiebung droht, mit falschen Pässen und guten Kontakten den Weg in die Illegalität zu ebnen.

In Norderstedt ist es, nach knapp sechs Wochen Unterstützungsarbeit, schon nicht mehr ganz einfach, Gruppen zu finden, die die Nachtwachen übernehmen. Die Veranstaltungen auf den im November durchgeführten »Antirassistischen Tagen« waren zwar samt und sonders gut besucht - nur wenige Gruppen haben sich aber entschlossen, tatsächlich praktische Hilfe zu leisten.

Es ist Nacht geworden in Norderstedt. Vor der Tür steht ein Passat der Polizei mit laufendem Motor. In der Kirche ist es kalt. Das Hauptlicht wird gerade gelöscht. Von RTL plus wird auf Tele 5 umgeschaltet. Ab und zu hört man ein Schnarchen. Der Pastor und seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben einen langen, harten Tag hinter sich. In einem Hörfunk-Interview hat Frenz heute vorgerechnet, daß »dieses Heerlager hier« die Gemeinde 50.000 bis 100.000 Mark gekostet hat: »Und da sagen viele Gemeindemitglieder: Und dieses ganze Geld für die Leute hier, und bleiben verärgert weg.«

Jetzt liegen im Büro Karten auf dem Tisch, und die Bierflaschen kreisen. Kurz vor 23 Uhr kommt die Nachtwache aus Hamburg, mit Thermoskanne, Chips und Armschonern im Handgepäck. Hier draußen wird auf jedes Auto geachtet, macht jedes Stimmengewirr vor dem Eingang unruhig. Alle halbe Stunde brechen die Unterstützer zu einem Rundgang in die Kälte auf. Die einzige willkommene Abwechslung bietet der Aufbruch der angeheiterten Kirchenfunktionärsrunde kurz vor Mitternacht. Das strikte Alkoholverbot in diesen heiligen Hallen gilt wohl nur für Autonome und Nicht-Deutsche. Danach herrscht wieder gespannte Langeweile. Bis zum nächsten Morgen. Dann geht es wieder weiter mit ermüdender Ratlosigkeit und zermürbender Unsicherheit.

Claudia Fregiehn und Oliver Tolmein leben in der Nähe von Norderstedt und sympathisieren

Konkret 01/92, S. 33

**Otto Köhler**

# »Auschwitz mal andersrum«

**»Welche Vermögenswerte haben wir denn noch in Polen?« - Auf der Hauptversammlung der IG Farben in Abwicklung, die Ende November in Frankfurt/M. stattfand, bekräftigten die Aktionäre ihren Willen, mit den Überresten des NS-Konzerns auch weiterhin gute Geschäfte zu machen**

Es war ein unangenehmes Ereignis für den Frankfurter Hof in der am Main gelegenen Bankenmetropole. Die Gäste des vornehmen Steigenberger-Hotels sahen sich am vorletzten Novembertag mit der Crème der deutschen Lumpenbourgeoisie konfrontiert, die, unter Polizeischutz, hinter spanischen Reitern in den erweiterten Festsaal einzog.

Der Frankfurter Hof hatte 800 Aktionären der »IG Farben in Liquidation« Unterschlupf geboten, nachdem sie drei Monate zuvor von der Frankfurter Messegesellschaft vor die Tür gesetzt worden waren wegen »zunehmender Einwände politischer und gesellschaftlicher Gruppierungen sowie zu erwartender politischer Unruhen«. Das war damals eine Nachricht, wie man sie im neuen großen Deutschland eigentlich nicht mehr erwarten durfte.

Die Herrschaften hatten überzogen. Denn die diesjährige Jubiläums-Hauptversammlung der IG-Farben-Aktionäre sollte ursprünglich in genau der Messehalle stattfinden, wo sich vor fünfzig Jahren eine der Sammelstellen befand, von denen aus Frankfurter Juden zur Sklavenarbeit und zur Vernichtung abtransportiert wurden. Nach Auschwitz, dorthin, wo ebenfalls vor fünfzig Jahren die IG Auschwitz als ein »fester Eckpfeiler für ein gesundes Deutschtum im Osten« gegründet worden war. Noch dazu hatten die gesunden Deutschen auf ihrer letztjährigen Hauptversammlung am 31. August - ausgerechnet dem Tag des Einigungsvertrags zum Anschluß der DDR - allzu überschäumend gejubelt über die demnächst zu erwartende fette Beute im Osten.

Jetzt im November herrschte im Frankfurter Hof zu Beginn der Hauptversammlung eher Begräbnisstimmung. Es hatte keinen Spaß gemacht, im Visier der Fernsehkameras an Demonstranten vorbeilaufen zu müssen, die auf der Brust Transparente trugen mit den Namen von Toten und dem Zusatz: »In Auschwitz ermordet mit Zyklon B. Geliefert von IG Farben. Heute: `in Abwicklung'.« Die strengen Kontrollen ließen gute Laune so recht nicht aufkommen. Und die alte Freude wurde schon gar nicht dadurch wiederhergestellt, daß der Aufsichtsrats-Vorsitzende Ernst C. Krienke versichern zu müssen glaubte, er habe »keine Sympathie mit dem NS-Unrecht« gehabt, und das Kohl-Argument bemühte: »Ich war am Kriegsende 17 Jahre.«

Erst der vierte HV-Sprecher riß die Stimmung hoch und sorgte für moralische Aufrüstung seiner Mitaktionäre - der Pensionist Linus Memmel, ehemaliger Amtsrichter und Oberstaatsanwalt aus Würzburg, der lange Jahre als CSU-Mann für das von ihm mitgeleitete Deutsche Atomforum im Bundestag saß. Dort war man sich über seine korrekte Bezeichnung nicht einig gewesen: »Dreckschleuder« nannte ihn der Abgeordnete Wehner, »Drecksack« dagegen der Abgeordnete Hermsdorf. Berühmt wurde Memmels Rede zur »Spiegel«-Affäre, in der sich dieser Freund der Pressefreiheit zu seiner »Schadenfreude« bekannte, daß es den »Spiegel« jetzt »auch einmal erwischt hat«.

Jetzt, beim Betreten des Frankfurter Hofs, sagte Memmel, habe ihn ein junger bärtiger Mann als »Profitjäger« bezeichnet. »Und Sie sind ein suppentellergroßes Arschloch«, sei seine Antwort gewesen. Die Damen und Herren Mitaktionäre jubelten, als Memmel hinzufügte: »Sie alle, die Sie hier sitzen, Sie sind doch keine Profitjäger.« Seit 18 Jahre habe er die Aktien in Besitz. »Sie bringen mir keinen Profit, nur Unkosten.«

Das freilich ging gegen die Ehre der vermeintlichen Liquidatoren, die den seit vier Jahrzehnten angeblich »in Abwicklung« befindlichen Konzern leiten. Der Reiz der kurz und KZ-deutsch »Liquis« genannten Aktien liege doch in den Kursschwankungen, erläuterte Liquidator Günter Vollmann, und Liquidator Ernst-Joachim Bartels sprach dem Würzburger Christen Mut zu: »Vor 18 Jahren, als Sie die Aktien gekauft haben, standen sie zwischen 1,50 und 2,50.« Heute sind sie mehr als zehnmal soviel wert.

Der muntere Greis (»Ich bin erst 77, ich wollte auch mal auf eine HV gehen, bei der etwas geschieht«) provoziert den Auschwitz-Überlebenden Hans Frankenthal zu einem Zwischenruf: »Man hat mich in Auschwitz zum Krüppel gemacht.«

»O.K., O.K., dafür können Sie mich nicht verantwortlich machen«, antwortet der Mann, der an der Front als Infanterieoffizier tapfer dafür sorgte, daß die Krematorien von Auschwitz weiter rauchen konnten, und der noch 1944 gegen den inneren Feind als Hitlers Amtsrichter installiert worden war.

Der Aufsichtsratsvorsitzende Krienke rügt Frankenthals kurzen Zwischenruf sofort: »Sie haben nicht das Recht, aus dem Saal den Redner zu unterbrechen.« Dieses Recht haben bei dieser Veranstaltung nur Alt-Nazis und Antisemiten. Schon als Hans Frankenthal schließlich zum Rednerpult geht - er hat sich mit dem Erwerb einer Aktie das Rederecht bei seinen einstigen Zwangsarbeitgebern erkauft - wird es unruhig im Saal. Er stellt sich vor: Häftlingsnummer 104920, 1926 geboren. Bei der Ankunft am 1. März 1943 in Auschwitz, hatte er sich drei Jahre älter gemacht. Er wußte bereits: 16jährige hatten nicht das Recht zu leben.

400 wurden von seinem Transport für die Sklavenarbeit bei IG Farben ausgewählt, aber nur sieben überlebten. Frankenthal: »In Auschwitz ist meine gesamte Familie außer meinem Bruder umgekommen. Ich habe 30.000 Menschen sterben sehen. 730 Tage gearbeitet bis zum 18. Januar 1945.« Zwischenrufe aus dem Saal: »Das gehört nicht hierher«, »Sie lügen.« Und: »Juden raus.«

Das rügt Krienke nicht. Er bemüht sich, zwischen dem Sprecher der Opfer und den Zwischenrufern der Täter zu vermitteln: »Sie sprechen zu einem Thema, das nicht Gegenstand der Hauptversammlung ist ]Sehr richtig! und dies mit Emotionen, die ich sehr gut verstehe ]Ich nicht!.«

Frankenthal versucht dennoch weiterzusprechen und wird immer wieder durch Geschrei (»Aufhören! Schluß! Schrecklich so was! Lauter Lügen!«) aus dem Saal und durch herablassende Bemerkungen (»Wir haben uns nun angehört, was Sie auf dem Herzen haben«) vom Präsidium unterbrochen. Krienke macht aus seinem Herzen eine Mördergrube: »Die Obhut und die Verantwortung für die Menschen, die von der IG Farben beschäftigt wurden, lag nicht in der Verantwortung der IG, das lag in der Verantwortung der SS. Die IG hatte nicht die Verfügungsgewalt, sie war selbst einem ganz strengen Reglement unterworfen.« Aber, was soll das Ganze: »Wir kommen in einen Historikerstreit - hier ist nicht die Plattform.« Und verliest eine Proklamation der BASF, die die IG Farben vom Zyklon B reinwäscht, ohne mit einem Wort zu erwähnen, daß der Aufsichtsrat Carl Wurster von der Zyklon B produzierenden IG-Tochter Degesch nach dem Krieg der erste Vorstandsvorsitzende der BASF geworden ist.

In Auschwitz wurden Zwangsarbeiter von Werkmeistern der IG Farben mit Schaufeln totgeschlagen, die IG-Angestellten holten sich aus dem Vernichtungslager die Kleidung der vergasten Opfer, sogar einzelne SS-Leute klagten über die mörderische Behandlung der Häftlinge durch die IG. Doch nein, sagt Krienke, die Obhut, die Verfügungsgewalt habe allein bei der SS gelegen, nicht bei der IG.

Heute ist das - unter allerdings keineswegs mörderischen Verhältnissen - mit der Unschuld grundsätzlich nicht anders. Kritische Aktionäre klagen über die scharfen Kontrollen, man beförderte sie in einen Nebenraum, ihre Aktentaschen wurden durchsucht, und dann durften sie sie doch nicht mit in den Saal nehmen. Einem Krüppel wurde sogar die Mitnahme einer Schreibunterlage verweigert. Krienke aber hat die Unschuldsmelodie schon voll drauf: »Den Umfang der Sicherheitsmaßnahmen bestimmen nicht wir, sondern die für die Sicherheitsmaßnahmen Verantwortlichen. Den Rahmen stecken die Sicherheitsorgane selbst ab. Ich bitte das zu verstehen ]Bravo. Sicherheit gibt es entweder total oder gar nicht. Ihr Protest geht daneben.« Heftiger Beifall.

Trotzdem richten immer wieder freundliche Aktionäre versöhnliche, ja aufmunternde Worte an ihren einstigen Zwangsarbeiter. Hans Martin Buhlmann von der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre: »Zu Herrn Frankenthal: Ihr persönliches Leid bewegt, bewegt zweifellos die Aktionäre. Es interessiert mich auch. Aber Sie müssen denen da oben Dank sagen. Wenn es die nicht gäbe, hätten Sie keine Möglichkeit, Ihre Ansprüche anzumelden.« Und eine halbe Minute später: »Es hat Profit gemacht, und das macht mir Spaß.« Er will auch künftig seine Freude an der IG haben, sinnlich, sichtbar. Darum wendet er sich an die Liquidatoren: »Wo ist das Geld? Sie müssen es mir zeigen - in Scheinen. Ich will es sehen! Wer bezahlt den Schaden vom August?« Und vergißt nicht, wer den damals vor die Tür gesetzten IG-Marodeuren heute Asyl bietet: »Wir sollten nicht vergessen, uns beim Frankfurter Hof zu bedanken, daß wir hier unseren Pflichten nachkommen können.«

Der Dank, den der Sklavenarbeiter Frankenthal schon hier und heute denen da oben an der IG-Spitze aussprechen soll, gilt einer Wohltat von morgen oder übermorgen oder vom Sankt-Nimmerleinstag. Aufsichtsratschef Krienke hatte sie zu Beginn, als die Pressebank noch voll war, fest versprochen. Die IG-Verwaltung beabsichtige, aus den Erlösen des Vermögens in Ostdeutschland eine gemeinnützige Stiftung zu dotieren. Der Aufsichtsrats-Beschluß liege schon vor.

Doch später, nach den Details der Stiftung befragt - in welcher Höhe, wann und für wen , läßt Krienke die Luft raus: »Ich habe gesagt: aus der Rückgewinnung des Vermögens im Osten. Ob wir je einen Pfennig aus dem Ostvermögen sehen werden, ist juristisch und politisch nicht erkennbar.« Jetzt plötzlich hat er »keine Möglichkeit, präzise festzustellen, welche Vermögenswerte uns gehören«. Ob je ein Vermögensanspruch im Osten realisiert werden könne, werde sich erst noch entscheiden müssen. Doch Mut gefaßt: »Sie sollen sicher sein, wenn wir dann wissen, ob und wieviel wir zurückgewinnen werden, dann werden wir etwas zur Dotation der Stiftung sagen. Aber seien Sie gewiß, wir nehmen die Sache ernst.« Und dann kommt heraus, daß der Stiftungsbeschluß zur Bestätigung der Hauptversammlung vorgelegt werden muß - und wie die entscheidet, läßt sich denken.

Man rede hier soviel von Auschwitz, klagt ein gemütlich schwäbelnder Aktionär namens Siegel und hat eine Idee: »Sprechen wir doch von Auschwitz mal andersherum: Welche Vermögenswerte haben wir denn noch in Polen?«

Auschwitz zurück an die Liquidatoren? Dies ist dem Aufsichtsratsvorsitzenden denn doch zu unverhohlen gefordert: »Das sind hochkomplexe Dinge. Deutsche Ansprüche werden überlagert durch die Ansprüche dieser Länder an die Nachfolger des Dritten Reiches. Ich sehe, das sind Dinge, die in der Zukunft liegen.« Er überlegt: »Das schließt nicht aus, daß polnische Firmen, die privatisiert werden und früher Vermögen der IG Farben waren, von deutschen Investoren...« Und

verwirft doch lieber erst einmal rasch: für uns jenseits aller Diskussion. Weil wir auch gar keine Chance haben. Das sei ein visionäres Vorhaben, das aber im Prinzip durch die Geschichte erledigt sei. Fazit für heute: »Ich würde förmlich davon abraten, das weiter zu verfolgen. Das ist natürlich noch mit ganz anderen Emotionen belastet.«

Letzter Satz: »Wir werden unseren rechtlichen Verpflichtungen nachkommen.« Rechtliche Verpflichtungen. Genau die sind es, die die Herren Liquidatoren Bartels und Vollmann seit der Wiedervereinigung umtreiben. Sie sind, das betonen sie immer wieder, als Liquidatoren von Gesetzes wegen dazu verpflichtet, jeden Vermögensteil der IG Farben aufzuspüren und in die Abwicklung einzubringen - zum Nutzen der Aktionäre. Nur dieser gesetzlichen Verpflichtung wegen wollen sie ihren gesamten nach 1945 in der DDR enteigneten Grundbesitz zurück - insgesamt 155 Millionen Quadratmeter, soviel wie ein kleines Bundesland. Nur dieser rechtlichen Verpflichtung wegen ist die nunmehr vierzigjährige IG Farben in Abwicklung nicht - wie ursprünglich geplant - in diesem Jahr endgültig abgewickelt, sondern energisch weiterbetrieben und umbenannt worden. Das Unternehmen heißt jetzt - beschloß die Hauptversammlung mit überwältigender Mehrheit - nicht mehr IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft, sondern IG Beteiligungs- und Grundbesitz-Aktiengesellschaft.

Liquidator Vollmann weist zwar mehrfach darauf hin, daß »wir uns der Verpflichtung bewußt sind, die IG so schnell wie möglich zu liquidieren«. Aber ein Liquidator sei nun mal verpflichtet, alle Vermögensbestände zu sichern. Der Tip, so gaben die Liquidatoren zu erkennen, kam von der Treuhand. Als ehemalige Eigentümer werden sie lediglich entschädigt, haben aber nichts zu melden, wenn ein anderer Investor kommt, der auf den Grundstücken Arbeitsplätze schaffen will. Also muß die IG in Abwicklung - so die Logik der Liquidatoren - als Investor wieder beginnen, um dann irgendwann mit größerem Gewinn verkaufen und endgültig abwickeln zu können. Der schnellste Weg zur Abwicklung sei also: Wiederanfang. Nur auf diesem Weg lasse sich möglichst viel Gewinn aus den IG-Ansprüchen auf Ost-Vermögen schlagen. Und dazu sind sie ja verpflichtet. Gesetz ist schließlich immer noch Gesetz.

Logisch. Und so kann es nicht mehr lange dauern, bis die Liquidatoren sich ehrlichen Herzens fragen müssen, ob sie am Ende nicht Defraudanten wären, wenn sie unser Recht auf Auschwitz nicht doch noch durchsetzten.

**Otto Köhler schrieb in KONKRET 12/91 u.a. über H.J. Abs, den Aufsichtsrat von Auschwitz**

Konkret 01/92, S. 24

**André Brie**

# Kontra PDS

**Die Bemühungen von Treuhandanstalt und »unabhängiger« Parteikommission, die PDS auf administrativem Weg zu liquidieren, haben eine neue Qualität gewonnen**

Seit fast anderthalb Jahren werden Eigentum und Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR durch eine Kommission geprüft, die sich unabhängig nennt, aber seit dem 3. Oktober 1990 unter der Aufsicht des Bundesinnenministers steht. Ohnehin hat diese Kommission - soweit es um Parteien geht - ihre Aufmerksamkeit nahezu ausschließlich auf die PDS gerichtet, während die finanziellen Transaktionen der CDU und der FDP trotz ihres mehr als dubiosen Charakters ungestört blieben. Nicht zufällig wird inzwischen von einer Meistbegünstigungsklausel für die FDP gesprochen, die sich offensichtlich aus dem Vermögen der beiden ehemaligen Blockparteien LDPD und NDPD sanieren will.

Die PDS ist hinsichtlich ihres Eigentums von Anfang an und nicht selten zu Recht in die Schlagzeilen geraten. So war die Entscheidung des außerordentlichen Parteitages der SED im Dezember 1989, die Partei nicht aufzulösen, zwar nicht primär, aber auch nicht zuletzt von dem Willen geprägt, rechtmäßig erworbenes Eigentum der SED für den Neuanfang einer demokratischen sozialistischen Partei zu nutzen. Vom Januar 1990 bis zum 31. Mai 1990 trennte sich die PDS freiwillig von rund 75 Prozent des SED-Eigentums. Zugleich gab es in dieser Zeit jedoch GmbH-Gründungen und Darlehensverträge, die sich politischer und demokratischer Kontrolle entzogen. Auch wenn es in fast allen Fällen darum ging, nicht mehr benötigtes Eigentum vernünftig zu bewirtschaften und Arbeitsplätze vor allem für technische Angestellte in ehemaligen Parteischulen, Ferienobjekten und anderen Immobilien zu erhalten, führte die Unkenntnis über das kaum überschaubare SED-Imperium zu nicht wenigen fragwürdigen Entscheidungen. Seinen Höhepunkt fand dieses politische Versagen im Finanzskandal vom Oktober 1990. Daran gibt es nichts zu beschönigen.

Die Hauptkritik an der Finanzpolitik der PDS im Jahre 1990 sollte sich meiner Meinung nach jedoch vor allem darauf richten, daß sie kaum bestrebt war, die vorhandenen finanziellen Möglichkeiten für den Aufbau einer modernen Kommunikationsstruk-tur für die Linke (weit über die PDS hinaus) zu nutzen. In den modernen Gesellschaften mit ihren monopolistisch beherrschten milliardenschweren Medien- und Informationsmärkten kommt der Fähigkeit der heterogenen systemkritischen Kräfte, mit eigenen Informations- und Kommunikationsstrukturen nicht nur zugunsten der eigenen Nische gegenzuhalten, meiner Meinung nach größte Bedeutung zu. Wie groß die finanziellen Aufwendungen in dieser Hinsicht sind, dürfte allgemein bekannt sein. Angesichts der extremen und nur schwer überschaubaren Dynamik der politischen Entwicklung Anfang 1990 ist die Unfähigkeit der PDS, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, jedoch in bestimmtem Maße erklärlich. Ohnehin geht es jetzt um ganz andere Fragen.

In ihrer Sitzung am 21. November 1991 war die Kommission endlich fähig, erste allgemeine Kriterien dafür vorzulegen, was sie als »materiell-rechtsstaatlich« erworbenes Eigentum betrachtet. (Die langsame Arbeit der Kommissionsmitglieder wird sicherlich verständlich angesichts der 2700 DM, die jedes Mitglied pro monatlicher Sitzung steuerfrei bezieht.) Der Beschluß, allerdings noch ohne bindende und ohne rechtliche Wirkung, hat endgültig mit jedem Anschein von parteipolitischer Neutralität und Rechtsstaatlichkeit aufgeräumt: Es geht der Kommissionsmehrheit ausschließlich darum, die PDS auf administrativem Wege auszuschalten. Die Absichten der Kommission laufen darauf hinaus, nicht nur sämtliches Eigentum und Vermögen der PDS zu enteignen, sondern ihr zusätzlich Schulden in einer Größenordnung von 300 bis 500 Millionen DM aufzuerlegen, indem sämtliche Aktiva, einschließlich 90 Prozent der Mitgliedsbeiträge der SED (denn die SED-Mitglieder waren, so die Kommission, Zwangsmitglieder, also wohl die eigentlichen Opfer des SED-Regimes), der Rentenfonds und Immobilien beschlagnahmt werden sollen. Die Passiva aber, also zum Beispiel die Verpflichtung zur Zahlung von gegenwärtig 11.000 Renten sollen bei der PDS bleiben. Überraschend ist das in keiner Hinsicht. Gemeinsam mit der Treuhandanstalt, die Vermögen und Eigentum der PDS verwaltet, wurden der Spielraum für die politische Tätigkeit der PDS Monat für Monat eingeengt und die Zusagen an die Partei in fast jedem Fall gebrochen, sobald die PDS selbst auf angebotene Kompromisse eingegangen war:

· War noch im Juni 1990 durch die Kommission festgelegt worden, daß der normale Geschäftsbetrieb der PDS, einschließlich der »Finanzierung von politischen Bildungsveranstaltungen, von Kongressen, politischen Versammlungen, Demonstrationen, Wahlkampfveranstaltungen, Publikation politischer Schriften, der Herstellung von Plakaten, der Einrichtung von Büros«, keiner Bestätigungspflicht unterliege, so muß inzwischen die PDS selbst die Anwaltskosten für die Auseinandersetzung mit den Rechtsbrüchen der Kommission durch diese genehmigen lassen.

· Am 21. Juni 1991 entzog die Treuhandanstalt der PDS das Recht, ihre Immobilien selbst verwalten zu lassen. Zugleich wurde die PDS gezwungen, hohe Mieten an die Treuhandanstalt für die eigenen Immobilien zuzahlen und selbst den extremen Verwaltungsaufwand seitens der Treuhandanstalt zu finanzieren. Den Höhepunkt in dieser Hinsicht stellte die Erklärung vom 25.11.1991 dar, daß selbst das Karl-Liebknecht-Haus, der in den 20er Jahren von der KPD erworbene Sitze

des heutigen Bundesvorstandes im Zentrum Berlins, nicht als materiell-rechtsstaatlich erworben gelten könne, da die KPD von 1945 nicht Rechtsnachfolgerin der KPD von 1933 sei. Ich möchte nur am Rande darauf verweisen, daß die gleiche Kommission ohne Prüfung des »materiell-rechtsstaatlichen Erwerbs« der SPD, bei der es anders als bei der KPD in der Zeit des Nationalsozialismus tatsächlich Auflösungsbeschlüsse gab, 75 Millionen DM für ihre früheren Parteizeitungen zugeschanzt hat.

· Obwohl Treuhand und Kommission ausschließlich das frühere Vermögen von DDR-Parteien und -Organisationen zu verwalten und zu prüfen haben, wurden mit Verwaltungsanordnung vom 6. August 1991 auch jene insgesamt 140 Millionen DM unter Kontrolle gestellt, die die PDS durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Wahlkampfkostenerstattung nach dem 7. Oktober 1989 eingenommen hatte.

Ich möchte an dieser Stelle eine Aufzählung beenden, die um ein Mehrfaches länger sein könnte. Die Parteienkommission begründet ihr Vorgehen gegen die PDS damit, daß ein »materiell-rechtsstaatlicher Erwerb« nur am Grundgesetz der BRD zu messen sei. Im Klartext bedeutet das, daß entgegen dem Einigungsvertrag rückwirkend westdeutsches Recht auf die DDR angewendet werden soll, obwohl jeder Jura-Student wohl spätestens im 2. Semester gelernt haben dürfte, daß eine rückwirkende Anwendung von Recht ausgeschlossen ist. Das Grundgesetz der BRD soll dabei auch für die sowjetische Besatzungszeit von 1945 bis 1949 Anwendung finden, also für eine Zeit, in der es noch nicht einmal existierte, und entgegen der Vereinbarung zwischen der BRD und der UdSSR über die Anerkennung sowjetischer Enteignungsbeschlüsse (Bestandteil des Zwei-plus-Vier-Vertrages) sollen auch diese Entscheidungen in Frage gestellt werden.

Selbst das KPD-Vermögen von vor 1933 soll nun einer grundgesetzlichen Bewertung unterzogen werden. Das Ganze spricht nicht nur jedem Rechtsverständnis Hohn, was angesichts der politischen Absichten zu erwarten war, sondern liefe - soll es nicht einfach eine Lex PDS werden - auf ein juristisches Chaos hinsichtlich der Eigentumsrechte in der ehemaligen DDR hinaus. Ginge diese Politik nicht einher mit immer offensichtlicheren Tendenzen erneuerter deutscher Großmachtpolitik, mit aufflammendem deutschen Nationalismus sowie einem unübersehbaren Abbau sozialer, demokratischer und rechtlicher Errungenschaften, ließe sich vielleicht über die Selbstentlarvung dieses Staates, seiner Institutionen und Politiker lachen. Aber der Vorgang ist sehr ernst, und der Schlag gegen die PDS ist Bestandteil einer gefährlichen Rechtsentwicklung der BRD.

*André Brie ist stellvertretender Parteivorsitzender der PDS*

Konkret 01/92, S. 26

**Eike Geisel**

# Zweikampf der Liebe
# Der alte Mann und das Mittelmeer

**Der Golfkrieg hat den Deutschen wieder einmal ihre geliebte »Judenfrage« gestellt. Zu den vielen Versuchen, sie ihnen mit pädagogischem Eros zu beantworten, sind in diesen Wochen zwei hinzugekommen: Ralph Giordanos Buch »Israel um Himmels Willen Israel« und »Israel und die Welt nach dem Krieg«, die Übersetzung eines in Tel Aviv erschienenen Bändchens mit sechzehn Diskussionsbeiträgen israelischer Autoren und Autorinnen**

»Glücklich allein ist die Seele, die liebt«, singt Klärchen im »Egmont« und sagt Goethe in der neuesten Reklame für Henkell-Trocken. Der Schriftsteller Ralph Giordano müßte doppelt glücklich sein, denn er liebt gleich zweimal. Er liebt Deutschland, und er liebt Israel. Er hat ein großes Herz. Vor einem Jahr erhielt er das Bundesverdienstkreuz erster Klasse und bedankte sich bei »Richard von Weizsäcker, diesem deutschen Präsidenten, der in meinem jüdischen Herzen wohnt«. Seinem erfolgreichen Buch »Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein« hatte er als Motto eine Selbstauskunft Heinrich Heines vorangestellt: »Ich weiß, daß ich eine der deutschesten Bestien bin, ... daß mir das Deutsche das ist, was dem Fische das Wasser ist... Ich liebe sogar im Grunde das Deutsche mehr als alles auf der Welt... und meine Brust ist ein Archiv des deutschen Gefühls.« Wie man nicht erst seit heute weiß, war dieses Bekenntnis von der Angst diktiert. Weder konnte Heine damit seine Zeitgenossen besänftigen, noch später die deutschen Juden ihre Mörder. Doch glücklicherweise handelte Giordanos Buch dann nicht von deutschen Gefühlen, sondern von deren Ergebnissen.

In seinem neuesten Buch »Israel um Himmels Willen Israel«, dessen Titel eher das Klagelied eines genervten Ehepartners als eine Liebeserklärung vermuten läßt, versichert Giordano: »Ich bin Israel einfach verfallen, es ist ein Teil meines Ichs.« Wie er vor Jahren in Deutschland Lust und Last unter einen Hut zu bringen suchte, so mühte er sich nun in Israel, Liebe und Hiebe zu vereinbaren: »Ich bin hier«, schreibt er gegen Ende seines Berichtes, »an einem neuralgischen Punkt meines Buches, ja meiner Existenz überhaupt angekommen: dem Konflikt zwischen meiner Liebe zu Israel und der Unteilbarkeit der Menschenrechte.«

Diesen Zweikampf der Liebe hätte er sich ersparen können. Auf die Frage, ob er den Staat liebe, gab ein deutscher Politiker vor vielen Jahren die längst wieder vergessene Auskunft: »Ich liebe meine Frau.« Und die Philosophin Hannah Arendt erwiderte auf den ihr gegenüber vorgebrachten Vorwurf, ihre Kritik ermangele der Liebe zu den Juden: »Erstens habe ich nie in meinem Leben irgendein Volk oder Kollektiv ‘geliebt’, weder das deutsche, noch das französische, noch das amerikanische, noch etwa die Arbeiterklasse oder was es sonst noch gibt. Ich liebe in der Tat nur meine Freunde... Zweitens aber wäre mir diese Liebe zu den Juden, da ich selbst jüdisch bin, suspekt. Ich liebe nicht mich selbst und nicht dasjenige, wovon ich weiß, daß es irgendwie zu meiner Substanz gehört.«

Giordanos Buch über seine zweite Liebe muß man als Ergänzung seiner »Zweiten Schuld« lesen. Beide Bücher zusammengenommen sind gewissermaßen die Fortschreibung einer verwandten älteren Doppelbelastung, die 1921 den Seufzer ausstieß: »Leidet man nicht immer am meisten dort, wo man am tiefsten liebt?« Damals war Jakob Wassermans »Mein Weg als Deutscher und als Jude« erschienen. Das war eine schmale Bekenntnisschrift. Bei ihrer Wiedergeburt ist sie nun auf zwei Bände angewachsen.

Da Giordano bereits in Hamburg sein Herz verloren hatte, war nicht zu befürchten, daß er sich in Israel auf die Suche nach diesem deutschesten aller Eingeweide machen würde. Andere Landsleute fahren ja seit Jahren nur zu diesem Zweck nach Israel. Sie wollen sich dort nicht erholen, sondern vornehmlich an den Juden reiben, um herauszufinden, was deutsch sei. Früher waren die Bundesbürger nach Israel geströmt, um sich durch den Anblick von kraftstrotzenden Kibbuzniks und schlagkräftigen Soldaten davon zu überzeugen, daß die Juden die Lehren ihrer Peiniger begriffen hätten. Heute wollen sie immer noch wissen, wer sie eigentlich sind, aber sie erfahren es dann unterwegs auf eine ganz andere Weise. In einem gerade erschienenen Buch über »Junge Deutsche in Israel und der Westbank« liest man die durchaus repräsentative Auskunft dieser neuen Selbstfindung: »Mein Deutschsein ist mir hier im Lande sehr bewußt geworden, nicht nur beim Besuch von Yad Vashem. Auf der anderen Seite erlebe ich hier eine Unmenschlichkeit, die ich mir hier in diesem Lande nie vorstellen konnte. Und dann denke ich, daß wir gerade als Deutsche nicht schweigen und die Augen vor dem Unrecht, das mit den Palästinensern geschieht, verschließen sollten, denn sonst machen wir uns ja wieder schuldig.« Ähnlich beseelt waren auch die Pilgerfahrten der Grünen, deren moralische Höhenflüge jeweils mit einer Bauchlandung endeten. Ihre Behauptung, sie wollten sich an Ort und Stelle informieren, hatte sich schon bei ihrer ersten Reise, als sie die »Opfer der Opfer« entdeckten, als Schwindel herausgestellt; bei der zweiten Reise war die Propagandalüge offenkundig, noch ehe die Grünen das Flugzeug nach Tel Aviv bestiegen.

In seinem Reisebericht führt Giordano vor, daß man keine Gesinnung braucht, um sich zu informieren, sondern Augen, Ohren, ein Auto und einen Notizblock. Über 10.000 Kilometer ist er in Israel und in den besetzten Gebieten mit seinem aus Deutschland mitgebrachten Auto herumgefahren. Denn die Liebe ging auch durch den Wagen: mit einem deutschen

Nummernschild war das Risiko nicht so groß, in palästinensischen Ortschaften von steinewerfenden kids begrüßt zu werden. Das Resultat dieser ausgedehnten Reise ist eine bunte Mischung aus politischen Reportagen, Landschaftsschilderungen, Interviews, Städteportraits und Gedanken über die Natur des Konflikts, die er in einem Epilog zusammenfaßt: »Ich habe aus meinen Erfahrungen den Schluß gezogen, daß im Nahen Osten keine Ruhe sein kann, bis es einen Palästinenserstaat gibt. Aber wer glaubt, daß es dann Ruhe geben wird, der verkennt die tieferen Ursachen des Nahostkonflikts.«

Zu diesen Ursachen rechnet er die Vernichtungsdrohung der arabischen Staaten. Giordano begann die Niederschrift seines Berichts vor Ausbruch des Golfkriegs. Daß er sie beenden konnte, bedauerte kürzlich ein Leser der »taz«, der angesichts der behaupteten »apokalyptischen Kriegsfolgen im Irak« doch nicht ganz froh wurde, denn: »Unter den Opfern«, beklagte er, »vermisse ich die Namen derer, die zur Opferung aufgerufen haben... Namen wie George Bush, Ralph Giordano.« Auf die Frage Giordanos, welche Möglichkeiten Israel hätte, sich einem Angriff mit Vernichtungswaffen zu widersetzen, antwortete ein israelischer Panzerkommandant lakonisch: »Die Atombombe«. Der Irak hat also nachgerade allen Grund, den Amerikanern dankbar zu sein.

Scheinbar wahllos nimmt der Autor den Leser an durch nichts als durch Giordanos Autofahrten miteinander verbundene Orte mit. Und er macht ihn mit verschiedenen Personen bekannt, die auf den ersten Blick nur eines gemeinsam haben, nämlich daß Giordano mit ihnen verabredet ist. Er spricht mit Palästinensern und Israelis über die Intifada, läßt sich die Golan-Höhen ebenso zeigen wie die Ausgrabungen in der Negev-Wüste, er verabredet sich mit israelischen Oppositionsgruppen und verbringt ein Wochenende bei den Siedlern im besetzten Gebiet; er informiert sich über Probleme der Trinkwasserversorgung im Norden des Landes wie über die Begrünung der Wüste im Süden; er besucht die Holocaust-Gedenkstätte in Yad Vashem, die überlebenden Opfer arabischer Terroranschläge und palästinensische Familien, deren Angehörige von der Besatzungsmacht gefoltert oder erschossen wurden; er geht zur Klagemauer wie nach Gaza, er interviewt Fundamentalisten, Militaristen, Wissenschaftler, Politiker und Künstler - mit einem Wort: Er hält Augen und Ohren offen. Denn vor allem kann er zuhören. Die Gespräche, von denen er berichtet, sind deshalb die besten Passagen des Buches. Und wenn Giordano nach vielen Unterhaltungen mit Personen, in deren individueller Biographie sich das vergangene Grauen wie die gegenwärtige Bedrohung widerspiegelt, erneut das Tagebuch der Anne Frank liest und schreibt: »Es gibt ein unlösbares Band zwischen dem Mädchen Anne Frank und dem Staat Israel... Und wer dieses Band bestreitet, dem fahre ich an die Kehle, ganz egal, ob Deutscher, Palästinenser oder welcher Nationalität oder Herkunft auch immer«, - dann kann man nur hoffen, daß ihm recht bald Christian Ströbele oder Gaby Gottwald über den Weg laufen.

Doch leider ist Giordano nicht nur ein guter Zuhörer, sondern er notiert auch all das, was wir derart genau schon immer dringend wissen wollten. Wer bei einer Gesprächsrunde über den Nahostkonflikt das beliebte Spiel um die historischen Rechtsansprüche auf Palästina mitmachen möchte, kann sich bei Giordano Zahlen, Daten und Fakten besorgen. Wenn dann demnächst in einer Talkshow, die ohne Giordano ohnehin zur Schnarchrunde geriete, der PLO-Vertreter von Römern und Philistern faselt, dann kann man mit König Hezekia, den Nabatäern oder deren Anführer Aretas III. zurückschlagen. Hilfsweise gibt Giordano auch noch immer das genaue Datum der jüdischen Zeitrechnung an, die in Israel ungefähr so häufig benutzt wird wie in Europa die Sonnenuhr bei der Zeitansage. Und einmal von der Merian-Mentalität ergriffen, läßt Giordano keine Gelegenheit aus, uns mitzuteilen, auf welch historischem Grund sein Ford gerade parkt. »Auch der glaubensloseste Humanist wird gepackt«, schwärmt er von der Festungsruine Massada am Toten Meer, wo ganz irdische Dinge vor sich gehen, nämlich die Vereidigung israelischer Rekruten. Ähnlich gepackt wird er von der Klagemauer, in deren Ritzen Zettel mit frommen Wünschen gesteckt werden. Hat er mal einen dieser Zettel herausgenommen? Stand da nicht auch der Wunsch, Betar Jerusalem möchte das nächste Punktspiel gegen Hapo’el gewinnen?

Dauernd in Israel herumzufahren ist eine anstrengende Tätigkeit. Wenn man nachzählt, wie oft Giordano im Verlauf seines Reiseberichts die Beschwörung »Israel um Himmels willen Israel« ausstößt, dann erhält man eine ungefähre Vorstellung davon, wie oft er während dieser Tour ganz profan geflucht haben muß. Und weil es so anstrengend ist, braucht er gelegentlich eine ordentliche Erholungspause. Zu diesem Zweck fährt Giordano in die Wüste, und zwar genau so, wie der Berliner ins Grüne fährt, also mit vielen »Ahs« und »Ohs« auf den Lippen, nur eben etwas wortreicher.

Und wes das Herz voll ist, des geht der Mund über. Zwar gibt es im Negev, wie in jeder anderen Wüste auch, hauptsächlich Sand und Steine, doch wenn Giordano kommt, dann zittert die Luft, dann bebt die Erde, dann raunt die Natur: die Wüste lebt. Da werden die Berge zu Majestäten und ein Steinbock zur Epiphanie. Eine andere Oase des Friedens ist für ihn der Kibbuz. Giordano möchte zu gerne an die ewige Jugend dieser Institution glauben und beschreibt sie doch als idealen Ort für den Vorruhestand: »Hier war es, wo ich im Schatten des Baumes vor dem Haus lag, wie ich nie zuvor in einem Schatten gelegen habe.« Leider muß er von dort wieder weg und sich nach Europa einschiffen: »Immer breiter wird der Vordergrund zwischen dem Schiff und dem Leuchtdiadem des Carmel - ein betörendes Bild.« Der alte Mann und das Mittelmeer.

Doch daß dieser im Heiligen Land sprachlich eine Art zweiten Frühling erlebt, spricht nicht gegen Giordano. Wer sich so systematisch konfektionierter Gefühle bedient, wer so lückenlos Klischees zwischen Himmel und Erde, also zwischen

Vollmond und Mittelmeer, aneinanderreiht, wer so viel seelische Ergüsse versprüht, daß man das Bewässerungsproblem im Orient damit lösen könnte, wer so verfährt, muß Gründe haben. Und die hat Giordano.

Was Johannes Mario Simmel für die Unterhaltung, das ist Ralph Giordano für die Aufklärung in Deutschland, wo es immer noch als anrüchig gilt, klug *und* erfolgreich zu sein. Giordanos Erfolg, der sich hoffentlich mit diesem Buch fortsetzt, verdankt sich der so simplen wie unwiderlegbaren Einsicht in den Umstand, daß es sich bei der deutschen Bevölkerung nicht mehr um eine Gesellschaft, sondern um eine behandlungsbedürftige Patientengruppe, um ein riesiges Therapiekollektiv handelt. Längst ehe die Linken sich von der Theorie zur Selbsterfahrung verabschiedet hatten, war Giordano zu dieser Einsicht gelangt. Als Jugendlicher seinen Landsleuten nur deshalb entkommen, weil diese mit der Ausrottung der Juden vor dem Eintreffen der Alliierten nicht ganz fertig geworden waren, hoffte Giordano anfänglich, daß die Deutschen nun endlich reif für den Kommunismus wären. Doch er begriff bald, daß mit dieser Gesellschaft, die ihn eben noch ans Messer liefern wollte, keine Revolution zu machen war. Sie mußte entweder, wie in der unmittelbaren Nachkriegszeit, unter Kuratel gestellt oder, wie danach mit Schweizer Schokolade, Volkswagen, Weihnachtsgeld und Urlaubsreisen, gezähmt werden. Zu diesem notwendigen zivilisatorischen Dressurakt lieferte Giordano als Fernsehjournalist und Buchautor das pädagogische Begleitmaterial. Und er verfuhr dabei nach der Devise: Die Deutschen wurden immer nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu therapieren. Die Ratschläge mußten gut verpackt, die Medizin gut dosiert werden. Er wollte die Deutschen nicht zu besseren Menschen machen, und schon gar nicht war ihm daran gelegen, seine gestörten Patienten in Fachärzte für moralische Fragen zu verwandeln. Er wäre mit der Entbarbarisierung des Kollektivs zufrieden gewesen. Und er hätte seinen publizistischen Erfolg veredelt gesehen durch eine damit einhergehende therapeutische Leistung, den eingefleischten Hang zur Rückfälligkeit im Zaum gehalten zu haben. In seinem Buch »Die zweite Schuld« hatte er den nachgeborenen Deutschen geduldig auseinandergesetzt, daß sie selbst nicht der Verbrechen ihrer Eltern und Großeltern schuldig seien. Den Krankheitsgewinn aus ihren Schuldgefühlen hätten die wirklichen Verbrecher gezogen. Man habe sie laufen und nach einem meist gut versorgten Lebensabend friedlich im Bett sterben lassen. Die Einsicht, statt eines Verbrechens sich einer Unterlassung schuldig gemacht zu haben, so hoffte Giordano, könnte die Patienten zur Besinnung bringen. Doch diese fühlten sich weniger erleichtert als um die Früchte ihres Leidens gebracht.

Als Giordano sah, daß die Therapie nicht angeschlagen hatte, daß in den Augen seiner Patienten die Juden im Nahen Osten ein Faktor geworden waren, der ihre Krankheit nur verlängerte, entschloß er sich zu diesem Buch über Israel. Es ist ein vierhundert Seiten langer Appell an die Deutschen, an ihrem neuen Universalfeind menschliche Züge wahrzunehmen.

Giordano liebt Israel, und er leidet für Deutschland. Er kritisiert Israel, um den Deutschen zu helfen. Doch diese sind nicht krank. Sie sind unheilbar gesund.

*Ralph Giordano: Israel um Himmels Willen Israel, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1991, 45 Mark*

**Eike Geisel schrieb in KONKRET 7/91 über die Sucht der Friedensbewegung nach der möglichst großen Opfermasse**

Konkret 01/92, S. 28

**Detlef zum Winkel**

# Zweikampf der Liebe
# Die Musen schweigen nicht mehr

**Der Golfkrieg hat den Deutschen wieder einmal ihre geliebte »Judenfrage« gestellt. Zu den vielen Versuchen, sie ihnen mit pädagogischem Eros zu beantworten, sind in diesen Wochen zwei hinzugekommen: Ralph Giordanos Buch »Israel um Himmels Willen Israel« und »Israel und die Welt nach dem Krieg«, die Übersetzung eines in Tel Aviv erschienenen Bändchens mit sechzehn Diskussionsbeiträgen israelischer Autoren und Autorinnen**

»Man sagt, daß auch dramatische Ereignisse nicht imstande sind, die vorgefaßten Meinungen des Durchschnitts-Israeli zu ändern.« Mit diesem Satz beginnt die Journalistin Chanah Semer einen Artikel über die Rolle der Medien im Golfkrieg. Natürlich möchte sie die These widerlegen. Ihrer Meinung nach ändere sich seit über einem Jahrzehnt der politische Konsens in Israel, und die Presse, nicht die elektronischen Medien, spiele eine wichtige Rolle in diesem Prozeß. Mit dem Camp David-Abkommen habe es angefangen, und den Durchbruch habe der damalige ägyptische Präsident Sadat vor der Knesset, dem israelischen Parlament, bewirkt. Seitdem befürworte eine deutliche Mehrheit den Ausgleich und die Versöhnung mit den Arabern, obwohl die Wahlergebnisse eine entsprechende Politik immer wieder blockierten.

Ob sie recht hat, läßt sich von hier aus kaum beurteilen, aber ein neues Buch des Hamburger Galgenberg-Verlags, in dem ihr Beitrag enthalten ist, bietet jedenfalls vielfältiges Material, um Ansichten darüber auszutauschen. »Israel und die Welt nach dem Krieg« ist die Übersetzung eines diesen Sommer in Tel Aviv erschienenen Bändchens, genauer gesagt: eine schlechte Übersetzung ohne Redaktion und Korrektur, aber was soll’s, man soll nicht kleinlich sein, wenn das Produkt eine Botschaft hat.

Dieses Buch enthält deren gleich 16, weil erwartungsgemäß kein Autor mit einem anderen übereinstimmt und nicht wenige nicht einmal mit sich selbst. Warum ich es so interessiert gelesen habe, ist nicht einfach auszudrücken. Die Argumente sind letztlich nicht neu; zumeist kennt man sie auch aus der hiesigen Kontroverse um den Golfkrieg, so daß sich Bellizisten wie Pazifisten, Realpolitiker wie Antiimperialisten in israelischen Lagern wiederfinden können. Trotzdem sind ihre Kombination, der Stil, in dem sie vorgetragen werden, die Wendungen, die sie nehmen, ziemlich verschieden von dem, was man hierzulande gewohnt ist. Alles ist wenigstens etwas lebendiger beschrieben, etwas gescheiter gedacht. Vielleicht liegt es daran, daß die Debatte dort immerhin weitergeht, während es hier vorerst wenig Anlaß gibt, die eigenen Positionen mit der Realität und dem Ergebnis dieses Kriegs zu konfrontieren.

Bleiben wir einen Moment bei Frau Semers Thema. Dokumentierte der Fernsehkrieg das Ende der Geheimdiplomatie, und bewies er, daß es heute unmöglich ist, auch nur eine wesentliche Tatsache vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen, oder war es die größte Manipulation aller Zeiten? Das sei nicht entscheidend, findet die Journalistin: Meinungen bildeten sich sowieso nur langsam und würden daher weniger durch das Geplappere in Echtzeit beeinflußt als durch das reflektierte, gedruckte Wort. Der Politiker Schimon Peres ist entgegengesetzter Auffassung. Nicht Texte, sondern Bilder prägten das Bewußtsein, und nach »Wüstenschild« und»Wüstensturm« würden es wieder Fotos von der Intifada sein. »So erweckt der Junge mit der Steinschleuder in der Hand mehr Sympathie als der Soldat mit dem geschulterten Gewehr.«

Dieses Image schade der Politik, der Wirtschaft und Kultur Israels, weshalb Peres die Position »Land gegen Frieden« vertritt. Allerdings mit Einschränkungen: Nach Rückgabe der Westbank soll die israelische Armee einen Brückenkopf am Jordan behalten, und das palästinensische Gemeinwesen soll unter internationale Aufsicht gestellt werden. Militärisch gesehen, rechnet der Oppositionsführer der Regierung vor, sei die »strategische Tiefe«, die man durch die Landgewinne erhalten zu haben glaubt, nutzlos; die Raketen kümmerten sich nicht darum. Umgekehrt sei ohne Räumung der besetzten Gebiete kein Ende des Rüstens im Nahen Osten abzusehen, was für Israel irgendwann nicht mehr bezahlbar sei. »Man ziehe Vergleiche mit der UdSSR: Nicht die amerikanische Militärmacht, sondern die Rote Armee hat den wirtschaftlichen Ruin der Sowjetunion herbeigeführt.« Israel brauche eine Wirtschaft, die positive Bilanzen schreibt, statt Spenden zu sammeln.

Sollen unsere Söhne ewig als Polizisten im Ghazastreifen Wache schieben? fragt Peres. Könnten sie doch stattdessen Israel in ein medizinisches, technologisches und wissenschaftliches Zentrum zum Wohle des ganzen Nahen Ostens verwandeln! Der Sozialdemokrat gibt sich Mühe, guten Willen und beste Absichten zu demonstrieren, doch von seinen Zeilen springt kein Funke über. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß er im Grunde ganz zufrieden mit der kritisierten Regierungspolitik ist. Als sein Gegenspieler ist der Sohn des früheren Ministerpräsidenten Begin in dem Buch vertreten. Er hat sich auch außerhalb des herrschenden Blocks Respekt erworben, weil er im Parlament gegen die Aufnahme des rechten Politikers Seevi in die Regierung Schamir stimmte. Seevi ist ein »Transferist«, d.h. er befürwortet die Vertreibung der Palästinenser aus den besetzten Gebieten und ihre Zwangsumsiedlung nach Jordanien.

Nicht so Begin: Entsprechend dem Camp David-Abkommen setzt er sich für palästinensische Autonomie ein, aber unter der unmißverständlichen Bedingung: »Dieses Land ist unser.« Autonomie heißt für ihn palästinensische Gerichtsbarkeit, Finanzen, Steuerwesen, eine lokale Polizei etc., aber kein eigener Staat. Auf die Frage, warum er den Palästinensern ein nationales Selbstbestimmungsrecht verweigere, entgegnet er, die Araber machten doch mit ihren 20 Staaten ziemlich ausgiebigen Gebrauch von diesem Recht, und der Unterschied zwischen Damaskus und Amman sei geringer als der zwischen North und South Carolina. Das ist schlagfertig, erinnert aber an ähnlich ausgeklügelte Versuche in den Reihen der PLO, wo man umgekehrt um den Nachweis bemüht ist, daß es kein jüdisches Volk gibt.Spannender wird es, wenn sich israelische Dozenten, Publizisten und Militärfachleute mit den Erfahrungen des 2. Golfkriegs beschäftigen. Dabei fällt zunächst ins Auge, daß der häufig vorgetragene Vergleich zwischen Saddam Hussein und Hitler von keinem der Autoren ernsthaft erwogen wird. Die einzigen, die darauf überhaupt eingehen, sind Uri Avneri, der darüber spottet, und der Staatswissenschaftler Schlomo Avineri, der in den Sympathien der arabischen Massen für Saddam zwar Ähnlichkeiten mit nationalsozialistischen Phänomenen sieht, die »landläufigen Analogien, deren sich westliche und auch israelische Medien nur allzu gern bedienen«, jedoch ablehnt.

Der Knesset-Abgeordnete Meir Pa'il faßt den historischen Rahmen weiter: Selten gelinge es einem Volk, aus Feudalismus oder Kolonialismus direkt in eine liberale Demokratie zu wechseln. »Wer an die Macht kam, wenn das Volk seiner Obrigkeit überdrüssig wurde, war zumeist ein Tyrann mit populistischen Neigungen.« Pa'il nennt Cromwell, Robespierre, Napoleon, Lenin, Stalin, Mussolini und Hitler als europäische Beispiele und außerhalb Europas Atatürk, Nasser, Kassem (Irak), Ghadafi, Khomeiny, Mengistu (Äthiopien). Saddam sei nur einer von vielen, und der nächste werde nicht ausbleiben, solange es Könige und Scheichs am Persischen Golf gibt.

Das Buch gibt keinen Aufschluß darüber, wie repräsentativ seine Autorinnen und Autoren für die israelische Öffentlichkeit sind, aber das ist auch nicht nötig, um feststellen zu können, daß der Hussein-Hitler-Vergleich, mit dem sich im ersten Vierteljahr 1991 die ganze Welt zu befassen hatte, Kriegspropaganda war. Speziell in der Bundesrepublik paßte er den Geschichtsrevisionisten glänzend ins Konzept: Endlich schien die These von der Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen ad acta gelegt, und es fügte sich geradezu ideal, daß man dabei sogar auf mehr oder weniger intellektuelle Zeugen aus Israel und den USA verweisen konnte. Gewiß fühlt sich von dieser Feststellung heute niemand angesprochen, und in einem weiteren halben Jahr wird man vergessen haben, daß es diese Kriegspropaganda überhaupt gab.

Heftig diskutieren die israelischen Autoren die Militärdoktrin ihrer Regierung. Alle Annahmen, auf denen sie beruht, hätten sich als veraltet und falsch erwiesen, behaupten die einen, durch die Scud-Raketen seien die israelischen Schwächen so bloßgelegt worden wie noch nie zuvor. Lapidar hält der Kriegsgeschichtler Prof. Wallach dem entgegen: »(Der Konflikt) hat das bekannte Modell eines Krieges nicht geändert und keinerlei grundlegende Neuerungen in der Lehre von der Kriegskunst des modernen Zeitalters bewirkt.« Als Laie wird man hier kaum mitreden wollen. Zu registrieren ist, daß in Israel eine öffentliche Auseinandersetzung über Abschreckung, Gleichgewicht und Rüstungskontrolle begonnen hat. Wallach meint, die israelische Fähigkeit zu nicht-konventioneller Vergeltung habe Saddam davon abgehalten, seine Raketen mit chemischen Sprengköpfen auf Tel Aviv zu schießen. Pa'il fragt, welchen Eindruck israelische Drohungen auf ein Land machen können, vor dessen Grenzen die gesamte Kriegsmaschine der USA steht, taktische Atomwaffen auf Bombern und U-Booten eingeschlossen.

Israel hätte öffentlich erklären sollen, daß es niemals als erster von Kernwaffen Gebrauch machen werde. »Gesetzt den unvorstellbaren Fall, es würde in Israel jemandem einfallen, diese ultima ratio anzuwenden, würden wir dem Staat, dem zionistischen Aufbauwerk und dem jüdischen Volke einen ewigen und unauslöschlichen Fluch aufladen.« In Israel gebe es wohl kaum einen Politiker, der eine nukleare Antwort auf einen Angriff mit chemischen Kampfstoffen befürwortet hätte, schreibt Yeremiyahu Yovel, Philosophieprofessor aus Jerusalem. »Gesetzt den wenig wahrscheinlichen Fall, Saddam hätte uns wirklich mit chemischen Kampfstoffen angegriffen und uns große Verluste zugefügt, auch dann wäre ein solcher Schritt von unserer Seite heller Wahnsinn gewesen und hätte Israel in der ganzen Welt in Acht und Bann getan.« Die Tatsache, daß solche Gedankenspiele in deutschen Landen angestellt wurden, bedeutet also nicht, daß sie von israelischen Vorbildern angeregt worden wären. Dies geht weniger an die Adresse derer, die das Weghören ebenso beherrschen wie die Textverarbeitung, als an jene, die überall zionistische Komplotte ausgemacht haben.

Übereinstimmend begrüßen es die hier versammelten Autorinnen und Autoren, daß die Regierung Schamir militärische Zurückhaltung übte oder von den USA dazu veranlaßt worden ist. So oder so böten sich Israel gerade dadurch, daß es nicht am Krieg teilnahm, ungeahnte politische Chancen. Weitgehende Übereinstimmung besteht aber auch darin, daß der herrschende Block diese Chancen ungenutzt verstreichen lassen werde. Eine Alternative sei nicht in Sicht: Die Linke sei von den Massen in die Wüste geschickt worden, erschöpft und erledigt.

Falsch!, widerspricht Assa Kascher, Professor der Philosophie an der Universität von Tel Aviv. Er kritisiert den Krieg nicht nur, sondern verurteilt ihn rundum - nicht von einem pazifistischen Standpunkt aus, sondern weil dieser Krieg gewollt und keineswegs unvermeidlich gewesen sei. Kascher ist die Leichenreden auf die tote Linke leid; für ihn lenken sie nur von der Heuchelei der Realpolitiker und vom eindimensionalen Denken der übrig gebliebenen dogmatischen Linken ab. Über seine

Alternative, die er die »moralische Linke« nennt, würde man gern mehr lesen. Von Israel lernen - oder sagen wir mal: aus Israel , das wäre mal was Neues.

*Nathan Schaham/Zvi Raanan (Hg.): Israel und die Welt nach dem Krieg, Verlag am Galgenberg, Hamburg 1991, 28 Mark*

**Detlef zum Winkel ist Co-Autor des Buches »Herr P. und die Bombe«Konkret Literatur Verlag**

Konkret 01/92, S. 31

**Jürgen Elsässer**

# Rache für Nürnberg

**Auf dem Golfkriegs-Tribunal, das Ende November in Stuttgart stattfand, entpuppte sich ein deutscher Friedensheld als postmoderne Mischung aus Goebbels und Ghadafi**

Hätt' ich doch nur auf den Ruf des Proletariats gehört! »Zum Streiklokal der Stuttgarter Brauereien« verhieß das Schild im Gewerkschaftshaus mit Pfeil nach rechts, ich aber stapfte geradeaus zum Golfkriegs-Tribunal. Selber schuld.

Zu trinken gab's da natürlich nichts. Also mußte ich anderswie versuchen, bei Laune zu bleiben. Was gar nicht so schwierig war, denn bei der Eröffnungsveranstaltung wurden lustige Sterndeutereien um die »neue Weltordnung« betrieben. Da war zunächst Alfred Mechtersheimer, der mit vibrierender Stimme von den USA als »der provozierendsten und unerträglichsten Form von Kapitalismus« sprach, wobei er - Marx kann nix dafür - als Maß für die Unerträglichkeit den Drogenkonsum nahm.

Bevor ich das verdaut hatte, widersprach schon ein anderer Referent. Nicht Amerika, sondern der homo sapiens sei die Quelle allen Übels. Nein, konterte ein Dritter, der homo masculinus, die männliche Zerstörungswut, stecke dahinter; das Auditorium klatschte Beifall - ungeachtet der Tatsache, daß das Podium selbst hundertprozentig masculin war. Mechtersheimer war wohl deshalb gegen feministische Kritik immun, weil er die »jungen Mädchen« gelobt hatte, die sich in der deutschen Friedensbewegung besonders artikuliert hätten. Niemand widersprach.

Schon am nächsten Morgen waren homo sapiens und homo masculinus wieder aus dem Rennen, übrig blieb allein das Böse an sich: Amerika. Als massenpsychologischer Erklärungsansatz war die Beichte einer Vertreterin des Mahnwachenrates am US-Eucom recht aufschlußreich. Sie trug - übrigens nicht als Diskussionsrednerin, sondern als »Sachverständige« im Rahmen der Anhörungen - vor, wie der heilige Antiamerikanismus Ende der 60er Jahre über sie gekommen sei: Weil sie und ihr Vater, die sie bis dato das Fallobst auf dem Eucom-Gelände ungehindert hätten einsammeln können, plötzlich von einem militärischen Zaun daran gehindert worden seien. Politischer wurde es mit dem SPD-MdB Hermann Scheer; erklärte, daß auch nach der Wiedervereinigung »die deutsche Souveränität nicht gegeben ist«, Deutschland sei immer noch ein besetztes Land. Mechtersheimer formulierte etwas radikaler: »Die Unfähigkeit zur Wiedervereinigung ist die Kehrseite des Unvermögens, sich aus der Vereinigung mit dem amerikanischen Sieger zu lösen.« Auch die »ökologischen Kriegsverbrechen« der Amis wurden präzisest aufgelistet, und die »Aktion Rettet die Schildkröte e.V.« beklagte am Pressetisch die brennenden Ölquellen: »3.000 deutsche Helfer nicht angefordert. Korallenriff stirbt in rasender Schnelle!«

Irgendwann ist natürlich der Spaß vorbei. Wenn Leute, die ein Flugblatt verteilen, das an die Bedrohung Israels erinnert, deswegen gleich zu »jüdischen Mitbürgern« erklärt werden, und wenn ein Mitveranstalter diesen Menschen mit dem Hausrecht droht, steigt mein Adrenalinspiegel. Und als Israel als »Unrechtsstaat« bezeichnet wurde, der bei seiner Gründung zu 25 Prozent aus »illegalen Asylanten« - gemeint waren die Überlebenden des Holocaust - bestanden habe, und die Ökopaxe diesem Araber Beifall klatschten, nur weil er am Schluß allen Shalom wünschte, mußte ich an die frische Luft. Das Ausnutzen der Anti-Asylanten-Stimmung für das eigene politische Anliegen war übrigens kein Ausrutscher. Dem offiziellen Tagungsprogramm war das Motto vorangestellt: »Krieg erzeugt Flüchtlinge - Flüchtlinge erzeugen Wohlstandsangst - Wohlstandsangst erzeugt Ausländerfeindlichkeit.« Gutachter Schönhuber, der diese Thesen sicher mit Leben gefüllt hätte, darf sich für das nächste Mal schon bereithalten.

Bis jetzt war das wie bei der Sportschau: Ich habe die Highlights herausgesucht, die Eigentore und die Fouls. Insgesamt war alles viel langweiliger: Die »Bundesweite Anhörung zum Golfkrieg«, die Ende November in Stuttgart stattfand, diente zur Vorbereitung eines »War-Crime-Tribunals« im Frühjahr `92 in New York und Washington. Deutsche Veranstalter waren der ökumenische »Hospitalhof«, der ansonsten gehobene Bildungsbedürfnisse befriedigt, das »Friedenskomitee 2.000« um den Nationalisten Mechtersheimer und die Gesellschaft »Kultur des Friedens«, die sich künstlerisch Mikis Theodorakis und politisch Franz Alt verpflichtet fühlt. Am Eröffnungsabend kamen zirka 140, zum Tribunal selber etwa 350 Besucherinnen und -Besucher. Ziel der amerikanischen Initiatoren ist es, Bush, Schwarzkopf & Co. wegen Verbrechen gegen den Frieden und Verbrechen gegen die Menschlichkeit den Prozeß zu machen. Ziel von Mechtersheimer ist es, Rache für »Nürnberg« zu nehmen: Bei den alliierten Prozessen nach dem 2. Weltkrieg sei nämlich »Sieger-Recht« gesprochen worden, das »bei einem anderen Kriegsausgang auch von den besiegten Diktaturen hätte angewandt werden können«. Die vielbeklatschte Schlußfolgerung: »Die Bundesrepublik muß endlich die Kadavermentalität gegenüber der amerikanischen Regierung ablegen«, formulierte wieder Hermann Scheer von der SPD.

Damit ist es aber nicht getan: »Was gebraucht wird, ist eine weltweite Widerstandsallianz der Völker und Regionen, die ihr Recht auf kulturelle und politische Selbstbestimmung erringen und bewahren wollen. Einzelne Länder, selbst wirtschaftliche Großmächte, werden die amerikanische Krankheit nicht heilen können. Nachdem der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus obsolet geworden ist, geht es um die Frage, welcher der kapitalistischen Varianten die

Zukunft gehören wird« (Mechtersheimer). Wetten, daß diese postmoderne Mischung aus Goebbels und Ghadafi, aus deutschen Weltmachtambitionen und chinesischer 3-Welten-Theorie noch viele politische Desperados faszinieren wird?

Dem Großteil der Gutachter können diese Aussagen nicht angelastet werden. Sie spulten ihre Fakten oder ihre Betroffenheit nicht anders ab, als sie es auch unter Regie der seligen DKP getan hätten. Selbst qualifizierte Rüstungskritiker wurden in diesem Ambiente zugesülzt: Etwa Paul Russmann, der als einziger von 20 Referenten über die deutsche Kriegsindustrie sprach, oder der Norweger Johan Galtung, der mit seiner Bemerkung zur »Achse Berlin-Bagdad« aufhorchen ließ. Indes ermöglichte ihm der Programmablauf keine Präzisierung - was spannend hätte werden können, denn er hatte schon ein paar Wochen zuvor vor dem »unvermeidlichen Marsch ins 4.Reich« gewarnt.

Alles wirklich Interessante kam auf diesem Tribunal nicht vor: Völlig ausgeblendet wurde die spezifische Rolle Deutschlands, das nur wegen seiner Erfüllungspolitik gegenüber den USA kritisiert wurde. Wieso war niemand von der Uno eingeladen, um mit neuen Fakten das Schweigen der Presse zur deutschen Mitarbeit im ABC-Waffenprogramm des Irak zu durchbrechen? Wo war der Beitrag aus Israel, der die Unterstützung von Daimler-Benz und MBB bei der Scud-Modernisierung offenlegte? Das Anti-Amerika-Konzept der Veranstaltung schluckte selbst ein Standardthema der Friedensbewegung, die geplante Grundgesetzänderung für out-of-area-Einsätze der Bundeswehr. Mittels eines Alpha-Jet-Geschwaders war hierfür während des Golfkrieges ein Werbespot gedreht worden - die Aufregung darüber ist offensichtlich nicht von langer Dauer gewesen.

Auch wurde die Chance verpaßt, den staatsfrommen Bellizisten etwas anderes entgegenzusetzen als ein naives oder gewolltes Laissez-faire für den irakischen Diktator. Die Aufstände der kurdisch-irakischen Opposition wurden nicht etwa als linke Alternative zum Kriegskurs des Pentagon herausgestellt, sondern in der Anklageschrift des Tribunals als »brudermörderische Gewalt« denunziert, für die ebenfalls Präsident Bush verantwortlich sei. Konsequenterweise waren Vertreter der Peshmerga gar nicht eingeladen worden, stattdessen aber Saddam-Freunde vom Schlage des arabischen Nationalisten Karam Khella. So wächst die »weltweite Widerstandsallianz der Völker«.

*Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 12/91 über die Einstellung der Verfahren gegen die illegalen Rüstungsexporteure*

Konkret 01/92, S. 32

**Wolfgang Pohrt**

# Durchbruch in die gleiche Richtung

**»Im Osten bekommen die Massen des Westens vorgeführt, was ihnen selber blüht. Die Möglichkeit besteht, daß sie dies im richtigen Augenblick noch erkennen. Tatsache ist, daß die Klassenherrschaft noch nie so schwach war, wie im Augenblick ihres jüngsten Triumphes«**

Fünf Jahre lang waren Glasnost und Perestroika der Lockruf, der den Intellektuellen im Osten Macht, den Arrivierten Aufstieg und den Massen Konsum versprach. Verlangt wurde dafür, daß sie sich dem Gesetz der Bandenbildung unterwerfen. Skrupellose Intellektuelle und ehrgeizige Funktionäre rufen seither eine autonome Republik nach der anderen aus, um die Reviere abzustecken. Während der Westen sich noch onkelhaft müht, dem Adoptivkind die Spielregeln der freien Marktwirtschaft einzutrichtern, hat es längst tiefer geblickt, nämlich durch die frommen Sprüche hindurch aufs Prinzip, wonach der moderne Unternehmer handelt. Daß der ökonomische Erfolg für ganze Industriezweige wie für jedes Unternehmen von Rang im Zeitalter der Monopole eine Frage der gekauften oder erpreßten politischen Protektion geworden ist, blieb der neuen Bourgeoisie nicht verborgen. Nach oben gekommen im Privilegiendschungel eines korrumpierten Sozialismus, brauchte sie sich nur von den Hemmungen zu befreien, welche die kommunistische Ideologie ihr auferlegt hatte. Was sie fürs höhere Management qualifiziert, sind der Scharfsinn und der Instinkt der Gosse. Wenn die russischen Patrioten den Antifaschisten Honecker an die Häscher des Staates verschachern, wo drei von fünf Präsidenten Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen gewesen waren und die Mörder von Millionen Russen nie verfolgt wurden, ist das ein Geschäft unter Brüdern. Bushs Wort von der *neuen Weltordnung* ist keine Zukunftsvision, sondern die gesellschaftliche Wirklichkeit nach der faschistischen Konterrevolution im Osten.

»Die neue Ordnung«, schrieb Horkheimer 1941 in *Vernunft und Selbsterhaltung,* »bezeichnet einen Sprung in der Transformation der bürgerlichen in die unvermittelte Herrschaft und setzt doch die bürgerliche fort. ... Die gesellschaftliche Herrschaft geht aus ihrem eigenen ökonomischen Prinzip heraus in die Gangsterherrschaft über.« Statt wie im Märchenbuch auf die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit durch den gerechten Tausch und die eigene Tüchtigkeit allein zu vertrauen, helfen die Neuen mit direkteren Mitteln nach. Sie sichern ihre Herrschaft, indem sie sich als Clique organisieren, die von den Mitgliedern statt Gesetzestreue Gruppenloyalität und Abgaben verlangt, die in keiner Abgabenverordnung aufgeführt werden. Der Rechtsbruch wird zur Voraussetzung für die Mitgliedschaft. Wer an der Spitze steht, steht auch mit einem Bein im Knast, ganz gleich, ob er die Finanzen einer Bundestagspartei, ein Ministerium oder die Exportabteilung eines Chemiekonzerns leitet. Der Praxis im Berufsalltag passen die Manieren und der Umgangston sich an. »Ultimatum aus Bonn: Honecker her, sonst gibt's kein Geld«, titelt *Bild am Sonntag* (24.11.91) im Jargon der Unterwelt und gibt damit die Meinung von CDU- wie SPD-Politikern wieder, die zwischen Diplomatie und erpresserischem Menschenhandel keinen Unterschied machen. Wenn die Tagesschau aus Bonn berichtet, drängt das vage und doch nicht zu verscheuchende Gefühl sich auf, die Visagen auf der Mattscheibe kenne man alle aus irgendwelchen drittklassigen Krimis. In der Physiognomie ihrer Hauptfiguren spiegelt sich die derzeitige Verfassung der Gesellschaft. Freie Marktwirtschaft in der Bundesrepublik ist, wenn der letzte Würstchenbudenbesitzer gut gepflegte Kontakte zur Stadtverwaltung, nach Möglichkeit das richtige Parteibuch und ein paar Spendenquittungen braucht, um auf dem Rummel einen Standplatz zu kriegen.

Später wird auch die Masse der Bevölkerung reorganisiert. Statt sich nur ausbeuten zu lassen, muß sie den neuen Führern obendrein Dankbarkeit, Treue und Aufopferungswillen schenken. Vorher aber verordnen die Privilegierten die Bandendisziplin sich selbst. Zuerst reihen sich die ein, die außer ihrer Parteilichkeit nichts zu verkaufen haben, vor allen anderen legen sich die sogenannten Intellektuellen flach. Von Berufs wegen auf den Betrug dressiert, die Halbbildung mit Autorität heischender Gebärde als Sachkompetenz auszugeben, dient der funktionslos gewordene Teil der alten Bourgeoisie sich den künftigen Machthabern in der Übergangszeit als Zeremonienmeister an. Die Selbstzensur der Presse und der Medien, das tägliche Lügen und Verschweigen hat weniger die Funktion, kriminelle oder skandalöse Interna vor einem kritischen Publikum geheimzuhalten, das schon gar nicht mehr existiert. Ob die Lüge einen politischen Zweck, ob sie überhaupt einen Zweck erfüllt, ist einstweilen nebensächlich, denn zunächst kommt es darauf an, alle zu Komplizen zu machen. Die Clique muß zur verschworenen und verschwiegenen Gemeinschaft verfestigt werden, deren Grundregel nichts ausplaudern und nie die Wahrheit sagen heißt.

Lange bevor die Faschisten die Macht übernehmen, wird das Personal gesiebt. Wer zum Mitmachen und zur Verschwiegenheit erst gezwungen werden muß, hat sich schon als unsicherer Kantonist erwiesen. Es setzt daher die freiwillige Selbstgleichschaltung der öffentlichen Meinung ein, und sie nimmt die Form eines Wettbewerbs an, wo den Siegern die schönsten Preise winken. Besonders tut sich dabei hervor, wer Grund zur Annahme hat, daß er den künftigen Machthabern suspekt sein könnte. Die ehemaligen Linken spüren, daß man von ihnen mehr als von den anderen verlangt. Sie hatten einmal für den Kommunismus geworben, nun müssen sie tätige Reue und Wiedergutmachung leisten. Wenn sie sich bei der Kommunistenhatz von keinem übertreffen lassen, so heißt das nicht, daß sie einfach den Chor um eine paar besonders schrille Stimmen verstärken. Was sie sagen, ist unerheblich, wichtig ist, was sie tun. Dem Publikum sollen sie,

die einmal Kommunisten waren, durch ihr eigenes Verhalten vorführen, daß Kommunisten zu jeder Schäbigkeit bereit sind. Nur sie selber können das, deshalb sind sie für einen Augenblick unersetzlich, danach kann man sie verhaften. Wenn die *taz* antijugoslawische Hetzkommentare aus der Feder des SDS-Alt-Apparatschiks Semler druckt, hat die Linke die ihr vorbehaltene Aufgabe der Selbstdiskreditierung erfüllt.

Das Muster des Vorgangs hat Arthur Koestler, damals Redakteur beim als anti-nationalsozialistisch geltenden Ullstein-Konzern, in einem Rückblick auf das Jahr 1931 beschrieben: »Jede Phase dieses Auflösungsprozesses spiegelte sich in der Meinungsfabrik, in der ich tätig war. Der Ton unserer Zeitungen änderte sich merklich. In der *Vossischen Zeitung* erschien wöchentlich eine Spalte, die Meldungen über deutsche Minderheiten außerhalb der Reichsgrenze brachte. Nicht wenige von uns hörten damals das Wort 'Sudetendeutsche' zum erstenmal. Es klang so hinterwäldlerisch, daß es zu einem ständigen Witz der Feuilletonredakteure wurde, zu sagen: 'Du bist ein typischer Sudetendeutscher'. Doch die neue Spalte war nicht als Witz gedacht. Sie war das Symbol einer unbewußten Neuorientierung vom Kosmopolitismus weg zum Alldeutschtum.... Die Leitartikel wurden gespreizt, patriotisch und provinzlerisch. Es war nicht nötig, die Redakteure und Auslandskorrespondenten zu diesem Kurswechsel aufzufordern. Nachdem der Ton einmal angeschlagen war, paßten sie sich an - instinktiv und automatisch. Hätte man ihnen vorgeworfen, daß sie ihren Standpunkt geändert haben, würden sie es entrüstet und überzeugt verneint haben. ... Ich war eine kurze Zeit lang stellvertretender Chef der *B. Z. am Mittag* und bei einer Konferenz zugegen, in der beschlossen wurde, den Feldzug gegen die Hinrichtung Harmanns abzubrechen. Es ging ganz rasch und reibungslos. Der Verlagsdirektor führte aus, Harmann sei ein unsympathischer Charakter, und wenn wir für seine Begnadigung einträten, so würde das die Öffentlichkeit gegen uns aufbringen - 'was wir uns zur Zeit nicht leisten können'. Da sich die meisten Redakteure bereits damals in ihren Posten nicht mehr sicher fühlten, gab es keinen einzigen Protest. ... So wurde sang- und klanglos in wenigen Minuten eine Kampagne aufgegeben, die wir jahrelang aus tiefster Überzeugung geführt hatten. Es war das nur eine Kapitulation aus einer ganzen Serie, die aber umso auffälliger war, als sie keinen unmittelbaren Bezug auf politische Fragen hatte. Wir kapitulierten einfach vor der rapid wachsenden Brutalisierung der Masse.«1

Wie die Lügen der Presse dient die Brutalisierung der Masse in der Anfangsphase vornehmlich dem volkspädagogischen Zweck, die neuen Verhaltensregeln zu üben. Die beinahe täglichen Berichte und Reiseberichte im Fernsehen und in der Presse über Sudeten-, Wolga- und etc.-Deutsche sollen vorläufig nur demonstrieren, daß man sich auf jeden verlassen können wird. Auch in Hoyerswerda und anderswo ging es noch gar nicht darum, wirklich massenhaft die Ausländer zu vertreiben. Vor dem großen Coup, der später kommt, müssen alle schon soviel auf dem Kerbholz haben, daß nachher, im Ernstfall, keiner petzt oder abspringt. Die Mordanschläge rechtsradikaler Banden auf Asylbewerber und andere Ausländer waren ein Eignungstest. Geprüft wurde, ob allen klar ist, daß sie stillhalten müssen. Der Test wurde, wie der Pariser *Libération* auffiel, erfolgreich bestanden. Unter dem Titel »Neo-Nazis rütteln das vereinte Deutschland nicht auf« schrieb das Blatt über die Resonanz, welche der Aufruf gefunden hatte, am 9. November gegen die gewalttätige Verfolgung von Ausländern zu demonstrieren: »Dieses Wochenende mit dem doppelten Jahrestag war eine Art Test für die deutsche öffentliche Meinung. Gleichgültigkeit oder Apathie? Eine dermaßen kümmerliche Mobilisierung beweist nur wieder, daß es den Deutschen schwer fällt, ihre Solidarität mit Ausländern und Asylsuchenden zu bezeugen.«

In Ländern mit demokratischer Tradition und entwickeltem Kapitalismus ist die Transformation der bürgerlichen in die unvermittelte Herrschaft oft ein mühsamer Prozeß, weil gegen die Brutalisierung der Masse, die sukzessive Ausschaltung der freien Konkurrenz, die Lähmung der öffentlichen Kontrollorgane und die kriminellen Touren des Führungspersonals sich hinhaltender, manchmal sogar erfolgreicher Widerstand bildet. Hier bildet er sich nicht. Für die neue Bourgeoisie im Osten hieß dies, daß sie sich die Deutschen zum Vorbild nehmen mußte, um in einem Sprung auf die Höhe der Zeit zu kommen. Schon die Methode des Machterwerbs, nämlich der Funktionärsputsch gegen die kommunistische Parteibasis, wies sie als gelehrigen Schüler aus. Die Folge davon war, daß jedes ihrer neu-erdings auf Demokratie und freie Marktwirtschaft eingeschworenen Mitglieder sich im Hinblick auf die eigene politische Vergangenheit als Verräter betrachten muß. Im Unterschied zur alten Bourgeoisie, die eine Weile vom moralischen Heroismus ihrer frühen Tage zehren konnte, kam die neue im Osten gleich als fertige Bande von Überläufern auf die Welt. War die bürgerliche Revolution einmal die Eroberung der politischen Macht durch die ökonomisch schon führende Klasse gewesen, so sind die friedlichen Revolutionen im Osten heute das Betrugsmanöver einer parasitären Kaste, die auch zum Islam oder zum Hinduismus konvertieren würde, wenn sie sich davon Macht und Privilegien verspräche. Darin ähnelt die neue Bourgeoisie im Osten der deutschen, die sich mit gleicher Begeisterung dem Führer wie der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verschrieb. Die vermeintliche Rückständigkeit ihres Regimes ist leider keine, sondern sie nimmt das ein weiteres Mal sich abzeichnende Ende der bürgerlichen Epoche und den Übergang vom Kapitalismus zur Barbarei vorweg.

Das Ende der bürgerlichen Gesellschaft kündigt sich an, wenn die Bürger an keine Nachwelt mehr glauben und stellvertretend für diese Nachwelt ihre eigene Zeitgeschichte aus der kosmischen Perspektive eines späteren, auf die Jahrhunderte zurückschauenden Erzählers betrachten. Was Victor Klemperer in seinem Buch LTI (Lingua Tertii Imperii = Die Sprache des Dritten Reiches) über die Sprache des zwölfjährigen Reiches schrieb, das sich in Vorahnung seines nahen Endes beschwörend ein tausendjähriges nannte, liest sich wie ein Bericht über den Verlautbarungsjournalismus und die

politische Rhetorik im Fusionsjahr 1990: »Er (der Nationalsozialismus) nimmt sich so wichtig, er ist von der Dauer seiner Institutionen so überzeugt, oder er will so sehr davon überzeugen, daß jede Bagatelle, die ihn angeht, daß alles, was er anrührt, historische Bedeutung hat. Historisch ist ihm jede Rede, die der Führer hält, und wenn er hundertmal dasselbe sagt, historisch ist jede Zusammenkunft des Führers mit dem Duce, auch wenn sich gar nichts an den bestehenden Verhältnissen ändert; historisch ist der Sieg eines deutschen Rennwagens, historisch ist die Einweihung einer Autostraße, und jede einzelne Straße und jede einzelne Strecke jeder einzelnen Straße wird eingeweiht; historisch ist jedes Erntedankfest, historisch jeder Parteitag, historisch jeder Feiertag jeglicher Art; und da das Dritte Reich nur Feiertage kennt - man könnte sagen, es habe am Alltagsmangel gekrankt, tödlich gekrankt, ganz wie der Körper tödlich krank sein kann an Salzmangel , so hält es eben alle seine Tage für historisch.«

Damals schon fiel dem Beobachter ein Wörtchen auf, welches seit 1982 wieder in der Bundesrepublik herumgeistert, zunächst den politischen Umschwung nach dem Machtantritt der Regierung Kohl meinte, dann den Zusammenbruch der DDR bezeichnete und heute endsiegesgewiß den wirtschaftlichen Aufschwung im Osten verheißt: »Und im April 1945, als für den Blindesten alles zu Ende war, ... da fand sich unter diesen kriegsmüden und Enttäuschten und Verbitterten doch immer noch der eine und der andere, der mit starren Augen und gläubigen Lippen versicherte, am 20. April, am Geburtstag des Führers, werde ‘die Wende’, werde die siegreiche deutsche Offensive kommen.« (Klemperer, LTI)

Die Barbarei, die nah ist, wenn von der Wende gesprochen wird, tritt ein, wenn die Wirtschaft zusammenbricht. Bislang war die Krise das die Produktivkräfte revolutionierende Moment im Prozeß der Kapitalakkumulation. Aus der periodisch wiederkehrenden und zeitlich befristeten Kapitalvernichtung mit Massenarbeitslosigkeit und Massenelend wird nun die dauerhafte Zerschlagung des gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsapparats. Die Menschen, in der kapitalistischen Produktion ohnehin ein zu minimierender Kostenfaktor, verwandeln sich dann in unnütze Esser und Gefolgschaft, nur für Massenaufmärsche und im Krieg lassen sie sich noch verwenden. Tendenziell gleichen alle schon den Wirtschaftsasylanten, wie man heute die Verelendeten nennt, die weltweit vor dem Hunger aus den immer größer werdenden Armutsgebieten auf die schrumpfenden Wohlstandsinseln flüchten; nur der Zufall unterscheidet die Bessergestellten vom Menschenmüll, der sich von Washington bis Moskau vor Suppenküchen und Wärmestuben drängelt. Die Implosion des Produktions- und Verteilungsapparats erscheint denen, die sie nicht wahrhaben wollen, als Bevölkerungsexplosion, und sie können sich auf Tatsachen berufen. Denn Tatsache ist, daß eine in ihrer politischen und ökonomischen Entwicklung um hundert Jahre zurückgeworfene Welt die zahlreicher gewordenen Menschen nicht ernähren könnte, die heute auf ihr leben. Wäre die Niederlage der Oktoberrevolution, die endgültig zu nennen hoffentlich voreilig war, nur moralischer Natur, so ließe sich die philosophische Enttäuschung verschmerzen. Es steht im Osten aber nicht bloß der Glaube an die richtige Sache auf dem Spiel, sondern das Leben von Millionen Menschen.

Wenn der Kapitalismus ein innerhalb seiner Entwicklungsmöglichkeiten nur durch Krieg zu lösendes Bevölkerungsproblem produziert und die Menschen die Ursache des Problems nicht erkennen wollen, verhält sich erfahrungsgemäß die Weltbevölkerung instinktiv wie eine niedere Tierart. Als hätten alle den Ruf vernommen, daß gestorben werden muß; als gelte es, eine naturgesetzlich vorgeschriebene Selbstdezimierung im Interesse der Arterhaltung zu vollstrecken, wie sie bei Bienenvölkern wohl üblich ist, werden in den großen Nationen wie bei den entlegensten Bergstämmen plötzlich völkische Gefühle wach. Leute, die am dringendsten einen warmen Wintermantel und eine zusätzliche Mahlzeit bräuchten; arme Schlucker, die ihren Namen nicht schreiben können, hören den Demagogen zu, die meist Schriftsteller oder andere verkrachte Intellektuelle sind, ehrgeiziges Gesindel, das zu Ruhm oder an die Macht kommen will und deshalb von der Nation, ihrer Kultur, Tradition, Würde etc. faselt. Statt die Halunken auszulachen oder zu verhauen, erklären die Massen sich demonstrativ bereit, zu morden und sich selber ermorden zu lassen im Kampf für die gleiche Gemeinschaft, die sie Zeit ihres Lebens ausgestoßen hat.

Zwischen der Bereitschaft zur Tat und der Tat selber aber besteht ein Unterschied. Zwar werden die Voraussetzungen für das große Abschlachten vom gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß gleichsam automatisch produziert. Doch wenn die Zeit reif ist, muß einer die Initiative ergreifen, das Gemetzel beginnt nicht von allein. Halbwissend durchschauen die Massen den Schwindel auch, dem sie aufgesessen sind, sie zögern und sträuben sich dagegen, mit dem Wahn ernst zu machen, dem sie verfielen. Oft sind die Menschen humaner und klüger als das, was sie in solchen Zeiten stolz ihre nationale Identität oder ihre Kultur nennen. Wilde Feuergefechte fanden im Frühjahr 1991 zwischen einander in Sichtweite gegenüberstehenden kroatischen und serbischen Milizen statt, doch weder Tote noch Verwundete waren zu beklagen, denn beide Parteien schossen wutentbrannt und zugleich hilflos verzweifelt in die Luft. Ihre Hemmungen verloren sie erst, als man der einen Partei für den Fall, daß sie auf den Mann zielen würde, das Himmelreich versprach: völkerrechtliche Anerkennung, militärischen Beistand, Wirtschaftshilfe in Hülle und Fülle, EG-Mitgliedschaft, Milliardenkredite.

Wenn einer drängen, locken und den Anfang machen muß, damit die Geschichte ihren logischen Gang weitergehe und die Krise ihre naturgemäße Lösung finde, dann scheint es so zu sein, daß die Welt sich wieder auf eine erprobte Kraft besinnt, die zweimal schon jeweils mittels eines Weltkriegs das Endstadium des Kapitalismus in ein Anfangsstadium zurückverwandeln half. Als habe die Vorsehung den Politikern aller wichtigen Länder ins Ohr geflüstert, daß wieder mal eine Fristverlängerung erforderlich und deshalb die Zeit gekommen sei, wo Deutschland gebraucht werden würde, wurde

der böse Kadaver mit ihrer Hilfe reanimiert. Wie zur Bestätigung, daß es in diesem Sinne richtig gewesen war, die Wessis mit den Ossis zu vermählen und das monströse Paar *Partner in Leadership* zu titulieren, lief die erste außenpolitische Initiative der in die volle Souveränität entlassenen Nation dann auch darauf hinaus, an eine der letzten außenpolitischen Initiativen ihrer Vorgängerin anzuknüpfen. Überall, nur nicht hierzulande, weckte die diesjährige deutsche Balkanoffensive die Erinnerung an jenen anderen Feldzug, der das gleiche Land zum Ziel gehabt und obendrein vor genau einem halben Jahrhundert stattgefunden hatte. Wurden vor der Wiedervereinigung die runden Jahreszahlen noch zum Anlaß genommen, sich selber in der Rolle des schuldbeladenen reuigen Sünders zu beweinen, so hat man im neuen Deutschland ein anderes Verhältnis zur Vergangenheit gewonnen. An die Stelle bekümmerter Mahn- und Gedenkveranstaltungsrituale tritt der unbekümmerte Wiederholungsversuch2, und er wird vom Ausland geduldet.

Gewiß stößt die Absicht der Deutschen, die Bevölkerung Jugoslawiens in den Bandenkrieg zu hetzen, auf Widerstand, weil der Wunsch, auf dem Balkan die Funktion einer Schutz- und Ordnungsmacht zu übernehmen, sich als Wille zur Vorherrschaft in Europa entpuppt. Als die Bundesregierung Mitte November ein weiteres Mal das kroatische Regime in seiner selbstmörderischen Kriegsführung durch das falsche Versprechen bestärkte, seine Anerkennung stünde nun unmittelbar bevor, argwöhnte sogar die pro-kroatische *Neue Zürcher Zeitung:* »Umso seltsamer berührt es, daß die Bonner Politik ausgerechnet in diesem Zeitpunkt wieder den Drang verspürt, mit einer Initiative zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, bevor der Konflikt um die serbische Minderheit gelöst ist, voranzugehen.... Aber was soll das, wenn ausgerechnet dasjenige Land, das sicher keine Blauhelme zur Trennung der Kämpfenden entsenden wird, sich für die Anerkennung stark macht?« Auch wurde im Ausland der Erfolg des Hitler-Bewunderers Haider registriert. Es wurde vermerkt, daß Deutschland und Österreich einander auf vielfältige Weise nahe rücken. Beide sind faktisch gegen Serbien, ihren gemeinsamen Feind aus zwei Weltkriegen, verbündet, und während erstmals seit 1945 in Deutschland SA-ähnliche Schlägerbanden systematisch Ausländer verfolgen, wird gleichzeitig in Österreich eine faschistische Partei die zweitstärkste politische Kraft. Und über die Rolle der Bundesregierung beim Außenministertreffen in Rom schließlich, wo Sanktionengegen Jugoslawien beschlossen wurden, wußte der *Spiegel* vom 11. November zu berichten: »Die Deutschen versuchten, ihre zerstrittenen EG-Partner mit einem Kraftakt gegen Serbien in Stellung zu bringen. ... Getragen vom seltenen Konsens im Bonner Parlament, drohten Kanzler Helmut Kohl und sein Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher mit einer ‘schweren Krise’ in der Gemeinschaft, sollten sich die EG-Partner weiterhin umfassenden Sanktionen gegen Serbien widersetzen und den ‘kooperationsbereiten Republiken’ (Genscher) Kroatien und Slowenien völkerrechtliche Anerkennung verweigern.... Schon vor der Krisensitzung in Rom prophezeite ein Bonner Diplomat: ‘Wir stehen einer gegen elf.’«.

Einer gegen elf stehen zu können aber heißt, eine Position zu vertreten, mit der viele insgeheim liebäugeln. Weil der Sieg des Westens einer der Verwüstung und des Elends ist, weil er eine objektiv revolutionäre Situation produziert, halten ihn zu Recht alle für gefährdet. Das Ende der vom Kapital diktierten Produktion und der Übergang zu einer anderen, in welcher die Menschen statt des ausführenden Organs das Subjekt wären, erweist sich seit dem Zusammenbruch des Ostblocks mehr denn je als eine Frage der nackten Existenz für die überwältigende Mehrheit der Menschen. Im Moment seiner größten Schwäche wird deshalb Kuba zur ernstesten Gefahr für die USA, wie Europa sich mit der Existenz eines kommunistischen Albaniens trotz dessen Winzigkeit und Bedeutungslosigkeit nicht abfinden wollte. Wenn die Sieger ihres Sieges nicht froh werden können, darf keine Erinnerung an den Feind übrig bleiben. Der Kampf geht dann in den Ausrottungsfeldzug und später in die Spurenbeseitigung über, die beginnt, wenn der Gegner noch im letzten Schlupfwinkel aufgespürt und geschlagen wurde. Nicht nur die Denkmäler und die Städtenamen müssen verschwinden, sondern überhaupt stellen einmal kommunistisch gewesene Länder als Erinnerung an eine andere Zeit eine permanente Bedrohung dar. Weil der Kommunismus, statt endgültig überwunden worden zu sein, vielmehr objektiv auf der Tagesordnung steht und nicht er, sondern die sogenannte Marktwirtschaft am Ende ist, besteht das Risiko, daß die dem Kommunismus schon einmal verfallenen Länder rückfällig werden. Es genügt nicht, daß sie sich zum Kapitalismus bekennen, zumal dies Bekenntnis nur ein leeres Wort bleiben und keiner den Halunken, die es im Munde führen, über den Weg trauen kann. Die Länder müssen sich auflösen, untergehen, von der Landkarte verschwinden.

Wie man dem nachhilft, wenn es nicht freiwillig geschieht, und wie man am Ende dann doch das genaue Gegenteil des Bezweckten erreicht, hat Deutschland vor 50 Jahren gezeigt, als es Jugoslawien mittels einer Doppelstrategie verwüstete. Sie bestand darin, zunächst den Staat militärisch zu zerschlagen und anschließend das wehrlose Land als Revier einer Clique zu überlassen, die eine überdrehte Version, fast eine Karikatur der in Deutschland herrschenden Mörderbande war. Während heute die diplomatische Unterstützung für kroatische Staatsgründungsversuche in Jugoslawien de facto zwar Anstiftung zum Massenmord ist, aber nicht unmittelbare Beteiligung an den sich mit logischer Konsequenz aus der eingeschlagenen Politik ergebenden Verbrechen, griffen damals die Nazis direkt in das Geschehen ein3, indem sie einen Haufen Krimineller als Staatsführung installierten.

Die Sache begann damit, daß es in Jugoslawien sonderbarerweise viele Leute gab, die zäh an der bürgerlichen Vorstellung hingen, daß der Tausch keine Abhängigkeit begründet, weil darin jeder schon bekommt, was ihm zusteht. Sie sahen deshalb nicht ein, daß intensive Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich mit politischer Fügsamkeit zu bezahlen wären. Weil

nach bürgerlichem Recht auch das Schuldverhältnis den Gläubiger nur zu sachlichen, nicht zu persönlichen Ansprüchen berechtigt - ich kann meinen Schuldner zur Hergabe des ausstehenden Betrages zwingen, aber nicht dazu, daß er mir schmeichelt oder meine Schuhe putzt , waren sie ferner nicht bereit, sich als Gegenleistung für erhaltene Wirtschaftshilfe zu Komplizen und Befehlsempfängern der Nazis degradieren zu lassen. Nicht jeder, der nimmt, ist käuflich.

Der Monopolkapitalismus aber setzt die Käuflichkeit der Menschen und der Nationen voraus. Sind nach traditioneller bürgerlicher Vorstellung mit der Übergabe der Ware und des Geldes die Verpflichtungen für beide Parteien erfüllt und die wechselseitigen Ansprüche erloschen, so begründet der Tausch unter dem Monopol ein Treueverhältnis. Der Verkäufer seiner Arbeitskraft oder seiner Produkte hat es als Gnade zu betrachten, wenn er überhaupt arbeiten oder liefern darf. Für die ihm gewährte Gunst muß er sich erkenntlich zeigen, Wohlverhalten, Dankbarkeit und Komplizenschaft werden von ihm als Gratiszugabe verlangt. Mit seinen Leistungen und seinen Produkten allein, so wird ihm bedeutet, kann er verhungern und verschimmeln, wenn er nicht das Wohlwollen der Machthaber besitzt. Mußte der alte Bürger als seines eigenen Glückes Schmied nur tüchtig und fleißig sein, um sich auf dem Markt gegen die anonyme Konkurrenz zu behaupten, so muß der neue vor allem den Agenten des Abnahmemonopols seine persönliche Treue beweisen. Die bürgerliche Gesellschaft, die ihrem Begriff nach die Versammlung von freien Individuen war, die nur den Gesetzen des Markts gehorchen müssen, bildet sich zurück in ein Geflecht von Unter- und Überordnung und persönlicher Abhängigkeit.

Für die Beziehungen zwischen den Nationen heißt dies, daß Handelspolitik unmittelbar mit Machtpolitik identisch wird. Zu den ersten, die von der neuen Möglichkeit Gebrauch machten, gehörten die Deutschen. Während England, Frankreich und die USA noch nach alter Tradition Kapital nach Jugoslawien exportierten, setzte das Reich schon auf die modernere Strategie. Im März 1933 hat der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Bülow, sie in einer Denkschrift erläutert: »Unsere Politik gegenüber der Kleinen Entente (Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien) wird sich zum Ziel setzen müssen, ihre Bindung an Frankreich möglichst zu lockern und insbesondere auch die Tschechoslowakei von einer allzu engen Anlehnung an Polen abzuhalten. Das beste Mittel hierfür ist zweifellos eine Wirtschaftspolitik, die den deutschen Absatzmarkt für die Produkte dieser Länder öffnet. Vor allem Rumänien und Jugoslawien könnten bei ihrer heutigen katastrophalen Wirtschaftslage auf diesem Wege in der Richtung ihrer Außenpolitik maßgebend beeinflußt werden.« Acht Jahre später, im Januar 1941, fand die *Forschungsstelle für Wehrwirtschaft beim Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan* einerseits zwar Grund zum Jammern: »Wir haben die Erzeugnisse dieser Gebiete, die damals am Weltmarkt fast unverkäuflich waren, zu höheren als Weltmarktpreisen importiert, haben unsere Ausfuhr durch ZAV (Zusatzausfuhrverfahren, eine Art Exportsubventionierung wie heute im Osthandel) verbilligt und uns eine Abwertung der Mark gefallen lassen. Die Südoststaaten haben also von uns erheblich mehr Arbeitsstunden als Gegenwert für ihre Leistungen erhalten können.« Andererseits wurde triumphierend festgestellt, dafür habe Deutschland eine »marktbeherrschende Stellung im Südosten« gewonnen, und natürlich war damit gemeint, daß man die Länder dort am kurzen Zügel habe. (Zitate nach Sundhaussen, Wirtschaftsgeschichte) .

Tatsächlich sah es dann so aus, als ob die gewährten Vergünstigungen sich rentieren würden, allerdings nicht lange. Am 25. März 1941 hatten die Bemühungen des Dritten Reiches, das ökonomisch von Deutschland abhängige Jugoslawien zum Anschluß an den Dreimächtepakt (Deutschland, Italien, Japan) zu drängen, mit der Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens zunächst zwar Erfolg. Zwei Tage später aber wurde die nachgiebige jugoslawische Regierung gestürzt, durch einen unblutigen Putsch serbischer Offiziere zwar, doch mit großer Unterstützung der Bevölkerung, wie eine Schilderung des Putschtages zeigt: »In den frühen Morgenstunden füllte sich die Innenstadt Belgrads mit einer unüberschaubaren Menschenmenge. Aus den Fenstern und von den Balkonen wurden Fahnen herausgehängt. Die Menge rief 'Lieber Krieg als den Pakt' und 'Lieber das Grab als die Sklaverei'.« Der Berichterstatter fährt fort: »Kaum einer von den begeisterten und stolzen Menschen ahnte, wie schnell sich die Losungen erfüllen sollten. Während die Belgrader noch im Gefühl der wiedererlangten Ehre und Freiheit auf den Straßen tanzten, beschloß Hitler, Jugoslawien militärisch zu vernichten« (Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens). Den gleichen Gedanken – daß die Serben zu bestrafen waren – notierte Ernst von Weizsäcker, der Vater des heutigen Bundespräsidenten, damals Staatssekretär im Auswärtigen Amt: »Unser Versuch, Jugoslawien unter Druck in die Achsenfront zu drängen, war vielleicht etwas zu sehr unter Zeitmangel ausgeführt.... Wie dem auch sei, nun hat Serbien umgeschmissen.... Belgrad wird demnächst noch die Rechnung zahlen und als Stadt sehr viel auszustehen haben. Wir lassen uns auf die dämmernde Vernunft nicht mehr ein, weil das Heft nicht mehr in der Hand der Vernünftigen ist. Das Fatum schreitet weiter« (ebd.). Das tat es, am 6. April wurde Belgrad ohne Kriegserklärung und Vorwarnung in mehreren Wellen von der deutschen Luftwaffe bombardiert, gleichzeitig stießen Panzerverbände über die Grenze vor. Der militärische Teil der Operation war in 11 Tagen erledigt und endete am 17. April mit der bedingungslosen Kapitulation der regulären jugoslawischen Armee.

Noch während die Wehrmachtsverbände auf Belgrad vorrückten, wurde am 10. April in Zagreb der *Unabhängige Staat Kroatien* proklamiert, der ein Ebenbild des deutschen werden sollte. Die weitere Entwicklung bewies, daß die Deutschen am gefährlichsten sind, wenn sie statt vernichten aufbauen wollen. Ihre Truppen waren schlimm, aber erst ihr Herrschaftsmodell war tödlich. Sie exportierten es in ein rückständiges, bettelarmes Land, das zu den am dichtesten besiedelten Gebieten Europas gehörte, wenn man die Einwohnerzahl nicht auf die Gesamtfläche, sondern auf die

landwirtschaftlich nutzbare Fläche bezieht. Das wenige Ackerland mußte fast alle ernähren, denn rund 80 Prozent der Erwerbspersonen waren in der Landwirtschaft tätig, fürs Jahr 1941 wurde die Analphabetenquote auf 40 Prozent geschätzt. Wenn Kroatien heute entwickelter ist, so hat es dies der kommunistischen Mißwirtschaft zu verdanken. Wenn das alte kroatische Kulturvolk heute lesen und schreiben kann, so hat es dies in Jugoslawien gelernt.

Als Führer der Staatsattrappe, die das Produkt eines Unternehmens war, das schon bei den Nazis *Neuordnung Europas* hieß, wurde der Mussolini-Günstling Dr. Ante Pavelic aus dem italienischen Exil herbeigeholt. In Frankreich wurde der »Advokat ohne Klienten und Politiker ohne Anhänger«, wie er in seiner Heimat hieß, per Haftbefehl wegen Beteiligung am Mordanschlag auf den jugoslawischen König in Marseille 1934 gesucht. Der promovierte Jurist, 1898 als Sohn eines Eisenbahnarbeiters in der Herzegowina geboren, war der Chef einer kleinen, rund 400 Mann umfassenden klerikalfaschistischen Terrorgruppe, die sich Ustaysa (Aufständische) nannte und gelegentlich mit der ebenfalls berüchtigten mazedonischen IMRO zusammenarbeitete.

Im Unterschied zum Faschismus westlicher Prägung, der - beispielsweise in Italien und Spanien - ein etatistischer war, gehörte der Ustaysa-Faschismus wie der Nationalsozialismus zur besonders widerlichen völkischen, ostischen Sorte. Am besten gedeiht diese dort, wo die Nation kein Faktum ist und man folglich bei der Stammeszugehörigkeit landet, wenn man sich seiner nationalen Identität zu vergewissern sucht. Während die etatistische Variante die Bevölkerung als gegeben voraussetzt, sich hauptsächlich um die Realisierung bestimmter korporativer oder imperialer Staatsvorstellungen kümmert und deshalb auf den Antisemitismus wie überhaupt auf den Rassismus weitgehend verzichten kann, impliziert die völkische stets eine Vertreibungs- und Ausrottungsstrategie. Beim kroatischen Faschismus kam hinzu, daß er sich mit einer Art katholischer Kreuzzugsideologie verband. Anklang fand die radikale Version der Mischung aus Blut & Boden plus Kirchenkampf beim katholischen Klerus einerseits, andererseits unter den ehrgeizigen Aufstiegswilligen ohne Aufstiegschancen in den Gymnasien und an der Universität - vom künftigen völkischen Staat versprach sich das akademische Proletariat seiner Ausbildung entsprechende Posten. Angesichts der dünnen sozialen Basis blieb der kroatische Faschismus eine Angelegenheit politisch bedeutungsloser Splittergruppen, die im Ausland arbeiteten und dort am erfolgreichsten Anhänger unter Emigranten warben. Wenn man das Wort volksfremd verwenden will, so traf es am besten auf die Völkischen selber zu.

Trotz der weltanschaulichen Verwandtschaft war deshalb Pavelic, der übrigens nach dem Krieg in Argentinien untertauchte und 1955 im Madrider Deutschen Hospital starb, selbst für die Nazis nur dritte Wahl. Unter besser beleumdeten und einflußreicheren kroatischen Nationalisten hatten sie vergeblich nach einer kollaborationswilligen Figur gesucht. Der Bericht, den der Bevollmächtigte des deutschen Außenministers Ribbentrop, SS-Standartenführer Edmund von Veesenmayer, seiner Dienststelle nach einem Treffen mit Pavelic gab, verdeutlicht die Qualität des Mannes an der Spitze, der sich Poglavnik (Führer) nannte: »Pavelic sei der Garant dafür, ‘daß der Führer mit ihm keine Enttäuschung erleben’ werde. Der zukünftige kroatische ‘Staatschef’ versicherte seinerseits, daß er ‘überhaupt keine Außenpolitik zu führen’ beabsichtige; ‘das mache Adolf Hitler, und er (Pavelic) wolle nur sein Volk hochführen und den Beweis erbringen, daß Kroaten keine Slawen sind, sondern blut- und artmäßig sich letzlich zum Germanentum bekennen’. Er wisse, so fügte Pavelic hinzu, daß die ‘Freiheit Kroatiens ausschließlich der Kraft des Führers’ zu verdanken sei.« (Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens).

Eine Figur wie Pavelic an die Spitze des Staates zu stellen wiederum hieß, das Land an eine Bande vom Mördern und Plünderern auszuliefern, die es nur zerstören konnten. Das für den Faschismus charakteristische Bündnis zwischen Mob und Elite konkretisierte sich in Kroatien zu einer staatstragenden kriminellen Vereinigung, in welcher buchstäblich eine Horde von Sadisten, Psychopathen und Killern unter dem Kommando eines promovierten Juristen stand. Hauptmann Haeffner, ein Volksdeutscher aus Zagreb, berichtete Mitte 1941 seinem General, in der Ustaysa sammele sich »das ärgste Gesindel der Straße«: »Jeder Lausejunge, aber auch jedes kriminell evidentierte Individuum kann in diesem Staat Ustascha werden und als solcher soviel Waffen besitzen, als ihm nur beliebt.« Anfang 1942 war einem *Bericht an das OKW Abteilung Ausland über die Lage in Kroatien* zu entnehmen, daß sich »alle Volksteile mit verschwindenden Ausnahmen in der entschiedenen Ablehnung der Ustascha als der staatstragenden Einheitspartei« einig seien, denn: »Repräsentanten der Bewegung machen sich durch Überheblichkeit, Willkür, Raffsucht, Korruption stets aufs Neue unbeliebt. Zudem hören auch Untaten, Raub und Mord nicht auf. Kein Woche vergeht, in der nicht eine ‘Säuberungsaktion’ durchgeführt wird, bei der ganze Dörfer samt Frauen und Kindern dran glauben müssen, ein Vielfaches der erbeuteten Gewehre als blutige ‘Feindverluste’ gemeldet wird und die siegreichen Ustaschakompanien mit Beute beladen heimkehren.« (Zitate nach Fricke, Kroatien 1941-1945).

Von Beginn an zeichnete die deutsche Schöpfung *Unabhängiger Staat Kroatien* sich durch Massaker an der Zivilbevölkerung in einem Umfang aus, wie er selbst die Wehrmacht und die SS verblüffte, die in Kroatien keine uneingeschränkte Exekutivgewalt besaßen. Im gemischt besiedelten Gebiet einen völkisch homogenen Nationalstaat errichten zu wollen nämlich hieß, die halbe Bevölkerung ausrotten oder vertreiben zu müssen. Die Faustregel für die Behandlung der Serben war, daß ein Drittel umgebracht, ein weiteres Drittel vertrieben und das letzte Drittel schließlich

kroatisiert, d.h. zwangskatholisiert werden sollte. Das erste Konzentrationslager wurde einen Monat nach der Machtübernahme eingerichtet, zahlreiche Vernichtungslager, darunter das von Jasenovac, sollten folgen.

Soweit der Vertreibung und Ermordung nicht Juden4 oder Zigeuner, son- dern Serben zum Opfer fielen, rief der Eifer des Pavelic-Regimes bei seinen Schutzherren Verärgerung hervor. Nicht, daß die Deutschen in Jugoslawien zimperlich geworden wären, schließlich erging am 16. September 1941 der berüchtigte OKW-Befehl, wonach für jeden im Partisanenkampf umgekommenen deutschen Soldaten 50 bis 100 Zivilpersonen hinzurichten seien. Rund 80.000 Menschen wurden nach vorsichtigen Schätzungen auf Grund dieses Befehls von Wehrmachtskommandos ermordet. Das ungezügelte Wüten ihres Ziehkinds wurde den Deutschen vielmehr lästig, weil die Serben nicht nur in Kroatien, sondern auch in anderen Teilen Jugoslawiens darauf mit einem erbitterten Partisanenkrieg gegen die Wehrmacht reagierten. Obendrein verlor die Ustaysa den Rückhalt in der kroatischen Bevölkerung, welche die Staatsgründung bejubelt hatte, angesichts des Vernichtungsterrors gegen die Serben aber später massenhaft zum Widerstand gegen Ustaysa und Wehrmacht überlief - der Anteil der Kroaten an den Partisanenverbänden5 war höher, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach. So entstand in Kroatien die absurde Situation, daß ausgerechnet SS- und Wehrmachtsoffiziere sich in der Rolle wiederfanden, an der Zivilbevölkerung begangene Greueltaten beklagen zu müssen:

»Der Chef des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber Serbien, SS-Gruppenführer Harald Turner, teilte in einem Bericht vom 3. September 1941 an den deutschen Wehrmachtsbefehlshaber Südost mit, daß bis dahin aus Kroatien 104.000 Serben in das deutsche Besatzungsgebiet abgeschoben worden seien: ‘Diese Menschen, die in ungezählten Fällen selbst Zeuge der bestialischen Hinmordung ihrer Angehörigen waren, hatten nichts mehr zu verlieren, konnten, da die Abschiebung auch ohne jede Anmeldung erfolgte, nicht aufgefangen oder untergebracht werden und gesellten sich darum zu den Kommunisten in die Wälder und Gebirge... Nach hier vorliegenden Meldungen sind allein in Kroatien rd. 200.000 Serben ermordet worden. Diese Ermordungen sind hier allgemein bekannt und werden mit Rücksicht darauf, daß die in Kroatien liegende Truppe diese Greueltaten nicht verhinderte, letztlich den Deutschen zur Last gelegt.’ ... In einer Denkschrift vom 27. Februar 1943 verlangte der Wehrmachtsbefehlshaber Südost, Generaloberst Löhr, die sofortige Ernennung eines Reichssonderbeauftragten zur Ausübung der vollziehenden Gewalt im USK. Er begründete seine Forderung u.a. mit der Tötung von 400.000 Serben durch die Ustaysa und dem dadurch hervorgerufenen Aufstand und dem völligen Prestigeverlust der Pavelic-Regierung. In einem zum gleichen Zeitpunkt abgefaßten Schreiben Glaise-Horstenaus (er bekleidete den Posten eines ‘Deutschen Bevollmächtigen Generals in Zagreb’) an Generalleutnant Warlimont im OKW heißt es: ‘In der Tat ist die von Haus aus äußerst schwach fundierte Ustaysabewegung mit ihrer wahnsinnigen Ausrottungspolitik und ihren Greueltaten zum Symbol der mißglückten Staatsschöpfung geworden. War es an sich keine leichte Sache gewesen, einem Staate, der kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat ist, schematisch die Form des ‘Führerstaates’ zu geben, so hat inzwischen die staatstragende Totalitätspartei bei allen Völkern und Bekenntnissen jeden Boden verloren ....’ Hitler lehnte dennoch alle Forderungen auf eine Amtsenthebung Pavelics ab. Er sehe keinen Grund, dem ihm ergebenen ‘Poglavnik’ in den Arm zu fallen. Man möge die Kroaten ‘sich austoben lassen’.« (Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens).

Am Ende hatten sogar die SS und die Wehrmacht kapiert, daß den kroatischen Nationalstaat, gar den völkischen oder rassereinen, errichten zu wollen praktisch hieß, Jugoslawien in einem solchen Maße zu verwüsten, daß es nicht mal als Ausbeutungsobjekt mehr zu gebrauchen war und schon gar nicht die ihm zugedachte kriegswirtschaftliche Rolle als südöstlicher Ergänzungsraum spielen konnte. Sie begriffen nur nicht, daß die Katastrophe das logische Resultat deutscher Großraumpolitik gewesen war, deren Wesen nicht Aufbau ist, sondern Zerstörung. Zu Recht kommt Holm Sundhaussen in seiner *Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im nationalsozialistischen Großraum 1941 - 1945* zwar zu dem Schluß: »Aber trotz der Kollaborationsbereitschaft der Machthaber in Zagreb entwickelte sich der neue ‘Staat’ schon bald zu einem reinen Zuschußgebiet für das Reich. Die deutschen Erwartungen zerschlugen sich letztlich am geringen Entwicklungs- und Organisationsniveau der kroatischen Volkswirtschaft. Und an den politischen Fehlern Hitlers: Denn daß die geweckten Widerstandsbewegungen sowohl den politischen wie den wirtschaftlichen Zusammenbruch des kroatischen ‘Staates’ beschleunigten, steht außer Zweifel.« Doch er übersieht, daß es dasSystem von Hitlers Politik ist, was er für dessen politische Fehler hält. Es war nicht so, daß Hitler Fehler machte. Der Fehler war er.

Wenn heute die Motive für den verbissenen Eifer rätselhaft bleiben, den Deutschland bei seinen Attacken auf Jugoslawien entwickelt, so deshalb, weil die Politik das Ereignis antizipiert, das sie erklären würde. Als hätte der bevorstehende Kollaps der Weltwirtschaft schon stattgefunden, stellt man sich hier auf Verhältnisse ein, unter denen die herkömmliche ökonomische Vernunft keine Basis in der Realität mehr besitzen würde. Denn ist der Kapitalismus einmal zusammengebrochen, so gewinnt die Regression eine gewisse Plausibilität, statt in Wertverhältnissen wieder in Naturalien zu denken. Nicht mehr die Höhe des Bruttosozialprodukts, die Außenhandelsbilanz und die Stabilität der Währung zählen dann. Denkt man sich den internationalen Warentausch weg, so kommt es allein auf die direkte, nicht ökonomisch vermittelte Verfügungsgewalt über Nahrungsmittel, Ackerland, Bodenschätze, Arbeitskraft und andere Ressourcen an. Die neueste Ökonomie ähnelt der ganz alten, wo man sich statt aufs Sparbuch lieber aufs Eingemachte im Keller verließ. An

die Stelle der wirtschaftlichen Konkurrenz zwischen den Nationen tritt wie zuvor im Zeitalter der Dynastien wieder der Kampf um Gebiete. Der bankrotte Osten und Südosten, den keiner geschenkt haben möchte, der in den noch gültigen ökonomischen Kategorien denkt, verwandelt sich dann in den Lebensraum, von dem die Nazis schwärmten. Wo heute die nackte Not regiert, entstehen vor dem inneren Auge auf der Landkarte schon Kornkammern und Erdöllager. Die Welt erscheint als Anhäufung von Beutegut, und sie wird mit den Augen des Plünderers betrachtet. Vergessen wird dabei freilich, daß der existierende Reichtum unter dem Kapital nur ein flüchtiges, ein verschwindendes Moment seiner Bewegung ist. Es lohnt kaum, sich in den Besitz irgendwelcher Produkte zu bringen, wenn man nicht auch produzieren kann, wozu wiederum die Einrichtung des entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisses erforderlich wäre. Wie die Geschichte Kroatiens, aber auch Deutschlands zeigt, ist es diese Aufgabe, woran die Faschisten scheitern. Sie können die Welt vernichten, eine dauerhafte Herrschaft auf ihr errichten können sie nicht. Das ist ein schwacher Trost, aber einen besseren gibt es nicht.

Was Deutschland dazu befähigt, in solchen Zusammenbruchszeiten eine Vorreiterrolle zu spielen, ist die Bereitschaft, sich leichter als andere Nationen von den zivilisatorischen Errungenschaften des bürgerlichen Zeitalters zu trennen. Man darf vermuten, daß die Weltwirtschaftskrise von 1929, welche zeigte, daß der Fortschritt unter dem Kapital nicht nur seinen Preis hatte, sondern obendrein ein geschichtlich befristeter war, hier als Katastrophe und zugleich als eine Art Erlösung erlebt worden ist. Die Großraumkonzepte aus dieser Zeit bekunden vor allem den Willen zum Bruch mit dem Weltmarkt, der schließlich einmal tendenziell alle lokalen Beschränkungen aufgelöst und die Menschen aus der unbedingten Abhängigkeit von den vorgefundenen natürlichen Lebensbedingungen befreit hatte. Nur auf dem Weltmarkt konnte sich die freie Konkurrenz universell entfalten, jene Kraft, die im Sinne eines unbegrenzten Fortschritts der Produktivkräfte als automatisches Regulativ der Produktion wirken und Warentausch in stets wachsendem Umfang herbeiführen sollte. Zum Welthandel gehören der weltweite Reiseverkehr, der freie Informationsaustausch und die Mobilität der Ware Arbeitskraft, in der Terminologie des Faschismus auch Völkervermischung, Entwurzelung oder Überfremdung genannt. Der Weltmarkt stellt den Inbegriff dessen dar, wogegen die Ressentiments in Deutschland nie wirklich verschwunden sind.

Keineswegs aus Gründen wirtschaftlicher Vernunft, sondern weil es die Erfüllung einer alten Sehnsucht verhieß, ließ die deutsche Außenpolitik sich seit 1929 vom Gedanken leiten, daß das Reich autark werden müsse. Autarkie im strengen Sinn aber hätte einen gewaltigen Verzicht auf wirtschaftliche Leistungskraft bedeutet. Um ohne solche Einbußen Autarkie zu erreichen, mußte Deutschland sehr viel größer werden, was sich wiederum mit der Vorstellung vom Nationalstaat, gar vom völkisch reinen, nicht vertrug. Die Lösung des Problems versprach man sich von einer Neuaufteilung der Welt, zunächst von einer nationenübergreifenden *Neuordnung Europas.* Das Neue an der Neuordnung sollten deren Elemente sein, *Großräume* oder *Lebensräume,* worunter nach außen abgeschlossene Wirtschaftszonen unter Führung einer Hegemonialmacht verstanden wurden, deren Führungsrolle als durch ihre bloße Stärke – man sprach auch von *natürlicher Leistungskraft* – schon sittlich gerecht fertigt galt. Neben der Großmacht, d.h. dem Deutschen Reich, wo das Herrenvolk residierte, kamen in diesen Märchen die Hilfsvölker vor, die in der damaligen Terminologie *wirtschaftliche Ergänzungsräume* bewohnten, und eines davon sollten auch die Jugoslawen werden.

Ein halbes Jahr bevor die Wehrmacht Jugoslawien überfiel, erklärte bei einer Zusammenkunft des *mitteleuropäischen Wirtschaftstages* im September 1940 Max llgner, damals Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG: »Deutschland und die Länder des Südostens bilden zusammen einen Lebensraum.« Gemeint war damit, daß deutscher *Lebensraum* keineswegs nur Gebiete umfassen solle, in denen »Deutschland siedeln oder leben will«, sondern zusätzlich solche, »mit denen Deutschland zusammenleben und Wirtschaft treiben will« (Sundhaussen, Wirtschaftsgeschichte). Wie rege darüber diskutiert wurde, zeigt die Auswahl einiger damals erschienener und heute durchaus modern klingender Buchtitel: *Die Länder des Südostens und die europäische Wirtschaftsgemeinschaft* (1944); *Die wirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas für das Deutsche Reich* (1939); *Deutschland und der Südosten im Rahmen der zukünftigen europäischen Wirtschaft* (1941); *Großdeutschland-Südosteuropa. Entwicklung und Zukunftsmöglichkeiten der Wirtschaftsbeziehungen* (1939); *Der Südosten, Großdeutschland und das neue Europa* (1941). Europa hieß also schon damals das Zauberwort, wie auch Victor Klemperer notierte: »Sooft der Name Europa während der letzten Jahre in der Presse oder in Reden auftaucht – und je schlechter es um Deutschland steht, um so öfter und um so beschwörender geschieht das – , immer ist dies sein alleiniger Inhalt: Deutschland, die *Ordnungsmacht* verteidigt die *Festung Europa.* In Salzburg zeigte man eine Ausstellung: *Deutsche Künstler und die SS.* Eine Schlagzeile des Berichts hierüber lautet: 'Vom Stoßtrupp der Bewegung zur Kampftruppe für Europa'.« (LTI)

Innerhalb der Großräume war zwar Arbeitsteilung vorgesehen, aber keine Konkurrenz, weshalb der substitutive Warentausch behindert und der komplementäre gefördert werden sollte. Komplementärer Warentausch auf Clearing-Basis bedeutet, daß jedes Land nur Produkte importiert, die es selber nicht herstellen kann. Mit der Konkurrenz freilich entfällt auch der Markt, d.h. der unparteiische Schiedsrichter oder die nach rein objektiven Kriterien urteilende Instanz, welche die Produktion – Volumen, Standorte, Verfahren, etc. – reguliert, und eben diese vakant gewordene Position wird von der Hegemonialmacht selber besetzt, die den anderen Nationen, die als Hilfsvölker, und den anderen Ländern, die als wirtschaftliche Ergänzungsräume gelten, Vorgaben macht hinsichtlich Art und Umfang dessen, was sie liefern müssen und

dafür bekommen. Daß der Tausch unter Verhältnissen fortexistiert, wo seine Voraussetzungen fehlen, unterscheidet die faschistische Großraumwirtschaft vom Prinzip der kommunistischen Planwirtschaft und ähnelt ihrer schlechten Praxis. Ohne Markt, auf dem sich freie und voneinander unabhängige Subjekte – in diesem Fall autonome Völkerrechtssubjekte – begegnen, kann der Wert der Waren nicht ermittelt werden. Die Festsetzung des Preises oder der Austauschrelation wird zu einem Willkürakt. Tausch aber, der nicht auf freier Entscheidung unabhängiger Subjekte beruht, sondern durch einen Willkürakt zustande kommt – also wenn ich jemanden zwinge, mir seinen Besitz für ein Butterbrot abzutreten, wie es die Nazis bei der Arisierung sogenannten jüdischen Eigentums taten – , ist die legalisierte Form des Raubes. Sein Wesen ist, daß ich zwar zwischen mir und dir, aber nicht zwischen mein und dein unterscheiden will. Die Einteilung der Welt in Nationen, deren Abschaffung überfällig ist, wird im nationalsozialistischen Großraum nicht aufgehoben, aufgehoben wird nur die Verfügungsgewalt der Nationen über ihr Eigentum.

Gleichwohl sollte nach Meinung seiner Propagandisten das Großraumkonzept nicht nur das leistungsfähigere, sondern auch das moralisch überlegene sein, weil es – durch Ausschaltung der Konkurrenz – zur *echten Solidarität* zwischen den tauschenden Volkswirtschaften führen würde. Auf dieser Entwicklungsstufe wäre die Phase der *Scheinsolidarität* überwunden, worunter man die durch den Welthandel vermittelte Arbeitsteilung zwischen den Nationen verstand, und ebenfalls überwunden wäre die nachfolgende Phase der Desintegration, in welche die Weltwirtschaft durch die globale Krise von 1929 geraten war. Die Vorstellung vom wirtschaftlichen Großraum damals dürfte der heutigen vom Biotop verwandt gewesen sein, in welcher der Naturprozeß des Fressens und Gefressenwerdens und die uneingeschränkte Macht des Stärkeren sich zur harmonischen, symbiotischen, konfliktfreien, kooperativen, mit einem Wort: organischen Ordnung der Dinge verklärt, weshalb es auch üblich war, statt vom *Großraum* von der *Lebensraumgemeinschaft* zu sprechen. Kohls pampige Intervention zugunsten der Erhaltung des Regenwalds bei seinem Staatsbesuch in Brasilien und die Jugoslawienpolitik der Bundesregierung sind vom gleichen Schlag.

Nimmt man den Hecht im Karpfenteich, und betrachtet man die Existenz dieses Tiers unter ökologischen Gesichtspunkten, so ist es schwer zu sagen, wo seine Interessensphäre eigentlich endet, weil schließlich in der Natur im Prinzip alles mit allem irgendwie zusammenhängt und der Raubfisch angewiesen ist nicht nur auf sein eigenes Revier, sondern auch auf die Reviere seiner Beutetiere. Manche dieser Beutetiere werden vielleicht Algen fressen, während andere nach Mücken schnappen, so daß dem Hecht die Kontrolle nicht nur über den Gewässerschutz, sondern auch über das Festland und den Luftraum zugesprochen werden und er sogar gegen die Rodung der tropischen Regenwälder Einwände geltend machen könnte.

Analog dazu fiel es den Deutschen nicht leicht, ihrem Streben nach Kontrolle über den Rest der Welt überhaupt noch irgendwelche Grenzen zu setzen, wie zwei Papiere der *Reichsstelle für Raumordnung* - so hieß sie wirklich - vom April 1941 zeigen. Das Gebiet zwischen Donau und Adria sei, so meinte das eine, schon immer eine »Haupt- und Kernfrage« großdeutscher Politik gewesen, »und dies nicht aus Herrscherlaune, sondern aus raumpolitischen Gründen«: »In unserer Zeit erleben wir sowohl das Schlagwort *Wien-Saloniki*, das zur Bezeichnung der österreichischen Politik der letzten 20 Jahre vor dem Weltkrieg von 1914 aufkam, wie das andere Zielwort *Berlin-Bagdad,* mit dem man die deutsche Politik charakterisierte, und wir erlebten dann im Weltkrieg den militärischen Durchbruch der Mittelmächte durch das Donau-Adria- und Balkangebiet nach Vorderasien mit dem schweren Fehler des Liegenlassens von Saloniki in feindlichen Händen, und wir erleben jetzt wiederum den notwendig gewordenen Durchbruch der deutschen Armeen und der deutschen Politik in die gleiche Richtung. Muß man nicht aus all diesen alten und neuen Vorgängen mit Notwendigkeit schließen, daß die Ordnung der Verkehrsräume zwischen Donau, Adria, Ägäis und schwarzem Meer ein einfach unabweisbares Gebot jeder großdeutschen, den inneren Donauraum und damit auch seine äußeren Verkehrsbedürfnisse umfassenden Politik ist?«

Das zweite Papier teilte den Balkan in zwei Zonen auf: »Die eine zielt über das Mittelmeer nach Nordafrika, Ägypten und der syrischen Küste zu, die andere über das Marmara-Meer und über das Schwarzmeer nach Vorderasien, Südrußland, den Kaukasus und über Batum, Erzurum nach Transkaukasien und Iran.« Geschlußfolgert wurde daraus, daß Südosteuropa und das Schwarze Meer »also nicht nur die Funktion der ergänzenden Wirtschaft des Großdeutschen Raumes« hätten, sie seien »vielmehr zum Ausgleichs- und Übergangsraum« nach Nordafrika, Vorder- und Mittelasien geworden: »Hierin liegt die gewaltige und nicht zu übersehende Bedeutung des Donauraumes und der Länder an der unteren Donau, die sie für sich haben und ihnen im Zusammenhang und in ihrer Funktion als Ergänzung des mitteleuropäischen Raumes zukommt.«

Wie alle geographischen Grenzen des Großraums in der zitierten Betrachtung zerfließen, so entweicht daraus jede Zweckbestimmung. Klar wird nur, daß die Planer, wenn es um Raum geht, am liebsten alles wollen, auch Mittelasien ist mit Blick auf Fernost wiederum Übergangsraum, usw. Völlig unklar bleibt, wie in dem immer weiter ausufernden Riesenreich gelebt und produziert werden soll, wie die Deutschen es verwalten und kontrollieren wollen. Schon als die Deutschen Jugoslawien erobert hatten, wußten sie damit so wenig anzufangen, wie der Westen heute ratlos vor dem Chaos steht, das er im Osten anzurichten half: »Die staatlichen Planungsarbeiten zur systematischen und längerfristigen Gestaltung Südosteuropas in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft befanden sich im Frühjahr 1941 auf einem toten Punkt. Von der Planungseuphorie, die nach dem Waffenstillstand mit Frankreich im Sommer 1940 eingesetzt hatte,

war ein dreiviertel Jahr später nur noch wenig zu spüren. Ausschlaggebend für den Stillstand war neben der unkalkulierbaren Dauer des Krieges Hitlers beharrliches Schweigen zu konkreten Fragen der Großraumplanung - angefangen von der territorialen Abgrenzung der Einflußsphären bis zu Grundsatzentscheidungen über entwicklungs- und regionalpolitische Fragen im Großraum.« (Sundhaussen, Wirtschaftsgeschichte). Der Grund für Hitlers Schweigen wiederum war, daß konkrete und zugleich realisierbare Pläne für die Großraumwirtschaft damals ebensowenig existierten, wie heute kein Mensch weiß, wie das Wunder geschehen soll, daß der Staat Befehle erteilt und sich per Befehl dann im Zeitalter der Monopole die freie Marktwirtschaft entwickelt. In der Propaganda der Nazis gegen das raffende (jüdische) und für das schaffende (deutsche) Kapital drückt sich die projektiv gewendete Ahnung aus, daß sie selber ordinäre Banditen waren, die morden, brandschatzen und plündern können, aber unfähig sind, die Produktion und überhaupt ein geregeltes Leben zu organisieren.

Die Größe und die Vielfalt ihrer umspannenden Aufgabe, die sie dann noch von Rackets unterscheidet«,schrieb Horkheimer 1941 über die zur Gangsterbande transformierte Bürgerklasse, »schlägt einerseits in die Qualität weitausgreifender Planung, andererseits in den Anschlag auf die Menschheit um.« Ihn zu vereiteln sind heute die objektiven Bedingungen günstiger denn je, weil anders als damals eben nicht die Wehrmacht in ganz Europa steht. Der Sozialismus in Jugoslawien, der damals mit anderthalb Millionen Toten zu bezahlen war, ist heute billiger zu haben, und er könnte, weil der Preis ein geringerer ist, ein besserer Sozialismus sein. Die Präventivstrategie der Deutschen, schon vor der großen Krise Maßnahmen wie in der Zeit danach zu ergreifen, könnte sich als abschreckendes Lehrbeispiel erweisen. Im Osten bekommen die Massen des Westens vorgeführt, was ihnen selber blüht. Die Möglichkeit besteht, daß sie dies im richtigen Augenblick noch erkennen. Während der Sozialismus von 1917 scheitern mußte, weil der »Sozialismus in einem Land« nicht gelingen kann, hätte er dann als weltweiter und auch die entwickelten Länder umfassender die Chance, die in ihn gesetzten Hoffnungen einzulösen. Viele Möglichkeiten sind das nur, aber noch nie war die Revolution etwas anderes. Sie geschieht, wenn die Menschen die sich ihnen bietende Gelegenheit ergreifen, andernfalls geschieht sie nicht. Feststehende Tatsache ist nur, daß die Klassenherrschaft noch nie so schwach war, wie sie dies heute ist, im Augenblick ihres jüngsten Triumphes.

**Anmerkungen**

1) Arthur Koestler, Frühe Empörung, Gesammelte autobiographische Schriften Band I, Wien - München - Zürich 1970, S. 236 ff.

2) Wie sich die Zeiten geändert haben, wird deutlich, wenn man zitiert, was 1964 in Deutschland noch die über Jugoslawien herrschende linksliberale Lehrmeinung war: »Als wichtigstes Ergebnis bleibt festzuhalten: die Ustascha, die als radikale Protestbewegung gegen die mangelhafte und ungerechte Verwirklichung des nationalen Selbstbestimmungsrechts in Jugoslawien entstanden und von den faschistischen Führungsmächten in die Macht eingesetzt worden war, führt nicht über die jugoslawische Lösung hinaus, sondern weit hinter sie zurück. Daß das aufgeteilte Staatsgebiet des ehemaligen Königreiches der Südslawen während des zweiten Weltkriegs in längst überwunden geglaubte, mit tödlichem Fanatismus geführte regionale Volks- und Religionskriege zurückfiel, war nicht zum geringsten von der Ustascha verursacht. Im Blick auf diese chaotische Re-Balkanisierung ist aber auch - ohne Beschönigung kommunistischer Gewaltsamkeit - die Bedeutung der Partisanenbewegung Titos zu messen. Sie konnte nicht nur die entschiedenste antifaschistische Aktivität für sich beanspruchen. Gegenüber der zerstörerischen Rivalität eines provinziellen, völkisch-religiösen Nationalismus vermochte die kommunistische Volksbefreiungsfront Titos auch den Kredit zu gewinnen, daß sie die überzeugende überregional-jugoslawische Bewegung sei, die aus dem Chaos der Balkanisierung herausführen könne.« (Hory/Broszat, Der kroatische Ustascha-Staat, S. 178 f.)

3) Auch damals wurde allerdings eine andere Variante erwogen: Unruhen in Kroatien, inszeniert als Vorwand für den nachfolgenden Einmarsch deutscher Truppen »zum Schutze der kroatischen Bevölkerung«. Nach der Proklamation »eines freien unabhängigen kroatischen Staates« sollte eine förmliche »Aufrufung um Schutz und Hilfe« an das Deutsche Reich gerichtet werden. Per Funktelegramm wies Außenminister Ribbentrop am 31. März den deutschen Botschafter in Zagreb an, die Kroaten wissen zu lassen, »daß wir im Rahmen der Neuordnung Europas ein selbständiges Kroatien vorsehen würden, wenn der jugoslawische Staat an seinen Fehlern zugrunde geht.« (Zitiert nach Hory/Broszat, S. 45 ff.)

4) Bei der Verfolgung von Juden brach das von seinem Schutzherrn angefeuerte Pavelic-Regime alle Geschwindigkeitsrekorde. 10. April 1941: Unabhängiger Staat Kroatien wird proklamiert; 15. April: Pavelic trifft in Zagreb ein; 18. April: Erstes Arisierungsgesetz; 4. Juni: Gesetz »zum Schutz der nationalen und arischen Kultur des kroatischen Volkes« verbietet Juden Tätigkeit bei Presse, Rundfunk, Theater, Film, Musik, Sport; ebenfalls 4. Juni: Verordnung zur Kennzeichnung der Juden und jüdischer Geschäfte mit dem Davidstern; 5. Juni: Entfernung der Juden aus der Beamtenschaft und den akademischen Berufen, Anmeldepflicht für alles Juden gehörende Vermögen; September/Oktober:

Entschädigungslose Enteignung jüdischen Vermögens; die Juden werden in Zwangsarbeitskommandos oder in Lager gebracht, viele werden dort von den Ustaysa-Wachmannschaften bereits ermordet. Wer im Frühjahr 1943 noch lebte, wurde nach Auschwitz deportiert.

5) Über die Ursache ihrer militärischen Erfolge liest man im Lagebericht des Befehlshabers der deutsche Truppen in Kroatien vom 22.12.1942: »Die politischen Parolen (der Tito-Führung) erstreben bei klugem Verzicht auf das Herausstellen weltrevolutionärer Pläne die Zusammenfassung aller Bürger des Landes gegen Tschetniks, Ustaschen und Okkupatoren. Die humane Behandlung kroatischer Landwehrmänner hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Ganz allgemein herrscht das Bemühen vor, die Aufstandsbewegung durch Disziplinierung und fürsorgliche Verwaltungsmaßnahmen für die Machtübernahme gesellschaftsfähig zu machen.« (Zitiert nach Hory/Broszat, S. 140 f.).

Im Maße, wie die Partisanen Zulauf von Kroaten bekamen, richtete der deutsche Terror sich auch gegen die kroatische Zivilbevölkerung. Im April 1944 wurden in Dalmatien von der volksdeutschen SS-Division Prinz Eugen über 400 kroatische Männer und Frauen umgebracht. Am Ende hatten die Deutschen es mit allen Parteien gründlich verdorben.

**Literatur:**

Muriel Heppel, F.B. Singleton, Yougoslavia, London 1961;

Gerd Fricke, Kroatien 1941 - 1945. Der »Unabhängige Staat« in der Sicht des Deutschen Bevollmächtigten Generals in Agram, Glaise v. Horstenau, Freiburg 1972;

Ralph Giordano, Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte. Die Pläne der Nazis nach dem Endsieg, Hamburg 1989;

Ladislaus Hory, Martin Broszat, Der kroatische Ustascha-Staat 1941 - 1945, Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1964;

Holm Sundhaussen, Die Geschichte Jugoslawiens 1918 - 1980, Stuttgart 1982;

Holm Sundhaussen, Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im nationalsozialistischen Großraum 1941 - 1945. Das Scheitern einer Ausbeutungsstrategie, Stuttgart 1983

Konkret 01/92, S. 42

**Wolfgang Pohrt**

# Tödliche Liebschaft

**Johann Georg Reißmüllers unglückliche Liebe zu den Serben. Ein Nachtrag zu □ Entscheidung in Jugoslawien□ (KONKRET 9/91)**

»Das Zimmer«, fiel dem »Spiegel«-Reporter auf, »ist mit Ausländern tapeziert. Mit Rockstars auf Bravo-Postern - sie hat eine Schwäche für mediterrane Typen.« Für schwarzhaarige, sehnige, schmalhüftige, dünnbäuchige Herzensbrecher etwa, wie das Foto zeigt. In herausfordernd lässiger Pose hängt einer an der Wand und läßt seinen nackten Oberkörper bewundern. Von der Tür lächelt in Überlebensgröße das rätselhaft androgyne Puppengesicht Michael Jacksons auf das Bett herab, wo Dana schläft, wenn sie die Träume eines jungen Mädchens träumt. Dana ist 16 und aus Hoyerswerda. Als der Mob grölte und die Steine flogen, grölte sie weit genug vorne mit, um ins Fernsehen zu kommen. Die Flucht der verängstigten Schwarzen kommentierte sie, wie der Reporter berichtet, mit den Worten: »Geschieht denen ganz recht. Die haben Frauen vergewaltigt.«

Einfühlsam schrieb der »Stern«, was Karsten Pahlmann, einer der Frontkämpfer von Hoyerswerda, an den Schwarzen so aufreizend fand: »Statt sich wie Geduldete unscheinbar und respektvoll zu verhalten, hätten die nur immer dagestanden mit ihrer unverschämten Lässigkeit. Selbst nach der Arbeit im Energiekombinat ‘Schwarze Pumpe’, wenn sie genauso kaputt waren wie die weißen Kollegen, standen Fausto und Augustino nur da und lachten. Raimundo und Onofre lehnten am Treppengeländer oder an den Müllcontainern. Und wenn sie gingen, ließen sie ihre Lenden rollen und grinsten dabei mit ihren makellos weißen Zähnen. Die Mädchen von der Wladimir-Komarow-Oberschule haben sich klassenweise auf die verordnete Völkerfreundschaft berufen und mit den Mozambikanern auf den MZ-Mopeds geschmust. Und viele Ehemänner hörten ringsum beim Abendbrot, daß die Schwarzen höflicher seien.«

Eine Sekretärin über die Veränderungen im Hoyerswerda nach dem Mauerfall: »Und nachts diese Angst, von denen ins Gebüsch gezerrt zu werden, nichts war mehr wie früher«. Vorbei die Zeit, wo man sich als Hahn im Korb und des Objekts seiner Begierde sicher fühlen konnte. Es war einmal, daß die kasernierten Ausländer sich an die Dorfschönen halten mußten, wenn sie nicht sexuell verhungern wollten. Jetzt können sie reisen und haben freie Partnerwahl, aus der Dorfschönen wird, wenn sie sich nicht anstrengt, das verlassene Mädchen vom Lande. Was es in der Realität vermißt, gönnt es sich in der Phantasie. Mit der Schmuserei ist es Essig, aber nachts im Gebüsch, da könnte es sein, daß die unerhörtesten Dinge passieren. Seit die Grenzen offen sind, ist die Zone für jeden dort lebenden Ausländer nur zweite Wahl, eine Übergangslösung, um in den Westen zu kommen. Die Ossis wissen das, es geht ihnen selber so. Auf den Liebesentzug reagieren sie mit Totschlagsversuchen.

Auch die Biographie des »FAZ«-Herausgebers Johann Georg Reißmüller ist nicht von jenem Herzeleid frei, das unglücklicher Zuneigung entspringt. Heute gibt er in seinem Blatt durch die Blume zu verstehen, daß er für so ein kleines bißchen Serbenverfolgung durchaus Verständnis hätte: »Den Serben in Kroatien hatte niemand etwas getan. Ein großer Teil von ihnen aber hat sich, gedeckt von der serbischen ‘Volksarmee`, grausam am kroatischen Volk vergangen. Wenn in den von beiden Völkern bewohnten Gebieten Kroatiens eines Grund hätte, weiteres Zusammenleben abzulehnen, dann sind es die Kroaten. Da Kroatien demokratisch und zivilisiert ist, gibt es immerhin eine Aussicht, daß dort die serbische Volksgruppe, vom Staat geschützt, und die kroatische Mehrheit wenn nicht zu einem Miteinander, dann zu einem Nebeneinander finden werden.« (»FAZ«, 25.11.1991)

So kroatisch sind die Kroaten nicht. Daß der offene Faschismus droht, gab sogar Tudjman zu. Unter Verweis auf Putschpläne der HOS-Partei, die in ihren paramilitärischen Verbänden angeblich 10.000 Mann unter Waffen hat, ließ er seinen noch weiter rechts stehenden Rivalen Paraga verhaften. Im »Delo«, der führenden Tageszeitung Sloweniens, wurde eine Doppelseite lang, auch unter Verweis auf die Pressezensur, vor der Entwicklung Kroatiens zum totalitären Staat gewarnt. Die Zivilbevölkerung zur Zielscheibe für das Granatfeuer gegnerischer Verbände dergestalt zu machen, daß die eigenen Truppen sich inmitten von Wohnquartieren verschanzen, stieß nicht nur im Ausland auf Befremden. In Kroatien wurde gefragt, ob die Regierung Vukovar deshalb nicht zu offenen Stadt erklärte, weil sie zu Propagandazwecken viele Leichen herzeigen wollte. Sogar das bundesdeutsche Fernsehen rückt allmählich von seiner Methode ab, jeden verstümmelten Toten im Bild als kroatisches Opfer serbischer Greueltaten auszugeben.

Reißmüllers Serbenhaß bleibt unverständlich, wenn man nicht seine alten Liebeserklärungen kennt. Im Jahr 1971 schrieb er: »Es steht auch unter den Serben selbst außer Streit, daß sie auffallend obrigkeitsunwillig sind, zu Ablehnung jeder Autorität und der von ihr vorgeschriebenen Ordnung neigen... Kein Beruf ist in Serbien undankbarer als der des Polizisten. Sich an ihm zu reiben, gilt als ehrenhaft. Er hat immer Unrecht... Mehr als alle übrigen in Jugoslawien wird die serbische Parteiorganisation von Ausbrüchen lokaler Renitenz heimgesucht... Ihre Obrigkeits-Unlust und ihr Individualismus bewahren die Serben davor, staatliche Gewalt, hoheitliche Normen, Staatsfunktionäre mit kritiklosem Gehorsam zu bedenken... Man billigt hier einem anderen eher als in Mitteleuropa eine von der Norm abweichende Lebensführung zu,

fremdartige Ansichten und Gewohnheiten, sogar exzentrisches Benehmen. Feindseligkeit gegen jeden, allein weil er anders ist, findet man selten. Religiöser Haß hatte in Serbien nie einen guten Nährboden. Man haßte die Türken als Unterdrücker, nicht ihre Religion. Es illustriert am deutlichsten die Toleranz der Serben, daß sie nie einen nennenswerten Antisemitismus hatten... Man ist nicht prüde, und zu tun, wozu man Lust hat, gilt nicht als Missetat. Die jungen Serben, Burschen und Mädchen, brauchten nicht die westliche Sexwelle, die sie nun freilich auch erreicht hat, um leicht zueinanderzufinden. Ein Mann und eine Frau, die unverheiratet zusammenleben, können zumeist der Toleranz ihrer Umgebung wie auch der Obrigkeit gewiß sein... Solche Liberalität und Libertinage mögen manchem zu weit gehen. Aber es läßt sich nicht bestreiten, daß sie Ventile bedeuten, deren positive Wirkung sich in der Kriminalstatistik zeigt. Es gibt in Jugoslawien weniger Vergewaltigungen als in anderen Ländern, und Kinder sind viel sicherer vor sexuellen Aggressionen Erwachsener. Dabei mag die hochentwickelte Kinderliebe mitspielen, die freilich oft in Vergötterung umschlägt... Ihr bäurischer Stolz, ihre hochfahrende Ungebärdigkeit macht es den Serben schwer, anderen in dienender Funktion zu begegnen. Selten findet man in Serbien gute Verkäufer und Kellner.« (Johann Georg Reißmüller: Jugoslawien, Vielvölkerstaat zwischen Ost und West. Düsseldorf - Köln 1971, S. 21 ff.)

Ob die Serben so sind, wie Reißmüller sie porträtiert, was man sich fast nicht vorstellen kann; ob man überhaupt sagen kann, wie die Serben sind, ist hier vollkommen unerheblich. Allein Reißmüllers Meinung über sie zählt. Zu erkennen ist daraus, daß er mit ans Psychopathische grenzendem Haß verfolgt, was er insgeheim bewundert. Reißmüller mag die Serben, wie er sie sieht, aber er kann nicht sein wie sie, genauer: Er kann es sich als Deutscher nicht leisten, so wie sie zu sein, obwohl ihn dies ungeheuer reizen würde. Man findet diese Charakterstruktur oft bei Landsleuten, die als sogenannte Volksdeutsche im Ausland aufgewachsen sind oder lange im Ausland lebten. Sie haben gewissermaßen von der verbotenen Frucht gekostet, und sie müssen den Geschmack, auf den sie gekommen sind, mit aller Macht niederkämpfen. Reißmüller erfüllt beide Bedingungen. Seinem Selbstporträt ist zu entnehmen, daß er in Böhmen geboren wurde, in Vorpommern aufwuchs und als Korrespondent einige Jahre in Belgrad lebte.

Seit er wieder in Deutschland ist, macht er eine sonderbare Metamorphose durch. Er schreibt und denkt wie Pavelic, der größte Serbenschlächter, schrieb und dachte. Pavelic im Jahr 1936 in einer Denkschrift an das deutsche Auswärtige Amt (Hory/Broszat in: Der kroatische Ustascha-Staat 1941-1945, S. 28 f): »Unter Hinweis auf die traditionelle Deutschfreundlichkeit der Kroaten betont Pavelic in seiner Schrift, daß die Kroaten auch gegenwärtig ‘die ersten’ wären, die ‘mit dem Deutschtum gegen die ungerechten Friedensdiktate marschieren’ würden. Denn der ‘wahre Grund’ dafür, daß die Alliierten 1918/1919 den Kroaten die Selbständigkeit vorenthalten hätten, liege darin, daß sie Deutschland nur mit feindlichen Staaten hätten umgeben wollen. Die kroatische Frage bilde somit einen Teil des allgemeinen ‘Revisionsproblems’ und verdiene im Deutschen Reich ‘erhöhte Aufmerksamkeit’.«

Reißmüller in der »FAZ« (vom 16.11.91): »In Frankreich und Großbritannien hängt ein Teil der Intelligenz noch an der 1919/1920 für Ostmitteleuropa festgelegten Neuordnung, die vor allem dazu gedacht war, Deutschland, Österreich und Ungarn zu bestrafen und am Boden zu halten; der großserbische Belgrader Staat war ein Eckpfeiler dieses Systems. In den Niederlanden wiederum finden antideutsche Ressentiments Erfüllung in der Politik des Außenministers Van den Broeck.«

Pavelic damals: »Daß das kroatische Bauernvolk die südslawische Idee ‘instinkthaft als fremd und gefährlich’ ablehne, sei ein weiterer Beweis ‘für die schon ernstlich dokumentierte These, daß die Kroaten überhaupt nicht slavischer, sondern gotischer Abstammung sind’.« Analog dazu nennt Reißmüller heute die Serben »unzivilisiert« oder »uneuropäisch« (Beispiel aus der »FAZ« vom 25.10.91: »Die zivilisierte Welt muß das unzivilisierte Serbien hindern...).

Das Schlimme an den Deutschen ist, daß sie ihre Opfer lieben. Sie können von ihnen nicht lassen, ganz gleich ob es Juden, Serben oder allgemein Ausländer ist.

Wolfgang Pohrt forderte in KONKRET 11/91»Waffen für Hoyerswerda«

Konkret 01/92, S. 44

**Ingrid Strobl**

# Buch des Monats: »Manchmal regnet es auch in der Wüste«

**Karl Rössel: Wind, Sand und (Merce-des-)Sterne. Westsahara: Der vergessene Kampf um die Freiheit, Horlemann-Verlag, Bad Honnef 1991, 416 Seiten, 29,80 Mark**

Kleines Quiz für KONKRET-Leserinnen und -Leser:

An welche Staaten grenzt Westsahara?

Welcher Krieg begann 1975 und dauert noch immer an?

Welches Volk soll in diesen Tagen per Referendum über seine Unabhängigkeit entscheiden?

Sie wissen es nicht? Dann wenden Sie sich bitte an das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit), an die Vorstandsetagen von Mercedes-Benz, KHD, Hoechst, Bayer und Heckler & Koch GmbH, oder, sollten Sie nicht über die entsprechenden Verbindungen verfügen, ganz einfach an das Wirtschaftsressort der »Neuen Zürcher Zeitung« oder der »Frankfurter Allgemeinen«. Die hier zuständigen Herren können Ihnen alle Fragen beantworten.

Falls Sie jedoch zu der anachronistischen Sorte jener Linken gehören, die den Referenzen des oben genannten Personenkreises noch immer mißtraut, und falls Sie außerdem durch die eingangs gestellten Fragen neugierig geworden sind, dann lesen Sie doch einfach das soeben erschienene Buch des Kölner Journalisten Karl Rössel, ein Standardwerk zum Thema Westsahara, das zugleich weit mehr ist als »nur« ein Spezialschmöker für Fachleute.

»Wind, Sand und (Mercedes-)Sterne. Westsahara: Der vergessene Kampf für die Freiheit«, so der Titel des gut 400 Seiten dicken Buches, ist genau recherchiert, spannend geschrieben und voller Informationen. Wer sich die Mühe macht, es zu lesen, weiß anschließend nicht nur mehr (oder überhaupt etwas) über Westsahara, die Saharauis, die gesellschaftlichen Strukturen eines Nomadenvolkes, dessen Unabhängigkeitskampf und die Organisierung einer neuen Gesellschaft, die die saharauischen Frauen und Männer in Flüchtlingslagern und »befreiten Gebieten« aufzubauen versuchen. Er oder sie erfährt gleichzeitig eine Menge über die Kolonisierung Nordafrikas, über die Zusammenarbeit von ansonsten rivalisierenden (ehemaligen) Kolonialmächten bei der Ausbeutung der Ressourcen einer (ehemaligen) Kolonie und bei der Niederschlagung von Aufständen, über den internationalen Waffenhandel und über die europäische und US-amerikanische Wirtschafts- und »Entwicklungs«-Politik im Maghreb.

In mehreren ausführlichen Kapiteln behandelt Rössel auch die Geschichte der deutschen Kolonialambitionen von Bismarck bis Hitler und die aktuellen deutschen Interessen in Nordafrika. »Deutsche Waffen, deutsches Geld« mischen auch in dieser Region kräftig mit. Das reicht von der finanziellen und technischen Unterstützung des marokkanischen Diktators König Hassan durch die Bundesregierung bis zum wirtschaftlichen »Engagement« fast aller wichtigen bundesdeutschen Konzerne. Die Bundesrepublik ist einer der wichtigsten Handels»partner« Marokkos, und der Westsaharakrieg eine permanente Profitquelle für offizielle wie inoffizielle deutsche Waffenlieferanten.

Eingebettet in den internationalen Zusammenhang ökonomischer und politischer Interessen erzählt »Wind, Sand und (Mercedes-)Sterne« die Geschichte eines Volkes, das zuerst - erfolgreich - gegen die spanischen Kolonisatoren kämpfte und schließlich gezwungen wurde, seinen Kampf um Unabhängigkeit gegen - im wahren Sinne des Wortes - die ganze Welt zu führen.

Westsahara, das heute an Marokko im Norden, Mauretanien im Süden, an Algerien im Osten und im Westen an den Atlantik grenzt, wurde 1434 von portugiesischen Seefahrern »entdeckt« und nach Verhandlungen zwischen Portugal und Kastilien zur spanischen Kolonie erklärt. Dreieinhalb Jahrhunderte lang versuchten die Spanier, ihren Anspruch in die Tat umzusetzen, scheiterten jedoch am anhaltenden Widerstand der Bevölkerung. Es gelang ihnen nicht einmal, ihre Forts an der Küste gegen die Angriffe der Nomaden zu schützen, geschweige denn, in das Landesinnere vorzudringen. Erst 1934, als sich Frankreich, die führende Kolonialmacht im Maghreb, durch die Überfälle der Saharauis auf sein »eigenes« Territorium bedroht fühlte, nahmen die spanischen Kolonialherren einen neuen ernsthaften Anlauf, »ihre« Kolonie - mit Hilfe der Franzosen - zu befriedigen.

Spanien war zu der Zeit gerade Republik geworden, doch auch die Sozialisten in der Regierung dachten nicht daran, demokratische Rechte in die letzte ihnen verbliebene Kolonie zu exportieren. Stattdessen schickte man Leute wie General Franco nach Westsahara - nicht nur, um sie loszuwerden, sondern auch, damit sie dort die Aufständischen bekämpften. Wie diese Geschichte weiterging, ist bekannt.

Die bereits bewährte französisch-spanische Zusammenarbeit wurde in den fünfziger Jahren wieder aufgenommen, nachdem zum einen Spanien entdeckt hatte, daß in »seiner« bisher für ertraglos gehaltenen Kolonie wertvolle Bodenschätze lagerten, und zum anderen die Saharauis sich, inspiriert von der algerischen Unabhängigkeitsbewegung

FLN, in neuer und effektiverer Form zu organisieren begannen. Am 10. Februar 1958 starteten französische und spanische Militäreinheiten zusammen mit der Fremdenlegion die Operation »Wüstensturm«. Sie drangen tief in das Landesinnere vor, vergifteten die Brunnen der Nomaden, bombardierten ihre Herden und zerstörten ihre Zelte. Nachdem so die »Sicherheit« in der Region wiederhergestellt war, gewährte die Weltbank einem internationalen Konsortium einen 66-Millionen-Dollar-Kredit zur Erschließung der saharauischen Eisenvorkommen.

Die weitere Geschichte des Landes wurde jedoch letztlich durch die Entdeckung der Phosphatlager von Bou Craa im Jahr 1962 entschieden. Die Phosphatreserven der Westsahara insgesamt wurden auf 10 Milliarden Tonnen geschätzt, die Kolonie wurde somit potentiell zum zweitgrößten Phosphatlieferanten der Erde. Außerdem verfügt Westsahara über den seltenen Rohstoff Vanadium, der in der Raum- und Luftfahrt verwendet wird. Somit war Westsahara nicht länger eine spanische Angelegenheit, und es ging auch nicht länger »nur« darum, die aufständische Bevölkerung »ruhig« zu halten.

Krupp baute ein fast 100 Kilometer langes Förderband durch die Wüste zum Hafen bei El Aaiun (der Hauptstadt von Westsahara). General Electric errichtete ein Kraftwerk, US-amerikanische, spanische und bundesdeutsche Firmen installierten die Hafenanlagen. Marokko und Mauretanien meldeten ihre Ansprüche auf die - immer noch - spanische Kolonie an. Tausende spanische (Fach)Arbeiter zogen nach Westsahara, die tradierten Strukturen des Nomadenvolkes wurden gewaltsam aufgelöst, die (männlichen) Saharauis wurden, so Rössel »vom Karawanenführer zum Kassettenverkäufer«.

1968 gründeten vor allem Studentinnen, Studenten und Arbeiter die »Avantgarde-Organisation für die Befreiung der Westsahara«, die vorerst noch nicht einmal den sofortigen Abzug der Spanier forderte, sondern lediglich eine »innere Autonomie« als Zwischenstadium auf dem Weg zu einer endgültigen Entkolonisierung des Landes. Am 17. Juni 1970 setzte der spanische Gouverneur die Fremdenlegion gegen eine von der Widerstandsbewegung organisierte friedliche Massendemonstration ein, das Resultat waren 16 tote Demonstrantinnen und Demonstranten sowie hunderte Verhaftete. Eine Folge dieses Ereignisses war die politische Neuorientierung des saharauischen Widerstandes, die schließlich zur Gründung der Volksfront zur Befreiung Westsaharas, der »Frente Polisario«, führte, die sowohl der Kolonialmacht Spanien als auch den Annexionsplänen Marokkos den Krieg erklärte.

Die neue Widerstandsorganisation trat sofort in Aktion und führte trotz schwerer Niederlagen den Kampf um die Unabhängigkeit so erfolgreich (unter anderem zerstörten sie das Krupp-Förderband und verursachten damit einen Milliarden-Schaden), daß Spanien schließlich gezwungen war, Westsahara als Kolonie aufzugeben. Offiziell wurde das Land in die Unabhängigkeit entlassen, de facto hatten Spanien, Frankreich und Marokko bereits einen Deal zur Wahrung ihrer jeweiligen Interessen geschlossen. 1975 marschieren marokkanische Truppen (mit spanischem Einverständnis) in Westsahara ein, König Hassan erklärt, das Land sei schon immer marokkanisch gewesen und nun endlich wieder mit dem »Mutterland« vereint. Die »heimgekehrte« Bevölkerung läßt er mit Napalm bombardieren, tausende Saharauis werden zur Flucht in den algerischen Teil der Wüste gezwungen.

16 Jahre dauert inzwischen der »unsichtbare« (das heißt: von der Weltöffentlichkeit ignorierte) Krieg zwischen Marokko und der Frente Polisario, der längste Krieg in der arabischen Welt. Beteiligt an diesem Krieg sind neben Marokko in erster Linie die EG und die USA, aber auch arabische Staaten und selbst die UdSSR, die (unabhängig von gelegentlichen Lippenbekenntnissen vor der UNO) de facto das »Recht« König Hassans auf Westsahara anerkannte. Die marokkanische Opposition, inklusive der Kommunistischen Partei, verhält sich (bis auf eine kleine ML-Gruppe) laut Rössel in der Westsahara-Frage strikt »patriotisch«. Lediglich Algerien, die PLO und Befreiungsbewegungen in anderen Regionen der Welt unterstützen den saharauischen Kampf um Unabhängigkeit.

Ende 1991/Anfang 1992 soll - auf »Druck« der UNO (die sich bisher auf das Verfassen von Resolutionen beschränkt hat) - das saharauische Volk in einem Referendum darüber entscheiden, ob es die Unabhängigkeit möchte oder den endgültigen Anschluß an Marokko. Internationale Beobachter sind nicht zugelassen, ein großer Teil des Volkes lebt in algerischen Flüchtlingslagern, und der im Lande verbliebene Teil wird von der marokkanischen Regierung »als eine Art Geisel« gehalten (Rössel). Das Referendum hat somit alle Chancen, zur Farce zu werden. Auf die Frage, welche Chancen er einer wirklichen Unabhängigkeit seines Landes gibt, antwortet ein alter Nomade: »Manchmal regnet es auch in der Wüste.«

Dieses Buch ist kein Angebot für Internationalistinnen und Internationalisten auf der Suche nach einem neuen Objekt ihrer revolutionären Begierde. Sein Autor zeichnet sich durch seltenen Realitätssinn und noch seltenere Ehrlichkeit aus. Er stilisiert die Saharauis nicht zu den »neuen Menschen«, die sie nicht sein können, sondern stellt die Schwierigkeiten dar, mit denen die Frente Polisario bei ihrem Versuch konfrontiert ist, ein patriarchales Nomadenvolk, das bis vor kurzem noch streng hierarchisch organisiert war und bis vor wenigen Jahrzehnten sogar noch Sklaven hielt, in eine egalitäre Gesellschaft von freien und gleichberechtigten Menschen umzuwandeln.

Rössel romantisiert auch die Aktivistinnen und Aktivisten nicht. Er verschweigt zum Beispiel nicht die - trotz der deklarierten Gleichberechtigung der Geschlechter - immer noch patriarchal dominierte Struktur der Frente Polisario. In den Führungsgremien der Befreiungsbewegung sitzt nur eine einzige Frau, Senia Ahmed Merhba, die zugleich Vorsitzende des

saharauischen Frauenverbandes ist. Obwohl fast ausschließlich die Frauen das Leben in den Flüchtlingslagern organisieren, führen Männer die Verhandlungen mit den internationalen Hilfsorganisationen und Solidaritätsgruppen. Und auch seine eigenen Gesprächspartner, so Rössel, waren zunächst ausnahmslos Männer.

Der Autor thematisiert auch Menschenrechtsverletzungen auf Seiten der Unabhängigkeitsbewegung. Es gab in den Flüchtlingslagern der Frente Polisario politische Gefangene, die mißhandelt und sogar gefoltert wurden. Rössel entschuldigt diese »Vorkommnisse« weder, noch dämonisiert er sie: »Der lange bewaffnete Kampf hat - wie bei anderen Befreiungsbewegungen zuvor - auch innerhalb der Frente Polisario politische Strukturen hervorgebracht, die eher von militärischen Notwendigkeiten als von basisdemokratischen Modellen geprägt sind ... Romantische Bilder von Befreiungskriegen erwiesen sich letztlich immer als Fälschungen und landeten entsprechend rasch auf dem Müllhaufen der (eigenen) politischen Geschichte. Meistens endete damit auch die Solidaritätsarbeit für diejenigen, die trotz all ihrer ‘Fehler’ weiter um ihr Überleben und für ihre Befreiung kämpfen mußten.

»Wind, Sand und (Mercedes-)Sterne« ist ein altmodisches Buch. Altmodisch indem Sinne, daß es gut recherchiert ist, kritisch und informativ, daß es Zusammenhänge aufzeigt, die von der Wüste bis ins Ruhrgebiet reichen, und daß es, ohne sein Subjekt zu romantisieren, beständige Solidarität einfordert. Wer sich von derartigen »Anachronismen« noch angesprochen fühlt, möge es lesen.

**Ingrid Strobl schrieb in KONKRET 10/91 über die Niederlage des Sozialismus**

Konkret 01/92, S. 46

**Ronald M. Schernikau; Peter Hacks**

# »Wie wenig Zeit wir haben!«

**»Ihre Frage, ob die DDR zum Vaterland zu wählen, ist bis zu einem gewissen Grad beantwortbar. Falls Sie vorhaben, ein großer Dichter zu werden, müssen Sie in die DDR; sie allein stellt Ihnen - auf ihre entsetzliche Weise - die Fragen des Jahrhunderts.« (Peter Hacks an Ronald M. Schernikau)**

ronald m. schernikau

großgörschenstr. 7

1 westberlin 62

**sehr geehrter peter hacks,**

**liebe anna elisabeth wiede,**

ich schicke ihnen ein buch von mir, ein märchen.

vielleicht haben sie ein wenig vergnügen daran; ich habe großes an ihren märchen.

ich lebe als mitglied der sew hier in westberlin, bin jahrgang 1960, dies ist mein zweites buch.

ich grüße sie sehr

*ronald m. schernikau*

*

**Lieber Herr Schernikau,** das ist, ehrlich zu sein, nicht meine Sorte von Geschichten, und ich hätte Ihrer Heldin aussichtsreichere Kompensations-Varianten gegönnt. Aber was Ihr Deutsch betrifft, vermute ich, daß Sie schreiben können werden.

Dank also, von Wiede und

*Ihrem P.H.*

16.12.1984

*

ronald m. schernikau

universitätsstr. 20

leipzig 7010

18.4.87

**sehr geehrter, lieber peter hacks,**

ich habe ihnen und ihrer frau vor zwei jahren ein buch mit einem märchen von mir geschickt. sie haben mir so sehr freundlich darauf geantwortet, daß ich sie fragen möchte, ob sie mit mir eine tasse kaffee trinken wollen.

ich lebe nämlich inzwischen als westberliner in leipzig, studiere am institut für literatur (was weniger anregend ist als die ddr selbst), ich überlege - natürlich , hierzubleiben.

neuerdings liest man, brecht habe ihnen abgeraten. vielleicht könnte ihre warnung mich so ermutigen, daß was daraus wird.

wenn sie keine lust haben, nehmen sie diesen brief als ausdruck meiner einzig großen verehrung. liebkind und kinderkurzweil (die offenbar recht lange gebraucht hat?) sind trost.

ich stehe jederzeit zu ihrer verfügung.

*ronald m. schernikau*

*

**Lieber Herr Schernikau,** ich heiße sie willkommen.

Über das Institut sollten Sie nicht schimpfen. Alle Hochschulen sind nützlich, die schlechten kaum weniger als die guten. Pfeiffer, immerhin, ist ein wirklicher Profi im U- und Historiengeschäft, und Witt ist ein intelligenter und beschlagener

Mann. Die andern Leute da kenne ich nicht. Aber was verlangen Sie von der Welt? in welcher Welt leben Sie?

Ihre Frage, ob die DDR zum Vaterland zu wählen, ist bis zu einem gewissen Grad beantwortbar. Falls Sie vorhaben, ein großer Dichter zu werden, müssen Sie in die DDR; sie allein stellt Ihnen - auf ihre entsetzliche Weise - die Fragen des Jahrhunderts. Sollte hingegen Ihr Talent darin liegen, Erfolg zu haben und Menschen zu erfreuen - in dem Fall freilich würde ich mir einen solchen Entschluß noch überlegen.

Mit einem Wort: natürlich sind wir in jeder Hinsicht, ausgenommen die in unsern Erzeugungsverhältnissen angelegte Bewußtseinshöhe, kontraproduktiv. Das mag sich ändern. Sie haben noch Zeit zuzuwarten, oder?

Ich gehe jetzt den Sommer über aufs Land. Sind Sie ein reicher Mensch und Autobesitzer? Dann nämlich finden Sie mich näher bei Leipzig, als ich in Berlin wäre. Das Telephon ist: Rangsdorf 857.

Leben Sie gut.

*P.H.*

30.4.1987

*

ronald m. schernikau

universitätsstr. 20

leipzig 7010

10.05.87

**lieber dr. hacks,**

da ich ihren andeutungen entnehme, daß sie auch engste freunde nur einmal pro saison empfangen, und da ich denke, daß weder sie noch ich durch das versenden, nichtversenden, lesen oder nichtlesen von stücken existenziell gekränkt werden - mute ich ihnen neue post zu. es ist ja ein libretto.

ich freue mich wirklich sehr auf meinen besuch bei ihnen.

*ronald m. schernikau*

ps. sehen sie, die brd kann jetzt auch die stanze.

*

ronald m. schernikau

sigmaringer str. 6

1 westberlin 31

**lieber dr. hacks,**

anbei eine geballte ladung spätkapitalismus.

ich glaube, am sinnvollsten ist hier chronologisches lesen; sie werden das ja mehr als dokument nehmen.

also: 1970 berührungsverbot, 71 petra v kant, 75 die liebhaberinnen, 76 müll stadt tod, 77 punktsieg, 80 die ausgesperrten, 86 krieg/hirn (lesbar nur die aufsätze, die stücke sind interessant aber wirklich mißlungen). - wenn sie das kennen, kennen sie die radikalsten und schönsten stücke brd-literatur (elsner und jelinek, wie gesagt, sind genossen). (und jelinek natürlich österreicherin, von wegen brdimperialismus)

gebe g., daß ihre geniedefinition stimmt; dann hätten wir ja noch eine chance.

sehr herzlichen gruß an ihre frau

vollkommen der ihre:

*ronald m. schernikau*

*

**Lieber Herr,** unsere Zeit ist mit schönen Gebärden nur sparsam gesprenkelt. Ich streite also nicht über die Kosten, sondern freue mich.

Was immer Goethe - denn, bei Gott & Gorbatschow, an einen anderen G. mag ich nicht mehr glauben - über das Genie gedacht haben möge: Genies sind, was sie sind, und der Begriff von ihnen ist nicht schwierig. Man versichert uns seit 1830, die Epoche der Genies sei vorüber; sie weigern sich aber bis heute wegzubleiben.

Mein Wort, diese Laufbahn bleibt Ihnen offen. Höre ich von Ihnen? Wiede grüßt, und ich bin Ihr Ihnen stets gewogener

*P.H.*

19.7.1987

P.S. Elsner I habe ich schon gelesen. Könnte sein, daß sie pro Witz zu viele Worte benötigt?

*

ronald m. schernikau

universitätsstr. 20

7010 leipzig

**lieber dr. hacks,**

sie wissen, daß ich mich über ihren brief sehr gefreut habe.

auch ich habe gewissenhaft meine lesepflicht erfüllt und andré müllers rubikon hinter mich gebracht. normalerweise liest man ja nicht uta mauersberger oder ulla hahn, sondern gleich sarah kirsch; in diesem fall also gleich hacks.

die versuchung, so zu schreiben wie sie, kennen nicht nur peter schütze und heidi urbahn, sondern auch ich in meinen briefen an sie - aber bei a.m. geht sie bis in die wortwahl (posse, drollig), bis hin zur manier der eindeutschung gebräuchlicher fremdwörter (kraftdroschke); abgesehen davon kennt a.m. trotz seiner vielen kleinen blenden offenbar nicht die erfindung der vorvergangenheit. aber das wirkliche problem ist: andré müller hält die für satirisches erzählen erforderliche PARODISTISCHE MITTE nicht durch. die widersprüche sind das interessanteste an diesem buch, und sie zu ertragen hatten die der wirklichkeit entwöhnten ddrlektoren natürlich schwierigkeiten. das durcheinander an klugem und blödem, an schönem und dreckigem, an banalem und sympathischem in den figuren, ich kenne es so sehr gut, ich bin von ihm so dermaßen umgeben, daß ich denke, man kann dieses buch schätzen: als dokument.

womit wir wieder beim thema wären: daß schlechte kleine zeiten bloß dokumente hervorbringen, keine literatur.

ich glaube das natürlich nicht wirklich. niemand glaubt ja beim begehen eines berges ernsthaft, er würde runterfallen - sonst ließe er es bleiben.

ich war grade eine zeit in wien, wo ich schillergoethebriefe las und hegel. außerdem habe ich nach ansehen des amadeusfilms von forman etwas kleines geschrieben, es ist ein

fieses distichon

mozart war ein genie, natürlich, das wissen die kinder.

aber salieri, gnä frau, wußte es ganz sicher nicht.

die nächsten drei wochen befinde ich mich in der braunkohle (nachdem es andauernd verschoben worden war), danach studiere ich das ganze jahr die literatur.

das leipziger schauspielhaus will einen monolog von mir spielen; eine nur aus männern bestehende, sehr lustige theatergruppe in westberlin will DIE SCHÖNHEIT spielen; mein rowohltbuch ist, weil der zeichner noch keine einzige seite geliefert hat, auf unbestimmte zeit verschoben.

so geht es.

wenn sie mir schreiben, besuche ich sie wieder.

1 lieben gruß an ihre frau

*ihr ronald m. schernikau*

*

**lieber herr hacks, liebe frau wiede,**

die premiere findet statt am

4.12. um 20 h

ort: DIE ETAGE (das ist der name)

HASENHEIDE 54, 1 - 61, 3. hinterhof

falls sie kommen, rufen sie doch vorher an: wb. 87 77 26.

bis bald: *ronald m. schernikau*

*

ronald m. schernikau

universitätsstr. 20

leipzig 7010

**lieber peter hacks,**

ihre bekanntschaft mit mir besteht, ich erkenne es selbst, aus einer reihe von zumutungen an sie.

dies ist die essayistische abschlußarbeit, die ich dem institut für literatur schon im mai auszuhändigen gezwungen war. sie ist unfertig, und ich würde sie nicht mit ihr behelligen, wenn nicht der sehr erfreuliche umstand eingetreten wäre, daß hermann l. gremliza sie tatsächlich in seinem buchverlag veröffentlichen möchte.

zu diesem zwecke werde ich sie erweitern, vor allem die bögen innerhalb der kapitel vervollkommnen, und, als wichtigstes, die selbstzensur perfektionieren.

helfen sie mir dabei. ich glaubte, als ich das anfing zu schreiben, ich könne das überhaupt nicht veröffentlichen. die reaktion im institut hat mich ermutigt, es radio ddr und dem letzten verbliebenen kommunistischen lektor der brd anzubieten. beide waren verstört.

wenn man ausnahmslos alle namen streicht, gibt das vielleicht einen surrealistischen effekt. gibt es eigentlich schon einen essay, in dem alle sätze in den konjunktiv gesetzt sind? wenn ich nicht die hoffnung hegte, daß das lesen des essays vergnügen bereitet, ich würde es wirklich lassen.

falls sie keine lust haben, eine unfertige arbeit zu lesen, vielleicht haben sie lust, einen kaffee mit mir zu trinken.

einen ganz lieben gruß an ihre frau

sehr herzlich

*ronald m. schernikau*

ich muß noch ein ps. schreiben: also das ding ist wirklich alles andere als fertig, der anfang ist wirr, die geschichten gehören gekürzt, in der zahl und in sich. es geht mir nur darum, falls sie drin blättern: soll man sowas veröffentlichen? lieber herr schernikau, höre ich sie sagen, das müssen sie ganz allein verantworten. aber, entgegne ich schonmal im voraus, gibt es da nicht die weltlage sowie die partei?

zweites ps: weshalb haben sie den bergarbeiterball weggelassen? jetzt gibt es überhaupt keinen ddrautor mehr, der zu seinem frühwerk steht.

*der ihre: rms.*

*

**Liebster Schernikau,** fein, daß Sie fleißig waren.

Unser Thema, das sind die deutschen Welten, wie sie wirklich sind. Wer das anpackt, tut gut; mit dem gibt es nichts zu rechten. Sie haben also die Gattung des naturalistischen Essais gegründet und sagen, was Ihnen so vor Augen kommt und durch den Kopf geht; einverstanden. Daß Sie sich von der Form her nicht mehr vornehmen als Sie vom Wissen her bewältigen können, ist feig und löblich.

Freilich, 1 Erscheinungsebene + 1 Erzählerüberzeugung machen noch keinen Realismus. Wieviel leichter für Sie und für uns wäre alles, wenn Sie für ddr einfach: honeckers ddr sagten. Und wieviel weniger bemüht klängen dann Ihre Verteidigungsreden auf dieses Land; (Sie verteidigen dauernd Unentschuldbares). Was soll das Grübeln, weshalb der Heisig den Schmidt gemalt hat? Es war doch nicht der Heisig, der den Schmidt gemalt hat. Es war der Breshnew; das Schmidt-Bild haben wir von dem.

Sie beschreiben mit großer Genauigkeit die Fasern eines von Ihnen undurchgehauenen Knotens. Das Elend aber und die Verrenkung des honecker-ddr-Überbaus ist, daß er, statt, wie er kann, potemkinsche Dörfer, neuerdings potemkinsche Wüsteneien bauen muß: dort, wo tatsächlich Häuser stehen, sollen Pappfassaden den Anschein erwecken, es sei alles Steppe. Der honecker-ddr-Kunst ist mit keiner andern Ästhetik mehr beizukommen als der Manipulationsästhetik. Nur die Nicht-Erscheinung ist noch wesentlich.

Ich sage mit all dem nichts, als daß ich die Sache anders würde angegangen sein. - Eine Lesepanne zu Ihrer Unterhaltung. Es gehört ja zu unsern Gewohnheiten und Vorurteilen die Annahme, Manuskriptblätter seien immer nur vorne beschrieben. Als ich auf pag 13 war, entdeckte ich, daß bei Ihnen hinten ebenso entzückende Sachen draufstehn. Es geschah zufällig; ich hatte nichts vermißt. - Die Anekdote beweist: ich bin ein schrecklich unaufmerksamer Leser.

Ein Eindruck, zu Ihrem Mißgefallen. Der Text läßt die Vermutung zu, er sei nicht bloß auf dem, sondern in den Komputer geschrieben. Komputer sind oberflächlicher und haben weniger Sinn für Zusammenhang als Hände (falls man, sagt Schernikau, Hände hat). Merke: Das Weglassen der Großbuchstaben ist Selbstbetrug. Man täuscht sich eine Eleganz vor, von der man fürchtet, daß man ihrer ermangele.

Streichen Sie nicht die Namen; das Natural-Glaubliche ist Ihr Hauptwirkmittel. Streichen Sie die Götter; sie haben ihre Pflicht getan. Jandl hat ein Drama im Konjunktiv gedichtet, ich will Sie nicht als Jandl, das Drama fiel ja auch durch. Dank für den Brief. Ich bin noch in der Wildnis und sehr krank mit Arbeit & Wetter. Wir trinken den Kaffee, sehen uns aber, bevor wir trinken, in der Akademie. Wenn Sie schon ein Student sein sollen: können Sie mal zusehn, ob Sie eine deutsche Übersetzung der Boileauschen Poetik auftreiben; ich würde die gern photokopieren.

Jeder Dichter leugnet sein Frühwerk. Jeder Dichter tut recht hieran; denn jedes Spätwerk ist besser als jedes Frühwerk. (Dieser Satz taugt natürlich schlecht für Sie, der Sie eben Ihr Frühwerk schreiben). Ich erwarte, Herr Pointillist, mit nächstem Ihr Spätwerk und bin,

mit mehr Beifall, als ich hier zu spenden Raum hatte,

*Ihr P.H.*

10.10.1988

*

**Liebster Schernikau,** wenn ich bei schlechtem Wetter zu schnell antworte, maule ich oft zu sehr. Ihr Buch ist natürlich hochmarxianisch gedacht und glänzend geschrieben; die Verhältnisse der Massen sind schön kalkuliert. Man kann nicht genug dran arbeiten, am Anfang natürlich und am Schluß und vielleicht auch an dem gemüllerten Titel; (gut ist »Die Schönheit von Uwe« und »Darüber daß...«, der Rest, glaub ich, ist nicht gut). Die zwei Abschweifungen langweilen mich auch beim zweiten Lesen noch.

Ich könnte ja meinen Brief von gestern jetzt wegschmeißen, aber 1. ist er dafür zu lang, und 2. stimmt er ja. Ich bitte Sie übrigens, sich als in die Partei aufgenommen zu betrachten. Ich habe bei mir für Sie gebürgt.

Nochmals,

*Ihr P.H.*

11.10.1988

*

Telegramm

Leipzig, 17.10. 10.35

Riesen Dank für den Brief

Schernikau

*

**lieber herr hacks,**

der boileau ist das letztemal 1740 übersetzt worden, von johann gries. es steht das einzige exemplar in westberlin in der germanistischen bibliothek der freien universität, habelschwerdter allee. es ist bestandsgeschützt, darf also weder ausgeliehen noch fotokopiert werden. es gibt die geringe chance, daß sich eine übersetzung in dem buch »klassiker der literaturtheorie von boileau bis barthes« befindet, immerhin ist der boileau nicht arg lang. und bestimmt bekämen sie die auskunft auch per telefon.

ich bin am letzten wochenende nicht mehr hingekommen, habe aber einen freund beauftragt, auf jeden fall den sammelband irgendwo auszuleihen und sofort alles zu kopieren, was auch nur entfernt an eine boileau’sche poetik erinnern könnte. die staatsbibliothek müßte eigentlich alles wissen, was wir nicht wissen - so wenig es ist.

ich kenne das so gut, daß man manchmal irgendwas sofort braucht, und es einem in zwei wochen völlig egal geworden ist - in dem fall bleibt ihnen nichts, als in die FU zu fahren. ansonsten kommt in zwei wochen spätestens obige information.

ich sitze über hegels phänomenologie, um meinen essay seinem muster anzuverwandeln; vielleicht geht es. ich höre von dorothee gremliza, daß sie ihren bruder besucht haben; also verreisen sie doch manchmal!

ich freue mich auf den 10. november. bis dann

*ihr ronald m. schernikau*

*

ronald m. schernikau

universitätsstr. 20

leipzig 7010

**lieber peter hacks,**

ihr brief hat mich damals sehr ermutigt. ich hoffe, ich habe alles richtig gemacht.

*ronald m. schernikau*

**48 KONKRET 1/92**

ronald m. schernikau

albert-norden-str. 241

1153 berlin

**lieber peter hacks,**

das da oben ist jetzt meine adresse. die räume sind weiß und sehr rechteckig, was mir sehr gut gefällt, meine bücher sind aufgestellt, und ich arbeite auch schon wieder.

was die anderen leute arbeit nennen, habe ich seit zwei wochen: einen halbjahresvertrag bei henschel als hörspieldramaturg; ich mache die laufenden sachen: hörspiele hören, karteikarten mit ihrem inhalt schreiben, und manchmal einen absagebrief schicken an jemanden, der ein märchendrama geschrieben hat, das auf den fauststoff zurückzuführen ist, was er aber nicht gemerkt hat. es sind zwei bis drei tage in der woche für ein ganzes richtiges gehalt, also die erste zukunft ist gesichert.

als ich heute von der arbeit kam, steckte an der tür die visitenkarte von karin gregorek, darüber habe ich mich sehr gefreut. sie hat es, sagte sie mir vorhin am telefon, gleich gefunden! meine wohnung liegt offenbar günstiger als die von rainer kirsch.

auch mit frau thron habe ich heute telefoniert, sie kann mein buch leider nicht drucken, weil es ja journalismus ist und bis man es im laden hätte, wäre es ja dann veraltet. ich habe sie gebeten, mir einen brief mit dieser begründung zu schreiben; ich bin gespannt.

mein umzug ist in den westmedien noch besprochen worden, ich mußte jetzt mehrmals irgendwelche talkshows ab-sagen, weil ich kein visum habe - ich habe bisher nicht einmal einen richtigen personalausweis, kann also weder ein konto gründen noch ein telefon beantragen, und wenn die personen in den ämtern nicht so ein weites herz hätten, könnte ich nichtmal eine wohnung mieten.

ich freue mich, daß ich hier bin, und ich freue mich darauf, sie zu sehen.

*ronald m. schernikau*

*

ich bin umgezogen.

ronald m. schernikau

albert-norden-str. 241

ddr 1153 berlin

p.s. können sie mir + thomas 2 karten für BARBY reservieren? thomas hat an diesem tag geburtstag, und wir würden gerne kommen. vielleicht klappt's!

*rms.*

*

**Lieber Schernikau,** wegen der Barby-Première bitte ich Sie, in der letzten Oktoberwoche das TiP-KB (2382137) anzurufen und denen zu sagen, ob Sie die Billets abholen oder ob sie an die Abendkasse sollen.

Was, übrigens, sind Sie? Umgezogen? Sie sind nicht umgezogen, Sie sind emigriert.

Bis bald und herzlich,

*Ihr P.H.*

12.10.1989

**Ausgezeichneter Schernikau,** ich bin in etwas Sorge um das Heil Ihres Leibes. Sie finden mich ab Dienstag in Berlin; wahrscheinlich werden Sie vorziehen, vom Verlag aus zu telephonieren, aber wenn Sie kurz vor Arbeitsschluß anrufen, werde ich sicher schon auf, vielleicht sogar schon wach sein. Sobald wir können, denke ich, sehen wir uns.

Inzwischen herzlich

*Ihr P.H.*

29.10.1989

*

**lieber herr hacks:**

ich fahre bis ende august nach WIEN, und ich möchte ihnen nur ankündigen, daß ich sie anfang september anrufen werde; vielleicht haben sie lust, mal wieder 1 kaffee mit mir zu trinken. das würde mich sehr freuen.

IHR

*ronald m. schernikau*

*

**Lieber Schernikau,** falls Sie nicht inzwischen von einer Alpe gefallen sind, kann ich Ihnen ein bißchen preußischen Regen anbieten.

Ich werde Anfang November ein paar Bücher brauchen und frage, ob Sie mir wieder helfen wollen. Ich lege die Liste bei, wills auch bezahlen, habe aber keine tausend Mark mehr.

Nach dem, was ich höre, sind wir alle gesund. Halten wir uns ans Positive. Stets und schönstens,

*Ihr P.H.*

9.9.1990

*

Herrn R. Schernikau

241 Albert Norden Str

Berlin

1153

KRK heißt: Korrespondenzverein Realistischer Künstler.

Zweck des Vereins: Bilder wie umstehendes zu verbieten.

Der Gründer

*

**Lieber Herr Hacks,**

wenn das das Letzte ist, das Henschel für Sie tun kann:

STRC PRST SKRZ KRK heißt

STECK (DEN) FINGER DURCH (IN DEN) HALS

ein Satz ohne Vokale, im Tschechischen sowas wie bei uns Fischers Fritze.

Vielleicht fällt mir bis nächstesmal eine Organisation ein, die sich so abkürzen läßt.

Mit freundlichen Grüßen

*IHR Schernikau*

*

**Lieber Herr Schernikau,** das Buch sollten wir wirklich irgendwann einmal machen: wann wir wollen, und wie wir wollen, und warum nicht ruhig bei der Frau Klein? Was ich Ihnen jetzt zu schreiben habe, ist, daß beide Termine für mich nicht in Frage kommen, nicht der Ablieferungs- und nicht der Erscheinungstermin. Bitte schieben Sie die Sache in Ihr Hinterhaupt. Wir reden in Ruhe weiter.

Dank für den heitern Besuch, herzlich, Ihr

*P.H.*

16.6.1991

*

**lieber herr hacks,**

das fände ich aber sehr bedauerlich, wenn unser projekt scheitert, nur weil wir die endlichkeit dessen, was frau elfriede j. aus wien das MENSCHL. LEBEN nennt, nicht bedacht haben. bestimmt werde ich demnächst verbrannt wie der lustige herr giordano b. (den ich grade lese); wenn auch vielleicht nicht bei lebendigem leibe und also mit weniger erfolg beim publikum.

bedenken sie, wie wenig zeit wir haben! auch die unsterblichkeit will vorgearbeitet sein.

frau klein (nomen est omen, wie gesagt) teilt mir am telefon die folgenden ziffern mit: mindestauflage 3.000 (mit jammern), honorar 10%, ab 5.000 sinds dann 12%, die nebenrechte teilen sich zu 60% auf die/den autoren und zu 40% auf den verlag.

beim honorar werden wir wohl kaum eine andere lösung finden, als es zu teilen (was dann für jeden mickrige 4.500 dm bringt, bei 30 dm verkaufspreis); bei den autorenrechten würde ich akzeptieren, sie ganz an sie zu geben, damit sie frei verfügen können. weitere möglichkeiten senden sie ggflls auf dem postwege an mich.

überlegen sie es sich nochmal! memento doris! ich falle ins kalauern, das zeigt, wie ernst es mir ist! vielleicht gibt es ja eine möglichkeit, die sache vom hinterhaupt quasi unbemerkt und wie nebenbei zurück ins vorderhaupt sich schlängeln zu lassen. erscheinungstermin herbst 92, abgabe mai!

ich bin, der ich immer bin:

IHR

*ronald m. schernikau*

*Vollständiger Briefwechsel zwischen den Schriftstellern Ronald M. Schernikau und Peter Hacks. Ronald M. Schernikau starb 31jährig Ende Oktober in Berlin*

Konkret 01/92, S. 50

**Matthias Reichelt**

# Schöpferische Leistungen

**Die Annahme, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR würden lediglich antifaschistische Gedenkstätten geschlossen und die Denkmäler stalinistischer Größen demontiert, also nur Abrißarbeit geleistet, gehört in den Bereich linksliberaler Wunschvorstellungen. Denn längst sind neue Einrichtungen entstanden, die an besonders glorreiche Momente der jüngeren deutschen Geschichte erinnern sollen**

In Peenemünde zum Beispiel, auf der Insel Usedom. Dort existiert seit einigen Monaten ein »Historisch-technisches Informationszentrum« zum Thema »Peenemünde: Geburtsort der Raumfahrt«. Endlich darf hier »wertfrei« über die Pionierleistungen deutscher Wissenschaftler in der Raketenforschung berichtet werden, ohne daß man sich den Blick durch einen ordinären Antifaschismus trüben lassen müßte.

Das »Informationszentrum« ist in einem ehemaligen Beobachtungsbunker für den Start der V1 und V2, jener »Wunderwaffen« Hitlers, die den »Endsieg« dann doch nicht schafften, untergebracht. Stolz wird am Eingang ein 1:2,5 Modell der V2 präsentiert, neben einer Gedenktafel mit folgendem Text:

»DEN EHEMALIGEN PEENEMÜNDERN
IN ANERKENNUNG
IHRER SCHÖPFERISCHEN LEISTUNGEN
BEIM BAU
DER ERSTEN GROSSRAKETE DER WELT
A4(V2)
GEWIDMET VOM
RAUMFAHRT-DOKUMENTATIONS-ZENTRUM
MARKDORF-GNADENAU
16. JUNI 1980
ENTHÜLLUNG ANLÄSSLICH
DES BODENSEE-TREFFENS
DER EHEMALIGEN PEENEMÜNDER
VOM 14.-18. JUNI 1980
IN FRIEDRICHSHAFEN«

In der alten BRD verstand man eben schon früh, das richtige kulturelle Erbe zu pflegen.

Das »Informationszentrum«, das auf Initiative einiger Angehöriger der früheren NVA-Luftwaffe zustandegekommen sein soll, besteht aus einem ca. 80 qm großen Raum, der wenige Vitrinen mit Dokumenten und div. Memorabilia sowie Fotografien und Wimpeln präsentiert. Anhand eines ca. 3x4 m großen liebevoll gebastelten Landschaftsmodells wird dem Besucher die Möglichkeit geboten, sich auf dem gesamten Gelände der ehemaligen Heeresversuchsanstalt zu orientieren, das nach dem Krieg von der NVA übernommen wurde und heute von der Bundeswehr weiter genutzt wird. Die Darstellung konzentriert sich auf die technisch-physikalischen Forschungen und Erfolge, sowie deren Fortführung und Anwendung in der Weltraumfahrt und hier vor allem in den USA. Die Krönung bekommen die Besucher mittels eines professionellen Videos geliefert. Dort ist nur noch von der zukunftsweisenden Arbeit der hervorragenden deutschen Wissenschaftler die Rede. Selbst die Wohnsiedlung der Wissenschaftler und des Verwaltungspersonals der Heeresversuchsanstalt zeugen demnach von der intelligenten und zukunftsorientierten Arbeit deutscher Architekten. Alles war modern, klar und rational strukturiert.

Kritiker der Darbietung werden mit dem Hinweis abgespeist, die bahnbrechende deutsche Forschungsarbeit in der Raketentechnik lasse sich nun mal nicht verleugnen und dürfe schon gar nicht verteufelt werden. Nicht wenige Besucher verlassen das Gelände mit Stolz, einem Volk anzugehören, das schon immer hervorragende, ja weltbeste Wissenschaftler hervorbrachte, deren Leistungen sich schmarotzenderweise auch die Alliierten bedienten.

Legende oder Wahrheit? Sicherlich, gefälscht wird hier nicht, das Ziel der Grundlagenforschung im Bereich der Raketentechnik unter den Nationalsozialisten, ihr Wille zur militärischen Niederwerfung anderer Völker und das Streben nach dem »Endsieg«, das auch die wissenschaftliche Arbeit antrieb, werden nur nicht erwähnt. Selbstverständlich bleibt

auch der militärische Kontext der gegenwärtigen Weltraumforschung an diesem »ruhmreichen« Platz der deutschen Wissenschaft ebenso ausgeblendet wie die Leiden der von den Nazis in dieses Projekt gezwungenen Zwangsarbeiter, besser gesagt, die Vernichtung durch Arbeit tausender von Zwangsarbeitern vor allem in Nordhausen.

Unbestreitbar ist, daß es einem Team unter der wissenschaftlichen Leitung von Wernher von Braun gelang, neue Erkenntnisse für den Einsatz von treibstoffbetriebenen Raketen zu gewinnen. Doch ist die gesamte Forschung institutionell und materiell immer Bestandteil des nazistischen Militärapparates gewesen. Vom Oberkommando des Heeres eingesetzter Leiter der gesamten Peenemünder Forschungsanlage war Dr. Walter Dornberger, Angehöriger der SS. Wernher von Braun, ebenfalls im Rang eines SS-Generals, hatte sich voll und ganz in den Dienst der deutschen Kriegsmaschinerie gestellt und war mitverantwortlich für die Auspressung und den Tod tausender von Zwangsarbeitern sowie für ca. 30.000 Tote, die den V2-Angriffen auf England zum Opfer fielen.

Was 1935 mit der Suche nach einem geeigneten Testareal für den Berliner »Verein für Weltraumflug« begann, mündete in die Gründung der Heeresversuchsanstalt Peenemünde. Finanziert durch das Kriegsministerium, wurden Fabrikationshallen und ganze Wohnsiedlungen im Bauhaus-Stil für Techniker, Ingenieure und Verwaltungspersonal errichtet. Unter größter Geheimhaltung forcierte man die kriegsorientierte Forschung zum Bau von Luftangriffsraketen. Mit Kriegsbeginn wurden die Forschungen weiter intensiviert, immense Gelder zur Verfügung gestellt und Zwangsarbeiter geordert, es entstand eine Außenstelle des KZ Sachsenhausen. Als dem Forscherteam um Wernher von Braun der erfolgreiche Test mit einer Trägerrakete für den Transport großer Mengen Munition über eine Distanz von mehreren hundert Kilometern gelang, wuchs das Interesse von Wehrmacht und Partei. Himmler stattete der Heeresversuchsanstalt Peenemünde mehrere Besuche ab.

1943, nach einem Luftangriff der Briten, die den Zweck der Anstalt in Peenemünde enttarnt hatten, gab Hitler den Befehl zur Massenproduktion der V2. Um ihre Herstellung vor weiteren Luftangriffen zu schützen, wurden Forschungsstab und Fabrikation in unterirdische Stollen im Harz bei Nordhausen verlegt. Die neugegründete KZ-Außenstelle Dora versorgte die unterirdische Anlage mit Zwangsarbeitern für die Produktion der V2 unter Leitung von Wernher von Braun, Walter Dornberger, Kurt Debus und Arthur Rudolph, die später gemeinsam am Gemini- und Apolloprogramm der USA arbeiten sollten. Von Überlebenden, deren es nicht viele gab, stammen Berichte über die unglaublich harten Arbeitsbedingungen und die Quälereien der SS. Schätzungsweise 20.000 Häftlinge starben an Auszehrung, Krankheit oder wurden hingerichtet wegen Arbeitsverweigerung oder Sabotage.

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs bildeten unter anderem auch die luftfahrtmedizinischen Forschungen von Dr. Hubertus Strughold und Dr.Siegfried Ruff eine Basis der US-amerikanischen Luftfahrt. Beide haben sich mit den physischen Auswirkungen der Luft- und Raumfahrt auf den Menschen beschäftigt. Aufgrund einer Absprache mit Himmler konnte Ruff in Dachau mit KZ-Häftlingen zahlreiche Tests in einer mobilen Unterdruckkammer durchführen. Bis zu 90 Häftlinge wurden bei diesen Experimenten getötet. Auf den Untersuchungen von Strughold basiert die Entwicklung des Raumfahrtanzuges, in dem John Glenn 1962 die Erde umkreiste. Auch Strughold hatte mit KZ-Häftlingen experimentiert.

Schon mit den ersten amerikanischen Truppen, die Nordhausen befreiten, kamen Militärexperten für Raketentechnik, die den Auftrag hatten, alle Wissenschaftler aus der Gruppe um Wernher von Braun sowie die Teams von Strughold und Ruff umgehend zu Verhören in die USA zu schleusen, unter Umgehung aller Richtlinien, die zu einer Anklage vor dem Nürnberger Tribunal geführt hätten. Alle in Peenemünde und Nordhausen führenden Wissenschaftler sowie Strughold wurden von den amerikanischen Militärbehörden als überzeugte Nazis identifiziert. Bei Wernher von Braun allerdings konnte nur festgestellt werden, daß er den Rang eines SS-Generals und sich mit seiner Arbeit in den Dienst der Nazis gestellt hatte. Immerhin blieb er laut Untersuchungsbericht ein Sicherheitsrisiko für die USA. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den US-Behörden, die in Übereinstimmung mit der offiziellen Propaganda ihren antifaschistischen Auftrag zu erfüllen suchten, und der im Hintergrund agierenden »Joint Intelligence Objectives Agency« (JIOA), die die »höheren« nationalen Interessen der USA vertrat, wurden hier offensichtlich.

Einzig Dr. Siegfried Ruff und Dr. Konrad Schäfer, ebenfalls ein Arzt, der luftfahrtmedizinische Untersuchungen durchgeführt hatte, konnten nicht rechtzeitig unter die Fittiche ihrer zukünftigen Gönner schlüpfen. Beide mußten sich der Anklage des Nürnberger Prozesses stellen, was ihnen jedoch nicht sehr geschadet hat: Am 20.8.1947 wurden sie freigesprochen.

Damit der Einbürgerung Wernher von Brauns nichts im Wege stand, ließ die CIA seine Akte im Document Center in Berlin säubern. Tom Bower hat diese Operation »Paperclip« in einem Feature für die BBC dokumentiert. Die mit Büroklammern (Paperclip) gekennzeichneten Personenakten führender Nazi-Wissenschaftler wurden soweit verändert, daß ihre ‘Weiterverwendung’ unproblematisch schien. In vielen Fällen reichte die Einfügung eines Wortes. In den Satz »He was an ardent nazi« (Er war ein überzeugter Nazi) wurde einfach das Wort »not« eingefügt.

All diese Zusammenhänge gehören zur Geschichte derRaumfahrttechnik und ihrer Ursprünge. Ihre Aufbereitung à la Peenemünde läßt ahnen, was vor allem Jugendlichen im neuen Deutschland noch an Identifikationsangeboten unterbreitet

werden wird.

Trotz einiger kritischer Beiträge im Gästebuch scheint das Echo auf das neue »Informationszentrum« grundsätzlich positiv zu sein. Die letzte Eintragung vor meinem Protest gegen dieses Machwerk stammt von einem ZDF-Fernsehteam, das sich sehr positiv über Ausstellung und Video äußerte und der Hoffnung Ausdruck gab, der eigene Bericht möge gleichermaßen gut geraten.

Unsere Phantasie hat vor zwei Jahren nicht ausgereicht, uns die Gegenwart auszumalen. Ich befürchte, unsere Phantasie wird jetzt nicht ausreichen, um uns klarzumachen, welche Konsequenzen die gegenwärtige »Neubewertung« der deutschen Geschichte noch haben wird.

Matthias Reichelt ist Mitarbeiter der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst(NGBK)und lebt in Berlin

Konkret 01/92, S. 52

**David Leigh**

# Deutschland-Tournee

**Ostdeutsche Neonazis mußten lange auf Veranstaltungen faschistischer Historiker wie David Irving oder Fred Leuchter verzichten. Seit dem Fall der Mauer aber touren diese nun umso erfolgreicher durch die ostdeutschen Gaue. Aufgefallen ist das bisher nur dem Londoner »Guardian«**

David Irving möchte, daß die Leute seine Arbeitskleidung bewundern. »Dieser Anzug hat bei Gieves & Hawkes 2.000 Pfund gekostet«, sagt er und zeigt den seidigen grauen Mohair zur Begutachtung vor.

Der Anzug taucht bei Irvings Deutschland-Touren immer wieder auf über einen Körper gehängt, so argwöhnt man, der weit älter und massiger ist, als der, an dem Irvings Savile-Row-Schneider Maß genommen haben muß.

Der Engländer im 2.000-Pfund-Anzug klettert auf die Ladefläche eines Lasters in Halle, einer düsteren Stadt in Ostdeutschland. »Rudolf Hess, ein deutscher Märtyrer!«, brüllt er einer Bande sieg-heilender gestiefelter Nazis zu, die seine Hitler-Imitation bewundern. »Ausländer raus!«, schreien sie zurück.

Es ist der 9. November, der Jahrestag des »Kristallnacht«-Pogroms gegen die Juden in Deutschland von 1938, als ähnliche Banden jüdische Läden zertrümmerten und Synagogen in Brand steckten. Damals riefen sie »Juden raus!«.

Diese Skinheads, alte Hitler-Anhänger und haßerfüllte junge Ostdeutsche sind eine merkwürdige Kundschaft für einen Mann, der einst als ernstzunehmender, wenn auch bilderstürmerischer Historiker galt, für den Autor kontroverser Bücher über die Bombardierung von Dresden, über Hitler, Churchill und das Dritte Reich.

Aber Irving ist gut von seinem politischen Abstellgleis heruntergekommen. Neonazistische Pogrome gegen Einwanderer und Flüchtlinge schockierten die Welt mit Bildern von Fremden, gesteinigt und mit Benzinbomben aus ostdeutschen Unterkünften gejagt. Doch nur wenigen ist klar geworden, daß Irving und seine revisionistischen Kollegen ihr Bestes getan haben, um diese Gewalt hochzukochen.

Irving begann seine Tour durch denehemaligen ostdeutschen Staat vor mehr als zwei Jahren, noch vor der Wiedervereinigung so der frühere Ostberliner Chef der Anti-Terror-Einheit, Bernt Wagner. »Er ging nach Dresden, Gera und Leipzig. Es ist heutzutage fast unmöglich, in den Schulen vernünftigen Geschichtsunterricht zu halten. Die jungen Leute haben herausgefunden, daß die Geschichte, die ihnen früher beigebracht wurde, fast nur aus Lügen bestand. Sie sehen in David Irvings Thesen große Ideen für die Zukunft, sie diskutieren sie in Schulen und Jugendklubs.«

Irving selbst brüstet sich mit den Erfolgen seiner Tour: »45 Jahre lang hielt man sie wie unter einer Käseglocke ich hätte ihnen alles erzählen können, puren Unsinn, und sie hätten es geglaubt. Sie saßen da wie Entlein in der Mitte des Teiches, deren Mutter fort ist. Sie wußten nicht, wohin sie schwimmen sollten.«

Irvings Botschaft an die verwirrten Ostdeutschen ist im wesentlichen, daß Hitler in Ordnung war. Er behauptet, daß Churchill von den Juden bezahlt worden sei; daß die Juden Großbritannien in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen hätten; daß die früheren kommunistischen Regimes von Juden beherrscht wurden; und daß die Juden noch immer großen Einfluß auf den Lauf der Welt haben.

Gaskammern haben niemals existiert, fügt er hinzu. Einmal erzählt er, britische Propagandaleute hätten sie 1943 erfunden; ein anderes Mal, daß die Gaskammernin Auschwitz eine Fälschung seien, die die Polen am Ende des Krieges errichtet hätten. Und selbst wenn es Pläne zur Vernichtung der Juden gegeben haben sollte, habe Hitler davon nichts gewußt.

Irvings intellektueller Vorsatz ist es, zu zeigen, daß Churchill mehr Deutsche durch Bombardements umbrachte, als man denkt. Und daß, umgekehrt, Hitler weniger Juden umgebracht hat. Daß also der eine so böse war wie der andere, die Geschichte aber von den Siegern geschrieben worden ist. Quod erat demonstrandum.

Man mag das abtun als Hirngespinste eines kranken Kopfes. Aber man trifft immer wieder aktive junge Nazis in Ostdeutschland (und auch in London), die diese Ideen aufgeschnappt haben. In Cottbus, einem Zentrum der Gewalt gegen »Fremde« in Ostdeutschland, sagte mir der dortige Nazi-Anwerber Frank Hübner, daß er auf vielen von Irvings Veranstaltungen war: »Er beweist, daß die Massenmorde niemals stattgefunden haben.«

Das KZ Sachsenhausen vor Ostberlin war ein antifaschistisches Museum des kommunistischen Regimes. Arnulf Priem, einer der Nazi-Führer, leugnete an Ort und Stelle, was er doch mit eigenen Augen sah: Das war eine kommunistische Erfindung, sagte er. David Irvings Werke seien der erste Versuch einer wirklich unabhängigen Forschung. Und er plapperte Irvings Behauptung nach, daß die Gaskammern eine Lügengeschichte der britischen politischen Kriegsführung seien, erfunden 1943. In London kann man die gleiche Geschichte hören.

Junge Skinheads, die der rassistischen britischen Band »Screwdriver« anhängen auch diese wird jetzt häufig nach Ostdeutschland eingeladen , wiederholen voller Überzeugung dieselbe Geschichte: Die Gaskammern haben nie existiert.

In diesem Monat schmuggelte Irving einen weiteren amerikanischen Revisionisten, Fred Leuchter, in eine Versammlung in der Chelsea Town Hall. Leuchter behauptet, bewiesen zu haben, daß in Auschwitz keine Reste von Zyklon-B gefunden worden seien.

Das Innenministerium hat Leuchter aus England ausgewiesen. Nachdem er angekündigt hatte, daß sein Thema »Der Gaskammer-Mythos und meine Verfolgung durch die Juden« hieß, wurde er festgenommen und abgeschoben. Doch eine lange und einträgliche Deutschlandtournee hatte er bereits abgeschlossen. Ghanaer, Rumänen, Sinti und Roma sowie Polen, die unter Steinhagel in Deutschland fliehen, mögen noch nie von David Irving und der intellektuellen Munition, die er ihren Verfolgern verschafft, gehört haben. Sowenig wie die Bengalen, die in Brick Lane rassistischen Angriffen ausgesetzt sind. Doch die Vorstellungen des Mannes mit dem 2.000-Pfund-Anzug sind weiterhin schlecht für ihre Gesundheit.

*David Leigh ist Reporter der BBC. Der Abdruck seines Artikels erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Londoner Tageszeitung »Guardian«, in der er am 27. November 1991 erschien. Übersetzung: Boris Gröndahl*

Konkret 01/92, S. 54

**Armin Trus**

# »Eine klare Neigung«

**In Ausstellungen und Buchveröffentlichungen zur Geschichte der »Landes-Heil- und Pflegeanstalt« Hadamar zeichnet der Landeswohlfahrtsverband Hessen ein Bild der NS-»Euthanasie«, das nationalsozialistische Normalitätsvorstellungen transportiert**

Den Opfern der nationalsozialistischen Zwangssterilisierungs- und »Euthanasie«-Programme ist in der Bundesrepublik lange Zeit kaum Aufmerksamkeit geschenkt worden. Dieses Schicksal teilen sie mit Sinti und Roma, Zwangsarbeitern, Homosexuellen und den durch die NS-Militärjustiz Ermordeten. Nicht zuletzt dem 1987 gegründeten »Bund der 'Euthanasie'-Geschädigten und Zwangssterilisierten« und der »Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie« ist es zu verdanken, daß sich in den letzten Jahren an diesem Umstand wenigstens einiges geändert hat. Davon zeugen nicht nur zahlreiche Buchveröffentlichungen; auch etliche thematisch orientierte Veranstaltungsreihen in Universitätsstädten (Hamburg, Heidelberg, Frankfurt/M. u.a.) sowie Ausstellungen in verschiedenen, an der nazistischen »Euthanasie«-Aktion beteiligten Krankenhäusern (Brandenburg, Korb, Gießen, Bad Schussenried u.a.) indizieren das endlich erwachende Interesse. In den meisten Fällen geht die Auseinandersetzung mit diesem Teil der NS-Vernichtungspolitik auf die Initiative von studentischen Fachschaften oder einzelnen »kritischen« Psychiatriebeschäftigten zurück.

Im Bundesland Hessen allerdings hat sich mittlerweile ein öffentlicher Träger psychiatrischer Krankenhäuser an die Spitze der Vergangenheitsbewältigungsbewegung gesetzt. Die Rede ist vom Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV - Sitz der Hauptverwaltung ist in Kassel), dem Rechtsnachfolger des Bezirksverbandes Hessen, der während der NS-Zeit Träger von mehreren an der »Euthanasie«-Aktion beteiligten sog. Heil- und Pflegeanstalten war. 1991 präsentierte er der Öffentlichkeit gleich zwei Ausstellungen nebst Begleitbänden: die Wanderausstellung »Euthanasie in Hadamar« und die Dauerausstellung im PK Hadamar »Verlegt nach Hadamar«. Da sich historische Arbeiten - seien es Texte oder Ausstellungen - je nach politischer Orientierung der Verantwortlichen unterscheiden, lohnt ein Blick auf die Lesart der »Euthanasie«-Geschichte, die die Darstellung des öffentlichen Trägers LWV prägt, zumal der Bund es an finanzieller Unterstützung für beide Ausstellungen nicht hat fehlen lassen.

Im Rahmen des nationalsozialistischen »Euthanasie«-Programms, mit dem die Nazis eine »leidensfreie« Gesellschaft mit geistig wie körperlich voll einsatzfähigen Individuen schaffen wollten, kam der »Landes-Heil- und Pflegeanstalt« Hadamar bei Limburg eine zentrale Rolle zu. Von Januar bis August 1941 ermordeten hier Ärzte und Pflegepersonal mehr als 10.000 als »lebensunwert« eingestufte Menschen durch Kohlenmonoxydgas. Ort des Verbrechens war das heute noch bestehende damalige Hauptgebäude der Anstalt, in dessem Keller eine 13 qm große, als Duschraum getarnte Gaskammer, zwei Seziertische und zwei Verbrennungsöfen für die Leichen installiert waren. Die Angehörigen der Ermordeten erhielten vom neu eingerichteten »Standesamt Hadamar-Mönchberg« eine Sterbeurkunde mit falscher Todesursachenangabe sowie einen »Trostbrief«. Auch der Teil der Anstalt, in dem sich seinerzeit Standesamt und Trostbriefabteilung befanden, besteht heute noch.

Von August 1942 bis zur Befreiung der »Hadamar Murder Mill« durch US-amerikanische Streitkräfte Ende März 1945 wurden weitere etwa 5.000 Menschen, sog. »psychisch Kranke« und »geistig Behinderte«, sog. »halbjüdische« Fürsorgezöglinge, Insassen von Altersheimen, angeblich an Tuberkulose erkrankte oder als »geisteskrank« bezeichnete Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter - vor allem aus Polen und der Sowjetunion - und »kriegsuntauglich« gewordene Angehörige von Wehrmacht und SS durch Injektionen, Tabletten oder systematischen Nahrungsmittelentzug umgebracht.

Kurz nach Kriegsende wurde aus der »Landes-Heil- und Pflegeanstalt« das Psychiatrische Krankenhaus Hadamar, dessen Träger seit 1953 der LWV ist. In ihm befinden sich heute etwa 350 Patientinnen und Patienten, wobei die Schwerpunkte der »Fürsorge« im gerontopsychiatrischen und im Suchtbereich liegen. Ebenso gehören zum PK Hadamar ein sog. Maßregelvollzug für straffällig gewordene Drogenabhängige, eine Krankenpflegeschule sowie die Gedenkstätte für die Opfer der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Verbrechen.

1983 wurde auf Initiative des damaligen ärztlichen Leiters des PK, Wulf Steglich, und seines Kollegen Gerhard Kneuker von den Gießener Studenten Herwig Gross, Matthias Hamann und Jan Sörensen sowie dem Lehrer Peter Chroust eine Dokumentationsausstellung erarbeitet, die erst kürzlich von der neuen Dauerausstellung »Verlegt nach Hadamar« abgelöst worden ist.1 Befand sich die alte Gedenkausstellung mit ihren im Laufe der Zeit gewellten Papptafelnnoch in den relativ schmutzigen Kellerräumen, also in unmittelbarer Nähe zur ehemaligen Gaskammer, und konnte sie nur unter widrigen Luft- und Lichtverhältnissen besichtigt werden, so hat es ihre Nachfolgerin sehr viel besser getroffen. Luft und Licht im Erdgeschoß sind in Ordnung, die Ausstellung ist schön und sauber, allerdings etwas unübersichtlich. Im Keller informieren jetzt kurze Texte auf Metallplatten über die historische Funktion der einzelnen Räume; ansonsten stehen dort nur noch fünf Stelen, die exemplarisch über das Schicksal der ermordeten Psychiatriepatientinnen und -patienten Auskunft geben sollen.

Wie sieht nun das Bild aus, das die Darstellung des Landeswohlfahrtsverbandes von der Geschichte der NS-Euthanasie zeichnet?

Die auch im Regierungsbezirk Wiesbaden zunehmende Bevölkerungszahl Ende des 19. Jahrhunderts ... bewirkte einen Anstieg der verwahrungsbedürftigen registrierten (!) Geisteskranken. So wurden im nassauischen Raum zwischen 1849 und 1912 vier große kommunale Irrenanstalten gegründet.« So heißt es im Begleitband zur Ausstellung »Verlegt nach Hadamar« (wenn nicht anders angegeben, stammen die folgenden Zitate aus diesem Katalog), und so einfach ist das: Steigt die Bevölkerungszahl, nehmen auch die »verwahrungsbedürftigen Geisteskranken« zu (die allerdings bei der Registrierung kaum auf ihr Verwahrungsbedürfnis hin befragt wurden) und mit letzteren die Irrenanstalten. Da die Bevölkerungszahl während des gesamten 19. Jahrhunderts gestiegen ist, bleibt die Frage offen, wieso nicht schon vorher vermehrt psychiatrische Anstalten gegründet worden sind.

Was die für Ausstellung wie Begleitband in erster Linie verantwortlich zeichnende LWV-Historikerin Bettina Winter in diesem Zusammenhang offensichtlich nicht interessiert, ist die Rolle, die die Medizin mitsamt ihrer Teildisziplinen Psychiatrie und Sozialhygiene am Ausgang des 19. Jahrhunderts bei der Erfassung von gesellschaftlichen »Störungsgruppen« gepielt hat. Es ist erstaunlich, daß der seinerzeit wohl bedeutendste Psychiater Emil Kraepelin in der gesamten Ausstellung mit keinem Wort erwähnt wird. Immerhin hat Kraepelin nach den Kriterien von Prognose und Symptomatologie eine - bis heute weitgehend gültige - Systematik der Geisteskrankheiten entwickelt, die nach ihrer inneren Logik zu Aussonderungsmaßnahmen sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch der psychiatrischen Anstalten führen mußte. Durch seine Theorie von der Vererbung »krankhafter Zustände« und einer »Entartung«, die beispielsweise als Folge einer »Keimschädigung« (durch Alkohol oder Syphilis) auftreten könne, und durch seine experimentalpsychologischen Arbeiten, mit denen er die gesellschaftliche Brauchbarkeit des Individuums, das heißt besonders seine Arbeitsfähigkeit, anhand einer »Arbeitskurve« feststellen wollte, bereitete er den Weg für eine Psychiatrie, die das ihr immanente destruktive Potential dann unter den Rahmenbedingungen des NS-Herrschaftssystems voll entfalten konnte.

Während Ausstellung und Katalog »Verlegt nach Hadamar« die Verbreitung rassistischer und eugenischer Vorstellungen in der medizinischen Disziplin (und durch sie) vollständig ausblenden, präsentieren sie in einem bemerkenswert inkompetent zusammengeschusterten Abschnitt zur »Diskussion um die Vernichtung ‘lebensunwerten Lebens’« als ideologische Wegbereiter der NS-Vernichtungspolitik die geläufigen Namen Darwin, Gobineau, Ploetz und Schallmayer. (Übrigens fehlen u.a. Haeckel, Galton, Tille, Forel, um nur vier - sicherlich nicht weniger einflußreiche - Groß- und Kurzdenker der »rassistischen Internationale« (Michael Billig) zu nennen.) Nun soll keineswegs die Relevanz der Ideengeschichte für die Grundlegung der NS-»Euthanasie« bestritten werden; zu kritisieren ist jedoch, daß durch derlei Schwerpunktverschiebung eine Apologie der psychiatrischen Disziplin erfolgt, in der die verschiedenen Minderwertigkeitstheorien schließlich nicht ohne Grund auf fruchtbaren Boden fielen, wenn sie nicht sogar von ihr mitbegründet wurden. Da dem LWV kaum an einer - in diesem Zusammenhang nötigen - radikalen Kritik der Psychiatrie, die ja auch heute als Vernunft- und Normalitätspolizei waltet, gelegen ist, dürfte solche Geschichtsklitterung ganz in seinem Interesse sein.

Mehrmals hätte die LWV-Historikerin auf die Funktion der Psychiatrie als gesellschaftliche Sittenwächterin hinweisen können. Doch die von ihr zitierten Stimmen aus dem Umkreis der Psychiatrie der Weimarer Republik, die der nazistischen Praxis bereits vorarbeitete, sind für sie nur Zeichen der Anpassung an einen gesamtgesellschaftlichen Trend und nicht Ausfluß einer gesellschaftlich vermittelten Werteskala, an deren Zustandekommen die Psychiatrie durch die Bestimmung von Krankheitsbildern und (Un-)Heilbarkeitsprognosen fleißig mitgearbeitet hat und derzufolge nur noch der/diejenige als Mensch gilt, der/die der Gemeinschaft nicht zur Last fällt.

Die Exkulpation der Psychiatrie, die sich wie ein roter Faden durch den gesamten Katalogtext zieht, führt die Verfasserin auch zu schwerwiegenden Fehlinterpretationen. So schreibt sie beispielsweise: »Haupttäter der ‘Euthanasie’-Verbrechen waren die Ärzte. Sie beteiligten sich als Gutachter, Obergutachter und Tötungsärzte in den Anstalten, sie pervertierten ihre Berufsaufgabe, vernichteten, anstatt zu heilen.« Was die offenbar einem naiven »Perversions«-Interpretationsmuster anhängende LWV-Historikerin nicht erfaßt, ist der entscheidende Wandel des ärztlichen Selbstverständnisses »vom Arzt des Einzelwesens« (Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti) zum »treuen Wächter am Ufer des Erbstroms der Deutschen« unter dem Nationalsozialismus, wie es 1934 ein sächsischer Arzt ausdrückte. Die nationalsozialistische Praxis der »Euthanasie« entsprach doch gerade der bevölkerungspolitischen Orientierung des Gros’ der deutschen Ärzteschaft: Einerseits galten die zu tötenden Patientinnen und Patienten nicht mehr als Menschen, andrerseits war die Bedeutung des/der Einzelnen seit Ende des 19. Jahrhunderts gegenüber der Wertschätzung des Volksganzen generell zurückgetreten. Die Tötung der »Ballastexistenzen« als quasi-chirurgischer Eingriff am »deutschen Volkskörper« war für die Ärzteschaft zu einem wichtigen Schritt auf dem Weg zu seiner »Gesundung« geworden. Weil eben nicht mehr das Individuum auf dem Krankenbett lag, sondern das gesamte Volk, kamen auch die wenigsten der »Euthanasie«-Ärzte mit ihrem hippokratischen Eid in Konflikt.

Indem sie unseren Blick auf die NS-Verbrechen und ihre geradlinig konstruierte Vorgeschichte richtet, die Nachgeschichte aber geflissentlich übersieht, verwischt Winter weitere Kontinuitätslinien. Während die alte Ausstellung noch auf Kontinuitäten im Denken einzelner an der NS-»Euthanasie« beteiligter Ärzte nach 1945 hingewiesen hatte, vermeidet »Verlegt nach Hadamar« jeglichen Hinweis auf derlei Zusammenhänge. Weder ist etwa von Werner Catel, einem Hauptorganisator der sog. »Kindereuthanasie« die Rede, noch von Gerhard Kloos, dem ehemaligen Leiter der »Kinderfachabteilung« Stadtroda/Thüringen. Beide haben ihre während des Nationalsozialismus an den Tag gelegten Überzeugungen nach dem Ende des Krieges kaum geändert, was ihrer Karriere in der BRD jedoch keinen Abbruch tat.2

Besonderen Wert legt die neue Ausstellung auf die Darstellung der Opferschicksale. Weil es kaum Zeugnisse von Opfern gebe, »wurde bei Katalog und Ausstellung zumindest der Versuch unternommen, Opfer dieser NS-Verbrechen anhand überlieferter Lebensgeschichten vorzustellen und uns durch diese Menschen sagen zu lassen: ‘Mensch achte den Menschen’« (Winter).3 Bei der Umsetzung dieses Versuches fällt zweierlei auf.

1.Die Lebensgeschichten sind bis auf wenige Ausnahmen Krankengeschichten auf der Basis der Krankenakten. Das hat zur Folge, daß in der Beschreibung dieser Krankengeschichten jegliche kritische Distanz zur (nur damaligen?) ärztlichen Diagnosestellung fehlt. Was soll man etwa von den folgenden Sätzen halten?: »Als er zwei Wochen sehr erregt war, Wahnvorstellungen bekam und seine Frau bedrohte, wurde er in das Diezer Krankenhaus eingeliefert und von dort sofort nach Hadamar überführt. Die Hadamarer Ärzte behandelten ihn erfolgreich mit der Schock-Therapie.«? Hatte der Patient nach der Schock-Behandlung vielleicht überhaupt keine Vorstellungen mehr, also auch keine Wahnvorstellungen? Wir erfahren es nicht. Er gilt jedenfalls in den Augen sowohl der Hadamarer Ärzte als auch der Kasseler Historikerin als »gesundheitlich wiederhergestellt«. Indem letztere somit den Blick, mit dem die Ärzte ihre Patienten begutachteten, gleichsam übernimmt, ihn letztlich universalisiert, ist sie an ihrem begrüßenswerten Vorhaben, die Lebensgeschichten der Opfer vorzustellen, schon gescheitert.

2. Bei den Fallbeispielen zwangssterilisierter bzw. ermordeter Patientinnen und Patienten handelt es sich in der Regel um Menschen, denen äußerlich weder Anzeichen von Krankheit noch von Behinderung anzusehen und die eher als Psychiatrie-irrelevante Fälle zu betrachten sind. Ersteres verwundert nicht, denn die Durchsicht der Patientenakten nach ausstellungsrelevantem Fotomaterial erfolgte gemäß einer - mehrfach belegten - Direktive aus Kassel: »Die sollen nicht so deppert aussehen!« Die äußere Erscheinung der exemplarisch ausgewählten Patientinnen und Patienten wie auch deren stets relativ harmloses Krankheitsbild legen den Verdacht nahe, daß die Gesamtheit der NS-»Euthanasie«-Opfer nachträglich eine »Normalisierung« erfahren soll. Die didaktische Intention ist dabei offensichtlich: NS-Schergen ermordeten »normal« - und nicht »deppert« - aussehende und keineswegs »schwere«, sondern eher »harmlose Fälle«, Menschen wie dich und mich. Die Gefahr einerderartigen Darstellung erschließt sich erst beim zweiten Hinschauen: Durch die Ausklammerung schwer psychisch Kranker und geistig Behinderter, die bestimmten ästhetischen Normen nicht entsprechen und die ja gerade auch Opfer der »Euthanasie«-Verbrechen waren, werden diese einer neuerlichen Diskriminierung preisgegeben. Ja, es läßt sich behaupten, daß die präsentierte »Auslese« einer pädagogischen Absicht folgt, die - gewiß ungewollt - nationalsozialistische Normalitätsvorstellungen transportiert bzw. reproduziert, so als erschienen im nachhinein die NS-Verbrechen weniger grauenvoll, wenn ihnen »nur« sog. Schwerstbehinderte zum Opfer gefallen wären. Es hat ganz den Anschein: Mit der Ausstellung werden auch die Opfer »schöner«.

Wo von den nationalsozialistischen Verbrechen die Rede ist, wird Sprache schnell zu einem Problem. Christina Vanja, die Leiterin des Referates »Archiv, Gedenkstätten, Historische Sammlungen« beim LWV, und Martin Vogt, der wissenschaftliche Leiter der Bibliothek des Instituts für Europäische Geschichte Mainz und außerplanmäßige Professor an der TH Darmstadt, haben in dem Begleitband zur LWV-Wanderausstellung »Euthanasie in Hadamar« unter dem Titel »’Zu melden sind sämtliche Patienten...’« einen »Überblick zur Einführung« geschrieben, der diesen Befund eindrucksvoll bestätigt. Einige Auszüge:

»Trotz mancher Warnungen und moralischer Einsprüche hatte die Einstellung gegenüber Behinderten, Kranken und Randgruppen in Deutschland als Konsequenz des Verlaufs und der Folgen des Ersten Weltkriegs eine klare Neigung hin zu besonderen Behandlungen mit Sterilisation und Tötung genommen.« Neigen Sie nicht auch manchmal zu einem bißchen Sonderbehandlung mit Tötung? Pardon.

»’Immer wieder wird aus dem sonst gesunden Schoß unseres Volkes im Rätsel des Erbganges und des Lebensspiels ein dunkler Keim aufsteigen und Mensch werden.’ (Zitat Himmler, A.T.) Mit diesen mystifizierenden Formulierungen bewegte sich Himmler in einem Raum, der dadurch gekennzeichnet ist, daß er Geschehensformen enthält, die für die Nationalsozialisten nicht nachvollziehbar waren und daher bei ihnen zu immer stärkerer Ausgrenzung führten.« Wie bitte???

»Hitler erließ diese Vollmacht (gemeint ist Hitlers auf den 1.9.1939 zurückdatiertes »Gnadentod«-Schreiben an den Chef der »Kanzlei des Führers«, Philipp Bouhler, und seinen »Begleitarzt« Karl Brandt, das in der Fachliteratur meist als »Ermächtigungsschreiben« oder »Gnadenerlaß« ausgegeben wird, A.T.) in der Überzeugung, die auch von seiner

Umgebung geteilt und unterstützt wurde, über dem Gesetz zu stehen, und in Ablehnung aller formalen Bedenken, die die von ihm verachteten Juristen künftig noch vortragen würden. ... Es bleibt allerdings zweifelhaft, ob sie (die »Vollmacht«, A.T.) - hätte sie selbst nach objektiven Kriterien überhaupt Rechtskraft besessen - ausgereicht hätte, die ersten Morde an Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten abzusichern«. Ein solches Bemühen um den Nachweis der »Unrechtmäßigkeit« der NS-»Euthanasie«-Praxis ist - gelinde gesagt - obszön. Was wäre denn gewonnen, wenn die Nazis in Übereinstimmung mit den Gesetzen gemordet hätten?

»Bestanden Anstaltsleitung und Personal darauf, bestimmte Patienten zu schützen, die als besonders gut arbeitsfähig erschienen, kam es immer wieder vor, daß dann andere Behinderte an ihrer Stelle in den Tod geschickt werden mußten.« Auslese muß schließlich sein.

»Die hohe Zahl der Opfer ist auch nicht damit zu entschuldigen, daß sie den Raum für die Verletzten des Krieges an der Front und durch die Bombenangriffe geschaffen hätten, da auch unter ihnen Opfer für die als 'Euthanasie' ausgegebenen Liquidationen waren.« Suchen Verfasserin und Verfasser etwa nach Entschuldigungen für die »Liquidationen«?

In »Euthanasie in Hadamar« findet sich auch ein Beitrag der LWV-Historikerin Winter (»Hadamar als T4-Anstalt 1941 - 1945«). In ihm treten ebenfalls Probleme mit der adäquaten sprachlichen Darstellung der NS-»Euthanasie« zutage. Dafür nur ein Beispiel: »Nun gab es vielerorts Anstalten der 'wilden Euthanasie', in denen die Kranken mit Medikamenten und Hungerkuren gemordet wurden.« Es ist wirklich sonderbar: Da schreibt Winter in »Verlegt nach Hadamar«: »Auch unsere Sprache als wichtiges Kommunikationsmittel kann versagen, wenn wir über den Massenmord sprechen. Gerade der Sprachgebrauch ist sensibelster Seismograph für den Umgang mit Erinnerung. Deshalb ist ein sorgfältiger Umgang mit Worten und Wortdeutungen dringend notwendig, damit die Verbrechen nicht technisiert und die Opfer nicht ein zweites Mal entwürdigt werden« - und verwendet zur Bezeichnung des Mords durch systematischen Nahrungsmittelentzug die euphemistische Vokabel »Hungerkur«.

Diese Beispiele, die sich nahezu beliebig vermehren ließen, zeigen, daß die LWV-Geschichtsschreibung nicht einfach nur an ihrer Begrifflichkeit zuschanden wird. Die Mystifizierung und Verfälschung des tatsächlichen Geschehens mit sprachlichen Mitteln bzw. seine Beschreibung aus der Perspektive der Täter »technisiert« das Verbrechen und entwürdigt die Opfer ein zweites Mal.

Hadamar ist heute das Synonym für die 'Euthanasie'-Morde an psychisch kranken und geistig behinderten Menschen während der Zeit des Nationalsozialismus und seit 1983 Gedenkstätte für die Opfer dieser Verbrechen.« Mit dieser schlichten Aufzählung beginnt die Einleitung zum Katalog »Verlegt nach Hadamar«. Daß an dieser Stelle der Hinweis fehlt, daß die Anstalt trotz der historischen Belastung nach wie vor Stätte für psychisch Kranke und geistig Behinderte ist, markiert ein Problem, das mit der räumlichen Koexistenz von Gedenken und Psychiatrie verbunden ist. Wenn Hadamar Synonym - an anderer Stelle heißt es »Symbol« - für Massenmord ist - und niemand wird das bezweifeln , wie kann man dann psychisch Kranken und geistig Behinderten zumuten, an diesem Ort entweder »freiwillig« zu verweilen oder zwangsweise eingeliefert zu werden? Traut man ihnen nicht zu, sensibel für Synonyme zu sein?

Es scheint, als sei der LWV der Meinung, daß auch die Patientinnen und Patienten seine »damals pfui - heute hui«-Einstellung zur Psychiatrie ohne weiteres teilen. Jedenfalls verschwendet er keinen Gedanken an die Frage, welche Bedrohung noch heute vom Ort 'Hadamar' für Patienten ausgehen muß, die während der NS-Zeit dorthin gekommen und zwangssterilisiert bzw. ermordet worden wären, oder welche Gefühle die Mitglieder der aus Patienten zusammengestellten Arbeitskolonne4 bewegen, wenn sie freitags die Kellerräume inklusive der ehemaligen Gaskammer reinigen müssen. Doch nicht nur ältere Patienten, auch die jüngeren wissen, was Hadamar bedeutet. Besonders die Insassen des »Drogenknasts«, der noch vor einigen Jahren mit Stacheldraht umgeben war, sind in der Lage, die Kontinuitätslinien psychiatrischer Praxis und ihres therapeutischen Instrumentariums vom Nationalsozialismus bis in die Gegenwart zu verfolgen. In merkwürdiger Verkennung der Zusammenhänge werden von seiten des Hadamarer Ärzte- und Pflegepersonals entsprechende Äußerungen als nicht ernstzunehmende Provokationen abgetan.

Auch die Mitarbeiterin der Gedenkstätte hat mit der Aufrechterhaltung des Psychiatriebetriebs in der ehemaligen »Euthanasie«-Einrichtung keinerlei Schwierigkeiten, im Gegenteil: »Fragen zum Psychiatrischen Krankenhaus und zum Wandel der Psychiatrie können in der Gedenkstätte Hadamar gestellt und beantwortet, neue Toleranz aufgebaut werden. So ist die Gedenkstätte im Psychiatrischen Krankenhaus auch die Gedenkstätte der in Hadamar lebenden Menschen.« Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, wird einfach dekretiert: »Sie haben keine Angst vor ihr und erleiden keine Schäden durch die Nähe zu der schrecklichen Vergangenheit« (Winter in »Verlegt nach Hadamar«).

Das las sich 1989 noch ganz anders: »Im Haus 5 (ehemaliges Hauptgebäude, A.T.) leben psychisch kranke alte Menschen, die zum Teil damals bereits hier waren. Alle Gedenkstättenbesucher werden von ihnen scharf beobachtet, ob sie auch wieder aus dem Keller herauskommen, in dem sich Ausstellung und die ehemalige Gaskammer befinden. Manche fragen auch direkt, ob 'das' nicht doch irgendwann wieder gemacht wird.« Dann wird es vollends makaber: »Es hilft also auch

den Patienten, ihre Ängste zu verlieren, wenn sie sehen, daß viele Leute freiwillig hineingehen und wieder lebend herauskommen.«5

**Anmerkungen**

1)Der Katalog zur alten Ausstellung ist im Buchhandel erhältlich: Chroust u.a.: »Soll nach Hadamar überführt werden.«, Mabuse-Verlag, Frankfurt/M. 1989

2) Prof. Dr. Dr. Werner Catel war einer der drei Gutachter des »Reichsausschusses zur Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden«, nach deren »Begutachtung« mindestens 5.000 Kinder in den insgesamt 33 sog. Kinderfachabteilungen ermordet wurden. Nach 1945 - immer noch scharfer Verfechter der Tötung behindert geborener Kinder - war er zuerst Chefarzt an einer hessischen Klinik, bis er 1954 an die Universität Kiel berufen wurde. Auch Prof. Dr. Dr. Gerhard Kloos wurde nach 1945 trotz seiner Beteiligung an der »Kindereuthanasie« nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Der Verfasser eines einflußreichen Lehrbuches aus dem Jahre 1944 (!) - ohne gravierende Änderungen bis 1972 neunmal aufgelegt - wurde 1954 ärztlicher Direktor der psychiatrischen Landesklinik in Göttingen.

3) »Mensch achte den Menschen« ist die Inschrift eines Obelisken, der 1964 auf dem längst eingeebneten Hadamarer Anstaltsfriedhof zum Gedenken an die »Euthanasie«-Opfer errichtet wurde. Bis heute ist diese Stele der einzige Hinweis auf diesen Friedhof, auf dem zwischen 1942 und 1945 die Leichen von mindestens 4.000 ermordeten Menschen in Massengräbern verscharrt wurden.

4) Darunter ein Mann, der 1944 nach Hadamar »verlegt« wurde.

5) Ingrid Krupp: Gedenkstätte Mönchberg-Hadamar, in: LWV (Hg.): Psychiatrie im Nationalsozialismus, Kassel 1989, S. 114.

**Euthanasie in Hadamar. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik in hessischen Anstalten, hrsg. v. LWV, Kassel 1991, 25 Mark;**

**Verlegt nach Hadamar. Die Geschichte einer NS-»Euthanasie«-Anstalt, hrsg. v. LWV, Kassel 1991, 15 Mark**

*Armin Trus ist Historiker und lebt in Gießen*

Konkret 01/92, S. 58

**Hermann Peter Piwitt**

# Piwitt's Siebensachen

Katze, sage ich zu meiner Katze, während wir zusammen fernsehn, sie auf den Hinterbeinen zwischen meinen Füßen auf dem Hocker, Katze, sage ich, Du mußt nicht denken, daß wir Zweibeiner alle so sind! - Und es fehlte noch, und man würde vor diesem völlig ungebrochenen, verfressenen Quälgeist und Schlafriesen schamrot werden nur wegen dem da auf der Mattscheibe, der Dumpfbacke, die nun, viel zu früh, den Löffel ab - denn wie köstlich hätte man sich noch von ihm anöden lassen können, Kohls Rück- und Nachtseite: Kinski.

*

Warum unsereins sich nicht mehr einmische, fragen Freunde in fremden Städten; als ob ein Dichter nicht auch einen Beruf hätte, nämlich eben den! Eh, daß einem der Ekel alle Sprache verschlägt... Anbei die Liste der hoffnungslosen Fälle, zu denen der Obengenannte in Zukunft zu schweigen sich bemühen wird:

1. R.-R., Frankurter Redakteur i.R.: als schlicht liebenswertester unter den Hochdebilen und aller Gremlins Vertobtester.

2. Frauen als Hoffnungsträger: wenn man sie so seibern sieht auf allen Kanälen, Institutionshuren, wie die Männer es ihnen zu sein vorleben; gegen die man eben noch gemeinsam hat stark sein wollen; sich einmischend eben noch - und schon vereinnahmt. Die andern zur Ohnmacht verdammt.

Ihre Titel allein (Titel noch der Besten!): »Süchtig nach Leben«. »Losgelebt«. »Mit Leidenschaft«. »Lebe wild und gefährlich« ... Mein Kopf, mein Kopf.

3. Die Deutschen: so wie das Reich nie aufgehört hat, in ihnen zu arbeiten, zu wuchern, der Tumor, sooft er auch schon unterm Messer war; nun von neuem über die inneren und äußeren Kontinente sich rundend, vollendend, heilig blutend Herz.

Hundert Jahre wäre der große, leider un-erhörte Henry Morgenthau in diesem Jahr geworden. Eine Kerze ihm ins Fenster, zur Weihnacht!

4. Hamburg: keine dumpfere Stadt, die schöner grün wäre. Keine, wo mehr und schlimmere Kacknasen auf dem Medien-Strich mehr Geld verdienten; immer in Panik, in welche Antik- und Designläden, Boutiquen und Restaurants sie es tragen sollen. Und diese Panik heißt dann 'Sinnlichkeit'.

5. Europa: und was da eben so alles 'heimkehrt' wie zum Hort eines Humanum, in des Globus traditionell übelstes Räubernest.

6. Zivilgesellschaft und ihre Fürsprecher: endlich soviel zusammengeräubert, daß man es sich auch mal leisten kann, ein bißchen lässiger miteinander umzugehen; und gleich geglaubt, es vollziehe sich am homo erectus hier und heute zum erstenmal eine Gnade der Evolution. Wenn die Verteilungskämpfe wieder losgehn - und es plänkelt ja schon wieder mächtig - ist der Dichter hoffentlich tot.

7. Selbstbestimmungsrecht der Völker: wenn man so sieht, wie überall die noch leidlich gutbetuchten sich vom Hof machen und nur die ärmsten kuscheln noch bei den Resten der Glucke. Als ob Abraham Lincoln es nicht vorgemacht hätte, wie man verfährt mit - wenn sie abhaun will - der reichen Verwandtschaft!

*

Abspann RTL plus: »Unsere Moderatoren werden ausgestattet von...« (es folgen die Namen der Modehäuser und Schminkinstitute). Und hinterlegt die ersten Takte des 'Rex tremendae' aus Mozarts 'Requiem'. Tja, lieber Gott, Zeit nun wirklich, den Hintern zu lüften über 10o Länge/54o Breite für die endgültige Riesenknacker. Aber was tut der? Drückt nur ... und drückt. Kommt einfach nicht rüber damit.

*

Ist das die Möglichkeit? Daß man auf dem Empfang eines großen deutschen Buchverlags heutzutage noch einem richtigen Autor begegnet? Aber immer. Hoffmann & Campe lud zur Einweihung seines neuen Verlagshauses, und wen treffe ich? Außer mir? Surminski. Ein liebenswürdiger Mann. Er trug ein geblümtes Hemd und eine Krawatte. Und kurz redeten wir über gemeinsame Bekannte. Ein Buch von ihm werde ich mir trotzdem nicht kaufen. Zu teuer. Vielleicht erwerbe ich aber einmal käuflich: »Hamster richtig pflegen und verstehen« aus demselben Konzern. Das ist billiger. Im Tal der Nidda bei Frankfurt-Bonames fand ich vor 40 Jahren auf einem abgeernteten Getreidefeld einmal einen richtigen. Ihm war ein Ohr

abgeschnitten. Einen Nachmittag hieß er »Malchus«. Er starb gegen Abend.

*

Im etwas langatmigen Alterswerk José Saramagos: »Handbuch der Malerei und Kalligraphie« zwei grandiose Seiten: der Tod eines Spatzen. Nach dem Tod Bardamus am Schluß der »Reise ans Ende der Nacht« die ungeheuerlichste Sterbeszene der modernen Literatur, die ich .

*

Im Juni des Jahres rechneten in der »Zeit« Kollegen, Stipendiaten der Deutschen Akademie Villa Massimo in Rom, mit den angeblich unerträglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen dort ab sowie mit der Leitung des Instituts, die Unzumutbares zu verantworten habe. Einiges kritisierten sie zu Recht. Insgesamt war der Artikel ein weiteres Dokument für ein dort, bei einzelnen oder der Mehrheit, regelmäßig auftretendes zeitweises Irresein, das vor Ort den Namen 'Rom-Koller' hat und eine Folge luxuriös-exklusiver Internierung ist. Haarsträubende Geschichten gäbe es davon zu erzählen. Die Sympathie in der bürgerlichen Öffentlichkeit war dennoch breit. Und der mir sonst liebe BA Freimut Duve fragte im September beim Bundesinnenministerium an, welche Konsequenzen es aus den »skandalösen Zuständen« dort zu ziehen gedenke.

Einen ersten Erfolg der »aufmüpfigen Stipendiaten, der wenigstens ihren Nachfolgern zugute käme«, markierte jetzt ein Bence Fritzsche in der Kunstzeitschrift »atelier«. Fritzsche: »der auch an dieser Stelle schon heftig kritisierte 'Privatzoo' der Familie Wolken (Direktion, d.Vfs.) ... wird umgehend auf ein Minimum reduziert, so daß auch dieses Gelände nun weitgehend der Nutzung der Stipendiaten zur Verfügung stehen kann«.

Ich erinnere mich: Zwergziegen, Enten und bunte kleine Hühner auf einem Eck-Terrain etwa zehn mal fünfzehn Meter groß, Zufluchtsort für jeden, dem mal nach Hübscherem und Tröstlicherem der Sinn stand als den Mit-Schleichsäcken der eigenen Profession, ihren Blagen und ihren unentfalteten »Hat-Thorsten-gekackt?«-Gattinnen.

Fürwahr, das nenn' ich einen ersten Schlag geführt gegen Willkür und Anmaßung, Fritzsche!

Wenn Dummheit brummen würde...

Konkret 01/92, S. 60

**Gunter Blank**

# »Just us«

**Das Scheitern privater wie kollektiver Revolten in den schwarzen Ghettos der nordamerikanischen Großstädte bildet den Rohstoff eines Großteils der schwarzen Kriminalliteratur. Dritter und letzter Teil der KONKRET-Serie über schwarze Kriminalromane**

Wer die Romane der dritten Generation schwarzer Kriminalautoren liest, gewinnt den Eindruck, das Genre sei zur Spielwiese integrationistischer Romantiker geworden, deren Ziel es ist, zu beweisen, daß man sich Philip Marlowe auch als Neger vorstellen kann. Zwar läßt sich der Rückfall in die Genreklassik zur Not als Effekt einer Wiedergeburt des braven - nunmehr allerdings desillusionierten - Virgil Tibbs lesen, mit dem zusammen John Ball Anfang der Sechziger unter dem Beifall der liberalen Öffentlichkeit den Kriminalroman um die Gestalt des durch keine Diskriminierung von seinem Integrationsstreben abzubringenden Vorzeigeschwarzen bereicherte. In der gegenwärtigen Situation wirken Tibbs Erben jedoch seltsam deplaziert. Während in der schwarzen Kultur allenthalben um die Rekonstruktion eines kollektiven Subjekts gerungen wird, wobei die separatistischen Positionen überwiegen, schreitet im Kriminalroman der gute alte Privatdetektiv durch das Ghetto und verabreicht seinen Brüdern die altklugen Weisheiten des an zu vielen erfolglosen Revolten resignierten Veteranen.

Dabei entsprechen Aufruhr und Bandenkriege, die etwa Gar Anthony Haywood - einer von zwei Vertretern der New School, die man auch hierzulande erwerben kann - in seinen Balladen thematisiert, durchaus den Erwartungen, die »New Jack City« und N.W.A. bei deutschen Zynikern geweckt haben. In seinem Debütroman »Fear of the Dark« hat sein Held, der von der Welt angeödete Privatdetektiv Aaron Gunner, es mit dem Mord an dem schwarzen Aktivisten Buddy Dorris zu tun, der von einem White-Trash-Suprematisten in einer Bar erschossen wurde. Von den polizeilichen Ermittlungen enttäuscht, überredet Dorris' Schwester Gunner, sich mit dem Fall zu befassen, und so beginnt er mit genreüblichem Widerwillen, in der weißen Rassistenszene herumzuschnüffeln. Er stößt auf den Kongreßkandidaten Lewis Henshaw - eine kalifornische Version von David Duke , dessen Stabschef offenbar die Wahlchancen seines Bosses durch Waffenlieferungen an Dorris' aufruhrbereite »Bruderschaft der Willenskraft« erhöhen will. Und schon tauchen wir ein in ein Pulverfaß, in dem weißes Herrenmenschentum und schwarze Revolutionsphantasien ein explosives Gemisch bilden, dessen Explosion Gunner so eben noch verhindern kann. So weit, so spannend, nur stutzt Haywood das Milieu zur exotischen Kulisse seines dem Arsenal weißer Schuldgefühle entlehnten Weltschmerzes zurecht.

Auch Haywoods zweiter Roman »Not Long For This World« nährt den Verdacht, der Autor suche sich lediglich ein spektakuläres Milieu für seinen resignierten Abgesang auf die verlorene Unschuld seiner Brüder. Vordergründig geht es diesmal um ein filmreif inszeniertes Drive-by-Shooting, in dessen Verlauf Darell Lovejoy - Gründer einer L.A. Friedenspatrouille - eine Ladung Schrot in den Bauch bekommt. Was zunächst wie der Racheakt einer der Banden anmutet, die Lovejoy auf den rechten Weg zurückzuführen trachtete, wächst sich im Verlauf der Handlung zu einer veritablen Tragödie aus. Die Eröffnungsschießerei erweist sich als fataler Irrtum im Kontext eines Kreuzzugs, mit dem ein zu allem entschlossener Reverend die schwarzen Schafe der afroamerikanischen Community ausmerzen will. Da er aber eine Art »Guter Mensch von Compton« ist, gewährt Haywood ihm die Gelegenheit, sich am Ende vor Gott und dem weißen Staatsanwalt zu seinen Sünden zu bekennen.

Möglicherweise ist diese Art des Umgangs mit weißen Traditionen dem Selbstverständnis der schwarzen Mittelschicht ebenso dienlich wie die erfreulich konsequente Equal-Opportunities-Politik von CNN. Die für den weißen Beobachter nützlicheren Eindrücke von den Bandenkriegen in L.A. liefert jedoch Gerald Petievichs »Earth Angels«, das die Auseinandersetzungen aus der Perspektive eines weißen Cops schildert. Statt als Nähe simulierendes Drama, bei dem selbst das Zielpublikum des Rotbuch-Verlags, bei dem Haywood in Deutschland erscheint, »irgendwie betroffen« mitleiden kann, erscheinen die Bandenkriege in der durchaus reaktionär eingefärbten Schreibe des weißen Exbullen als das, was sie im Bewußtsein der Weißen tatsächlich sind: Stammesfehden fremder Kulturen, die zu verstehen auch keine Liebesaffäre mit einer Hispanofrau hilft und die für die weiße Gesellschaft nur deswegen interessant sind, weil sie als Mittel zur Begleichung alter Rechnungen eingesetzt werden können.

Möglicherweise besitzt Walter Mosley, im Hauptberuf ebenso Computerspezialist wie Haywood, ein sensibleres Gespür für die Distanz zwischen Mittelschicht und Ghetto; jedenfalls verlegt er die Handlung seines Erstlings »Devil In a Blue Dress« vorsichtshalber in die Vergangenheit. Überhaupt verfährt er bei der Aneignung weißer Traditionen sehr viel origineller als seine Kollegen. Statt eines altklugen wählt er einen grünschnäbeligen Weltkriegsveteranen namens Easy Rawlins, den er auf der Suche nach einer im Schwarzenmilieu verschüttgegangenen weißen Schlagersängerin durch das Los Angeles der Nachkriegszeit stolpern läßt. Damit Easy den schwarzen und weißen Wölfen nicht gleich zum Opfer fällt, stellt ihm Mosley einen Kumpel aus alten Houstoner Ghettotagen zur Seite. Der aus härterem Holz geschnitzte Mouse hilft Easy schließlich, die Sängerin Daphne aufzustöbern, indem er die Konkurrenten der Reihe nach aus dem Weg räumt. Easy erlebt derweil das von Gewissensnöten überschattete Glück einer (interrassischen( Liebesaffäre, aus der er grob herausgerissen

wird, als er feststellt, daß die Angebetete in eine verzwickte Erpressungsgeschichte gegen ihren Exgeliebten, einen weißen Konzerndirektor, verwickelt zu sein scheint.

Obwohl Mouses Tötungsbereitschaft Easys naive Vorstellung von der Gleichberechtigung der Rassen wenigstens relativiert, schreckt Mosley vor den Konsequenzen seines Themas doch zurück. Daphne entpuppt sich als überaus hellhäutige Schwarze, die zum Spielball eines weißen Privatdetektivs und einiger schwarzer Lowlifer wird. Anstatt sich aber auf die komplexe Problematik zwischenrassischer Beziehungen und die zumindest damals komplizierte Lage hellhäutiger Frauen einzulassen, beläßt es Mosley bei der bloßen Skizze gesellschaftlicher und persönlicher Abgründe und stattet Daphne mit einem so großen Herzen aus, daß sie schließlich uneigennützig die Stadt verläßt, um ihren weißen Geliebten nicht zu kompromittieren.

Was geschieht, wenn ein Schwarzer einer weißen Frau zu nahe kommt oder, schlimmer noch, die Annäherungsversuche einer weißen Schlampe zurückweist, kann man in Chester Himes 1945 erschienenem »If He Hollers Let Him Go« nachlesen. In weniger als einer Woche wird Bob Jones seinen Job los, vom weißen Mob halbtotgeschlagen, von seiner hellhäutigen anpassungswilligen Freundin für integrationsunwürdig erklärt und kann am Ende noch von Glück sagen, daß das Ganze nicht in Alabama stattfindet, sondern auf einer kalifornischen Werft, so daß er, statt auf den Stuhl zu wandern, »nur« von der Armee zwangsrekrutiert wird, die ihn alsbald an die Front verfrachtet. Das soeben unter dem Titel »Flieh wenn du kannst« auch auf deutsch erschienene Debüt des hierzulande durch seine Harlem-Detective-Stories zu bescheidenem Ruhm gelangten Himes löste bei seiner Erstveröffentlichung heftige Kontroversen aus, weil es gleich mehrere Tabus brach, an denen die amerikanischen Literatur - und besonders die sich eben formierende schwarze - bis dahin nicht zu rühren gewagt hatte. Nicht nur die Schilderung der Schlampe Madge, auch die Sturheit, mit der sich Jones den Argumenten des gemischtrassigen Bekanntenkreises seiner Freundin Annie verweigert, erschienen den integrationistischen Zirkeln als Sabotage ihrer Bemühungen, den Verhaltensmaßregeln des weißen Amerika zu folgen.

»Ebony«, das Flaggschiff der schwarzen Integrationisten denunzierte Himes denn auch in seiner Thanksgivingausgabe von 1947 als bösartigen Autor, »der weißen Haß mit schwarzem beantwortet, Intelligenz durch Gefühlsausbrüche ersetzt und sich das Denken von der Haut, statt vom Gehirn diktieren läßt«. Was schwarze wie weiße Kritiker besonders gegen Himes aufbrachte, war, daß sein Held keineswegs der ghettodeformierte Wilde ist, dem solches Verhalten nachzusehen wäre, sondern ein gebildeter junger Mann, der sich weigert, die Integrationsrituale einzuüben, und beständig daran erinnert, daß schwarzer Haß komplexere Ursachen hat, als eine rassistisch unterstellte Primitivität.

Himes( Weigerung, sich zwischen den Alternativen Nigger oder Bimbo zu entscheiden, die sich in seinen nächsten Romanen zum Unmut der Kritik verhärtete, hatte zur Folge, daß er die Diskriminierungen, denen sich seine Helden ausgesetzt sahen, vom liberalen Literaturbetrieb selber zu spüren bekam. Angewidert verabschiedete er sich schließlich nach Frankreich, verlegte sich aufs Geldverdienen und schrieb zwischen 1957 und 1969 acht Kriminalromane, in deren Mittelpunkt das Harlemer Polizistenduo Gravedigger Jones und Coffin Ed steht.

Die amerikanische Kritik reagierte auch zwanzig Jahre später wie gehabt. Die grotesken Pointen, mit denen Himes den ohnmächtigen Bemühungen der Bewohner Harlems, wenigstens einen Fetzen vom amerikanischen Traum zu erhaschen, tragikomische Züge verleiht, wurden absichtsvoll als satirische Fehlversuche eines seinen Wurzeln entfremdeten Deserteurs mißverstanden. Daß die laut Himes einem schwarzen Copteam aus dem L.A. der Dreißiger nachempfundenen Charaktere ebenso wie die bizarren Verwicklungen, denen sie sich konfrontiert sehen, entgegen den Vorwürfen seiner Kritiker durchaus in das Harlem der fünfziger und sechziger Jahre paßten, belegt nicht zuletzt eine Marginalie aus Arthur Haleys Malcolm X-Biographie: »In Harlem hatten sie ein paar üble Bullen. Der größte, schwärzeste, schlimmste Bulle von allen war ein Westinder namens Brisbane. Neger wechselten die Straßenseite, um ihm aus dem Weg zu gehen, wenn er in der 125. Straße und 7. Avenue auf Streife war. Während ich im Gefängnis war, erzählte mir jemand, Brisbane wäre von einem verschreckten, nervösen Jungen aus dem Süden erschossen worden, der noch nicht lange genug in der Stadt war, um mitzukriegen, was für eine üble Gestalt Brisbane war.« Ein vergleichbares Schicksal bleibt Coffin Ed und Gravedigger am Ende von »Blind Man With a Pistol« zwar erspart, ihre furchteinflößende Macht aber hat sich aufgelöst. »You don(t really count in the overall pattern«, müssen sie sich von einem schwarzen Aktivisten sagen lassen, als sie den Ursachen der drohenden Krawalle auf den Grund zu gehen versuchen.

Schon die Aufhebung der zeitlichen und räumlichen Logik signalisiert die Skepsis des Autors gegenüber den Versuchen, in den desperaten Revolten einen sinnstiftenden Zusammenhang zu erkennen. Bestenfalls kann man aus Himes Darstellung von Michael X so etwas wie Sympathie für die Ideen von Malcolm X herauslesen. Mehr zumindest als für andere Formen schwarzer Rebellion, seien es die hippieesken Anstrengungen des schwarz-weißen Pärchens Dick und Anny, die das Rassenproblem mit einer gigantischen Loveparade wegkuscheln wollen, oder der bizarre Kreuzzug eines Predigers, der unter dem Kruzifix eines schwarzen Messias die Erlösung seiner Rasse predigt.

Himes( pessimistische Beurteilung der Aussichten einer schwarzen Revolution, deren Legitimität er nie in Zweifel zog, belegen auch die beiden Kurzgeschichten »Tang« und »Prediction«. In »Tang«, einer Zwei-Personen-Parabel, versucht die Titelheldin, eine schwarze Nutte, vergeblich, ihren Liebhaber zur Rebellion anzustacheln, und wird, als sie selbst zur Waffe

greift, von diesem erstochen. In »Prediction« richtet ein schwarzer Heckenschütze ein Blutbad unter der zu einer Parade aufmarschierten New Yorker Polizei an. Aber stets ist den Schwarzen nur ein trügerischer Triumph gegönnt. Die Waffe, die Tang auf ihren Unterdrücker richtet, ist nicht geladen, und der Heckenschütze bekommt die geballte Feuerkraft des staatlichen Gewaltmonopols zu spüren, unter deren Folgen zuerst die Börse und daraufhin die gesamte Weltwirtschaft zusammenbricht.

Solch groteske Überzeichnung war nicht die Sache von Robert Beck und Donald Goines, obwohl sich in der Biographie der beiden Parallelen zu Himes finden lassen. Wie Himes, der zwischen 1928 und 1936 wegen bewaffneten Raubüberfalls in einem Gefängnis in Ohio einsaß, begannen auch die beiden meistverkauften schwarzen Autoren ihre Schriftstellerkarriere im Knast. Obwohl der unter seinem Ghettonamen Iceberg Slim populär gewordene Beck fast eine Generation älter war als der 1936 geborene Goines, sind sich ihre Lebensläufe und Themen oft zum Verwechseln ähnlich. Beide stammten aus dem Süden und kamen als Kinder in den Norden, Beck nach Chicago und Goines nach Detroit, wo kriminell zu werden die einzige Möglichkeit war, zu Wohlstand zu kommen. Ihre dort gesammelten Erfahrungen bilden den Rohstoff ihrer Bücher.

Was Goines unmittelbar in aktionsorientierte Literatur umsetzt, dient Beck als Anregung, die hinter der Ghettogewalt verborgenen Strukturen schwarzen Verhaltens bloßzulegen. Seine Geschichten sind Blaupausen der Entmenschlichung einer Generation männlicher Schwarzer, die nur aus der Ausbeutung der noch Schwächeren eine Identität gewinnen zu können glaubte. »Trick Baby« ist die semidokumentarische Lebensgeschichte eines weißhäutigen Schwarzen, der den bescheidenen Aufstiegschancen, die ihm ob seiner Hautfarbe offenstehen, eine Gangsterexistenz in der Chicagoer Southside vorzieht. Das Bekenntnis zu seiner Herkunft gibt dem Sohn eines unbekannten weißen Freiers zwar seinen Stolz zurück, unterwirft ihn jedoch den Spielregeln eines Milieus, in dem selbst der Skrupelloseste kaum eine Chance hat.

Die Faszination des »Pimp« (= Zuhälter) als Leitfigur seiner Generation hat Beck mit seltener Schonungslosigkeit beschrieben. Von den unterschwelligen Bestrafungswünschen der schwarzen Frauen über die verhängnisvolle Hierarchisierung der Hautschattierungen unter den Schwarzen bis zur selbstverleugnenden Anfälligkeit schwarzer Männer für die Reize der weißen Frau analysiert er so ziemlich jede Deformation, die Sklaverei und Unterdrückung bei seiner Rasse hinterlassen haben. So vermittelt er selbst dem weißen Voyeur, den das eigentlich nichts angeht, eine Ahnung von den Ursprügen der Haßtiraden von Gangster-Rappern wie Schooly D. oder Ice Cube.

Während Beck, als er 1965 mit dem Pimp-Style brach und seine Biographie »Pimp, the Story of My Life« schrieb, auf eine Karriere als respekteinflößender Highroller zurückblicken konnte, waren Goines( Versuche, sich als Würfelspieler, Zuhälter undSchnapsschmuggler einen Namen zu machen, weniger erfolgreich. Seit er während des Koreakriegs, in den er sich als Vierzehnjähriger geflüchtet hatte, heroinabhängig geworden war, brachte ihn seine Sucht in einen Teufelskreis aus kleinen Gaunereien und regelmäßigen Gefängnisaufenthalten, aus dem er sich erst befreien konnte, als ihm im Knast ein Buch von Iceberg Slim in die Hände fiel. Begeistert von Becks Fähigkeit, aus der kriminellen Energie der Ghettos eine diese hinter sich lassende schwarze Identität zu destillieren, setzte er sich selbst an die Schreibmaschine und schrieb zwischen 1970 und seiner als »unsolved drug-related shooting« klassifizierten Ermordung 1974 sechzehn Romane, in denen er seine eigenen Erfahrungen zu schnellen, dichten Stories verarbeitete. In seinen ersten beiden - im Gefängnis entstandenen - Romanen »Whoreson« und »Dopefiend« zeichnete er eine Welt, die damals zwar alle verändern wollten, von deren Realitäten aber die wenigsten eine präzise Vorstellung hatten. »Whoreson« schildert Aufstieg und Fall eines Zuhälters in den Slums von Detroit und »Dopefiend« die Zerstörung eines heroinsüchtigen Pärchens, das in die Klauen eines perversen Pushers gerät. Die Geschichte vom »Black Gangster« Prince, der die Rhetorik des Aufstands für seine kriminellen Ziele instrumentalisiert, komplettiert Goines( Detroiter Trilogie, die von der Erkenntnis geprägt ist, daß es lediglich zwei Kategorien von Menschen gibt: »One group consisted of tricks and the other of players«, sagt Whoreson Jones, »and I knew I had been born to play.«

Für ideologischen Schnickschnack haben Goines( Helden weder Zeit noch Sympathie, Gerechtigkeit ist für Jones eine Frage der Schreibweise: »Justice means just one thing, just us.« Der zynische Egoismus der Goinesschen Helden traf den Nerv einer Zeit, in der Resignation und Ernüchterung die Träume von einer schwarzen Revolution eingeholt hatten. Bleibt Whoreson Jones immerhin noch Zeit zu räsonieren, endet der Fluchtversuch aus dem Ghetto für die anderen meist tödlich. Der schwarze Profikiller »Daddy Cool« läßt sich von seiner Tochter, deren Liebe er zerstört hat, erschießen, Johnny Washington muß in »Inner City Hoodlum« feststellen, daß es im Lotteriegeschäft größere Nummern gibt als ihn, und Curtis Carsons letzte Wahrnehmung ist eine Meute hungriger Ratten. In »Cry Revenge« hat er die Rache für die Ermordung seines Bruders nicht von der Gier auf den großen Drogendeal zu trennen vermocht.

Die Verachtung, die Goines und Beck dem Drogenbusiness entgegenbrachten, veranlaßte beide, gegen Ende ihrer Karrieren positivere Protagonisten zu entwickeln, die den weißen Drogenbossen den Krieg erklären. Goines schuf dazu die Figur des schwarzen Superhelden Kenyatta, der sich im Verlauf von vier Romanen von der Pusherszene Detroits über die Highroller von Los Angeles in ein Penthouse von Las Vegas vorkämpft, wo es zum Showdown mit dem weißen Drogenzar kommt. Im Zentrum der Macht angelangt muß Kenyatta allerdings erkennen, daß die Möglichkeiten seiner Truppe zwar ausreichten,

unter schwarzen Dealern und rassistischen Polizisten aufzuräumen, daß er dem mit allen Wassern des Establishments gewaschenen, kühl kalkulierenden Unternehmer jedoch hoffnungslos unterlegen ist.

Während Goines einen eher gradlininigen Charakter entwarf, der weniger an seiner Unbarmherzigkeit als an der Übermacht des Gegners und der Abwesenheit einer über die Negation hinausweisenden Vision scheitert, gelang Beck mit »Death Wish« eine ausgereiftere Variation des Themas. Sein Held Taylor verfügt wie Kenyatta über eine landesweit operierende Organisation, die sich hinter der Fassade einer Rehaklinik auf die Bekämpfung der italienischen Drogenmafia vorbereitet. Der puren Aktion Goines( fügt er eine Ebene der Reflektion hinzu und geht dabei soweit, Taylors italoamerikanischen Gegenspieler Collucci als dessen in vergleichbaren Traditionszwängen gefangenes Alter Ego zu porträtieren. So entwickelt sich eine parallel montierte Jagd nach der Erfüllung jeweils ethnisch konditionierten Träume. Der »Soldat« Collucci will mit Hilfe des Heroins zum gesamtamerikanischen Paten aufsteigen, während Taylor eben dieses Imperium zu zerschlagen antritt. Keiner von ihnen kommt je über Chicago hinaus. Am Ende schießen sie sich gegenseitig in Fetzen, und die Stadt kehrt zur Tagesordnung zurück.

Was bleibt, sind ramponierte Hoffnungen. Goines hinterläßt nach Kenyattas Tod mit dem jungen Elliot Stone eine Figur, die vage die Wiederaufnahme des Kampfes in der nächsten Generation andeutet, und bei Beck überlebt der weise, alte Bama als symbolisches Gefäß, in dem die Erfahrungen des schwarzen Kollektivs konserviert werden. Beck und Goines sahen sich beide als Angehörige einer Lost Generation, die, obwohl dem mörderischen Milieu der Ghettos entkommen, zu sehr von ihm geprägt war, als daß sie aktiv in die Kämpfe der ihnen folgenden Generation hätten eingreifen können. Ihre vom - eigenen - Scheitern geprägten Abgesänge auf den Versuch, die Versprechungen des amerikanischen Traums gewaltsam einzulösen, scheinen jedoch zeitgemäßer, als die bemühten Versuche Haywoods, den anachronistischen Überbleibseln des weißen Eskapismus eine schwarze Variante abzugewinnen.

*Haywood erscheint bei Rotbuch, Mosley bei Bertelsmann, Petievich bei Heyne, Himes bei Rowohlt bzw. bei Bastei-Lübbe, Goines( Kenyatta-Serie bei Ullstein. Die gesammelten Werke von Donald Goines und Robert Beck kann man im Original über Holloway Press, 8060 Melrose Drive, Los Angeles, beziehen*

In KONKRET 12/91 schrieb Gunter Blank über den Krimiautor Jim Thompson

Konkret 01/92, S. 63

**Gerhard Mauz**

# Eberhard Schorsch 1935-1991

**Die forensische, gerichtliche Begutachtung von Beschuldigten beziehungsweise Angeklagten ist für den Psychiater ein Kreuzweg; ein Kreuzweg, auf dem er sich jedesmal von neuem entscheiden muß, wenn er mit einem Gutachten beauftragt wird.**

Nach Strafprozeßordnung und Rechtsprechung soll er ein Gehilfe des Gerichts sein, ein sachverständiger Gehilfe. Doch er ist Arzt. Er ist auch und vor allem anderen Arzt.

Ob das Gericht ihm folgen wird, weiß er nicht. Doch er hat zu sagen, ob nach seiner Meinung der Beschuldigte beziehungsweise Angeklagte wegen seelischer Störungen schuldunfähig oder vermindert schuldfähig war, als er das tat, was ihm vorgeworfen wird. Die Schuldunfähigkeit kann zur Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus führen (zu einer Einweisung, deren Ende nicht abzusehen ist). Und die verminderte Schuldfähigkeit kann dem Gericht eine Strafmilderung ermöglichen, die dem Verurteilten das Lebenslang erspart; die ihm eine Chance in absehbarer Zeit läßt.

Der Psychiater Eberhard Schorsch ist Leiter der Abteilung für Sexualforschung der Psychiatrischen Universitätsklinik Hamburg gewesen. Als Psychiater hat er sich zunächst dieser besonderen Disziplin gewidmet (einer Disziplin, die unter Hitler ausgemerzt worden war, die Schorschs Vorgänger in Hamburg, Hans Giese, wiederaufzubauen begonnen hatte).

Es war kein Zufall, daß Schorsch als Sexualforscher begann. Er war Sohn eines Psychiaters. Ihm war das Versagen dieser Wissenschaft unter Hitler bewußt: das feige Schweigen zur Euthanasie, die Mitwirkung an ihr, die Unterwürfigkeit, mit der man sich auf die mörderische These einließ, es gebe lebensunwertes Leben.

Und es war kein Zufall, daß Schorsch über die Sexualforschung zum gerichtlichen Sachverständigen wurde: Keinem gilt soviel Haß wie dem Angeklagten, den man einen Sexualtäter nennt. Schorsch machte sichtbar, wie leichtfertig, wie oberflächlich dieser Begriff ist. Er trug, ohne dem Gericht vorzugreifen oder sich ihm aufzudrängen, Biographien vor, die für sich sprachen. Er machte verkrüppelte Lebensläufe derart zugänglich, daß man sich ihnen nicht entziehen konnte.

Schorsch hat ein schmales, kurz vor seinem Tod erschienenes Bändchen hinterlassen (Kurzer Prozeß? Ein Sexualtäter vor Gericht, Klein Verlag, Hamburg 1991).Es belegt, warum er über die Sexualforschung hinaus zum Sachverständigen auch für Angeklagte wurde, anläßlich derer es nicht vordergründig um Sexualität ging. Und es gibt einen Einblick in die Not des Sachverständigen, der das Urteilen von Menschen über Menschen als eine Notwendigkeit anerkennen muß, der jedoch hartnäckig an ihm zweifelt und verzweifelt.

»Es ist notwendig«, schreibt Schorsch, den man als Journalist auch als Kollegen empfinden konnte, denn er war ein glänzender Schriftsteller, ein Wissenschaftler, der sich ohne Preisgabe von Substanz über sein Fach äußern konnte (er hat auch für den »Spiegel«, für KONKRET und für die »Zeit« geschrieben) - »Es ist notwendig, wenn auch sehr schwierig, eine Position der inneren Unabhängigkeit zu bewahren, sich nicht funktionalisieren zu lassen. Dies wird ständig und von allen Seiten versucht. Der Rechtsanwalt, meist unangemessen fixiert auf irgendwelche Paragraphen, die er ‘haben’ will, versucht, den Sachverständigen zu benutzen, um für seinen Mandanten etwas herauszuschinden. Der Staatsanwalt hingegen erhofft sich vom Sachverständigen, daß er eben dies verhindert. Das Gericht funktionalisiert den Gutachter zur Revisionssicherung und hat im Einzelfall jeweils besondere Erwartungen an ein Gutachten. Es gibt unter den Gutachtern gewiefte Meister des Opportunismus, die die jeweiligen Erwartungen des Gerichts heraushören und sich danach richten.«

Schorsch hat aber auch nicht verschwiegen, daß »für den therapeutisch orientierten, einem psychodynamischen Verstehen verpflichteten Sachverständigen... die Versuchung zu einer Verbrüderung mit dem Angeklagten näher« liegt als für den Opportunisten. Schorsch hat Angeklagte nicht entschuldigt. Er hat versucht, ihre Lebensläufe sprechen zu lassen - und sein vielleicht wichtigstes Gutachten ist das über die Krankenschwester Michaela Roeder gewesen.

Er zeigte eine vernachlässigte, von der Gesellschaft ignorierte Arbeitswelt, in der ein biographisch schwer geschädigter, seelisch verkrüppelter Mensch dahin geraten kann, Patienten aus falschem, krankem Mitleid zu töten. Schorsch sah in diesem Fall den strafmildernden § 21 nicht. Doch das Gericht milderte nach seinem Gutachten, es ließ der Angeklagten eine Chance, wenn man so will: um unser aller Versagen willen.

Eberhard Schorsch hat daran erinnert, daß auch der Täter, dem das Gräßlichste vorgeworfen wird, »einer von uns« ist; einer, der sich durch seine Tat nicht selbst ausgeschlossen, sondern sie mitten unter uns, in der von uns zu verantwortenden Welt begangen hat. Er ist auch als Sachverständiger »mit sich im reinen«, er ist Arzt geblieben; einer der helfen möchte.

Daran ist er, 55 Jahre alt, am 14. November 1991 gestorben. In der Sprache der Medizin erlag er einem Herzversagen.

*Gerhard Mauz ist Redakteur des Nachrichtenmagazins »Spiegel«*

Konkret 01/92, S. 64

**Horst Tomayer**

# Tomayers ehrliches Tagebuch

**Man darf eine Frau auf den Strich** schicken.

Man darf einen Mann in Scheiben schneiden.

Man darf einem Kind das Ärmchen brechen.

Man darf den freien Markt machen.

Man darf an das sog. höh're Wesen glauben.

Alles alles machbar das.

Aber man darf nie & never die Zeile »Traum als Wirklichkeit« erbrechen! Nicht weil die in Indien nix zum Fressen haben und vor lauter Mangel an Propan die Leichen verblichener Macker mit dem aus lebendigen Witwen gewonnenen Brennstoff verfeuern müssn; und auch nicht, weil solcherne Bildbände für 348 Mäck für gewöhnlich von besoffen und wie am Fließband künstliche Hüften implantierenden Doktoren als kleines Dankeschön an die im Bereitschaftszimmer kleine Handlangerdienste leistenden Nachtschwestern ausgeteilt werden.

Sondern: Weil die Zeile »Traum als Wirklichkeit« hoffärtigste Schamlosigkeit, versifftestes Zeug - schweinigste Igelei, Rott vom Reinsten, kurz: ein Verbrechen ist, für das man in dieser von exzentrischen Privattheatern von Udaipur bis München-Pasing überfüllten Welt an die Wand gestellt und dort bei Schampus und Schnittchen stehengelassen zu werden verdient.

Hoch die internationale Banalität des Alltags! Nieder mit dem Phantasiescheiß!

**Nach der Biogeburt (Hebung** durch die Amme von Hand, zuaschaugn beim Ausschlupfn, d' Nachgeburt aufn Kompost) jetz oiso der Bio-Sarg. An verantwortlicheren Umgang seitens von de Warenästetn mit der Resurße Schtaub konn ma si praktisch net vorstelln.

**Frankfurt am Main. dpa. Eine** Explosion, die im Umkreis von 800 Metern Dächer abhob und Fensterscheiben bersten ließ, erschütterte heute morgen gegen drei Uhr fünfzehn die südhessische Ortschaft Dreieich. Elf auf dem Hof des Spielzeugmultis Mattel mit Barbiepuppen des multikulturellen EG-Typs Cheerfull tearfull, Bébé Surprise, Biberella, Chica Chiquita, und - »Freudentränchen« beladene Sattelzüge waren von einer gewaltigen Menge zeitgezündeten Trinitrotoluols in die Luft gesprengt worden. Von herabstürzenden brennenden Teilen wurden zwei Lagerhallen mit hochentzündlichem Spielzeug angefackelt und standen binnen kurzem in hellen Flammen. Den Mannschaften der Löschzüge und der Landpolizei, aber auch den zahlreichen, wie immer die Sicherungs- und Rettungsarbeiten behindernden Gaffern bot sich ein Bild des Grauens. Zehntausende von »Freudentränchen«-Puppen in Ärmchen, Beinchen, Bäuchlein, Köpfchen und Beinchen zerfetzt, alles brennend und verschmorend. Bereits um sieben Uhr zehn berief Hans-Ludwig Zachert, der Präsident des Bundeskriminalamtes, eine Feldpressekonferenz am Tatort ein. Um sechs Uhr, erklärte er den aus den Federn geholten Presseleuten, sei in seiner Dienststelle das Bekennerfax einer im deutschen Terrorgeschäft bisher noch nicht in Erscheinung getretenen Gruppe eingelaufen, dessen Echtheit zur Stunde noch geprüft werde. Der Text in »für diese Gruppierungen typisch brutal-verdorbenem Deutsch« laute: »An diesem Adventstag geben weltweit vierzigtausend Kinder das leere Löffelchen ab, während deutsche Mittelschichtsbälger aus unverrottbarer Chemie gestanzte und mit vier Alkalibatterien mit Mignonzellen zu Lachen - Weinen - Jauchzen - Windelnässen - Bäuerchen machen und Mama-Sagen instrumentalisierte Plasteelastezombies, das Stück für über hundert Mark, in den Arsch gesteckt kriegen. Wir werden den Puppenterror der I. Welt gegen den real existierenden Überlebenswillen der zwoten bis vierten Welt nicht hinnehmen und ihn mit TNT-Terror massenhaft brechen.« Gezeichnet »Revolutionäre Mütter für Trikont und Holzspielzeug«. Zum ersten Mal, sagte Zachert auf Frage, werde die Schleppnetzfahndung auch auf die fünf neuen Länder ausgedehnt, da nicht ganz auszuschließen sei, daß die Urheber des Anschlags in Kreisen infolge der friedlichen Revolution verelendeter erzgebirgischer Krippen- und RäuchermännlaschnitzerInnen zu suchen seien. Der Sachschaden belaufe sich auf mehrere Millionen DM.

**Die Hauszeitung des ins** Nürnberger Register eingetragnen Vereins »Wir und das Menschliche« heißt »Decameron« und dient der Vermittlung deutscher Männer und Fraun, die's in Gummi oder Leder tun, gern eine Buddel Natursekt leeren, Koprolagnier, Koprolalier oder Mechanoeroten sind, respektive auf Mu/To stehn.

Was solls, wenn die leidenschaftliche Pflege von Algolagnie und Bondage und das Video-Spannen beim flotten Dreier, Vierer, Fünfer nicht an die Substanz rührt. Zu Weihnachten haben sie als »Foto des Monats« einen Herrn im Heft, der seinen Pint in ein Baguett geklemmt hat und das Messer ansetzt. Lächerlich, daran zu nörgeln. Um das aber, verehrte Nürnberger Autonome Tierschützer, solltet Ihr Euch schon kümmern ...

Konkret 01/92, S. 66

**Diedrich Diederichsen**

# Milizen und Mirakel

**»Ein heute lebender schwarzer amerikanischer Mann hat eine Chance von 1:20, ermordet zu werden. In den meisten Fällen wird die Kugel von einem 'Brother' abgefeuert.« Mit diesen Sätzen beginnt - weiß auf schwarz - John Singletons Film »Boyz'n The Hood«, der der Frage nachgeht, ob nur Gewalt hilft, wo Gewalt herrscht**

Die amerikanische Unterhaltungsindustrie muß sich derzeit mit einem neuen Problem herumschlagen. Fast alle erfolgreichen LPs dieses Jahres waren in der Optik ihrer Organisatoren »Minderheiten«- oder Spezialisten-Platten. Nur bei den Singles war jenes grauenhafte Genre, das drüben A.O.R. (Adult Oriented Rock) und bei uns Ami-Mainstream heißt, noch erfolgreich. Der Rest war HipHop, Metal und Country, sogar ein wenig College- und Underground-Musik (die überraschend verkauften 800.000 Einheiten von Nirvana). Der ideale mittelständische, mittelmäßige Schallplattenkonsument, mühsam als die große konterrevolutionäre Erfindung der Kulturindustrie seit den späten Siebzigern aufgebaut und in die Welt exportiert, kauft einerseits nur noch CD-Wiederveröffentlichungen, was auf den ersten Blick fürs Geschäft nicht schlecht ist, jedoch keine Perspektive, hört aber andrerseits langsam sowieso auf zu existieren. Nicht nur wegen der Erosion der unteren Bezirke des Mittelstandes: Man definiert sich in Amerika zusehends weniger über die im A.O.R. verflüssigt mittransportierten allgemeinen humanistischen Utopien und/oder christlich-amerikanischen Geheimplätze oder über das patriotisch-verkrüppelte Klassenbewußtsein, das von Springsteen bis John Cougar Mellencamp reichte, man definiert sich über die Kultur seiner Ethnie, nicht die Reste seiner Jugend. Und für Aufsteiger stehen andere, spezialisierte Angebote zur Verfügung. Die Jugendkultur ist auf Metal, HipHop und Underground (College-Kultur) verteilt, mit gewissen Überschneidungen. Gemeinsam ist den drei Genres, daß man sie nur vermarkten kann, wenn man sich mit Musik und Kultur auskennt, nicht nur mit Ökonomie, was beim A.O.R. die einzige Voraussetzung war.

Eine ähnliche Lage herrscht im Kino: schwarze Filme und »Das Schweigen der Lämmer«, die Death-Metal-Version der Behaviorismus-Kritik. Die Institution als solche verliert ihre soziale allamerican Funktion tendenziell an Minderheiten aller Art, und an jeder Ecke kann man sich Videos ausleihen, die sich nicht mit der immer rigideren Zensur durch ratings herumschlagen müssen. In dieser Lage erhalten plötzlich jede Menge schwarze Regisseure ein Rederecht, das sie schon lange verlangen, wenn auch immer noch unter der Voraussetzung, daß sie billig produzieren. Spike Lee wie John Singleton betonen immer wieder, daß sie nur so arbeiten können, wie sie arbeiten, weil ihre Filme nichts kosten. Der teurere unter den neuen schwarzen Filme dieser Saison, »New Jack City«, fiel dann ja auch gegen »Jungle Fever« und »Boyz'n The Hood« deutlich ab.

»Ein heute lebender schwarzeramerikanischer Mann hat eine Chance von 1:20, ermordet zu werden. In den meisten Fällen wird die Kugel von einem 'Brother' abgefeuert.« Mit diesen schriftlichen Informationen - weiß auf schwarz - beginntJohn Singletons Film »Boyz'n The Hood«, der das Aufwachsen zweier Jungs in South Central L.A. in zwei verschiedenen familiären Situationen verfolgt. Das erste Bild nach den beiden Schrifttafeln ist ein Stopschild. Das erinnert an Spike Lees Methode, immer auch kleine Zeichen zu tragenden Details von Subnarrativen zu erheben, wie etwa bei der Straßenschildersequenz am Anfang von »Jungle Fever«. Auch die Szene, die dann folgt, wir befinden uns im Jahre 1984, erinnert an Lee: Kinder finden auf dem Schulweg das Opfer einer nächtlichen Schießerei, die Kugeln stecken in einem Plakat, auf dem Reagan und Bush für »Four more years« werben. Dann nimmt der Film eine andere Richtung. Der kleine Tre Styles wird von seiner Mutter, die studieren und einen Abschluß machen will, zu ihrem Vater gebracht, von dem sie getrennt lebt: »Nur du kannst ihm beibringen, ein Mann zu werden.« Auf der anderen Straßenseite leben Ricky und Doughboy, sie werden von ihrer Mutter erzogen. Im Haushalt von Tres Vater Furious ist es schmutzig, aber es herrschen strenge Regeln, »responsibility« ist das Schlüsselwort, bei Doughboys Mutter liegen Coffe-Table-Magazine auf dem Tisch, und eine Plastikplane schützt das »gute« Sofa, aber sie macht Männern schöne Augen, und die Kids machen, was sie wollen.

Sechs Jahre später. Die anfangs nur angedeutete Gewalt in South Central ist allgegenwärtig, den ganzen Film über hört man das Klappern von Polizei-Hubschraubern, heulen Polizei-Sirenen, durchleuchten Suchscheinwerfer noch die intimsten Momente. Tre lernt von seinem Vater, daß er immer Kondome benutzen soll, Doughboy trinkt St. Ides-Bier (ein mit einem »schwarzen« Image vermarktetes Stark-Bier, gegen dessen negativen Einfluß auf die Community diverse Aktivisten Front machen: Chuck D. klagte gegen die Verwendung seiner Stimme in einem St. Ides-Spot, während »Boyz«-Darsteller Ice Cube vor seiner Konversion zum Black Muslim noch in einem St. Ides-Spot auftrat). Ricky macht einen Test, um wegen seiner großartigen Football-Leistungen zur Universität zugelassen zu werden. Als seine Mutter das Couvert mit dem zur Aufnahme ausreichenden Test-Ergebnis öffnet, ist Ricky schon tot, erschossen von einer Gang wegen einer harmlosen Streiterei. Doughboy, Tre und die anderen ziehen los, um ihn zu rächen. Während der Fahrt erinnert sich Tre an die Lektionen seines Vaters, verläßt den Wagen, Doughboy richtet die drei Mörder seines Bruders durch Genickschüsse hin. Zwei Wochen später erwischt es auch ihn. Tre kommt auf die Uni.

Im Gegensatz zu Lee, der die Eroberung der Hollywood-Leinwände mit dem Anspruch verbindet, die schwarze Lage sozusagen dem Denken freizugeben, dessen Filme Begriffsentwicklungen, Programme vorbereiten, beschränkt sich Singleton darauf, ein einziges Issue so realistisch wie möglich zu untersuchen: die schwarze Familie. Allein dieses Thema lädt Lee ja schon dazu ein, gleich drei bis vier völlig verschiedene Typen von schwarzen Familien vorzuführen, Singleton bleibt bei zwei halben, in der einen fehlt der Vater, in der anderen die Mutter, die aber nicht aus der Welt ist. Auch Singleton kommt nicht darum herum, die sein The-ma überdeterminierenden Probleme(Crack-Handel, Mediendarstellung von Schwarzen, Schulsystem, Wohnungspoli-tik: »Gentrification«) mitzuerörtern, aber er folgt ihnen nicht weiter, als sie für die Story unmittelbar relevant sind - mit dem Ergebnis, daß »Boyz'n The Hood« wenig von dem intellektuellen Vergnügen bringt, das der für Truffaut und Scorsese schwärmende Cineast Spike Lee selbst noch der empfindungslos abgestumpften Programmkino-Klientel zu bieten hat; dafür schnürt Singleton sein Thema immer enger zusammen und dem Zuschauer sich die Kehle zu. Singleton setzt nicht Gefühle als Argumente ein, aber ihm gelingt es, den Zuschauer symbolisch in eine ausweglose Situation zu versetzen, in der die Notwendigkeit, handeln zu müssen, jede Zeit fürs Nachdenken zum alteuropäischen Luxus macht. Aus den berühmten, sonst nur »Weltspiegel«-mäßig erörterten »Problemen« wird ein Tote-per-Minute-Beat der Vernichtung; nicht von statistisch-erfaßter Bevölkerung, sondern von »echten« Menschen.

Den ersten Einwand, die ausweglose Determiniertheit der Schicksale von Doughboy und Ricky der alleinerziehenden Mutter zuzuschreiben, das relativ reibungslose Gelingen von Tres Erziehung dank seines righteous für black owned business preachenden Vaters zur Verherrlichung des Patriarchats zu verwenden, sei doch etwa - nun - frauenfeindlich vielleicht, haben gleich zwei schwarze amerikanische Feministinnen zurückgewiesen, mit denen ich über dieses Thema sprach: Auch Furious habe ja einen Fehler gemacht, als er ein Kind mit 17 zeugte, als er es die ersten zehn Jahre unbeachtet bei der Mutter aufwachsen ließ, nur habe er eben gelernt. Und die schlampenhafte Mutter von Doughboy und Ricky habe ja auch gelernt: Sie verhalte sich im zweiten Teil des Filmes wesentlich verantwortungsbewußter, nur reiche ihre Energie eben bloß dafür, einen Sohn bis zur Universitätsreife zu erziehen, und könne sie als Frau schlechter verhindern, daß ihr Sohn Ricky ebenfalls wieder mit 17 Vater wird (und mit 19 erschossen, worauf wieder ein schwarzes Kind ohne Vater aufwächst etc.) Und dann sei da die Debatte in einem poshen Restaurant, in das Tres Mutter ihren Ex-Mann Furious einlädt, um ihren Sohn zurückzuverlangen: Furious habe nun, wo das Gröbste, Pubertät und Schule, ausgestanden sei, kein Recht mehr auf seinen Sohn, er sei ihm zwar ein verantwortungsvoller Vater gewesen, was keine Selbstverständlichkeit unter schwarzen Männern sei, aber - fuck! - schwarze Frauen kümmern sich um ihre Kinder, ohne sich darauf etwas einzubilden. Sie behält in dieser Debatte das letzte Wort. Tre muß nun entscheiden, ob er bei Vater oder Mutter leben will: Er entscheidet sich für die Uni in Atlanta, Georgia. Er kommt als einziger raus aus South Central.

Großen Anteil daran, daß die Auswirkungen der fatalen Ghetto-Determinismen dem Zuschauer nahegehen, haben die einzigen darin »frei« handelnden Personen bzw. vor allem deren Darsteller. Tres Vater Furious etwa, der aus der Lage seine Schlüsse zieht und versucht, das »Black Business« zu organisieren. Ihn stellt Larry Fishburne dar, einer der wenigen Schauspieler, die schon vor dem großen Boom des Schwarzen Kinos Karriere machen konnten, vor allem bei und durch Coppola. Dabei ist besonders nett, wie sein intellektueller Reifeprozeß sich äußerlich in einer immer größer werdenden Ähnlichkeit mit Malcolm X niederschlägt. Er verkörpert das neue Ideal des schwarzen Aktivisten, der ebensoviel von Business versteht wie vom Preachen und der in der Schnittmenge von Organisationstalent und Spiritualität ein politisches Subjekt konstruiert. Der andere Charakter ist nicht die Hauptfigur Tre, dessen ewiges Richtigmachen niemanden berührt (auch wenn mich eine Amerikanerin darauf aufmerksam machen mußte, daß Tre immer, wenn er mit den anderen Boys rumhängt, sein sonst so gepflegtes Hochenglisch ablegt und Ghetto-Jive redet, um nicht seine Glaubwürdigkeit zu verlieren: das, und sein einziger kleiner Fick ohne Kondom sind dann aber auch die einzigen Bruchstellen in einer Persönlichkeit, die schon als zehnjähriger Knabe in der Schule predigt, daß der Mensch eigentlich aus Afrika stamme, was Knochenfunde bestätigen etc.), nein, die entscheidende Figur ist Doughboy, der von seiner Mutter weniger geliebte, nicht zur Uni zugelassene Junge von Gegenüber, der nicht anders kann, als nach Ghetto-Gesetzen zu leben, sich aber immer als der Couragierteste, als ein Häuptling erweist, der seinen Stamm zusammenhält und vor allem seinen begabten Bruder gegen Ältere und Bewaffnete verteidigt, ja ihn am Schluß mit einer brutalen Hinrichtung seiner Mörder rächt. Er wird dargestellt von Ice Cube.

Ice Cube war Gründungsmitglied von N.W.A. und unter anderem Autor der Nummer »Boyz'n The Hood«, der der Film seinen Titel verdankt. Während N.W.A. den »verantwortungslosen« Gangster, der seine »bitches« herumkommandiert, nach Gutdünken umlegt, wenn sie nicht »dick sucken« können, durch die Gegend ballert und die Polizei individualanarchistisch bekämpft, als Helden aus ihren Songs hervorgehen ließen, fühlte Ice Cube, vor allem nach Ego-Kämpfen mit N.W.A.s Chef-Gangster Easy E. und dem Manger der Truppe, Jerry Heller, sich von dem New Yorker Kollektiv um die politisch engagierte und ästhetisch komplexere Gruppe Public Enemy stärker angezogen. Auf zwei LPs (»Kill At Will« und »AmeriKKKas Most Wanted«) wandelte er sich zum engagierten, ziemlich linksradikalen, wenn auch etwas tappsigen Rapper. Diese immer wieder in Zorn oder Brutalität verfallende, eigentlich treuherzige Tappsigkeit macht

ihn zur idealen Verkörperung von Doughboy. Im wirklichen Leben wurde sie auch zum Problem: Anders als seine neuen Freunde und Produzenten aus New York, die zwar aus ihrer Sympathie für Farrakhans umstrittene Nation of Islam (N.O.I.) kein Hehl machen, aber doch stets diplomatisch, nach einigen »Fehlern« ihres inzwischen gefeuerten »Ministers Of Information«, Professor Griff, versuchen, ihre Radikalität auf einer allgemeineren, antikapitalistischen und neuerdings auch, in der Allianz mit weißen Metal-Kids, Anti-Establishment-Position zu begründen, tritt Ice Cube in alle bereitstehenden Fettnäpfchen. Auf seiner neuen LP (»Death Certificate«, vgl. KONKRET 12/91) wütet er, der noch im Golfkrieg mit der Formulierung glänzte: »I see too many black kids down there, I see too many hispanic kids down there, and I see too many poor white kids down there, send some rich kids. And let them die!«, gegen nahezu alle anderen Minderheiten und ihm in die Quere geratenden Opfer AmeriKKKas: »motherfuckin homos«, »bitches«, Koreaner. Seinen ehemaligen Partner Easy E. möchte er gerne baumeln sehen, und den ehemals gemeinsamen Manager beschimpft er als Juden.

Daraufhin hat das Simon Wiesenthal Center öffentlich gefordert, die mittlerweile an die Spitze der Charts geschossene LP zu bannen. Zum erstenmal in seiner Geschichte und unter Hinweis auf »Black Korea«, wegen der darin enthaltenen Verunglimpfung von Koreanern und wegen der Beschimpfung von Heller, hat das Wiesenthal-Center eine Platte nicht nur gerügt - wiez.B. vorher u.a. Madonna und Public Enemy , sondern für so verletzend gehalten, daß es einen Auslieferungsstop verlangt. Die englische Plattenfirma Island, die für Europa die Produkte von Ice Cubes Firma Priority lizensiert, hat sich daraufhin geweigert, die Platte für den europäischen Markt zu übernehmen. Dem mußte auch die deutsche BMG/Ariola in München als Vertragspartner von Island folgen. Angela Davis, die nicht in dem Verdacht steht, die immer schon latent antisemitische Organisation Farrakhans unreflektiert zu unterstützen, fand sich bereit, Ice Cube bei einer Pressekonferenz zur Seite zu stehen als langjährige Kommunistin und vor allem schwarze Feministin, denn die von anderer Seite erhobenen Vorwürfe wg. Frauenfeindlichkeit ließen sich auch nicht mehr ignorieren. Ice Cube erklärte dabei unter anderem, er sei kein Antisemit, er habe nur erwähnt, daß Jerry Heller Jude sei, weil, wann immer Schwarze negative Schlagzeilen machten, die Medien nie zögern würden, die »Nationalität« der Betreffenden herauszustellen.

Mittlerweile hat Priority ein neues Masterband an seinen europäischen Vertragspartner geschickt. Der antisemitische Track und »Black Korea« sind entfernt worden, die anderen, vom Wiesenthal-Center nicht ausdrücklich monierten, jedoch mindestens so problematischen Nummern wie »Lil Horny Devil« oder »Death/Rebirth« blieben erhalten. Island und seine europäischen Lizenznehmer wollen diese Version veröffentlichen.

All das ist wichtig für »Boyz'n The Hood«, weil der Film von Ice Cubes Geschichte und seinem Image lebt. Seine Rivalität mit seiner alten Band wird im Film an zwei Stellen symbolisch ausgetragen: Einmal darf er einen Taschendieb fangen und verprügeln, der ein Easy-E-T-Shirt trägt, zum anderen hat der Mörder seines Bruders einen Easy E nachempfundenen Haarschnitt, den er kurz vor seinem Tod auch noch einmal ausführlich erklärt. Ice Cube, der symbolisch Easy E und mit ihm den verantwortungslosen Ghetto-Gangsta hinrichtet, kommt weder im Film noch in der Wirklichkeit aus dem Ghetto raus: Weder darf sein Filmcharakter auf die Uni, noch wird er - wie diverse Public-Enemy-Mitglieder - zu Vorträgen an Colleges eingeladen. In gewissem Sinn mißbraucht man seine Offenheit, um für einen bestimmten Flügel von zu rekrutierenden neuen Members die N.O.I., die zu unterstützen Ice Cube auf seiner neuen Platte deutlicheraufruft als je ein Rapper zuvor (die alle wissen, welchen Ärger sie sich damit einhandeln können), immer noch als harte, aggressive Truppe darzustellen, während jedoch Farrakhan Kreide gefressen zu haben scheint und in den amerikanischen Medien sich als respektabler Black Leader präsentieren läßt.

Die eigentliche Tragödie liegt aber wohl darin, daß es zur N.O.I. zur Zeit keine Alternative zu geben scheint, wie es denn auch ein Luxus wäre, die in »Boyz'n The Hood« angepriesenen Familien-Strukturen von hier aus mit Begriffen zu kritisieren, die nach 200 Jahren Kleinfamilienterror entstanden sind, während es dort doch buchstäblich weder eine Schule noch eine Familie noch irgendwas außer Drogenhandel und St. Ides-Werbung gibt, das sich um Young Black America kümmert. So sind Familien Minimalforderungen und ist die Nation die einzige disziplinierte Organisation, die das tägliche Sterben von Black Males zumindest aufhalten zu können scheint, die effektive Programme gegen Crackhandel und »Gentrification« und für »black business« durchzieht. Und für den Aufbau von Alternativen ist einfach keine Zeit, weswegen sich auch schwarze Intellektuelle, die weder mit Farrakhans latentem Antisemitismus, noch mit seiner kruden Auslegung des Korans, die in der Tat eher an normale amerikanische Fernsehprediger als an die Tradition aktivistischer schwarzer Kirchenmänner erinnert (»Satan Offers Substitute World«), weigern, öffentlich gegen ihn aufzutreten: das hieße zu vielen die letzte Hoffnung nehmen. Es wäre zu einfach, in Farrakhan und seiner Organistion nur den von der in der sogenannten Ersten Welt beispiellosen Misere profitierenden Protofaschisten zu sehen und in seinen Hilfsprogrammen seine Autobahnen: Wer das tut, verkennt, daß er nicht Raub und Mord einer Macht vorbereitet oder begründet, sondern für Leute spricht, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl seit Jahrhunderten von den bescheidensten gesellschaftlichen Gratifikationen ausgeschlossen sind, daß die Lebenserwartung eines heute geborenen schwarzen Amerikaners unter der eines Bangladeshi liegt, daß mehr seiner Altersgenossen im Knast als im College enden, daß ein junger schwarzer New Yorker, der nach nur zwei Jahren Armee in Deutschland nachhause kommt, seine halbe College-Abschlußklasse (!) tot oder im Gefängnis wiederfindet.

Es hilft nur Gewalt, wo Gewalt herrscht? Oder eine Reduktion auf das Überlebensnotwendige, das handlungsfähig macht: der klassische Job von Religionen und Bürgerwehren, Milizen und Mirakeln. Denen nicht »Vernunft« entgegenzusetzen wäre, sondern die Konstruktion von Eigenschaften, die einen Schutz gegen die Barbarei und Ausbeutung auch der Kultur der Community bilden.

Diedrich Diederichsen schrieb in KONKRET 12/91 über Spike Lees Film »Jungle Fever«

Konkret 01/92, S. 69

**Thomas Ebermann**

# »Depressionen hat nur die Mittelklasse«

**Gute Laune ist Trumpf in der Komödie »Riff-Raff« des britischen Trotzkisten Ken Loach**

»Riff-Raff« (Gesindel) ist zum Europäischen Film des Jahres gewählt worden. Das ahnte der KONKRET-Redakteur, der mich fragte, ob ich das Werk besprechen wolle, zum Zeitpunkt der Anfrage noch nicht, sagt er jedenfalls.

Gutsituierte Leute kann man, grob gesagt, in zwei Gruppen unterteilen: Der eine Teil hat eine ausgesprochen schlechte Meinung von den unteren Schichten der kapitalistischen Gesellschaft (sie sprechen von ungelernten, illegalen Bauarbeitern etwa so, wie die Bauleitung in diesem Film, also häßlich), der andere Teil stemmt sich diesem Vorurteil kraftvoll entgegen und pflegt zu betonen, daß dort »unten« viel mehr Würde, Menschlichkeit und Humor (besonders Humor!) anzutreffen sei, als landläufig unter den Gutsituierten angenommen wird.

»Riff-Raff« zeigt einen Ausschnitt des Lebens illegaler Bauarbeiter in London; aus allen Ecken des Landes hat es die Männer auf diese Baustelle verschlagen, wo ein Krankenhaus in Luxuswohnungen umgewandelt wird - und alle sind recht symphatisch. Untereinander hilfsbereit, dem Neuankömmling aus Schottland wird eine illegale Wohnung besorgt, man hilft gratis bei Renovierung und Umzug. Rassismus kommt nicht vor, Konkurrenz auch nicht, und über Themen wie den Falkland-Krieg läßt der trotzkistische Regisseur die Kollegen lieber nicht diskutieren, nur im Programmheft steht die bemerkenswerte Formulierung, wonach »sich der eingeleitete Vernichtungsfeldzug« (gegen die Ratten im Pausenraum) »schwieriger gestaltet als der Falklandkrieg«.

Kein Bauarbeiter ist in diesem Film ein Säufer, Alkohol wird nur einmal getrunken in »Riff-Raff«, und das ist ein Gläschen Bier nach Feierabend in einem Musik-Club. Nur die Freundin des gutaussehenden Hauptdarstellers (die Nebenrollen sind mit gezeichneteren Typen besetzt) wird von ihm beim Fixen erwischt, was ihn zur sofortigen Trennung von der Frau (sie muß auf der Stelle ausziehen) veranlaßt. Schon Mitte des Films hatte er ihr - sie hantiert mit Horoskopen und möchte Sängerin werden - gesagt, was häufig die Botschaft »proletarischer« Filme an ihr Publikum ist: »Depressionen hat die Mittelklasse. Wir stehen morgens früh auf.«

Nein, Depressionen haben die Bauarbeiter nicht. »Riff-Raff ist ein umwerfend komischer, bissig-böser Frontbericht...« (Programmheft). »Jetzt möchte ich, daß ganz viele Trotzkisten auf ganz vielen Baustellen ganz viele Komödien machen. Dann hätten wir alle ganz viel zu sehen, zu erleben und zu lachen« (»Tip Magazin«). »Riff-Raff« ist »keine düstere Polemik aus der Experimentierküche des Sozialkinos, sondern eine herrlich unterhaltsame Beschreibung des Lebens...« (»Daily Telegraph«). Also gute Laune ist meistens Trumpf, und es ist ja auch wirklich nicht übel, wenn die Bauarbeiter vom Dach des ehemaligen Krankenhauses den Bauschutt nicht genau in den vorgesehenen Container, sondern auf ein großes parkendes Auto werfen. Daß Larry sich ein Bad in einer schon fertiggestellten Luxuswohnung während der Arbeitszeit gönnt, ist ebenfalls schön anzusehen, auch wenn es nicht gerade verschleierte arabische Frauen hätten sein müssen, die bei der Besichtigung ihrer zukünftigen Wohnung schockiert vor dem nackten Mann stehen. Aber egal.

Larry ist der älteste Arbeiter der Kolonne. Er hält öfters politisch-gewerkschaftliche Reden guten Inhalts, die keiner hören will: »Halt keine Parlamentsreden, Larry.« Er wird wohl noch eine Zeit erlebt haben, als gewerkschaftliche Gegenwehr in England keine exotische Idee, sondern gesellschaftliche Realität war. Larry ist die Person, die insBüro der Bauleitung geht, um die lebensgefährlich-unsicheren Gerüste anzusprechen. Ihm wird zugesagt, die Sache »bis Donnerstag« zu beheben, und tatsächlich: Am Donnerstag wird er entlassen. Larry erwartet keine kollektive Reaktion seiner Kollegen, und sie können sich keine vorstellen. Man verabschiedet sich freundschaftlich; Larry verschwindet aus dem Film, der die komische Situation einfängt, was passiert, wenn bei starkem Wind ungeübte Verwandte die Asche der Mutter des Hauptdarstellers auf einer Friedhofswiese verstreuen wollen, weil allen Familienmitgliedern der Kauf einer Urne (vier Pfund für eine aus Plastik) zu teuer war.

Ein anderer Bauarbeiter wird bei der Benutzung des drahtlosen Telefons des Baustellenleiters erwischt, daraufhin sofort entlassen, was ihn zu einer mächtigen Kopfnuß veranlaßt, die dem Vorarbeiter das Nasenbein bricht. Die Kollegen freuen sich, daß er den Richtigen erwischt hat. Dann wird er von der Polizei abgeführt und bekommt nachgerufen: »Nimm’s nicht so schwer.« Er läßt sich nicht unterkriegen und reckt die Faust zur Siegerpose.

Im Programmheft steht: »Die Zustände auf der Baustelle spotten jeder Beschreibung. Stevie und seine Kollegen wehren sich mit beißender Ironie und schwarzem Humor.« Richtig müßte es heißen: Stevie und seine Kollegen haben schwarzen Humor und beißende Ironie, aber sich zu wehren verstehen sie nicht.

Trotzdem sehenswert, der Film, zumal zum Schluß die Baustelle brennt.

*Thomas Ebermann schrieb in KONKRET 12/91 über die Angst der DKP vor der »Einwanderungswelle«*

Konkret 01/92, S. 70

**Hermann L. Gremliza**

# Gremlizas express

Begonnen hatte er mit katholischer Theologie, war aber bald zur maoistischen übergetreten, die er im Vorstand der dialektisch-materialistischen Partei überwand, nach deren Zerfall er zunächst in der »Süddeutschen Zeitung« vom »Leipziger Heldenvolk« schwärmte, um alsbald der »Frankfurter Allgemeinen« mit allerlei Geheimem aus dem kommunistischen ZK zu dienen. Auf diesem langen Marsch ist der Peter Schütt endlich bei Springers »Hamburger Abendblatt« angekommen, dem er mit »Erinnerungen eines revolutionären Studenten an die 60er Jahre« gefällig sein darf:

*Zu einem Höhepunkt des revolutionären Umgestaltungsprozesses wurde die Sylvesterfeier 1966/67... Zur Feier des Tages hatte Ulrike Meinhof die Mao-Mode schöpferisch weiterentwickelt. Sie trug eine nur zueinem Drittel zugeknöpfte Mao-Bluse und darunter nichts außer ihren Brüsten und führte so der versammelten Ersten Welt die erotischen Reize der aus der Dritten Welt kommenden Kulturrevolution vor Augen.*

Der Revolutionär soll im Volk schwimmen wie der Fisch im Wasser, der ehemalige Revolutionär aber in der Bürgerpresse wie der Gonokokk in der Pissrinne (Mao Zedong).

Eigentlich bin ich aus dem Alter raus, in dem man sich am Schaufenster des Autohändlers die Nase plattdrückt, aber seit ich diese Meldung gelesen habe:

*Enttäuscht ist der Göttinger Verleger Gerhard Steidl von den Bewohnern der neuen Bundesländer. Die hätten, so klagte er bei einer Veranstaltung in Leipzig, im vergangenen Jahr zwar 74.000 Autos, aber nur 118 Exemplare eines von ihm verlegten Buches gekauft: »Die Kulturnation DDR war nur eine Chimäre.« So wetterte er.*

gehe ich nicht mehr ohne meinen Toyota-Katalog ins Bett.

Der »Spiegel« berichtet, ihm seien 1977 von der Stasi gefälschte Protokolle der Vernehmung des Industriepräsidenten Schleyer durch die RAF zugespielt worden, und die Redaktion erklärt nun, warum sie - anders als KONKRET - darauf nicht hereingefallen sei:

*Der »Spiegel« ließ das angebliche Protokoll von Fachleuten begutachten. Ergebnis: »Diktion und Terminologie entsprechen RAF-Stil«, die »Authentizität der Mitteilung ist sehr wahrscheinlich«. Weil Zweifel blieben, sah die Redaktion von einer Veröffentlichung ab.*

Zweifel an der Echtheit des Papiers hatten die »Fachleute«, die sich selten so eindeutig festlegen wie in diesem Fall, zwar beseitigt; die Redaktion mußte dennoch absehen - es blieben Zweifel, ob die Werbeabteilungen diverser Unternehmen die Veröffentlichung nicht als Schmähung ihres großen Toten abstrafen würden.

Deutsches Leid, 15.789.324. Folge:

*»Unter Honecker waren wir alten DDRler es ja gewohnt, mit unseren Trommeln und Saxophonen gegen die Enge, die uns umgab, anzuspielen.« Der Dresdner Günter Sommer, herausragender europäischer Schlagzeuger, erinnert sich gut an die kärglichen Nischen, die der SED-Staat dem freiheitlichen Musizieren gönnte... Günter »Baby« Sommer, der »melodiöseste Drummer im Feld der freien improvisierten Musik« (J.E. Berendt), zieht mit seinem Solo-Programm »Stimmen der Vergangenheit« durch die Bundesländer. In dieser Collage aus Percussion und Stimmen der Vergangenheit (vom Band) - von Stalin, Mussolini, Honecker, Mao - verwendet er abenteuerliche Gerätschaften: meterhohe Meißner Porzellanglocken, Kochtöpfe aus dem Dresden der 60er Jahre, Gongs aus Bratpfannen. Dies alles gewidmet dem einzigen Thema: »Dem Kampf alter Männer um die Macht.«*

Früher, vor der deutschen Revolution, paßte die SED auf, daß »Baby« Günter nur in kärglichen Nischen auf Kochtöpfen Krach machte. Es war früher nicht alles besser. Manches aber doch.

Deutsches Leid, 15.789.325. Folge:

*Ich untersage Ihnen, weiter doppeldeutige Gedichte zu schreiben! Auch keine dreideutigen! Wir haben Experten, die alles entschlüsseln!*

Das soll, wie der Lutz Rathenow der »Frankfurter Allgemeinen« erzählt hat, denn Pinochets deutsche Lieblingsblätter sind nun einmal der bevorzugte Publikationsort deutscher Revolutionäre, 1976 ein Stasi-Offizier aus Jena zu dem bedeutenden

Schriftsteller gesagt haben. Will der Dichter seinen Rezensenten die Jenaer Stasi als Vorbild empfehlen? Er soll sich keine Hoffnungen machen: Wenn er auch schreiben könnte, und es müßten durchaus keine mehrdeutigen Gedichte sein, hätte das Feuilleton der »FAZ« keinen Experten, der es entschlüsseln könnte. Die Frankfurter kriegen ja nicht einmal mit, daß die Worte des Jenaer Stasi-Offiziers das schönste Gedicht sind, das der Rathenow je geschrieben hat.

Es kommt oft vor, daß man den Bock zum Gärtner macht. Aber zum Reichskommissar für Landwirtschaft und Forsten? In der »Kölnischen Rundschau« schreibt deren Chefredakteur Jürgen C. Jagla über »Manipulationen mit der Sprache«:

*Wie gut man mit falschen Sprachbegriffen fragwürdige Politik machen kann, wie leicht sich einfältige Gemüter durch genau berechnete Wortschöpfungen manipulieren lassen, haben wir in der Vergangenheit mit grausamer Deutlichkeit erleben müssen. Doch diese Methode des Mißbrauchs unserer Sprache wird heute noch mit Erfolg praktiziert.*

Wem sagen Sie das! Mir sagt er`s:

*Wenn man uns einredet, wir leben im kapitalistischen System, wird das arglos akzeptiert. Kaum jemand denkt über diesen Unsinn nach, nur wenige wissen, daß unser sozialer Alltag allein von den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft bestimmt wird... Solche Beispiele lassen sich vielfältig fortsetzen: Das Wort Zigeuner soll zugunsten der harmloser anmutenden Begriffe Roma und Sinti abgeschafft werden; es soll nicht mehr Asylant sondern Asylbewerber heißen; auch der verkommenste Stadtstreicher sollte Berber genannt werden, obwohl dies der Name eines mit viel Würde versehenen Wüstenvolkes ist; wer mitten im Frieden nicht zur Bundeswehr will, nennt sich Kriegsdienstverweigerer; wann wird man wohl Stoltenberg Kriegsminister nennen?*

Nicht solange man den Kapitalismus Sozialismus, die Sinti Zigeuner, die Asylbewerber Asylantenpack, das würdige Wüstenvolk Kameltreiber und eine höhnische Schundsau eine Kölnische Rundschau nennt. Aber bitte, Kamerad Jagla, fahren Sie fort:

*Die neueste in ihrer negativen Wirkung bewußt kalkulierte Sprachschöpfung ist das Wort von der Ausländerfeindlichkeit... Muß ein Holländer befürchten, in Köln nicht ungestört im Restaurant sitzen zu können? Gibt es für einen Spanier Gründe, um seine Geschäfte mit den Deutschen bangen zu müssen?... Sollte ein Japaner München nicht mehr besuchen, weil dort Asiaten nicht gelitten sind? Welchen Unsinn versucht man uns einzureden... Was sich aber wirklich bei den Deutschen immer mehr bemerkbar macht, ist der Unwillen gegenüber Politikern, die offensichtlich nicht willens und vielleicht auch nicht fähig sind, den Zustrom von Zehntausenden Menschen aus anderen Ländern einzuschränken, die tatsächlich nichts anderes wollen, als vom Sozialgefüge dieses Landes zu leben,*

anstatt, wie es sich für Ausländer gehört, ihr Geld in Kölner Restaurants auszugeben, in Düsseldorf Maschinen zu kaufen oder in München eine Filiale zu gründen. Nur gegen solche, zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft unbrauchbaren Zigeuner, Asylanten und andere Schmarotzer,

*dagegen und gegen nichts anderes regt sich das Mißfallen und eine solche Skepsis wird kaum jemanden verwundern. Mit Ausländerfeindlichkeit schlechthin läßt sich das aber auch nicht annähernd gleichsetzen.*

Es handelt sich folglich auch nicht um Über- sondern um Mißfälle, und was da in der Nacht brennt, ist die Skepsis der Volksgenossen gegenüber ihren Politikern.